

DIE AGRARFÖRDERUNG IN RHEINLAND-PFALZ
ENTWICKLUNGSLINIEN UND AUFGABEN IM GEMEINSAMEN MARKT

von

Dr. HANS HEINER VIERLING

1961

DIE AGRARFÖRDERUNG IN RHEINLAND-PFALZ

ENTWICKLUNGSLINIEN UND AUFGABEN IM GEMEINSAMEN MARKT

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines

Doktors der Staatswissenschaften

der Johannes Gutenberg-Universität zu Mainz

vorgelegt von

HANS HEINER VIERLING

Diplomlandwirt

Doktor der Landwirtschaft

Mainz



MAINZ 1961

1. Berichterstatter: Prof. Dr. W. Bosch
2. Berichterstatter: Prof. Dr. A. Montaner

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Februar 1961



GESAMTHERSTELLUNG:

DITTERS BÜRODIENST, MAINZ, Augustinerstr. 64-66

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Einleitung	1
I. Agrarförderung im Blickwinkel der Agrarpolitik.	4
1. Ziel und Wesen der Agrarpolitik	4
2. Wichtigste Ansatzpunkte der Agrarförderung	7
3. Landwirtschaftsgesetz und Grüner Plan	10
II. Formen und Umfang der Agrarförderung in Rheinland-Pfalz	14
1. Die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz	14
a) Agrarstruktur und Agrarverfassung	14
b) Produktionsrichtung und Betriebsintensität	18
c) Organisationswesen, Agrarkredit, Absatzwirtschaft	24
2. Förderung landwirtschaftlicher Maßnahmen durch Gemeinden und Gemeindeverbände	30
a) Ländliches Sozial- und Bildungswesen	30
b) Ländlicher Wasser- und Wegebau	32
c) Marktwesen und Landwirtschaftsförderung	34
3. Förderungsmaßnahmen des Landes	37
a) Flurbereinigung und Siedlung	37
b) Ländliche Wasserwirtschaft und Wirtschaftswege	40
c) Erzeugung, Absatz, Hauswirtschaft, Schulwesen	43
4. Förderung der heimischen Landwirtschaft durch Maßnahmen des Bundes	46
a) Verbesserung der Agrarstruktur und der ländlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen	46
b) Förderung von Erzeugung und Absatz	52
c) Förderung von Ausbildung, Beratung und Aufklärung	56
5. Die gesamte Agrarförderung in Rheinland-Pfalz 1949-1960 ..	58
III. Die Agrarförderung unter den Bedingungen des Gemeinsamen Marktes	65
1. Die wirtschaftlichen Grunddaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)	65

a)	Markt und Kaufkraft	65
b)	Struktur der gewerblichen Wirtschaft	70
c)	Landwirtschaft und Ernährung	72
2.	Die Entwicklung des Nahrungsmittelverbrauchs in der EWG und ihre Auswirkungen auf die heimische Produktion	76
a)	Langfristige Entwicklung des Nahrungsverbrauchs je Kopf der Bevölkerung	76
b)	Der künftige Nahrungsverbrauch in Rheinland-Pfalz ...	79
c)	Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion in Rheinland-Pfalz	80
3.	Die marktwirtschaftlichen Zielsetzungen der EWG und ihre Anwendung auf die Landwirtschaft	84
a)	Abbau der Binnenhandelsbeschränkungen - Errichtung eines Gemeinsamen Außenzolltarifs	84
b)	Freizügigkeit und Verkehr	87
c)	Wettbewerbsregeln im Gemeinsamen Markt	89
d)	Ausnahmeregelungen für die Landwirtschaft	92
4.	Gegenwärtige wettbewerbsbeeinflussende Agrarförderung bei den Mitgliedsländern	93
a)	Subventionen und Preisstützungen	93
b)	Marktordnungen	96
5.	Die Gemeinsame Agrarpolitik und ihre Aufgaben für die künftige Agrarförderung	99
a)	Die Grundsätze der Gemeinsamen Agrarpolitik	99
b)	Grundsätze und Maßnahmen der Gemeinsamen Strukturpolitik	101
c)	Die gemeinsame Markt- und Handelspolitik	104
d)	Die gemeinsame Organisation auf den Agrarmärkten ..	106
6.	Kritik der bestehenden Agrarförderungsmaßnahmen	113
IV.	Die besonderen Möglichkeiten für eine marktwirtschaftlichen Grundsätzen entsprechende Agrarförderung in Rheinland-Pfalz	117
1.	Verbesserung der Agrarstruktur	117
a)	Flurbereinigung und Siedlung	117

b) Ländliche Industrieansiedlung	120
c) Kredithilfen und Förderungsprogramme	125
2. Rationalisierung und Qualitätsverbesserung in der Erzeugung .	129
a) Verbesserung der innerbetrieblichen Organisation	129
b) Qualitätsverbesserung in der Veredlungsproduktion	133
c) Ausbildung und Beratung	135
3. Verbesserung der Absatzorganisation und -werbung	138
a) Molkereiwirtschaft	138
b) Übrige Absatzwirtschaft	140
c) Absatzwerbung	143
4. Reorganisation in der Weinwirtschaft	145
a) Förderung des deutschen Weincharakters	145
b) Vereinheitlichung der Weinsorten	147
c) Verbesserung der Absatzorganisation	149
Zusammenfassung	152
Literaturverzeichnis	158

EINLEITUNG

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft am 1. 1. 1958 hat in der europäischen und damit heimischen Wirtschaftsgeschichte ein neuer Abschnitt begonnen. Das gewohnte nationalwirtschaftliche Denken und Streben soll sich in einem größeren, teileuropäischen Rahmen vollziehen.

Wie es in der Präambel zum Vertrag heißt, soll durch den Fortfall der trennenden Schranken der wirtschaftliche und soziale Fortschritt in den sechs Mitgliedsländern für die weitere Zukunft gesichert werden.

Um das vorgestellte Ziel zu erreichen, ist Gemeinsamkeit im Handeln erforderlich. Für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedsländer bedeutet das eine Koordinierung in bisher nicht gekanntem Umfang unter Verzicht auf manche Souveränitätsrechte.

Grundzüge einer gemeinsamen Agrarpolitik sind bereits auf der Konferenz der Agrarminister in Stresa im Juni 1958 erarbeitet worden. Im November 1959 hat die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Vorschläge für eine gemeinsame Agrarpolitik den Mitgliedsländern zur Stellungnahme unterbreitet. Demnach soll eine gemeinsame Preispolitik zusammen mit gemeinsamen Organisationsformen auf den Agrarmärkten das Agrarpreisniveau als das bestimmende Agens für die Produktion schrittweise einem Gleichgewicht zuführen, so daß die Landwirtschaft an der allgemeinen Einkommensentwicklung ausreichend teilhaben kann und vor ungesunden Erschütterungen bewahrt bleibt. In den weniger entwickelten Gebieten der EWG soll eine koordinierte Strukturpolitik in Verbindung mit der regionalen Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer die notwendigen betriebswirtschaftlichen Vorbedingungen hierfür schaffen.

Auf diese Weise wird den Kräften des Marktes allmählich der entscheidende Einfluß auf den Produktionsprozeß eingeräumt. Standortverlagerungen und Produktionsumstellungen in der Landwirtschaft werden nicht ausbleiben. Die verantwortlichen Männer werden vor schwere Entscheidungen gestellt und von den Nationalwirtschaften wird manches Opfer gefordert. Die bisher von den Mitgliedstaaten in sehr unterschiedlichem Maße gewährte Agrarförderung soll vereinheitlicht und auf marktwirtschaftliche Grundsätze ausgerichtet werden. Die Mittel des Handelsschutzes entfallen auf dem Binnenmarkt schrittweise.

In der Bundesrepublik - und hier vor allem in dem kleinbäuerlichen Südwe-

sten - ist eine weitgehende Beseitigung überkommener Mängel in der Agrarstruktur, d.h. in der regionalen Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen und der Flurstücke oberstes Gebot. Man will leistungsfähige Betriebseinheiten mit arrondiertem Land schaffen und damit die Produktionsgrundlagen verbessern und die Produktivität nachhaltig steigern. Dadurch erfährt auch die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft eine wirksame Stärkung.

Für einen Teil der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen bedeutet dieser Strukturwandel eine Aufgabe ihrer bisherigen Tätigkeit und somit eine Wendung ihres persönlichen sowie beruflichen Schicksals. Der Verlust von Heimstatt und Heimat muß damit jedoch nicht notwendigerweise verbunden sein, wenn es gelingt, andere und vorteilhaftere Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Lande zu schaffen.

Eine aus öffentlichen Mitteln intensiv geförderte Verbesserung der Agrarstruktur mit ihren zahlreichen und schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen erfordert somit die Anwendung wirtschafts- und sozialpolitischer Mittel im Rahmen einer wirkungsvoll koordinierten regionalen Wirtschaftspolitik.

Die Vielzahl der Förderungsmaßnahmen des Staates und der Kommunen sowie das erforderliche Zusammenwirken bei ihrem Einsatz gab Veranlassung, das Problem einer auf die Belange des gemeinsamen Marktes ausgerichteten Agrarförderung in einer größeren Untersuchung darzustellen. Dabei erschien es zweckmäßig, das Thema am Beispiel eines deutschen Bundeslandes abzuhandeln, damit die spezielle Problematik eines regionalen Wirtschaftsraumes und die notwendigen Ergänzungsmaßnahmen des Landes zu zentralen Förderungsmaßnahmen des Bundes deutlich sichtbar werden. Das überwiegend kleinbäuerliche Rheinland-Pfalz mit seiner starken Besitzzersplitterung und Flurparzellierung erschien hierfür besonders geeignet.

Die Gliederung der Arbeit folgt diesem Gedankengang. Kapitel I gibt einen Überblick über die Ansatzpunkte der Agrarförderung aus der Sicht der Agrarpolitik. Daran schließt sich in Kapitel II eine Analyse der praktischen Agrarförderung in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1949 bis 1960 an, in der das Ineinandergreifen der Maßnahmen und der Umfang der eingesetzten öffentlichen Mittel dargelegt werden.

Im III. Kapitel wird dem Gemeinsamen Markt und seinen voraussichtlichen Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft breiter Raum gewidmet. Die praktischen Folgerungen und die Aufgabenstellung für eine künftige umfassen-

de und marktwirtschaftlich orientierte Agrarförderung in Rheinland-Pfalz werden im IV. Kapitel eingehend behandelt.

Zur thematischen Bewältigung der Aufgabe stand spezielle Literatur nicht zur Verfügung. Als Material für die Darstellung der bisherigen Agrarförderung in Rheinland-Pfalz wurden die öffentlichen Haushaltsrechnungen bzw. -pläne sowie die Finanzstatistiken der Gemeinden aus dem Zeitraum von 1949 bis 1960 herangezogen. Fehlende Angaben wurden durch Schätzungen ergänzt.

Die Untersuchung erfaßt hierbei die sichtbaren Förderungsmaßnahmen und die unsichtbaren, soweit sie quantitativ faßbar oder einer Schätzung zugänglich waren. Mit einbezogen wurden Maßnahmen in den sogenannten benachbarten Bereichen des Sozialwesens und der gewerblichen Wirtschaft, die eine besonders enge Beziehung zum Agrarwesen erkennen ließen und zahlenmäßig bestimmbar waren.

Die Ergebnisse der Untersuchung fanden sich mittlerweile in entsprechenden Aufsätzen der Fachzeitschriften in größeren Zügen bestätigt. Im übrigen schöpft die Arbeit aus zahlreichen Presseveröffentlichungen und anderen Beiträgen, von denen wertvolle Ergänzungen und Hinweise zu der eigenen Auffassung gewonnen werden konnten.

In der Arbeit wird der Auffassung gefolgt, daß auch für die Landwirtschaft eine nach sozialen Grundsätzen ausgerichtete Wettbewerbswirtschaft die erstrebenswerte Ordnungsform ist.

Es wäre zu begrüßen, wenn durch die vorliegende Studie die Diskussion um den Gegenstand angeregt und das Wissen darum durch ergänzende Beiträge vertieft würde.

I. AGRARFÖRDERUNG IM BLICKWINKEL DER AGRARPOLITIK

1. Ziel und Wesen der Agrarpolitik

Als Teilbereich der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik ist die Agrarpolitik der Inbegriff aller Maßnahmen, welche auf die Landwirtschaft und den damit verbundenen Daseinsbereich sowie auf die Ernährung der Bevölkerung aus eigener Produktion gerichtet sind. Dabei umfaßt der Begriff die Landwirtschaft aller Nutzungsrichtungen sowie die Ernährungswirtschaft. Als Landwirtschaftsförderung gelten auch Maßnahmen aus dem Bereich der ländlichen Wasserwirtschaft, des Veterinärwesens, des Agrarkredits sowie die Maßnahmen aus den der Agrarpolitik benachbarten Bereichen.

Gegenstand der Agrarpolitik sind der bäuerliche Mensch und seine Produktionsleistung. Insofern muß die Agrarpolitik sowohl volkswirtschaftlichen (im engeren Sinn) als auch außerwirtschaftlichen Grundsätzen Rechnung tragen. Neben der Bereitstellung von Rohstoffen und Fertigwaren pflanzlicher und tierischer Herkunft "stellt das Bauerntum in Form der Familienwirtschaft einen selbständigen sozialen Körper dar mit eigenen Traditionen und soviel politischem Gewicht, daß die Staatsmänner nicht nur bereit sind, diese gewachsene Lebensform zu schonen, sondern sie als einen besonders wertvollen Teil der Sozialverfassung ihrer Völker auch zu fördern" (1).

Die Bindung an den Boden in Form von bewirtschaftsfähigem Grundbesitz gewährt der bäuerlichen Existenz im Vergleich zu anderen Daseinsformen eine besondere Sicherheit. Dadurch ist jedoch das Berufsrisiko nicht völlig ausgeschlossen. Vielmehr kann die Gefährdung der ökonomischen Existenz durch das Natur- und Marktrisiko durchaus meßbare Größen erreichen. Zum Beispiel haben in Rheinland-Pfalz mit seinem ausgedehnten Weinbau Frost- und Auswinterungsschäden in den Jahren 1956 und 1957 ein erhebliches Ausmaß erreicht und fielen gleichzeitig mit Perioden sinkender Erzeugnispreise zusammen. Dadurch wurden umfangreiche öffentliche Hilfen erforderlich, um der dringendsten Not zu steuern und den Anschluß der betroffenen Betriebe an die nächste Ernte zu gewährleisten.

(1) H. Niehaus, Grundlinien agrarpolitischer Entwicklungen und Anschauungen, Rückblick auf die internationale Konferenz für Agrarwissenschaft in Bad Eilsen vom 26. 8. bis 2. 9. 1934, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jena, Band 141/1935, Seite 75 ff.

Die traditionellen Maßnahmen der Agrarpolitik waren bisher hauptsächlich auf Schutz und Förderung der landwirtschaftlichen Produktion ausgerichtet. Das ist nach den agrarischen Umwälzungen im 19. Jahrhundert verständlich. Mit der Versachlichung der personalen Beziehungen zwischen Bauern und Grundherren ergaben sich Probleme der Agrarverfassung, Besitzverteilung und der Finanzierung, deren Lösung sich über das halbe Jahrhundert hinzog. Hinzu kam die Umstellung der Anbaumethoden mit Einschränkung der Bodenruhe und systematischem Anbau bodenzehrender und bodenmehrender Pflanzen. Dabei nahm der Hackfruchtanbau an Umfang zu. Außerdem kamen bei größeren Betrieben Landmaschinen für Bestellung und Ernte zum Einsatz. Thaers Humustheorie vertiefte den Gedanken einer zweckmäßigen Kombination von Bodennutzungs- und Verwertungszweigen im landwirtschaftlichen Betriebe, damit die natürliche Bodenfruchtbarkeit durch ausreichende Stallmistgaben erhalten bleibt. Das Problem der Nährstoffversorgung der Böden bei zunehmender Anbauintensität wurde durch Liebig's Entdeckung der künstlichen Nährstoffe gelöst. Mit der Einschränkung der Brache und der Ausdehnung der Agrikultur auf geringere Böden entfielen die natürlichen Voraussetzungen für die Schafhaltung, deren Rückgang zu einer Veränderung in der Struktur des Viehstapels führte. Andererseits ließen vom Konsum ausgehende Kräfte und darauf abgestellt züchterische Maßnahmen die Leistungen der Rinder- und Schweinehaltung stärker hervortreten.

Eine derart umwälzende Entwicklung bedurfte vieler Jahrzehnte und hat ebenso lange die Agrarpolitik bestimmt. Die Schutzzollpolitik Bismarcks war ausschließlich auf die Erhaltung von Gutsbetrieben gerichtet, deren Besitzer bei dem Einbruch des überseeischen Getreides in den europäischen Markt und sinkenden Erträgen den Verlust ausreichender Einkünfte für eine angemessene Lebenshaltung befürchteten. Für die Masse der landwirtschaftlichen Betriebe in Mittel- und Westdeutschland war weder Bismarcks Schutzzollpolitik noch die nachfolgende Freihandelsperiode unter Caprivi von so einschneidender Bedeutung, wiewohl natürlich am Gemischtbetrieb Preisschwankungen nicht spurlos vorübergehen. Im Gebiet der heutigen Bundesrepublik war bei der zunehmenden Nachfrage nach Veredlungsprodukten diese Agrarpolitik weder besonders nachteilig noch besonders förderlich.

Nach dem ersten Weltkrieg traten neben allgemeinen Fragen der Nahrungsmittelversorgung landwirtschaftliche Siedlungsprobleme in größerem Umfang auf. Die fehlgeschlagene Siedlungspolitik im Osten und das Fehlen einer bauerlichen Mittelschicht in den verbliebenen Ostgebieten hatten dem Siedlungsgedanken neuen Auftrieb gegeben. Gleichzeitig konnte dem dringenden Er-

fordernis nach arrondierten Betriebsflächen für den rationellen Einsatz von Maschinen und Geräten nicht länger ausgewichen werden. Flurbereinigung und Siedlung, im Westen von Buchenberger schon vor der Jahrhundertwende nachdrücklich gefordert (1), traten neben die klassische Erzeugungspolitik. In der Ära des Reichsnährstandes, der "Erzeugungsschlachten" und der im Erbhofrecht zementierten Betriebsgrößen, erhielt die Erzeugungsförderung für einige Zeit den unbeschränkten Vorrang.

Mit der Neuordnung des agrarpolitischen Denkens nach dem zweiten Weltkrieg trat eine allmähliche Hinwendung zur Strukturpolitik mit ihren notwendigen Folgemaßnahmen ein. Damit soll vor allem der kleinbäuerlichen Landwirtschaft ein besseres Fortkommen in der Wettbewerbsordnung der Marktwirtschaft ermöglicht werden. Besondere Bedeutung erhält die Strukturpolitik für den Start der Landwirte im Gemeinsamen Markt. Daneben werden interventionistische Mittel solange beibehalten, bis das Ziel einer Wettbewerbsordnung mit sozialen Vorzeichen im europäischen Raum und nach Möglichkeit auch in der Weltwirtschaft erreicht ist. Bis dahin darf die Agrarpolitik bei der Wahl der Mittel nicht starr und dogmatisch sein, sondern muß sich elastisch den Gegebenheiten anpassen. Dabei kommt es besonders darauf an, die von den Interessengruppen vorgebrachten Wünsche und Begehren so zu kombinieren, daß möglichst zur Ordnung durch Wettbewerb passende Ziele und Methoden zum Zuge kommen. Besonders zu beachten ist, daß der Erfolg vieler die Wettbewerbsordnung stützenden Maßnahmen in Frage gestellt ist, wenn sie in zu starker Dosierung angewendet werden. Auf das Problem der richtigen Zielsetzung und Intensität staatlicher Förderungsmaßnahmen hat Bosch nachdrücklich hingewiesen. Man kann seiner Auffassung nur zustimmen, wenn er Koordinierung aller Hauptgesichtspunkte bei der Wahl und Anwendung staatlicher Maßnahmen zu beachten empfiehlt (2).

Wie jede "Politik" ist auch Agrarpolitik ein fortwährendes Ringen um die Durchsetzung von Zielen zur Förderung und Verbesserung gegebener Verhältnisse im landwirtschaftlichen Bereich. Vielfältig geartete und gerichtete Wünsche und Bestrebungen müssen bei der parlamentarischen Behandlung der Gesetzesvorlagen und später von der Verwaltung bei der Durchführung der Geset-

-
- (1) A. Buchenberger, Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung zur Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 27, 1884, S. 30 ff.
 - (2) W. Bosch, Anlage- und Betriebskapital in der Volkswirtschaft, Frankfurt/M. 1951, S. 251.

ze bewältigt werden. Niehaus hat das treffend folgendermaßen formuliert: "Die von den organisierten Interessen an den Gesetzgeber und die Verwaltung herangebrachten Wünsche und Forderungen sind Rohstoffe und Triebkräfte der Agrarpolitik, aus denen die Scheidekraft des Parlaments und die Unparteilichkeit der Staatsverwaltungen erst noch ein Endprodukt herzustellen haben, das die Bezeichnung Agrarpolitik verdient" (1).

Damit Parlament und Verwaltung nicht überfordert sind, wäre zu wünschen, daß die vorgebrachten Forderungen von soliden Kenntnissen über das Wesen der wirtschaftlichen Zusammenhänge im verkehrswirtschaftlichen System getragen sind und noch mehr die Verantwortung für das Funktionieren der Marktwirtschaft erkennen ließen als bisher. Auf diese Grundvoraussetzung für jede wirksame politische Tätigkeit hat E. Welter mit Recht besonders deutlich hingewiesen (2).

2. Wichtigste Ansatzpunkte der Agrarförderung

Nach dem zweiten Weltkrieg hat, um Arbeitsplätze zu schaffen, die Förderung der Industriewirtschaft zunächst im Vordergrund wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen gestanden. Dadurch wurde eine Wirtschaftsentwicklung eingeleitet, in deren Verlauf nicht nur die außerordentlich schweren Kriegsschäden und Substanzverluste ausgeglichen werden konnten, sondern darüber hinaus Westdeutschland zu einem bemerkenswerten Wohlstand gelangte. Aus dem niedrigen Stand der Arbeitslosigkeit 1959/60 kann geschlossen werden, daß auch das zu Beginn der Berichtsperiode drückende Problem der Eingliederung der Heimatvertriebenen und der laufend hereinströmenden Zonenflüchtlinge befriedigend gelöst ist. Der Aufbau der Städte und die Schaffung von lebensnotwendigem Wohnraum gehen Jahr für Jahr weiter voran.

An der Entwicklung der Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg hat die Landwirtschaft jedoch nicht in gleichem Umfange teilnehmen können. Es fehlten vielfach die technischen und ökonomischen Voraussetzungen für eine entsprechende Steigerung der Produktivität. Die Abhängigkeit vom natürlichen Wachs-

(1) H. Niehaus, Artikel "Agrarpolitik II" in Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. I, Göttingen 1956, S. 88.

(2) E. Welter, Die wirtschaftspolitische Bildungsaufgabe, "Wirtschaft ohne Wunder", Zürich 1953, S. 344 ff.

tumsrhythmus und in vielen Gebieten Mängel der Agrarstruktur, vor allem die Besitzzersplitterung in den Realteilungsgebieten z.B. in Rheinland-Pfalz, bedeuten für die Landwirtschaft einen weiteren wirtschaftlichen Nachteil. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe waren unter diesen Umständen nicht in der Lage, Wirtschaftsergebnisse zu erzielen, die für den Betriebsleiter mit seiner Familie ein ausreichendes Einkommen boten und eine wenigstens bescheidene Verzinsung des in den Betrieben investierten Kapitals ermöglichten (1).

Diese mit "Disparität" bezeichnete Erscheinung hat seit 1951 zu einer allmählich umgreifenden Diskussion unter den Landwirten, im Verbandswesen und in der Politik geführt. Bereits 1949 wurde in der Regierungserklärung vor dem ersten Bundestag zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung eine planmäßige Förderung der Landwirtschaft betreiben wolle, sofern von der Bundesrepublik bis zum Jahre 1952 eine ausgeglichene Handelsbilanz erreicht würde (2). Der Verbrauch von Devisen für die Ernährung sollte weitgehend eingeschränkt werden. Auf der Rhöndorfer Besprechung 1951 mit Vertretern des Deutschen Bauernverbandes bestätigte Bundeskanzler Adenauer diese Grundhaltung der Bundesregierung, als er erklärte, daß das landwirtschaftliche Preisniveau in einer gewissen Parität zu den übrigen Preisen der deutschen Wirtschaft gehalten werden solle und daß die Bundesregierung alle geeigneten Maßnahmen treffen wolle, um ein Gleichgewicht zwischen Erlösen und Kosten zu schaffen (3).

Auf dem Deutschen Bauerntag in Rendsburg im September 1951 wurde ein Gesetz gefordert, das unter Berücksichtigung der Interessen der Verbraucher und grundsätzlicher Anerkennung der Marktwirtschaft die rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung der erforderlichen staatlichen Maßnahmen schafft. Die Förderung soll insbesondere dort einsetzen, wo der Ordnung durch Wettbewerb angepaßte wirtschaftspolitische Mittel infolge der besonderen Struktur des landwirtschaftlichen Betriebes keine ausreichende Sicherung der Lebensnotwendigkeiten des Bauernstandes bieten können (4).

-
- (1) Die volle oder nahezu volle Deckung des Vergleichsaufwandes konnte 1956/57 auf etwa 25 vH der gesamten landw. Nutzfläche (LN) erzielt werden; 1958/59 bereits auf 42,7 vH (Grüner Bericht 1960, Bundestags- (BT-) Drucksache 1600/3. Wahlperiode, S. 55).
 - (2) Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, Stenografische Berichte, Bd. I, S. 25 B.
 - (3) Deutsche Bauernkorrespondenz, Nr. 4 vom 26. 2. 1951.
 - (4) ebendort, Nr. 17 und 18/1951.

Vor allem sollte die Landwirtschaft neben umfassenden Hilfen zur Erreichung einer hohen Leistungsfähigkeit und zur Verbesserung der Absatzverhältnisse durch geeignete Maßnahmen der Zugang zum Kapitalmarkt erschlossen werden. Man war mit Recht der Ansicht, daß dadurch die eigenen Anstrengungen der Landwirtschaft in volkswirtschaftlich sinnvoller Weise wirksam ergänzt werden.

Die zunächst geforderte Preis- oder Einkommensparität wurde fallen gelassen. An ihre Stelle rückte die Ertrags-Aufwandsparität. Hierbei trat die wirtschaftspolitisch nicht durchzusetzende Preisparität zugunsten eines Ausgleichs von Aufwand und Ertrag, der mit wirtschaftspolitischen Mitteln erreicht werden kann, zurück.

Als Voraussetzung für den erfolgreichen Einsatz öffentlicher Mittel zur Förderung der Landwirtschaft wurde mehr und mehr eine gesunde Agrarstruktur angesehen, bei welcher der Anteil der leistungsfähigen Bauernbetriebe mit ausreichender Marktleistung größer ist als bisher (1). Von rund 2 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben im Bundesgebiet verfügen nur 780 000 Betriebe oder fast 40 vH über mehr als 5 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. In Rheinland-Pfalz ist dieser Anteil mit 26,7 vH nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1949 (2) bedeutend niedriger. Hinzu kommt, daß im Gegensatz zu den durchschnittlichen Verhältnissen im Bundesgebiet die Parzellierung in Rheinland-Pfalz bei den Betrieben über 5 ha mit mehr als 40 Teilstücken außerordentlich weit fortgeschritten ist. Außerdem sind die bäuerlichen Betriebe in der Mehrzahl der ländlichen Gemeinden, besonders im Südwesten der Bundesrepublik, sehr beengt untergebracht, so daß eine Wirtschaftsführung nach ökonomischen Grundsätzen und mit rationellen Methoden nicht möglich ist. Eine Produktionsförderung durch den Staat würde bei diesen Betrieben wirkungslos bleiben und wäre daher nicht vertretbar.

Als Lösung in der Paritätsfrage, die natürlich nur eine Zwischenlösung sein konnte, sah das sogenannte Lübke-Programm eine Förderung bestimmter vorrangiger agrar- und ernährungswirtschaftlicher Vorhaben durch die Gewäh-

(1) Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 18, S. 17 ff.

(2) Landwirtschaftliche Betriebszählung vom 22.5.1949, Statistik Rheinland-Pfalz, Bd. 16, Hrsg. Statistisches Landesamt, 1951; die Anteile haben sich bis 1959 zugunsten der größeren Betriebe etwas verschoben, in Rhld.-Pfalz etwa 12 vH (vgl. Grüner Bericht 1960, a.a.O., S. 98).

zung von Zinszuschüssen zu Investitionskrediten vor (1). Der Einfluß des Staates beschränkte sich darauf, den Landwirten teure Bankkredite zugänglich zu machen, während die Durchführung der Vorhaben grundsätzlich der bäuerlichen Initiative überlassen war. Dadurch wurden in den Dispositionen der Landwirte Nutzenerwägungen nicht ausgeschaltet.

Wie immer, machten die Landwirte nur zögernd und bedächtig von der neuen, bisher unbekannten Förderungsmaßnahme Gebrauch, so daß die ersten Ergebnisse des Lübke-Programms nicht voll befriedigten und die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen daraufhin die Paritätsforderung erneut nachdrücklich erhoben. Es wurde gefordert, daß die Landwirtschaft durch massierten Einsatz öffentlicher Mittel über Preis- und Kostenstützungen die Ertragsausfälle ersetzt erhält. Außerdem wurde verlangt, daß auch die Mittel der allgemeinen Wirtschaftspolitik und ihrer Teilbereiche mit größerer Wirksamkeit als bisher zur Verbesserung der Lage der Landwirtschaft eingesetzt würden. So kam es zum Landwirtschaftsgesetz.

3. Landwirtschaftsgesetz und Grüner Plan

Seit etwa 1878 ist es das Ziel der Wirtschaftspolitik, der Landwirtschaft ihrer jeweiligen Lage entsprechende Hilfen zu gewähren und sie an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung teilnehmen zu lassen. Dabei wurde die Landwirtschaft immer durch Einzelmaßnahmen in den Teilbereichen der Wirtschaftspolitik berücksichtigt (2). Die bestimmenden Grundideen der Agrarpolitik mußten vielfach gegenüber anderen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zurücktreten.

Das war insbesondere vor dem ersten Weltkrieg und auch in den Jahren zwischen den beiden Kriegen der Fall. In der zentralverwaltungswirtschaftlichen

-
- (1) Richtlinien für die Zinsverbilligung vom 10. 7. 1954, Bundesanzeiger Nr. 134 vom 16. 7. 1954.
 - (2) Vgl. hierzu W. Neuling, Artikel "Agrarzölle", Hdw. d. Sozialwiss., Bd. I, 1956, S. 114 ff. "Dagegen führt die trotz gewisser Schwankungen beständige und kräftige einseitige Begünstigung des Getreidebaues durch die Zölle im Deutschen Reich und anderen Großstaaten des europ. Kontinents dort zu einer Verlangsamung im Ausbau der agrarischen Veredlungswirtschaft. Weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen kamen später dazu." (S. 117 ff.). Vgl. hierzu ferner H. Niehaus, ebendort, S. 90 ff., Artikel "Agrarpolitik II".

Phase des Dritten Reiches trat die Notwendigkeit einer einheitlichen Agrar- und Wirtschaftspolitik hinter einem produktionsbetonten Autarkiestreben zurück.

Mit dem Einsetzen der Konjunktur nach dem zweiten Weltkrieg wurde das Bedürfnis nach einer koordinierten Agrarpolitik wieder deutlich empfunden. Die Disparität verstärkte diesen Eindruck und führte in den Jahren 1953 und 1954 zu verschiedenen Gesetzesvorschlägen (1) als Grundlage für eine Agrarpolitik, die der Landwirtschaft einen "angemessenen" Anteil am Sozialprodukt gewährleisten soll. Hierzu äußerte sich auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium. In seinem Gutachten heißt es, daß die Forderung nach einer ausgeglichenen Ertragslage der Landwirtschaft eine Angelegenheit der Gesamtwirtschaftspolitik sei. Es müssen alle wirtschaftspolitischen Mittel hierfür eingesetzt werden, ohne daß eine Teilaufgabe den Vorrang erhält. Nur auf diese Weise könne die Elastizität der gesamten Wirtschaftspolitik erhalten bleiben, die erforderlich sei, um das stetige Wachstum des Sozialprodukts, eine gleichmäßige Konjunkturentwicklung und eine ständige und hohe Beschäftigung zu sichern. Investitionsmittel für die auf den meisten Gebieten der Landwirtschaft erforderlichen Reform- und Verbesserungsmaßnahmen können nur im Rahmen einer gut koordinierten allgemeinen Wirtschaftspolitik der Landwirtschaft zufließen. Ein Agrarprogramm müsse eingeordnet sein in eine allgemeine Wirtschaftspolitik, die den Wettbewerb anstrebt und eine stetige Expansion der Volkswirtschaft verbürgt. Dieser Weg sei volkswirtschaftlich wirksamer und auch für den Einzelnen vorteilhafter als ein System von Einkommensübertragungen durch Subventionen in einem manipulierten Marktprozeß (2).

Auf die besonders ernsten Probleme bei der Entwicklung eines "angemessenen" Anteils der Landwirtschaft am Sozialprodukt innerhalb einer wachsenden industriell-agrarischen Volkswirtschaft wies auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesernährungsministerium hin. Er betonte, daß die Verbraucher bei steigendem Einkommen nur einen abnehmenden Anteil für Nahrungsmittel ausgeben (Engelsches Gesetz) und daß sich die Landwirtschaft unter dem Einfluß der natürlichen Erzeugungsbedingungen die Fortschritte der technischen Entwicklung nur schwer zunutze machen kann. Ferner sei die Anpassung des

(1) Bundestagsdrucksachen Nr. 405 und 448, 2. Wahlperiode; im übrigen ausführlich bei C. Puvogel, Weg zum Landwirtschaftsgesetz, Bonn 1957, S. 67 ff.

(2) ebendort, S. 67 ff.

Arbeitseinsatzes an die Erfordernisse steigender Produktivität in der Landwirtschaft besonders schwierig. Außerdem werden Betriebe mit unzureichenden Erträgen im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen aus dem Produktionsprozeß nicht ausgeschlossen, sondern bleiben unter Hinnahme von Einkommensverschlechterungen bestehen (1).

Im Hinblick auf diese Schwierigkeiten der Landwirtschaft bei der Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe ist dem Staat die Förderung der Landeskultur im weitesten Sinne, der Verkehrserschließung sowie des ländlichen Bildungswesens ein besonderes Anliegen. Gleichzeitig sollen Hilfen für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Rationalisierung des Absatzes gewährt werden. Ferner werden Maßnahmen vorgeschlagen für eine Senkung der Betriebsausgaben, sofern die Mittel der allgemeinen Wirtschaftspolitik nicht ausreichen, um einen Ausgleich zwischen Aufwand und Ertrag herzustellen. Es herrschte bei der parlamentarischen Diskussion der Gesetzentwürfe Einmütigkeit darüber, daß das Ziel in der vorgesehenen Weise durchaus mit Erfolg angestrebt werden kann und daß es zweckmäßig ist, den politischen Willen zu einer solchen langfristigen Agrarpolitik durch ein eigenes Gesetz zu dokumentieren. Auch der Deutsche Bauernverband und der Bundesverband der Deutschen Industrie stimmten in dieser Auffassung überein (2).

Das Landwirtschaftsgesetz wurde am 5. September 1955 verkündet (3) und leitete eine neue Phase der Agrarpolitik und der systematischen Agrarförderung ein. Es bestimmt in § 1, daß die Landwirtschaft mit den Mitteln der Agrarpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik, vornehmlich der Handels-, Steuer-, Kredit- und Preispolitik, in den Stand zu setzen sei, die bestehenden naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen und ihre Produktivität zu steigern. Gleichzeitig soll für die Landwirtschaft die Teilnahme an der fortschreitenden Wirtschaftsentwicklung gewährleistet und die soziale Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen an die vergleichbarer Berufsgruppen angeglichen werden. Als Grundlage für die Beurteilung werden die Wirtschaftsergebnisse von etwa 8 000 landwirtschaftlichen Betrieben herangezogen, die in dem sogenannten Grünen Bericht verarbeitet werden. Gleichzeitig legt die Bundesregierung alljährlich eine Übersicht über die erforderlichen Maßnahmen vor (Grüner Plan).

(1) C. Puvogel, a. a. O., S. 83.

(2) Mitteilungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 2/55, S. 3 ff.

(3) BGBl. I, S. 565.

Zweifellos bedeutet der gesetzliche Auftrag an die Regierung für eine stärkere Berücksichtigung der Landwirtschaft in der Wirtschaftspolitik einen wesentlichen Schritt vorwärts in Richtung einer umfassenden Agrarförderung. In bemerkenswerter Zusammenarbeit haben die beteiligten Stellen ihre Maßnahmen auf das gemeinsame Ziel abgestimmt und somit dazu beigetragen, daß die Landwirtschaft am wirtschaftlichen Fortschritt und an der Einkommensbildung stärker als vordem teilnimmt.

Die Maßnahmen der Konjunkturpolitik haben bewirkt, daß die Zuwachsrates der landwirtschaftlichen Produktion in den letzten Jahren vom Markt aufgenommen worden ist. Das war bei dem langsamen Bevölkerungswachstum und der geringen Nachfrageelastizität der meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nur möglich über eine beträchtliche Zunahme der außerlandwirtschaftlichen Wertschöpfung. Insoweit ist in einer entwickelten Industriegesellschaft eine gute Konjunkturpolitik immer noch die beste Agrarpolitik (1).

Aber auch auf dem Gebiet der Steuer- und Kreditpolitik hat die Landwirtschaft inzwischen eine Förderung erfahren, die es ihr ermöglichte, die Selbsthilfe unter Einsatz eigener und auf dem Kapitalmarkt aufgenommener Mittel wesentlich zu intensivieren.

Gerade hierauf zielen die Maßnahmen des Grünen Planes. Die mit Recht an den Subventionen des Grünen Planes geübte Kritik hinsichtlich ihrer Unvereinbarkeit mit den Grundsätzen einer Marktwirtschaft ist nicht ungehört geblieben. Unter dem Eindruck des Zustandekommens einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bahnt sich ein Umstellungsprozeß an, der die Landwirtschaft auf dem Gemeinsamen Markt wettbewerbsfähig machen soll. Als Starthilfe stehen der Landwirtschaft hierfür ein Bündel von Maßnahmen und Milliardenbeträge aus öffentlichen Haushalten zur Verfügung. In welchem Umfang das Land Rheinland-Pfalz daran teilnimmt, wird im folgenden näher geschildert.

(1) in diesem Sinne auch E. Welter, Wer ernährt das deutsche Volk?, FAZ vom 4. 10. 1952, S. 1.

II. FORMEN UND UMFANG DER AGRARFÖRDERUNG IN RHEINLAND-PFALZ

1. Die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz

a) Agrarstruktur und Agrarverfassung

Sas im Jahre 1947 aus ehemals preußischen, bayerischen und hessischen Gebietsteilen geschaffene Land Rheinland-Pfalz umfaßt ein Areal von 19.828 Quadratkilometern, dem die waldreichen Höhengebiete Eifel, Hunsrück, Pfalz und Westerwald sowie die Rebenhänge der Flußtäler das charakteristische Gepräge geben (1).

In diesem "Land der Reben und Wälder" hat sich die eingessene, zum fränkischen Siedlungskreis gehörende Bevölkerung trotz bewegter geschichtlicher Entwicklung ein gesundes, selbständiges Bauerntum bewahrt (2). Auch die durch die hohe Siedlungsdichte bedingte enge Verbindung mit dem städtischen Lebenskreis hat an den Gewohnheiten der Landbevölkerung, ihrer Selbsthaftigkeit und der Art der Bodenbewirtschaftung kaum etwas geändert.

Die besondere Gunst von Klima und Boden sowie der erzeugungsnahe Markt haben eine intensive Landnutzung ermöglicht, die bei der Bodenständigkeit der Bauern die Bildung von Kleineigentum auf dem Wege der Realteilung begünstigt und zahllose parzellierte Kleinbetriebe mit unverhältnismäßig hohem Besatz an Arbeitskräften geschaffen hat.

Insgesamt zählt Rheinland-Pfalz bei fast einer Million landwirtschaftlicher Berufszugehöriger oder nahezu einem Drittel der Gesamtbevölkerung rund 200.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe über 0,5 ha Betriebsfläche mit 890.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) (Übersicht 1). Hinzu kommen rund 90.000 ha. sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche sowie 725.000 ha Waldfläche (3).

- (1) Rhld. -Pf. ist der Größe nach mit Hessen (21.108 qkm) und Schleswig-Holstein (15.680 qkm) vergleichbar; hinsichtlich der landwirtschaftlichen Verhältnisse besteht jedoch nur eine gewisse Vergleichbarkeit mit Hessen und einigen Teilen von Baden-Württemberg, nicht aber mit Schl. -Holstein.
- (2) vgl. auch "Rheinland-Pfalz, Land der Reben und Wälder", Hrsg. Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten (MfLWF), 1952, S.163.
- (3) Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949, Hrsg. Statistisches Landesamt, Band 16; nach den Ergebnissen einer Sondererhebung im Grünen Bericht

Übersicht 1 Die landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN); Bundesgebiet zum Vergleich, 1959.

Betriebsgrößen- klasse (LN) ha	Bundesgebiet		Rheinland-Pfalz	
	1.000	vH	1.000	vH
0,5 - 2	520	30,2	69	37,8
2 - 5	429	24,9	56	30,3
5 - 10	360	20,9	38	20,7
10 - 20	278	16,2	17	9,4
über 20	134	7,8	3	1,8
Insgesamt	1.721	100,0	183	100,0

Quelle: Grüner Bericht 1960, BT-Drucksache Nr.1600/3. Wahlperiode, S.98.

Fast 70 vH aller landwirtschaftlichen Betriebe haben eine landwirtschaftliche Nutzfläche von weniger als 5 ha und bewirtschaften rund 30 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Betrieben über 0,5 ha Betriebsfläche. Etwa 30 vH der landwirtschaftlichen Betriebe sind größer als 5 ha LN, und nur bei 10 vH oder rund 20.000 Betrieben überschreitet die landwirtschaftliche Nutzfläche eine Größe von 10 ha (1). Viele Betriebe in Rheinland-Pfalz haben einen hohen Anteil forstlich genutzter Flächen an der Betriebsfläche. Reine Landnutzung findet sich vornehmlich in den unteren Betriebsgrößenklassen. Hier treten auch die Mängel der Agrarstruktur besonders deutlich hervor (2).

1960 werden 1959 nur noch 183.370 Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche gezählt. Eine neue landwirtschaftliche Betriebszählung ist am 30.5.1960 erfolgt. Auf den Unterschied der Betriebsgrößenstatistik nach der Betriebsfläche und der LN wird hingewiesen.

- (1) Im Durchschnitt des Bundesgebietes sind nur 50 vH aller Betriebe kleiner als 5 ha LN und bewirtschaften nur 15 vH der gesamten landw. Nutzfläche in Betrieben über 0,5 ha. Fast 25 vH der Betriebe hat eine LN von über 10 ha.
- (2) N.J.Reis, Probleme der Agrarstruktur und des ländlichen Arbeitseinsatzes in Rheinland-Pfalz, staatsw.Diss. Mainz 1956, S.21.

Die durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebsgröße beträgt in Rheinland-Pfalz 4,1 ha und erreicht damit knapp die Hälfte des Bundesdurchschnitts. Bei der herrschenden Besitzzersplitterung hat nur ein Fünftel aller Betriebe weniger als fünf Teilstücke und könnte somit als hinreichend arrondiert bezeichnet werden. Das sind zum größten Teil Betriebe in flurbereinigten Gemeinden. Fast 30 vH aller Betriebe haben 20 Teilstücke und mehr, die vielfach noch über mehrere Gemarkungen verstreut sind. Der durchschnittliche landwirtschaftliche Betrieb in Rheinland-Pfalz besteht nach den Angaben des Statistischen Landesamtes aus 44 Teilstücken (1).

Eine rationelle Landbewirtschaftung ist unter diesen Umständen nur bedingt möglich. Obwohl die Flächenproduktivität kaum geringer ist als im Landesdurchschnitt und auch im Durchschnitt des Bundesgebietes, führt die unwirtschaftliche Kombination der Produktionsfaktoren in diesen Kleinbetrieben zu einem "verhängnisvollen Kreislauf von rückständigen Arbeitsmethoden, geringem Wirtschaftsertrag und mangelnder Ausstattung mit Arbeitshilfsmitteln"(2).

In den Höhengebieten reichen die Erwerbsgrundlagen für einen auskömmlichen Lebensunterhalt der auf den Betrieben lebenden Personen vielfach nicht aus. Elementarschäden und unvorhergesehene Notstände lassen bei vielen Betrieben eine akute Existenzgefährdung rasch eintreten, ohne daß sie aus eigener Kraft Abhilfe schaffen können. Das war insbesondere bei den umfangreichen Ernteschäden 1954 und bei den Frostschäden im Weinbau 1956/1957 der Fall (3).

Die unterschiedlichen Existenzbedingungen in der Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz haben auch die Besitzverhältnisse entscheidend beeinflußt. Von der 1,7 Millionen ha umfassenden Gesamtbetriebsfläche steht ein großer Teil im Eigentum der Bewirtschafter. Jedoch verfügen etwa 60 vH aller Betriebe über zusätzlich gepachtete Land- bzw. Forstflächen, meist Acker- und Grünland(4). Als Pachtland sind 212.000 ha oder 25 vH der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche ausgewiesen. Eine ausschließliche Bewirtschaftung von Eigenland oder Pachtland ist selten; nur 2,1 vH aller Betriebe sind reine Pachtbetriebe. Im Realteilungsgebiet ist die Notwendigkeit der Zupacht zum Ausgleich für

-
- (1) Die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz, Hrsg. Statistisches Landesamt, Band 27, S.10; von diesen Angaben wird im folgenden ausgegangen, soweit nicht anders vermerkt.
 - (2) N.J.Reis, a. a. O., S.48.
 - (3) Landtagsdrucksache III/297/3. Wahlperiode.
 - (4) Die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz, a. a. O., S.12.

die Landabgabe an die Miterben besonders gegeben. Meistens nimmt der Erbe das Land der weichenden Geschwister pachtweise in Bewirtschaftung. Vielfach wird auch Land aus dem Verwandtschaftsbereich der Ehefrau als Pachtung bewirtschaftet. Daher ist der Anteil des Pachtlandes an der Wirtschaftsfläche bei den Betrieben bis 20 ha besonders groß. Verpächter sind größtenteils Privatpersonen, meist Verwandte, aber auch Gemeinden (36 vH), Kirchen und Klöster (20 vH) und sonstige juristische Personen.

Die ländliche Arbeitsverfassung von Rheinland-Pfalz ist gekennzeichnet durch vorwiegende Selbstbewirtschaftung unter Mithilfe familieneigener Arbeitskräfte. Die Statistik zählt (1):

624.000 landwirtschaftliche Erwerbspersonen,

davon:

113.000 hauptberufliche Landwirte von Betrieben über 0,5 ha

224.000 familieneigene Arbeitskräfte

108.000 fremde Arbeitskräfte, darunter 26.000 ständige

66.000 unständig beschäftigte Betriebsleiter von Betrieben
über 0,5 ha

113.000 diesen zuzurechnende Familienangehörige und sonstige landwirtschaftliche Erwerbspersonen

Außerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe Tätige, aber in landwirtschaftlichen Betriebshaushalten lebende Personen sind besonders häufig in der unteren Betriebsgrößenklasse anzutreffen. Dadurch erhalten die Kleinbetriebe vielfach den Charakter von Wohnstätten. Zur Ausübung ihres Hauptberufes in benachbarten Orten oder Städten müssen diese Personen oftmals lange Wege zurücklegen. Diese als Pendelwanderung bezeichnete Bewegung ist in Rheinland-Pfalz besonders ausgeprägt.

Der durchschnittliche Arbeitskräftebesatz ist vor allem in den Betrieben bis 2 ha mit 82 Personen je 100 Hektar als überhöht zu bezeichnen. Im Landesdurchschnitt entfallen auf 100 Hektar etwa 53 Arbeitskräfte (2). Bei 10 vH aller landwirtschaftlichen Betriebe über 0,5 ha wird der hohe Arbeitskräfte-

(1) Stat. Jahrbuch für Rhld.-Pf. 1958, Hrsg. Stat. Landesamt 1959, S. 71.

(2) Die Landwirtschaft von Rhld.-Pf., S. 38. Im Jahre 1958/59 schätzungsweise 40 AK/100 ha (einschließlich Erwerbsgarten- und Weinbaubetriebe unter 0,5 ha).

besatz teilweise durch einen angeschlossenen technischen oder gewerblichen Nebenbetrieb kompensiert (1).

Durch die hohe Anzahl landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in den Betrieben ist die Arbeitsproduktivität gering. Infolgedessen sind die bäuerlichen Einkommen hinter den gestiegenen Einkommen der übrigen Bevölkerung erheblich zurückgeblieben. Eine Deckung der sogenannten Vergleichswerte des Grünen Planes, dessen kalkulatorische Kostenteile eine Beurteilung der erzielten Rendite nach kaufmännischen Gesichtspunkten ermöglichen sollen, wird daher nur von einer kleinen Anzahl intensiver landwirtschaftlicher Betriebe sowie von einigen Sonderkulturbetrieben erreicht.

Für die Behebung dieser agrarstrukturellen Mängel und die Verbesserung der Produktionsgrundlagen sind in den Haushalten von Bund und Land sowie vor allem im Grünen Plan seit 1956 erhebliche Mittel eingestellt worden.

b) Produktionsrichtung und Betriebsintensität

Entsprechend den morphologischen Eigenarten von Rheinland-Pfalz findet man Klimazonen mit jährlichen Durchschnittstemperaturen von 6⁰ Celsius und Niederschlägen bis zu 1.000 Millimeter (Höhengebiete) in enger Nachbarschaft mit warmen Regenschattengebieten von durchschnittlich 10⁰ Celsius im ober-rheinischen Graben, in Rheinhessen sowie in den anderen Flußniederungen und Landsenken. Nach den Bodenarten haben sich auf der Schiefergrundlage des rheinischen Mittelgebirges im Norden des Landes durchweg mittlere bis gute Ackerböden gebildet, während auf den überwiegend triassischen Böden der Westpfalz besonders gute Voraussetzungen für den Waldbau gegeben sind. In den Flußtälern und Mulden bilden günstige Klima- und Bodenverhältnisse die natürlichen Grundlagen für einen ausgedehnten Obst-, Gemüse- und Gartenbau sowie für andere Sonderkulturen; insbesondere ist der Weinbau mit rund 6 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche weit verbreitet.

Für Produktionsrichtung und Betriebsintensität bieten die vielfältigen natürlichen Produktionsvoraussetzungen einen weiten Entfaltungsspielraum. Als vorherrschendes Betriebssystem in der Terminologie von Brinkmann (2) kann

(1) Die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz, S.11.

(2) Th.Brinkmann, Die Ökonomik des landwirtschaftlichen Betriebes, Grundriß der Sozialökonomie, Abt.VII, Tübingen 1922, S.115.

der Getreide-Hackfrucht- bzw. der Futterbau-Hackfruchtbetrieb angesprochen werden (1). Dabei nimmt nach der Brinkmannschen Systematik die Leitkultur mindestens 50 vH der jeweiligen Ackerfläche ein, während auf die Nebenkulturen etwa 20 vH entfallen. Unter den Hackfrüchten haben hierbei Kartoffeln und Zucker- bzw. Futterrüben etwa gleiche Flächenanteile. Besonders hervorzuheben ist der Anbau von Saatkartoffeln und der Frühkartoffelbau. Beim Getreide findet sich in begünstigten Lagen ein ausgedehnter Braugerstenanbau.

In den wärmeren Gegenden mit hoher Ertragsfähigkeit der Böden werden in rund 75.000 Betrieben Sonderkulturen angebaut (2). Hierzu gehört in erster Linie der für Rheinland-Pfalz charakteristische Weinbau in der Vorderpfalz, in Rheinhessen und an der Nahe, in den Tälern von Mosel, Saar und Ruwer sowie an der Ahr mit zusammen 55.900 Erwerbsweinbaubetrieben - das sind Betriebe mit Marktproduktion - und einer Rebfläche von rund 45.000 ha. Damit betreibt etwa ein Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz erwerbsmäßig Weinbau. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Rebland überhaupt ist noch größer. Bei 23.684 landwirtschaftlichen Betrieben ist der Weinbau Haupterwerbsquelle (3).

An dem 2.200 Hektar umfassenden Tabakbau in der südlichen Vorderpfalz und in der Wittlicher Senke sind rund 10.000 Landwirte beteiligt.

Hauptanbaugebiete für Obst, Gemüse und andere Gartengewächse sind die Vorderpfalz, das Mainzer Becken sowie die Räume Trier und Koblenz. Allein im Erwerbsgartenbau werden 2.240 Betriebe mit einer Fläche für Gartengewächse von ebenfalls 2.200 ha gezählt (4).

Außerdem bewirtschaften in Rheinland-Pfalz neben den staatlichen und kommunalen Forstbetrieben noch etwa 71.800 landwirtschaftliche Betriebe Waldflächen von durchschnittlich 1,5 ha. Von vielen Kleinlandwirten wird im Winter Waldarbeit als Nebenerwerb ausgeübt.

(1) Nach einer Sondererhebung des Statist. Landesamtes, Gemeindehof, 1955, nicht veröffentlicht.

(2) Landwirtschaftliche Betriebszählung, a. a. O., S. 30.

(3) Größenklassengliederung der Erwerbsweinbaubetriebe, in Stat. Berichte des Stat. Landesamtes, CO - 1958 vom 7.11.1958. Die vorstehenden Bezeichnungen entsprechen der Terminologie des Stat. Landesamtes.

(4) Der Gartenbau in Rheinland-Pfalz, Kleine Schriftenreihe, Hrsg. Statistisches Landesamt, Heft 28, 1958.

Andere Formen des Nebenerwerbs sind die von 27.500 überwiegend parzellierten Betrieben zur Ergänzung ihrer schmalen Existenzgrundlage unterhaltenen Nebenbetriebe mit und oftmals auch ohne eigentliche Beziehung zum landwirtschaftlichen Stammbetrieb. Hierzu gehören Landgaststätten, ländliche Metzgereien und Bäckereien, Landhandwerksbetriebe, Kleinmühlen, Obst- und Kartoffelbrennereien, Lohndreschunternehmen und sonstige (1). Ferner ist Nebenerwerb aus unselbständiger Arbeit, zum Beispiel in der Industrie, weit verbreitet. Der Übergang zum landwirtschaftlichen Nebenerwerb ist jedoch fließend. Unterhalb der statistischen Mindestbetriebsgröße von 0,5 ha sind in Rheinland-Pfalz 255.000 Kleinst-"betriebe" als landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen, Heimstätten oder Anwesen mit Garten bis 0,5 ha anzusprechen. In ihrem landwirtschaftlichen "Neben"-beruf kommt die enge Verbindung der in den übrigen Zweigen der Wirtschaft tätigen Menschen mit dem heimatlichen Boden zum Ausdruck.

Die Produktionsrichtung in der Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz ist bei dem Vorherrschen des Kleinbetriebs auf Veredlungswirtschaft eingestellt. Im Viehstapel überwiegt die Rinderhaltung. Hier sind Arbeitskühe noch weit verbreitet. Schafhaltung und Pferdehaltung treten zurück. Schweine werden zum großen Teil für den Eigenverbrauch gehalten. Von den 165.000 Betrieben mit Milchkühen haben nur 15.000 Betriebe 4 Milchkühe und mehr. Die Mehrzahl der Betriebe von Rheinland-Pfalz haben nur eine Kuh. Die Leistung der Kühe ist nach der rassischen Herkunft unterschiedlich. In den Höhenlagen von Westpfalz, Hunsrück und Westerwald wird vorwiegend gelbes Höhenvieh gehalten mit geringem Mengenertrag, jedoch hoher Fettleistung. Leistungsfähiges schwarzbuntes Niederungsvieh findet sich hauptsächlich in den Flußniederungen, während in den tierzüchterisch besonders aufgeschlossenen Kreisen Altenkirchen und Neuwied, ferner im Westrich und in den Kreisen Bitburg und Saarlouis vornehmlich rotbuntes Niederungsvieh gehalten wird.

Der ursprünglich vorwiegend zur Zugleistung gehaltene Rinderbestand (Arbeitskühe) erfährt unter dem Eindruck einer fortschreitenden Mechanisierung und der vom Markt ausgehenden Kräfte eine unverkennbare Leistungsänderung. Offenbar drängen die leistungsfähigen Rinderrassen, darunter vor allem rotbuntes Vieh, stärker vor, wie an der Änderung des Bullenbestandes in Übersicht 2 hervorgeht.

(1) Brennereien als Nebetriebszweige sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Übersicht 2 Der Zuchtbullenbestand in Rheinland-Pfalz
Gliederung nach Rassen, 1954 und 1959

Rasse	in vH	
	1954	1959
Einfarbig gelbes Höhenvieh	55,0	40,8
Rotbuntes Niederungsvieh	19,0	35,6
Schwarzbuntes Niederungsvieh	6,0	7,4
Höhenfleckvieh	19,7	16,2

Quelle: MfLWF, Tierzucht-Abteilung, Zuchtbullenstatistik, Stand vom 31.12.1959

Kennzeichen für die Intensität der heimischen Landwirtschaft sind die Boden-erträge, die ähnlich wie im Durchschnitt des Bundesgebietes im Jahre 1958 bei Getreide um 24 vH, bei Kartoffeln um etwa 31 vH gegenüber dem mehr-jährigen Vorkriegsdurchschnitt gestiegen sind (Übersicht 3).

Übersicht 3 Flächenerträge in Rheinland-Pfalz (1) und im Bundesge-
biet (zum Vergleich) 1935/38, 1952/57 und 1958

Flächenerträge	Bundesgebiet - in dz/ha -			zum Vergleich 1958	
	1935/38	1952/57	vH	Bund	Land (2)
Getreide	20,1	26,2	124	26,6	27,6
Spätkartoffeln	170,8	222,6	131	216,3	205,9
Zuckerrüben	327,2	344,1	105	395,8	441,9
Futterrüben	436,2	450,0	102	531,7	505,3
Klee	61,1	64,8	105	72,4	74,0
Luzerne	73,3	71,7	98	77,1	81,2

Quelle: (1) Statistisches Jahrbuch 1959, S.140/141 und (2) Statistisches Jahrbuch für Rheinland-Pfalz 1958, S.80; die durchschnittlichen Erträge im Bundesgebiet und in Rheinland-Pfalz weichen nur un-wesentlich voneinander ab.

Bei diesen Flächenerträgen hat sich in Rheinland-Pfalz die Brutto-Bodenpro-

duktion im Vergleich zur Vorkriegszeit um rund 8 vH auf insgesamt 3,4 Millionen Tonnen Getreidewert gehoben (1). Dabei ist ein Düngermehraufwand gegenüber der Vorkriegszeit von rund 20 vH zu verzeichnen.

Die Milcherzeugung hat, obwohl die Zahl der Milchkühe zurückgeht, den Vorkriegsstand um 5 vH überschritten und betrug im Jahre 1959 rund 860.000 t. Im Vergleich zum Jahre 1950 hat sie um 34,3 vH zugenommen (Übersicht 4).

Übersicht 4 Kuhbestand und Milcherzeugung in Rheinland-Pfalz
1950 und 1959

Position		1950	1959	+ vH
Kuhbestand insgesamt	(1.000)	360	326	- 11,0
darin: Milchkühe	(1.000)	147	224	+ 52,3
Arbeitskühe	(1.000)	219	102	- 53,8
Milcherzeugung	(1.000 t)	636	854	+ 34,3
Milchanlieferung	(1.000 t)	319	579	+ 82,0
vH (rund)		50	66	-
Milchleistung je Kuh	(kg)	1.787	2.616	+ 46,4

Quelle: Der Grüne Plan in Rheinland-Pfalz 1956-1958, Hrsg. MfLWF 1959, S. 45, ergänzt und erweitert.

Die Ursache dieser Entwicklung liegt in dem durchgreifenden Strukturwandel des Milchkuhbestandes. Im Zeitraum von 1950 bis 1959 sind die Arbeitskühe von 219.000 auf 102.000 Tiere oder um rund die Hälfte zurückgegangen. Gleichzeitig hat die Zahl der nur zur Milchgewinnung gehaltenen Kühe von 147.000 auf 224.000 oder um 52,5 vH zugenommen. Die Milchleistung je Kuh und Jahr ist von 1.787 kg auf 2.616 kg oder um 46,4 vH gestiegen (Bundesdurchschnitt 1958 rund 3.300 kg).

(1) Statistische Monatshefte, Hrsg. Statistisches Landesamt, 1958, Heft 4; Bundesgebiet 46,8 Millionen Tonnen, Anteil Rheinland-Pfalz 7,2 vH. Die Brutto-Bodenproduktion ist die gesamte pflanzliche Erzeugung einschl. Futtermengen, Weidefutter, Saatgut, Einstreu und Schwund, in Getreidewerte umgerechnet.

Für die fortschreitende Mechanisierung der Feld- und Hofwirtschaft ist der zunehmende Einsatz von Maschinen und Geräten bezeichnend (Übersicht 5).

Übersicht 5 Ackerschlepper, Mähdrescher und Melkmaschinen in der Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz und des Bundesgebietes (zum Vergleich) 1950 und 1958

Position	Bestand (Anzahl)	
	1950	1958
I. Bundesgebiet		
Ackerschlepper	116.000	599.000 ^{a)}
Mähdrescher	2.486 ^{b)}	21.500
Melkmaschinen	39.526 ^{b)}	142.000
II. Rheinland-Pfalz		
Ackerschlepper	4.581	50.869
Mähdrescher	114 ^{b)}	2.191
Melkmaschinen	1.295	5.000 ^{c)}

a) 1957; b) 1952: c) geschätzt.

Quellen: zu I. : Statistisches Jahrb. f. Ernährung, Landwirtsch. und Forsten, Hrsg. Bundesernährungsministerium, 1958, S. 56.

 zu II. : Statistische Monatshefte, Hrsg. Stat. Landesamt, Heft 9/59 (Ackerschlepper); Ministerium für Landwirtschaft, Weibau und Forsten, Mähdreschererhebung 1959; Stat. Berichte, Hrsg. Stat. Landesamt, Reihe III/22/10 vom 11. 8. 1954 (Melkmaschinen).

Die Bestände haben sich gegenüber dem Jahre 1950 vervielfacht; von einer Prozentangabe ist daher abgesehen worden. Im Jahre 1959 waren bereits schätzungsweise 60.000 Ackerschlepper, 3.100 Mähdrescher und 5.500 Melkmaschinen im Gebrauch. Diese Entwicklung hat sich im Jahre 1960 fortgesetzt. Zur Verbesserung der ländlichen Vorratswirtschaft sind in Rheinland-Pfalz bis zum Jahre 1959 schätzungsweise 550 Gemeinschaftskühlanlagen mit

rund 22.000 Kühlfächern aufgestellt worden, d.h. jedes vierte Dorf verfügt über eine Gemeinschaftskühlanlage und etwa jeder zehnte Betrieb über ein Kühlfach (1).

c) Organisationswesen, Agrarkredit, Absatzwirtschaft

Für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und Verbreitung fachlicher Kenntnisse sowie zur Vertretung des Berufsstandes und zur Beratung der Behörden sind Landwirtschaftskammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts gebildet worden. Sitz der Landwirtschaftskammer für den Kammerbezirk "Rheinland-Nassau", bestehend aus den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und Montabaur ist Koblenz; für Rheinhessen Alzey und für den Regierungsbezirk Pfalz Kaiserslautern. Zu ihren Aufgaben gehört ferner eine eingehende Beratung bei der landwirtschaftlichen Technisierung und bei den umfangreichen ländlichen Bauvorhaben. Daneben wird die hauswirtschaftliche Beratung und die beratende Mitwirkung bei der Errichtung von dörflichen Gemeinschaftseinrichtungen verstärkt betrieben. Außerdem arbeiten die Landwirtschaftskammern mit zahlreichen öffentlichen Instituten und Ausschüssen zusammen. Gemeinsame Ausschüsse der drei Kammern gewährleisten die notwendige Zusammenarbeit in Fragen von überregionaler Bedeutung.

In enger Zusammenarbeit mit den Kammern stehen die Bauernverbände. Ihre Bezirke decken sich mit denen der Landwirtschaftskammern. Sie vertreten die Interessen des Berufsstandes im Bereich der Politik. Ferner fördern sie die Erwachsenenarbeit und die Landjugendausbildung, für die eigene Bildungsstätten unterhalten werden. Während die Landwirtschaftskammern nicht über einen eigenen Unterbau verfügen, stützen sich die Bauernverbände auf ein breites Fundament von Kreisvereinen, welche die eigentliche praktische Arbeit leisten.

Das ländliche Genossenschaftswesen umfaßt 2.645 Raiffeisengenossenschaften und -kassen, darunter 1.339 Waren-, Betriebs- und sonstige Genossenschaften und 1.306 Raiffeisenkassen (Übersicht 6).

Übersicht 6 Die Raiffeisen-Genossenschaften in Rheinland-Pfalz, 1958

Genossenschafts- verband	Raiffeisen- kassen	Waren- Genossenschaften	Betriebs- und sonstige Genossenschaften	Genossen- schaften insgesamt
Mittelrhein a)	638	300	144	1.082
Rheinpfalz b)	412	649	42	1.103
Frankfurt c)	256	108	96	460
Rheinland-Pfalz	1.306	1.057	282	2.645

- a) Reg. Bez. Koblenz und Trier, Geschäftssitz Koblenz
b) Reg. Bez. Pfalz, Geschäftssitz Ludwigshafen
c) Reg. Bez. Rheinhessen und Montabaur, Geschäftssitz Frankfurt;
es sind nur die rheinland-pfälzischen Teile des Ländlichen Genossen-
schaftsverbandes Frankfurt aufgeführt.

Quelle: Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes 1958, S. 84, ergänzt.

Aufgrund der genossenschaftlichen Prüfungspflicht sind die einzelnen Genossen-
schaften gebietsweise zu Revisionsverbänden zusammengeschlossen, die unter
der Bezeichnung "Raiffeisenverband" die genossenschaftlichen Belange in den
Verbandsgebieten, meist im Benehmen mit den Bauernverbänden, wahrneh-
men. Abweichend von der räumlichen Gliederung der Bauernverbände und
Landwirtschaftskammern gehören die Genossenschaften des Regierungsbezirks
Montabaur zum Ländlichen Genossenschaftsverband Frankfurt. Die 1.306 Raiff-
eisenkassen sind in entsprechender gebietsweiser Gliederung in den Raiffeisen-
Zentralbanken am Sitz der Genossenschaftsverbände zusammengefaßt.

Im Bereich des Agrarkredits sind ferner 63 Kreis-, Stadt- und Amtssparkassen
mit 677 Nebenstellen tätig (1). Diese wurden durch das Gesetz über die Neu-
ordnung des Sparkassenwesens in Rheinland-Pfalz (2) in einem eigenen Lan-
desverband mit einem gemeinsamen Spitzeninstitut in der Landeshauptstadt
zusammengeschlossen. Daneben pflegen auch die Privatbanken für ihren

(1) mitgeteilt von der Landesbank und Girozentrale Rheinland-Pfalz, Stand
31.12.1959.

(2) Landesgesetz über die Neuordnung des Sparkassenwesens vom 12.3.1958,
GVBl. Rh-Pf, S. 47.

ländlichen Kundenkreis den Agrarkredit und stehen hierbei mit dem zentralen Emissionsinstitut der Landwirtschaft, der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Frankfurt, in enger Geschäftsverbindung.

Im Hinblick auf den geringen Umfang, den das Pachtwesen trotz der verbreiteten Teilpacht in Rheinland-Pfalz einnimmt, tritt der reine Pächterkredit an Bedeutung zurück. Trotzdem haben die nach dem Pachtkreditgesetz (1) zugelassenen Institute, zum Beispiel die Land- und Pachtbank Bonn-Frankfurt, in Rheinland-Pfalz einen beträchtlichen Geschäftsumfang, der sich auch auf die übrigen Sparten des Agrarkreditgeschäfts erstreckt.

Von den Kreditinstituten in Rheinland-Pfalz sind der heimischen Landwirtschaft mit Stand vom 31.12.1959 über 200 Millionen DM Kredite aus meist eigenen Mitteln der Banken im Rahmen des Zinsverbilligungsprogramms des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gewährt worden (2). Infolge der günstigen Liquiditätsverhältnisse der Banken im Jahre 1958 und des einsetzenden verstärkten Wettbewerbs der Kreditinstitute hatten die Landwirte Gelegenheit, das vorteilhafteste Kreditangebot auszuwählen. Andere Kredite, wie Siedlungs- und Landkulturkredite - bis Ende 1959 schätzungsweise 100 Millionen DM - werden von außerhalb des Landes befindlichen Spezialinstituten vergeben. Die ansässigen Kreditinstitute leiten diese Kredite zum Teil treuhänderisch weiter oder verwalten sie im eigenen Obligo.

Eine mittelbare Förderung erfährt die heimische Landwirtschaft durch die von der Landwirtschaftlichen Rentenbank jährlich durchgeführten Finanzierungen für die öffentliche Vorratshaltung sowie die von der Landeszentralbank alljährlich gewährleistete Erntefinanzierung. Durch die Kreditgewährung der heimischen Kreditinstitute an den Landhandel, Landmaschinen- und Düngemittelhandel können der Landwirtschaft langfristige Zahlungsziele eingeräumt werden.

In der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft waren 1959 schätzungsweise 800 Millionen DM Fremdkapital investiert, darunter etwa 530 Millionen DM lang- und mittelfristige Darlehen einschließlich Renten und Altenteile und 270 Millionen DM kurzfristige Verbindlichkeiten. Die gesamte Zinsleistung beläuft

(1) Pachtkreditgesetz vom 5.8.1951, BGBl. I, S.494.

(2) Die gesamten Bankkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private in Rheinland-Pfalz betrugen nach Mitteilung der Landeszentralbank zum 31.12.1959 rund 1,4 Mrd. DM.

sich auf ungefähr 42 Millionen DM jährlich (1) und beträgt somit kaum mehr als 3,2 vH der Verkaufserlöse. Mit Rücksicht auf den starken Anteil von Sonderkulturen lassen sich die Verkaufserlöse 1959 auf etwa 1,3 Milliarden DM schätzen (2). Demgegenüber können die Guthaben und Forderungen der Landwirtschaft mit etwa 210 bis 280 Millionen DM angenommen werden (3). Eine Überschuldung liegt daher nicht vor, wenn auch in Einzelfällen die Grenze der betrieblichen Belastung erreicht sein mag.

Am Absatz der heimischen landwirtschaftlichen Erzeugung sind neben 1.399 ländlichen Genossenschaften rund 1.000 Landhandelsfirmen beteiligt. Unter den ländlichen Genossenschaften gibt es 351 Winzergenossenschaften. Bei den alljährlichen großen Weinversteigerungen an den traditionellen Plätzen wie zum Beispiel Mainz und Trier werden schätzungsweise 15 - 20 vH der heimischen Weine umgesetzt. Auf 20 Obst- und Gemüse-Großmärkten in Rheinland-Pfalz gelangt etwa ein Drittel der heimischen Obst- und Gemüseerzeugung zum Verkauf.

Von der Getreideernte werden durchschnittlich 400.000 t jährlich bzw. 8 vH des gesamten verkauften Getreides im Bundesgebiet überwiegend dezentral durch den örtlichen Landhandel und die landwirtschaftlichen Genossenschaften erfaßt.

Übersicht 7 Getreide-Ernte und -Verkauf Rheinland-Pfalz und Bundesgebiet (zum Vergleich) 1958/59

- in 1.000 t -

	Bund	Land	vH
Getreide-Ernte a)	13.070	997	7,7
Getreide-Verkauf b)	5.170	458	8,7
vH	39,5	45,8	-

(Quelle umseitig)

-
- (1) In Anlehnung an BT-Drucksache 1.600/3. Wahlperiode (Grüner Plan 1960) S.27; geschätzter Anteil für Rheinland-Pfalz 7 vH, auf Jahresende 1959 vorgeschätzt.
 - (2) Geschätzt nach den Angaben in den Statistischen Monatsheften Rheinland-Pfalz, Stat.Landesamt, Heft 4, S.99.
 - (3) wie zu (1).

Quelle: a) Stat. Monatsbericht vom Oktober 1959, Hrsg. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML), S. 742.

b) Stat. Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1959, Hrsg. BML, S. 144. Der höhere Verkaufsanteil von Rheinland-Pfalz beruht auf dem höheren Anfall von als Futter verwertbaren Stoffen in den kleinbäuerlichen Betrieben, so daß relativ mehr verkauft werden kann.

Die Mühlenwirtschaft in Rheinland-Pfalz zählt rund 400 Mühlen, darunter 24 Mühlenindustriebetriebe. Die Mehrzahl der Mühlen sind Kleinbetriebe mit 1 - 2 Tonnen Vermahlungsleistung.

Für die Fleischversorgung der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz, deren Bedarf 1959 rund 170.000 t betrug, reicht die heimische Fleischerzeugung mit 120.000 t nicht aus (1). Zufuhren aus anderen Bundesländern in Höhe von 50.000 t oder fast 30 vH sind erforderlich. Die Deckung des Bedarfs erfolgt zu etwa 40 vH über neun zentrale Vieh- und Fleischmärkte für die großen Städte mit ihren Versorgungsgebieten. 60 vH des Bedarfs, hauptsächlich auf dem Lande, werden durch Hausschlachtungen oder Schlachtungen der ländlichen Metzgereien gedeckt. Für den Verkehr mit Lebendvieh bestehen in Rheinland-Pfalz 55 Nutz- und Zuchtvielmärkte, bei denen ebenfalls auf Zulieferungen zurückgegriffen wird, da die eigene Aufzucht für den Bestandsaufbau nicht ausreicht.

Unter 724 Betrieben der Nahrungs- und Genußmittelindustrie in Rheinland-Pfalz werden 685 Betriebe der Ernährungsindustrie gezählt, davon 160 Mineralwasserbetriebe, sowie 146 Alkoholbrennereien und Spirituosenbetriebe. Die meisten Alkoholhersteller sind sogenannte Verschußbrennereien - meistens in der Pfalz - und werden vielfach als Nebenbetrieb von landwirtschaftlichen Betrieben geführt (2).

-
- (1) MfLWF, Agrarpolitische Abteilung, Statistik der Fleischversorgung, Stand 31.12.1959.
 - (2) Die Industrie in Rheinland-Pfalz im Sept. 1959, "Statist. Berichte", Stat. Landesamt, April 1960; erfaßt sind Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten. Nach der landw. Betriebszählung von 1949 wurden in Rheinland-Pfalz 545 Getreide- oder Kartoffel- sowie 1.321 Obstbrennereien als landw. Nebenbetriebe gezählt. Gebietsmäßige Schwerpunkte sind der Trierer Raum sowie die Westpfalz. Etwa die Hälfte der Brennereien ist Betrieben der Größenklasse 10 - 20 ha angeschlossen.

Von den übrigen Branchen sind hervorzuheben:

Obst- und Gemüseverarbeitungsbetriebe	84
darunter: 30 reine Konservenfabriken	
54 Süßmostereien und Gemischtbetriebe	
Molkereien und Milchindustriebetriebe	78
Brauereien und Mälzereien	72
Tabakverarbeiter	63
Weinverarbeitung, Sektkellereien sowie	
Essig- und Essenzenhersteller	50
Mühlen-Industriebetriebe	24
Zucker- und Dauerbackwarenhersteller	24

Besondere Bedeutung für den heimischen Weinbau haben 32 Sektkellereien, die etwa 4 vH der heimischen Erzeugung, hauptsächlich nicht verkehrsfähige "unselbständige" Weine, verarbeiten (1).

78 Molkereien mit einer durchschnittlichen Einzugsgebietsgröße nach der landw. Nutzfläche von 115 qkm (Bundesdurchschnitt 42 qkm) (2) bereiteten 1959 aus rd. 579.000 t angelieferter Milch etwa 111.000 t Trinkmilch oder 18,9 vH (Bundesdurchschnitt 17,8 vH). Zu Butter wurden 347.000 t oder 60,1 vH verarbeitet (Bundesgebiet 61,1 vH). Für die rationelle Erfassung der meist kleinen Anlieferungsmengen sind in den Dörfern der Pfalz und Rheinhessens insgesamt rund 400 Milchsammelstellen errichtet worden (3). Die Zahl der Kühe je 100 ha LN weicht dabei mit 38,4 Kühen nur unwesentlich vom Bundesdurchschnitt (40,0) ab (4).

Der Anteil der Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 148 Millionen DM am gesamten Umsatz der berichtenden Industriebetriebe in Höhe von 952 Millionen DM beträgt 15,6 vH und entspricht damit dem Bundesdurchschnitt (15,4 vH).

(1) Geschätzt unter Ansatz von 35.000 t Sektherstellung (1959), Sektgründweineinfuhr-Kontingent 1960 von 25.000 t; Weinmosternte im langjährigen Durchschnitt 250.000 t. Vgl. auch G. Herzog, Die deutschen Sektkellereien, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung für den deutschen Weinbau, staatswiss. Dissertation, Mainz, 1954; Herzog errechnete 5 vH einer mittleren deutschen Weinernte (S. 189).

(2) F. Wilhelm, Abriß der milchwirtschaftl. Marktordnung, Hildesheim 1956, S. 148.

(3) MfLWF, Agrarpolitische Abteilung, Molkereistatistik, Stand 31. 12. 1959.

(4) F. Wilhelm, a. a. O., S. 148.

Die Absatzwirtschaft einschließlich der Ernährungsindustrie in Rheinland-Pfalz zeigt somit einen beachtlichen Leistungsstand. Neben einem leistungsfähigen Agrarkredit- und einem weitverzweigten Organisationswesen sind auch die absatzwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung der heimischen Landwirtschaft gegeben.

2. Förderung landwirtschaftlicher Maßnahmen durch Gemeinden und Gemeindeverbände

a) Ländliches Sozial- und Bildungswesen

In dem 19.828 Quadratkilometer großen Land Rheinland-Pfalz mit einem Waldanteil von fast 40 vH seiner Fläche lebt nahezu die Hälfte der rund 3,3 Millionen Einwohner zählenden Bevölkerung auf dem Lande in 2.700 Gemeinden bis zu 2.000 Einwohnern. Unter diesen haben 2.300 Gemeinden weniger als 1.000 Einwohner und 1.600 kaum 500 Einwohner (1). Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte in Rheinland-Pfalz beträgt 164 Einwohner je Quadratkilometer (E/qkm), im Bundesgebiet 206 E/qkm.

Mit 133 Einwohnern je Quadratkilometer im Durchschnitt der Landkreise kann die Bevölkerungsdichte auf dem Lande als sehr hoch angesprochen werden. Rheinland-Pfalz zählt somit wie z. B. Hessen und Teile von Baden-Württemberg zu den dicht besiedelten Landgebieten der Bundesrepublik. Besonders dicht ist die Besiedlung in den industriell erschlossenen Gebieten der Pfalz und längs des Rheines und seiner Nebenflüsse. In diesen Räumen äußert sich der soziale Unterschied zwischen Stadt und Land besonders stark, dessen Beseitigung angesichts der allgemeinen Wohlstandsentwicklung das erklärte Ziel der Agrarförderung ist.

Der Umfang der Förderungsmaßnahmen in den Gemeinden hängt weitgehend von deren wirtschaftlicher Lage ab. In den industriell erschlossenen Gegenden und in der Nähe der Städte verfügen die ländlichen Gemeinden über wesentlich höhere Einnahmen als die kleinen Gemeinden in den Höhengebieten und in den abgelegenen, wirtschaftlich und verkehrsmäßig wenig erschlossenen Gegenden mit fast ausschließlich landwirtschaftlicher Bevölkerung (2).

(1) Statistik von Rheinland-Pfalz, Bd. 52, 1957, S. 12; die Gesamtzahl der Gemeinden beträgt 2.918.

(2) Die Realsteuerkraft betrug im Jahre 1958 in Rheinland-Pfalz durchschnitt-

Entsprechend unterschiedlich ist die Lage der Ämter und Landkreise.

Bei dem überwiegend ländlichen Charakter der kleinen Gemeinden haben Maßnahmen auf dem Gebiet des ländlichen Sozialwesens weiten Einfluß auf die überwiegend kleinbäuerliche Landwirtschaft. Von reinen Fürsorgeleistungen abgesehen, die zu den Aufgaben der Landkreise gehören, zählen hierzu hauptsächlich Jugendhilfe und -pflege einschließlich deren Einrichtungen sowie der Einsatz von Gemeindehelferinnen im Gesundheits- und Pflegedienst und die Errichtung und Unterhaltung von Ernte-Kindergärten. Für diese Zwecke haben die kleinen Gemeinden und Ämter in den Jahren von 1949 bis 1960 schätzungsweise 20 Millionen DM oder etwa 5 vH ihrer Einnahmen ausgegeben (1).

Durch diese Maßnahme wird die ländliche Jugendarbeit im Rahmen des Bundesjugendplanes - Landjugendplan - wesentlich ergänzt. Die Bäuerin hat in Notfällen wirksamen Beistand und während der Erntezeit eine fühlbare Entlastung.

Für die Förderung des ländlichen Bildungswesens, der Erwachsenenbildung und der Kulturpflege sind von den kleinen Gemeinden in dem genannten Zeitraum schätzungsweise 10 Millionen DM ausgegeben worden. Wie bei den zuvor genannten Förderungszwecken reichen die verfügbaren Zuweisungen und Darlehen des Landes sowie spezielle Deckungsmittel wie Gebühren, Beiträge und Eintrittsgelder nur zum Teil für die Durchführung dieser Aufgaben aus. Die fehlende Ausgabendeckung erfolgt aus dem allgemeinen Steueraufkommen. An der ländlichen Kulturpflege ist im Regierungsbezirk der Pfalz auch der dortige Bezirksverband beteiligt.

lich 63, --DM/E, sie streut von 40, -- DM/E im Durchschnitt des Regierungsbezirks Trier bis 73, -- DM/E im Durchschnitt des Regierungsbezirks Pfalz; Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik in Rheinland-Pfalz, Hrsq. Stat. Landesamt, 1959, Tabelle 6, S. 236 ff.

- (1) Errechnet aus den Taschenbüchern ... a. a. O., 1953 bis 1959, Tabellensatz 211, nach Abzug der speziellen Deckungsmittel; fehlende Angaben durch Schätzungen ergänzt, für 1960 vorgeschätzt. Die gesamte Agrarförderung durch Gemeinden und Gemeindeverbände in den Jahren 1949 bis 1960 kann auf 2,5 Milliarden DM geschätzt werden (vgl. Abschnitt 5 dieser Arbeit). Aus systematischen Gründen sind die Ausgaben für diese Förderungszwecke in der Zusammenfassung des Abschnitts 5 dieser Arbeit zur Erzeugungsförderung gerechnet worden.

Das ländliche Berufs-, Berufsfach- und Fachschulwesen, soweit letzteres nicht in die Zuständigkeit der obersten Landesbehörde fällt, ist im wesentlichen Aufgabe der Landkreise. In den Jahren 1949 bis 1960 sind hierfür rund 44 Millionen DM ausgegeben worden oder nahezu ein Drittel der Ausgaben der Gebietskörperschaften (ohne kreisfreie Städte) für das Schulwesen (1). Personal- und Sachausgaben der landwirtschaftlichen Fachschulen werden aus dem Haushalt des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten bestritten.

Mit der Förderung des fachlichen Schulwesens auf dem Lande konnte allmählich eine Besserung der Schulraumsituation in diesen Schulen erreicht werden. Gegenwärtig verfügt Rheinland-Pfalz über 66 landwirtschaftliche Fachschulen und über 1.200 landwirtschaftliche Klassen in Berufsschulen (2). Die Gesamtzahl aller Klassen in Berufsschulen beträgt rund 5.700. Gleichzeitig stieg die Zahl der schuleigenen Werkstätten und die Zahl der Außenstellen der Berufsschulen für die Erfassung des über viele Gemeinden verstreuten Schülerkreises. Außerdem ist eine Verbesserung und Erweiterung der Bestände an Lehrmaterial zu verzeichnen. Trotz geringfügig abnehmender Schülerzahlen ist auch der Lehrkörper durch Neueinstellung von haupt- und nebenberuflich tätigen Lehrpersonen verstärkt worden.

Es ist das besondere Verdienst der Landkreise, über den Rahmen ihrer Pflichtaufgaben hinaus fortwährend auf eine Verbesserung des ländlichen Fach- und Berufsschulwesens hingewirkt zu haben. Auch die Gemeinden tragen mit ihren Maßnahmen zu einer ständigen Verbesserung der ländlichen Lebens- und Bildungsverhältnisse bei. Eine gründliche Berufsvorbildung durch ein breites, fachlich ausgerichtetes Schulwesen ist die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Verwertung der in der Agrarförderung der Landwirtschaft gebotenen Hilfen.

b) Ländlicher Wasser- und Wegebau

Bei dem großen Umfang wasserwirtschaftlicher und wegebaulicher Maßnahmen

-
- (1) Errechnet aus den Taschenbüchern ... 1953 - 1959, Tabellensatz 211; fehlende Angaben durch Schätzungen ergänzt, für 1960 Vorschätzung.
 - (2) Die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz, Statistisches Landesamt, Band 40, 1958; bei 623 landwirtschaftlichen Fachschulen im Bundesgebiet beträgt der Anteil von Rh-Pf mehr als 10 vH.

im Bereich der Gemeinden nehmen in den Haushaltsrechnungen der Gemeinden Aufwendungen für diesen Verwendungszweck einen breiten Raum ein. Der als Agrarförderung im Sinne dieser Arbeit anzusprechende Teil der kommunalen Ausgaben wurde aus den Angaben von Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern ermittelt (1). Hinzugerechnet wurde der Aufwand der Landkreise für Baumaßnahmen an Landstraßen II. Ordnung und der Ortsdurchfahrten in Gemeinden unter 6.000 Einwohnern. Die Landkreise werden dabei durch Zuweisungen vom Land unterstützt. Für den seit 1956 planmäßig geförderten Ausbau der ländlichen Wasserversorgung und der Abwasseranlagen sind zusätzlich im Grünen Plan Mittel bereitgestellt worden. Inzwischen ist der Anschluß der landwirtschaftlichen Betriebe an eine zentrale Wasserversorgung nahezu vollständig erreicht. Große Anstrengungen sind gegenwärtig auf die Abführung und Behandlung des Abwassers im Hinblick auf die Reinhaltung der Gewässer gerichtet. Diese Maßnahmen stehen unter der leitenden Aufsicht des Landes und werden im nächsten Abschnitt (3) eingehend behandelt.

Das Schwergewicht der Wegebaumaßnahmen der Gemeinden liegt in der Anlage und Unterhaltung der nicht klassifizierten Wege und der sogenannten Ortsverbindungen (2) (3). Hierbei tragen die Maßnahmen, vor allem bei den kleinen Gemeinden unter 3.000 Einwohnern, reinen Förderungscharakter. Das ist eindeutig in den Gemeinderatsbeschlüssen zu erkennen, wenn andere wichtige Maßnahmen der Selbstverwaltung hierbei hinter notwendigen Wegebauten zurückgestellt werden. Besonders in jüngerer Zeit hat unter dem Eindruck umfassender öffentlicher Förderungsmaßnahmen im Grünen Plan der ländliche Wegebau an Umfang zugenommen.

Wegeverbesserungen und Nuanlagen werden seit 1956 auch im Grünen Plan aus Bundes- und zusätzlichen Landesmitteln gefördert. Neue Wirtschaftswege erhalten leistungsfähige Decken - vielfach Betondecken - von 3 bis 5 m Breite. Oftmals erfolgen gemeindliche Wegebaumaßnahmen zusammen mit Arbeiten an Ortsdurchfahrten und Landstraßen II. Ordnung, bei denen der Landkreis verantwortlich ist. Häufig wird eine Flurbereinigung oder die Schaffung

(1) Errechnet aus den Taschenbüchern ... 1953 - 1959, S.146 ff.

(2) Landesgesetz zur Regelung des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden in der Fassung vom 1.7.1953, GVBl. Rh-Pf, S.72; insbesondere § 9 Abs.4.

(3) Landstraßen III. Ordnung, in "Gemeindetag Rheinland-Pfalz", 1956, Heft 2; in Heft 4/57 wird der Anteil der Gemeindeverbindungsstraßen mit 4000 km oder 25 vH des Straßennetzes angegeben.

neuer Bauernstellen von den Gemeinden zum Anlaß für ergänzende Wegebauten genommen. Zwar wird der Wegebau in der Flurbereinigung von der Teilnehmergeinschaft unter Einschluß öffentlicher Mittel getragen, so daß die Gemeinde hierbei nur nach Maßgabe ihrer Umlegungsfläche herangezogen wird. Die Erfahrung zeigt aber, daß hiermit auch sonst erforderliche Wegebauten ausgeführt werden, welche allein von den Gemeinden zu tragen sind.

Die Ausgaben werden zum Teil durch Zuweisungen aus Bundes- und Landesmitteln, zum überwiegenden Teil aber aus dem gemeindlichen Steueraufkommen gedeckt. Unter Begrenzung auf die aus eigenen Mitteln nach Abzug von Zuweisungen und anderen Deckungsmitteln einschließlich Kommunaldarlehen zu leistenden Ausgaben mit Förderungsscharakter für Wege-, Brücken- und Wasserbau sind von den Gemeinden im Zeitraum von 1949 bis 1960 rund 247 Millionen DM aufgebracht worden. Etwa 90 Millionen DM wurden zusätzlich als Kommunaldarlehen bereitgestellt (1). Ohne Eingriffe in das Vermögen der Gemeinden, wie zum Beispiel durch verstärkten Hiebeinschlag in den gemeindeeigenen Wäldern, Auflösung von Rücklagen sowie Veräußerung anderer Vermögensteile hätte der ländliche Wasser- und Wegebau in diesem Umfang nicht durchgeführt werden können.

Insgesamt gesehen, hat sich das ländliche Straßenwesen, gemessen am Ausbau der Ortsverbindungsstraßen, seit 1948/49 gebessert. Trotzdem steigen die Anforderungen an die Wegeschaffenheit durch die zunehmende Mechanisierung der Feldwirtschaft schneller, als der kommunale Straßenbau Schritt halten kann. Das gilt besonders für Feldwege und Weinbergswwege, auf deren Ausbau ganz besondere Anstrengungen gerichtet sind.

c) Marktwesen und Landwirtschaftsförderung

Die unter Marktwesen zu verstehenden kommunalen Maßnahmen erstrecken sich hauptsächlich auf die Errichtung und Unterhaltung sowie auf den Ausbau von Schlachthöfen und anderen kommunalen Einrichtungen der Lebensmittel-

(1) Taschenbuch ..., a.a.O., Tabellensatz 220, Ermittlung wie vorstehend angegeben. Von der gesamten Agrarförderung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Berichtszeitraum entfallen etwa 60 vH auf den ländlichen Wasser- und Wegebau.

versorgung. Ferner gehören hierher die Fleischschau (1) und die Tierkörperbeseitigung (2).

Die Errichtung von Viehmärkten und Schlachthöfen in den Städten dient einer hygienisch einwandfreien Versorgung. Daneben gehen von diesen Umsatzzentren Auswirkungen auf die Fleischerzeugung der Landwirtschaft aus. Die Nachfrage trifft gleichsam gebündelt auf das Angebot und trägt zur Verbesserung der Qualität der Erzeugung bei. Über das hygienische Bedürfnis hinaus sind auch die Fleischschau in den Schlachthöfen vor und nach der Schlachtung sowie in den ländlichen Fleischschaubezirken für die Fleischerzeugung besonders wertvoll.

Bereits im Jahre 1957 hatte die Fleischmenge aus Schlachtungen und Zufuhren in Rheinland-Pfalz mit 140.000 t den Vorkriegsstand (1938) erreicht. Gegenwärtig beträgt diese Fleischmenge 170.000 t Schlachtgewicht. Den Hauptanteil des Schlachtgewichts hat Schweinefleisch mit 60 vH. Etwa die Hälfte der Schweineschlachtungen sind Hausschlachtungen. Ein Drittel aller Schlachtungen entfällt auf Rinder, darunter in den Sommermonaten vorwiegend Kälber. Beanstandungen durch die Fleischschau waren bei Kälber- und Schweinefleisch am geringsten (3).

Im Rahmen der Agrarförderung durch die Gemeinden tritt das Schlachthofwesen bei den größeren Gemeinden, die Tierkörperbeseitigung bei den kleineren stärker hervor.

Für die ländliche Absatzwirtschaft sind die regelmäßigen Marktveranstaltungen in den Städten und größeren Orten von Bedeutung. Zwar geht nur ein verschwindend kleiner Teil der "marktfähigen" Erzeugung über die sogenannten Wochenmärkte, für die Lieferer bedeutet er jedoch eine zusätzliche und erheblich verbesserte Verwertung. Anders zu beurteilen sind die sogenannten Großmärkte, die entweder genossenschaftliche Einrichtungen, wie zum Beispiel häufig im Obst- und Gemüsebau, oder kommunale Einrichtungen als zentrale Umschlagplätze sind. Auch hierbei stehen Vorteile der Lebensmittelüberwachung und somit Verbraucherschutz tendenzen im Vordergrund der Überlegungen. Die Auswirkungen auf die Beschaffenheit des landwirtschaft-

(1) Fleischbeschaugesetz vom 29.10.1940, RGBL. I, S. 1463.

(2) Selbstverwaltungsgesetz für Rheinland-Pfalz vom 27.9.1948, GVBl. Rhld.-Pf., S. 355, Gemeindeordnung § 2 Abs. 2.

(3) Die Viehwirtschaft in Rheinland-Pfalz, Stat. Landesamt, Bd. 54, 1958, S. 20 ff.

lichen Warenangebots sind jedoch ebenfalls günstig. Darüber hinaus bedeuten zentrale Umschlagplätze eine Verkürzung der Handelsketten (1) und eine erhebliche Rationalisierung der Warenbewegung. Die Vorteile einer derartigen Marktorganisation für die Verbraucher sind unbestritten.

Außer der Förderung des Marktwesens und anderer Einrichtungen der Lebensmittelversorgung steht bei den kleineren Gemeinden ohne Versorgungseinrichtungen die allgemeine Landwirtschaftsförderung im Vordergrund der allgemeinen Bewilligungen des Haushalts. Hierunter zählen alle Einzelmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft, insbesondere solche, die nicht unter die Hauptgruppen Sozialwesen, ländlicher Wegebau und Marktwesen gerechnet worden sind. Vielfach sind jedoch Dotationsauflagen für die Gemeinden bei überregionalen Maßnahmen sowie bei gezielten Maßnahmen mit Einsatz von Bundes- und Landesmitteln hier verbucht. Die im Grünen Plan geförderte Schulmilchspeisung, bei der die Gemeinden einen angemessenen Beitrag zu den eingesetzten Mitteln zu leisten haben, gehört ebenfalls hierher.

Aus systematischen Gründen sind bei der Zusammenfassung der einzelnen Förderungen zu Gruppen die als erzeugungsnah anzusprechenden Maßnahmen des ländlichen Sozialwesens sowie die Feldhut, die in der Statistik der Gemeindeausgaben zum Polizei- und Ordnungswesen zählt, der Erzeugungsförderung zugerechnet worden.

Insgesamt sind von den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Untersuchungszeitraum für die allgemeine Landwirtschaftsförderung einschl. verwandter Maßnahmen rund 84 Millionen DM ausgegeben worden. Die Ausgaben für Zwecke des Marktwesens und der Absatzförderung betragen 68 Millionen DM, darunter 20 Millionen DM Kommunalدارlehen.

Für den Ausbau und die Verbesserung des ländlichen Absatzwesens ist mit diesen Maßnahmen ein bedeutender Beitrag geleistet worden. Eine verstärkte Fortführung ist nötig und auch vorgesehen.

(1) R. Seyffert, Wirtschaftslehre des Handels, Köln 1951, S.499 ff.

3. Förderungsmaßnahmen des Landes

a) Flurbereinigung und Siedlung

Die Besitzzersplitterung als Folge der Realteilung hat das Bedürfnis nach einer Zusammenlegung der verstreuten Besitzflächen fühlbar werden lassen. Bereits in den Jahren nach 1880 sind auf gesetzlicher Grundlage erste Umlegungsmaßnahmen im Norden des Landes eingeleitet worden. Die ausführenden Behörden wurden im Laufe der Jahre vermehrt und erhielten die Bezeichnung Kulturamt. Gegenwärtig zählt Rheinland-Pfalz 14 Kulturämter.

Nach dem Flurbereinigungsgesetz von 1953 (1) kann zur Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung zersplitterter und unwirtschaftlich geformter ländlicher Grundbesitz nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengelegt, wirtschaftlich gestaltet und durch andere landeskulturelle Maßnahmen verbessert werden (§ 1). Die Flurbereinigung wird in einem behördlich geleiteten Verfahren innerhalb des Flurbereinigungsgebietes unter Mitwirkung der Gesamtheit der beteiligten Grundeigentümer (Teilnehmergemeinschaft) und der landwirtschaftlichen Berufsvertretung (Landwirtschaftskammern) durchgeführt (§ 2).

Damit ist das Recht der Grundstücksumlegungen, welches durch die Reichsumlegungsordnung von 1937 (2) reichseinheitlich geregelt war, nach rechtsstaatlichen Grundsätzen fortgebildet worden. Vor allem haben die Betroffenen durch die Neuordnung des Rechtsmittelverfahrens einen erhöhten Rechtsschutz gegenüber den Maßnahmen der Flurbereinigungsbehörden erhalten. Die Kulturämter sind Flurbereinigungsbehörden im Sinne des Gesetzes; sie sind gleichzeitig Landesbehörden. Unterhaltung und Ausbau des Behördenapparates stellen somit einen wesentlichen Beitrag des Landes zur Förderung der Landwirtschaft und des heimischen Agrarwesens dar.

Insgesamt sind bis Ende 1959 in Rheinland-Pfalz 694 Flurbereinigungsverfahren mit zusammen 400 000 ha anhängig. Bei der Hälfte dieser Fläche ist für etwa 25 000 Beteiligte der Besitzübergang bereits erfolgt. Im Jahre 1960 stehen etwa 85 Zusammenlegungs- und Flurbereinigungsverfahren mit 35.000 ha, davon 1.000 ha Weinberge, vor dem Besitzübergang. Die gesamte flurbereinigte oder in einem Flurbereinigungs- bzw. Zusammenlegungsverfahren befindliche Fläche beträgt in Rheinland-Pfalz rund 581.000 ha, davon 407.000

(1) BGBl. I, S. 591.

(2) RGBl. I, S. 629.

ha landwirtschaftliche Nutzfläche oder 42 vH der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. In der Flurbereinigungsfläche sind 11.630 ha umgelegte Weinbergsfläche oder fast 25 vH des gesamten Reblandes enthalten.

Im Zuge der Flurbereinigung sind bisher rund 40.000 ha Acker- und Grünland oder 6,9 vH der gesamten Umlegungsfläche melioriert und nahezu 40.000 km Feldwege neu ausgewiesen worden. Allein im Jahre 1960 werden voraussichtlich rund 2.000 km Wege neu angelegt, über 1.550 ha Flurbereinigungsfläche dräniert, 220 km Gräben neu angelegt und 3.800 Durchlässe mit mehr als 60 cm Durchmesser neu verlegt.

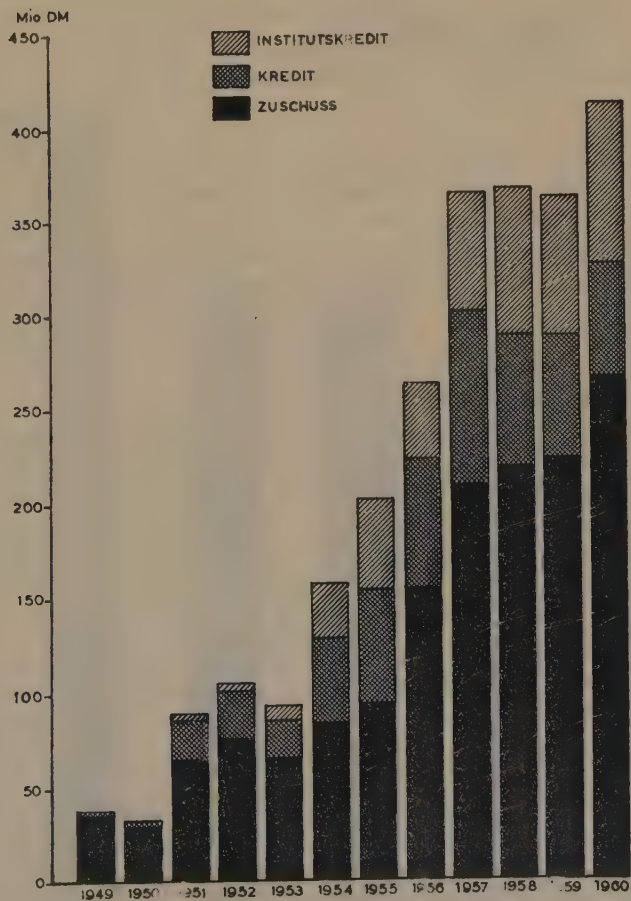
Auch für die beschleunigte Flurzusammenlegung gemäß § 93 f. des Flurbereinigungsgesetzes ist bei der Landwirtschaft ein steigendes Interesse zu beobachten. Bei dem beschleunigten Verfahren kann in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Sanierung der zersplitterten Ländereien erreicht und die Möglichkeit für eine durchgreifende Mechanisierung der Landwirtschaft geschaffen werden. Für das in der Regel nachfolgende Hauptverfahren werden dabei wesentliche Vorarbeiten geleistet. Ausweislich der Landeshaushaltsrechnungen sind für die Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz von 1949 bis 1959 rund 85 Millionen DM Landesmittel eingesetzt worden. Im Jahre 1960 wurden weitere 10 Millionen DM bereitgestellt (1).

Das Siedlungswesen war vor dem ersten Weltkrieg und in der Zeit zwischen den beiden Kriegen vorwiegend auf die bäuerliche Erschließung des deutschen Ostens gerichtet. Es wurde nach dem zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik durch die notwendige Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge gemäß Bundesvertriebenengesetz (2) intensiviert. Für die Ansiedlung der Einheimischen war das Siedlungsförderungsgesetz (3) erlassen worden, wonach nachgeborenen Bauernsöhnen, strebsamen Landarbeitern oder auch Pächtern die Möglichkeit für eine selbständige Existenz gegeben wurde. Land für Siedlungszwecke steht aus dem Landausfall durch Ausübung des Vorkaufsrechts ge-

-
- (1) Haushaltsrechnungen und Haushaltspläne des Landes Rheinland-Pfalz 1949 bis 1960, durch Schätzungen ergänzt; die gesamte Agrarförderung durch das Land (Abschnitt 5) kann auf 488 Millionen DM geschätzt werden. Der Anteil der Flurbereinigung beträgt demnach fast 20 vH.
 - (2) Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz) vom 19.5.1953, BGBl.I, S.201, insbesondere § 46 ff.
 - (3) BGBl.I, S.224.

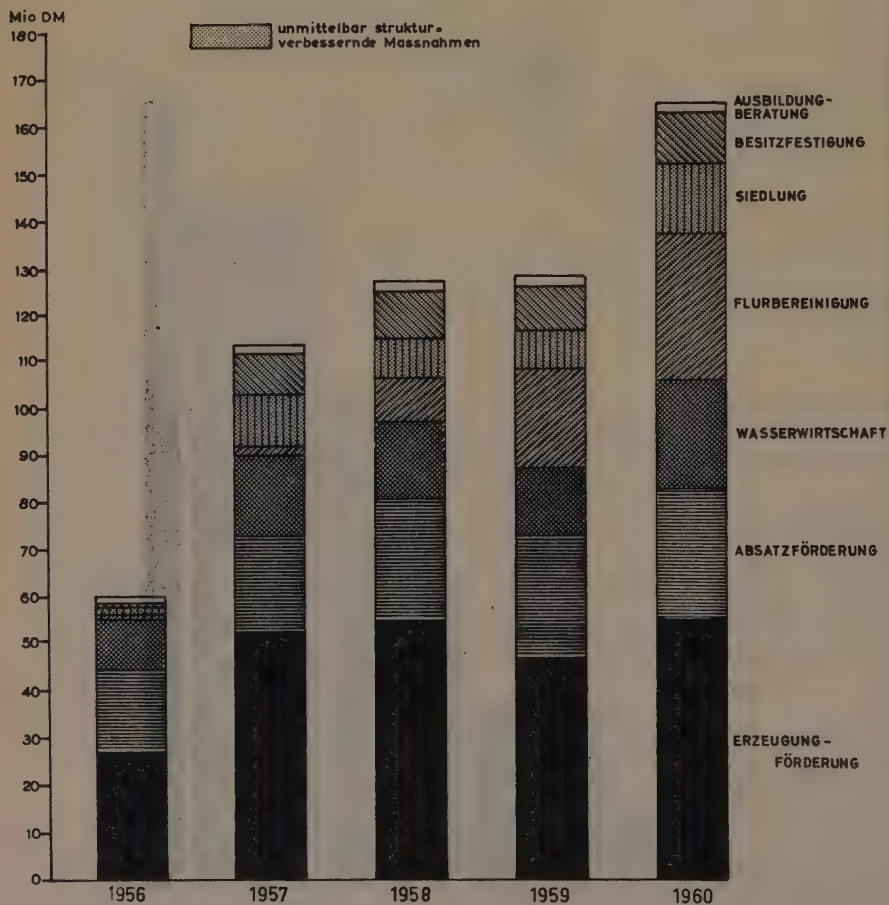
Rheinland-Pfalz

DIE AGRARFÖRDERUNG DURCH BUND, LAND, KREISE, GEMEINDEN UND ORGANISATIONEN 1949-1960



Rheinland-Pfalz

EINSATZ ÖFFENTLICHER MITTEL IM GRÜNEN PLAN 1956 - 1960



mäß § 4 ff. des Reichssiedlungsgesetzes (1) sowie nach dem Landesgesetz zur Bodenreform von 1948 (2) zur Verfügung. Die Masse des Siedlungslandes wird gegenwärtig aber auf dem freien Grundstücksmarkt erworben.

Zur Vereinheitlichung siedlungsrechtlicher Bestimmungen hat das Land Rheinland-Pfalz ein Landesgesetz erlassen (3). Demnach hat auch das Kulturanstalt die Funktion eines gemeinnützigen Siedlungsunternehmens nach dem Reichssiedlungsgesetz von 1919. Außerdem wird der klassische Siedlungsbegriff den heutigen Notwendigkeiten entsprechend angepaßt und erweitert. So ist zum Beispiel die Übertragung eines bestehenden Betriebes auf einen zugelassenen Siedlungsbewerber eine Siedlung im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes. Auch die Verlegung einer Hofstelle aus der geschlossenen Dorflage heraus (Aussiedlung) kann als Siedlungsverfahren erfolgen.

Für die Förderung der Kleinsiedlung, des Landarbeiterwohnungsbaues und der Errichtung von Nebenerwerbsstellen ist ebenfalls Vorsorge getroffen (4). Der Gesamtumfang der Siedlungstätigkeit im behördlichen und außerbehördlichen Verfahren einschließlich Betriebsaufstockungen (Anliegersiedlung) kann auf rund 6.400 Vorhaben geschätzt werden. Davon sind annähernd 10 vH Neubauernstellen, 70 vH Betriebsaufstockungen und 20 vH Nebenerwerbs-, Landarbeiter- und Erwerbsgartensiedlungen.

Durch den zusätzlichen Einsatz von Landes- und Bundesmitteln im Grünen Plan für die behördliche Siedlung sind gleichzeitig 350 Aussiedlungen und Anliegersiedlungen gefördert worden, davon allein 120 Vorhaben im Jahre 1959. Im Jahre 1960 ist eine Siedlungstätigkeit im selben Umfang wie im Vorjahr vorgesehen. Von diesen Siedlungsverfahren wurden mehr als ein Drittel im Rahmen einer Flurbereinigung durchgeführt. Die Schaffung neuer Betriebseinheiten auf weitgehend arrondierten Flächen war hierbei besonders gut möglich. Außerdem wurde die Anordnung der Hofstellen in Weilerform bevorzugt. So tragen Flurbereinigung und Siedlung wesentlich dazu bei, die entscheidenden Voraussetzungen für eine Leistungssteigerung und den ratio-

(1) RGBl. I, S. 1429.

(2) GVBl. Rh.-Pf., S. 385.

(3) Gesetz vom 14. 3. 1955, GVBl. Rhld.-Pf., S. 23 ff.

(4) vgl. dazu Runderlaß des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 1. 9. 1959 mit einer ausführlichen Übersicht über bestehende Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft; dortselbst weitere Fundstellenhinweise.

nellen Einsatz der Produktionsmittel in der Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz zu schaffen.

b) Ländliche Wasserwirtschaft und Wirtschaftswege

Mit der zunehmenden Einführung von fließendem Wasser in den landwirtschaftlichen Betrieben und dem damit steigenden Abwasseranfall gewinnen die Maßnahmen für die ländliche Wasserversorgung und Abwasserbehandlung an Bedeutung. Auch die Maßnahmen für die Wasserhaltung im Boden - Meliorationen, Dränagen, Vorflutregulierungen, Rückhaltebecken, Hochwasserschutz - sowie für die Reinhaltung der Gewässer, vornehmlich durch Kläranlagen für die Entwässerung von Wohnsiedlungen und Industrien, werden verstärkt gefördert.

Diese Maßnahmen sind im Hinblick auf die steigende Trinkwasserförderung durch Uferfiltrierung (1) besonders wichtig. Außerdem muß einer akuten Gefährdung der Gesundheit beim Baden und Wassersport wirksam vorgebeugt werden. Schließlich verdient auch der Fischbestand in den Binnengewässern verstärkten Schutz vor Verunreinigung und Verschmutzung.

Das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (2) hat daher grundsätzlich bestimmte Benutzungen der Gewässer genehmigungspflichtig gemacht. Dazu gehören vor allem das Einbringen und Einleiten von Stoffen in oberirdische Gewässer und in das Grundwasser (§ 3). Für die Reinhaltung oberirdischer Gewässer können Reinhalteordnungen erlassen werden, soweit die Zuführung von Stoffen die Gewässer in ihrer Beschaffenheit schädlich verändert (§ 27). Um die notwendigen wasserwirtschaftlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen, sollen für Flußgebiete und Wirtschaftsräume wasserwirtschaftliche Rahmenpläne aufgestellt werden, die der allgemeinen Entwicklung laufend anzupassen sind (§ 36).

Mit diesem Gesetz ist die Handhabe zur Ordnung der Wasserwirtschaft geschaffen. Durch Ländergesetze werden die Bestimmungen dieses Rahmengesetzes weitgehend ausgefüllt. Das bereits von dem Gesetz über die Wasser- und Bo-

(1) zum Beispiel Wasserwerk Petersau der Stadtwerke Mainz als neueste Anlage in Rheinland-Pfalz.

(2) BGBl. I, S. 1110, dazu Landeswassergesetz vom 1. 8. 1960, GVBl. Rh-Pf, S. 153.

denverbände (Wasserverbandsgesetz) vom 10.2.1937 (1) und der Wasserverbandverordnung vom 3.9.1937 (2) angestrebte Ziel einer wasserwirtschaftlichen Ordnung erscheint nunmehr besser erreichbar. Unabhängig davon behalten die Bestimmungen über Wasser- und Bodenverbände als Einrichtungen für die Bewältigung regionaler wasserwirtschaftlicher Aufgaben ihre Bedeutung bei. Wesentlich ist auch, daß die Bildung von Wasser- und Bodenverbänden für den Bau und die Unterhaltung von Wirtschaftswegen allgemein zulässig ist (3). Von dieser Möglichkeit ist bisher in nennenswertem Umfang nicht Gebrauch gemacht worden.

Der ländliche Wirtschaftswegebau erfährt seit dem Grünen Plan 1956 in besonderem Maße öffentliche Förderung. Der zunehmenden Beanspruchung durch schwere Fahrzeuge und schweres Gerät ist der herkömmliche Feldweg nicht mehr gewachsen. Besonders verlangen Motorisierung und Mechanisierung feste Wege mit sicherem Untergrund. Neben den ländlichen Gemeinden beteiligen sich auch das Land und der Bund etwa im Verhältnis 2 : 1 : 1 an diesen Maßnahmen.

Im Rahmen der ländlichen Wasserwirtschaft wird auch die Errichtung von Beregnungs- und Berieselungsanlagen gefördert. Letztere sind typisch für die Behandlung und Verwertung großstädtischer Abwässer in Verbindung mit landwirtschaftlicher Nutzung. Dagegen findet die Beregnung als Ergänzung der natürlichen Niederschläge in den landwirtschaftlichen Betrieben erst seit kurzem Eingang. Als Betriebsform kommt sowohl die Einzelanlage, mehr jedoch die Gemeinschaftsanlage in Form der öffentlich-rechtlichen Körperschaft - also Wasser- und Bodenverband - vor. Für den Weinbau sind Beregnungsanlagen für die Frostschutzbekämpfung besonders wertvoll. Die bisher größten Anlagen dieser Art sind die Beregnungsanlage in Enkirch/Mosel, vornehmlich für den Frostschutz, und in Mombach bei Mainz zur Feldberegnung für Gemüse.

Wasserversorgungsanlagen und Ortskanalisationen nehmen den Hauptteil der Förderungsmaßnahmen ein. Bisher sind 98 vH aller Einwohner von Rheinland-Pfalz an eine zentrale Wasserversorgung und hiervon rund 55 vH an eine Ortskanalisation angeschlossen. Die Abwässer von 25 vH der Einwohner werden in

(1) RGBl. I, S.188.

(2) RGBl. I, S.933.

(3) Runderlaß des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 16.10.1956 in MinBl. Rh-Pf, S.1094.

zentralen Kläranlagen gereinigt. Das Schwergewicht der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsmaßnahmen wird sich künftig auf den vielfach notwendigen Ausbau vorhandener Wasserversorgungseinrichtungen und auf die Errichtung von Ortskanalisationen und Kläranlagen richten. Beispiel für eine moderne Kläranlage ist die Anlage der Stadt Bad Kreuznach, bei der die anfallenden Schlammengen zusammen mit dem gesamten Müll der Stadt in einem unmittelbar benachbarten Müllkompostierungswerk verwertet werden.

Voraussetzung für umfassende wasserwirtschaftliche Maßnahmen und die erforderlichen Planungen sind genaue Kenntnisse der Wasserverhältnisse in den ländlichen Gebieten. Für diesen Zweck ist im Jahre 1951 das Landesamt für Gewässerkunde als selbständige Landesoberbehörde unter der Dienstaufsicht des Landwirtschaftsministeriums eingerichtet worden. Die zur Beobachtung der Wasserstände in Flüssen und Bächen notwendigen Schreib- und Lattenpegel sind von 29 auf 94 vermehrt, außerdem zur Beobachtung der Grundwasserverhältnisse in Rheinland-Pfalz an besonderen Beobachtungsschwerpunkten insgesamt 411 Beobachtungsstellen an Brunnen und Quellen angelegt worden. Zur Überwachung der Reinheit der Gewässer wird außerdem jährlich eine bestimmte Anzahl Vollanalysen der Abwässer von Kläranlagen und Fabriken genommen (1).

In zunehmendem Maße werden bei wasserwirtschaftlichen und anderen landeskulturellen Maßnahmen die Grundsätze einer zweckmäßigen Landschaftspflege und Raumordnung (2) beachtet. Hierbei handelt es sich vor allem um die Anlage von Schutzpflanzungen und Anpflanzungen auf Ödland, um einzelne Gehöfte, an Straßen und Gewässern, wie zum Beispiel bei der Schiffbarmachung der Mosel, die das Bild der Landschaft und ihre räumliche Gliederung beeinflussen. Ein markantes Beispiel für vorbildlich angelegte Schutzpflanzungen sind die Windschutzstreifen und Höfeinfriedungen in der Siedlung Göllheim, Kreis Kirchheimbolanden, die zum Teil aus ehemaligem Waldbestand, zum Teil aus Neupflanzungen bestehen und eine Länge von 12 km erreichen (3).

-
- (1) Wasser und Boden, Jahreshaft der Wasserwirtschaft, Hamburg 1958, S. 239 ff.
 - (2) Geordnete Nutzung des Bodens in der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Schutz des Heimatbildes und der Erholungsstätten; erwünschte Entwicklung von Gebietsräumen bei sorgfältigem Abwägen der wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Teilbereiche (Parey's Landwirtschaftslexikon, Berlin 1956, S. 143).
 - (3) Wasser und Boden, Hamburg 1959, S. 268.

Der Beitrag des Landes für die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1949 bis 1960, deren Kosten auf über 700 Millionen DM geschätzt werden können (1), macht 97 Millionen DM aus.

c) Erzeugung, Absatz, Hauswirtschaft, Schulwesen

In herkömmlicher Weise nimmt die Förderung der Erzeugung sowohl nach dem Sachumfang als auch nach der Höhe der eingesetzten Haushaltsmittel den Hauptteil an der gesamten Agrarförderung ein. Einen besonderen Beitrag zur Landwirtschaftsförderung leisten die staatlichen Betriebe wie Staatsforsten und Domänen. Bei günstigen Preisen auf dem Holzmarkt erzielten z.B. die Staatsforsten 1958 wie auch schon in den Jahren davor einen Haushaltsüberschuß von rund 20 vH des aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu deckenden Zuschußbedarfs der Landwirtschaftsverwaltung (2).

Unter den Maßnahmen zur Förderung der Erzeugung stehen Zuschüsse für Bodenuntersuchungen, für den Anbau von Obst, Gemüse und anderen Sonderkulturen sowie für sonstige ackerbauliche Zwecke an erster Stelle der Landesausgaben. Besondere Förderung erfährt der heimische Braugerstenanbau. Außerdem wird für die Unterhaltung des Landespflanzenschutzdienstes sowie für Maßnahmen des Landespflanzenschutzes und der Schädlingbekämpfung jährlich ein erheblicher Betrag bereitgestellt. Für die Schädlingbekämpfung im Weinbau sind ebenfalls umfangreiche Vorkehrungen getroffen.

Auf dem Gebiet der Tierzucht werden aus Landesmitteln Beihilfen für den Ankauf von Zuchtbullen, für die Errichtung von Gemeindevatertierhaltungen, für die Entwicklung der Bienenzucht, für das Leistungsprüfungswesen und für die Tierzuchtverbände in Rheinland-Pfalz gewährt. Zur Förderung der Landtechnik und des ländlichen Bauwesens stehen ebenfalls Landesmittel zur Verfügung. Ferner wird die Errichtung von gemeinschaftlichen Anlagen und Einrichtungen im Weinbau durch Gewährung von Zuschüssen gefördert. Für eine Reihe von

-
- (1) ebendort, S. 264; fehlende Angaben geschätzt. Rund 600 Millionen DM beträgt die Kostendeckung aus öffentlichen Mitteln; davon: Land 16 vH, Bund 28 vH, Gemeinden 56 vH. Weitere 100 Millionen DM werden aus Eigenmitteln der Beteiligten, bei Gemeinden aus speziellen Deckungsmitteln wie Gebühren, Umlagen und Anliegerbeiträgen aufgebracht.
 - (2) Rheinland-Pfalz, Haushaltsplan 1958, Einzelplan 07, Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten.

Darlehen zur Besitzfestigung landwirtschaftlicher Betriebe und zur Behebung von Ernteschäden werden Zinsverbilligungen aus Landesmitteln gewährt.

Zur Bekämpfung der Rindertuberkulose wird aufgrund der entsprechenden Landesverordnung von 1950 (1) eine Milchprämie von 2 Dpf/kg tbc-freier Milch über einen Zeitraum von 12 Monaten gewährt, der sich danach auf einen Pfennig ermäßigt. Der hierfür im Jahre 1959 erforderliche Betrag beläuft sich auf 4 Millionen DM. Bisher sind für die Bekämpfung der Rindertuberkulose seit dem Anlaufen der Aktion im Jahre 1953 über 20 Millionen DM eingesetzt worden. Dadurch war es möglich, daß fast sämtliche Rinderbestände in Rheinland-Pfalz dem Bekämpfungsverfahren angeschlossen und über zwei Drittel anerkannt tbc-frei sind.

Gemäß § 22 Abs. 2 des Milch- und Fettgesetzes (2) werden aus Mitteln der Umlage jährlich über eine Million DM bzw. 0,25 Dpf. je Kilogramm angelieferter Milch für die Förderung der Milchwirtschaft bereitgestellt. Die Umlage wird den Bauern vom Milchauszahlungspreis abgezogen und durch die Molke-reien abgeführt. Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt im Haushalt des Landwirtschaftsministeriums. Den größten Teil des Aufkommens erhält der Landeskontrollverband zur Ausführung seiner Aufgaben. Bei der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur in Rheinland-Pfalz ist eine Ausweitung der Leistungsprüfungen sehr erschwert; es sind über 13 vH aller Kuhbestände dem Kontrollverfahren angeschlossen. Die beteiligten Betriebe können als Beispielbetriebe angesprochen werden. Die derzeitigen Leistungen der Milchwirtschaft sind ohne Zweifel das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen von Erzeugerschaft, Landestierzucht, Futterberatung und Kontrollverband.

Zur Förderung des Absatzes von Erzeugnissen des Landbaues sind eine Reihe von Maßnahmen aus Landesmitteln vorgesehen. So sind Beihilfen für die Kosten der besonderen Erntermittlung und für die Nachprüfung der Bodenbenutzungserhebung bereitgestellt. Außerdem werden Zuschüsse und Prämien für die Erstellung von Buchabschlüssen bei nicht buchführungspflichtigen landwirtschaftlichen Betrieben gewährt. Diese Maßnahmen sind für die laufende Berichterstattung über die Ertragslage der Landwirtschaft erforderlich und ermög-

(1) GVBl. Rh-Pf, S. 291.

(2) Milch- und Fettgesetz in der Fassung vom 10.12.1952 (BGBl. I, S. 811), und vom 4.8.1960 (BGBl. I, S. 649). Gemäß § 12 dieses Gesetzes wird von der abgesetzten Trinkmilch ein Ausgleichsbetrag zur Stützung der Werkmilch (zur Buttergewinnung) erhoben.

lichen sachdienliche und zweckmäßige Entschlüsse der Agrarpolitik sowie geeignete Absatzmaßnahmen. Ferner werden die Durchführung von Braugerstenschauen und andere mit dem Absatz der Braugerste zusammenhängende Vorhaben durch die Bereitstellung von Landesmitteln gefördert.

Für Zuckerrübenverladeanlagen in verkehrsfernen Anbaubieten werden ebenfalls aus Landesmitteln Zuschüsse gewährt. Auch der Absatz von tierischen Erzeugnissen wird wirksam gefördert. Bei den drei zentralen Schlachtviehgroßmärkten in Rheinland-Pfalz sind für die Einreihung der Tiere in Handelsklassen für die amtliche Preisnotierung Kommissionen eingesetzt, deren Teilnehmer Aufwandsentschädigungen bekommen. Zuschüsse sind ferner vorgesehen für Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene bei Bearbeitung und beim Absatz von Milch und Milcherzeugnissen sowie für den Einbau zusätzlich erforderlicher Geräte und Anlagen bei der Lieferung tbc-freier Trinkmilch. Auch die Milchwerbung erhält Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln. In begrenztem Umfang sind Mittel auch bereitgestellt für die Weinwerbung sowie für Tagungen, Tierschauen, Besichtigungen und Ausstellungen aller Art.

Außerdem wird die ländliche Hauswirtschaft aus Landesmitteln gefördert. So werden in begrenztem Umfang Zuschüsse für beispielhafte Warmwasseranlagen in bäuerlichen Betrieben und für Versuchsanstellungen auf dem Gebiet des ländlichen Bauens, Wohnens und der bäuerlichen Ernährung bereitgestellt. Diese Zuschüsse sollen die Einführung von Neuerungen auf hauswirtschaftlichem Gebiet als Musteranlagen erleichtern und entsprechende Versuche ermöglichen. Zur Anschaffung arbeitserleichternder und -beschleunigender sowie produktionsfördernder Maschinen und Einrichtungen, deren Anschaffung für den Einzelbetrieb unrationell sein würde, werden technische und hauswirtschaftliche Gemeinschaftseinrichtungen gefördert. Dabei wird auf bereits bestehende Lohnunternehmen, zum Beispiel Mietwaschküchen, Rücksicht genommen.

Für die Durchführung von Auftragsangelegenheiten bei Tierzucht-, Weinbau- und Körämtern sowie für die Saatenanerkennung erhalten die Landwirtschaftskammern Zuschüsse aus Landesmitteln. Das landwirtschaftliche Fachschulwesen in Rheinland-Pfalz umfaßt fünf Landeslehr- und Versuchsanstalten und 54 Landwirtschafts- bzw. Weinbauschulen. Dazu kommen noch eine Landfrauenschule, eine Lehr- und Versuchsanstalt für Imkerei und eine Waldarbeiterschule.

Etwa 2.000 Schüler und 1.000 Schülerinnen werden in rund 150 Klassen von

300 Lehrpersonen in berufsbildenden Fächern unterrichtet (1). Diesen Schulen obliegt auch die allgemeine Beratungstätigkeit in der landwirtschaftlichen Praxis. Zusätzlich sind Berater eingesetzt, denen die Verbreitung und Vertiefung besonderer Kenntnisse auf den Gebieten Betriebswirtschaft, Obst- und Gartenbau, Geflügelwirtschaft, Fütterung und Hauswirtschaft übertragen sind.

Vom Lande werden außerdem Beihilfen für die Durchführung von Schulungskursen auf der von den Bauernverbänden unterhaltenen Schulungsstätte Ebernburg, Kreis Kreuznach, gewährt. Hier werden durch Kurse und Schulungstagungen die Kenntnisse neuzeitlicher Techniken und Verfahren erweitert und das Fachwissen vertieft.

Die insgesamt vom Land zur Förderung von Erzeugung, Absatz, Ausbildung und Beratung gewährten Hilfen belaufen sich auf etwa 241 Millionen DM oder etwa die Hälfte der Agrarförderung durch das Land (2).

4. Förderung der heimischen Landwirtschaft durch Maßnahmen des Bundes

a) Verbesserung der Agrarstruktur und der ländlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen

Wie schon ausgeführt, rückt seit 1953 die Strukturverbesserung mehr und mehr in den Vordergrund der Agrarförderung. In den Budgets des Bundes und der Länder werden entsprechende Ausgabeposten erhöht. Die bis dahin stiefmütterlich behandelte Flurbereinigung fand zunehmende Berücksichtigung. Zum Beispiel sind die aus Landes- und Bundesmitteln gewährten Beihilfen zu den Umlagekosten (Ausführungskosten) von 3,5 Millionen DM im Jahre 1954 auf 14,6 Millionen DM im Jahre 1959 gestiegen. Da die Unterhaltung der erforderlichen Behörden Ländersache ist, gewährt der Bund Zuschüsse und Darlehen nur zu den Ausführungskosten der Flurbereinigung. Auch für die Durchführung der Siedlung sowie für die Ansiedlung oder Eingliederung von Heimatvertriebenen werden vom Bund Zuschüsse bereitgestellt. Aus dem Lastenausgleichsfonds stehen hierfür gleichfalls Darlehen zur Verfügung.

- (1) Die Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz, Hrsg. Statistisches Landesamt, Bd.40, 1958, für 1960 ergänzt.
- (2) siehe im übrigen Abschnitt 5.

Die Grünen Pläne sehen eine verstärkte Förderung von Maßnahmen der Flurberreinigung und Siedlung vor. Der Anteil dieser Mittel am Gesamtbetrag des Grünen Planes für Rheinland-Pfalz ist von rund 5 vH im Jahre 1956 auf 34 vH im Jahre 1960 (Vorschätzung) angestiegen. Gleichzeitig hat sich der Gesamtbetrag des Grünen Planes für Rheinland-Pfalz - soweit er sich ermitteln läßt - von rd. 60 Millionen DM auf 160 Millionen DM erhöht (vgl. auch Abschnitt 5).

Im Grünen Plan wurde außerdem mit der Aussiedlung und Aufstockung im freien Verfahren, d.h. ohne behördliche Leitung begonnen. Dabei kann der Landwirt selbst durch Landzukauf seine Betriebsflächen aufstocken und abrunden oder aber seine Hofstelle aus beengter Dorflage in die Feldmark aussiedeln. In den Jahren von 1956 bis 1959 sind in Rheinland-Pfalz schätzungsweise 350 Aussiedlungen und 510 Aufstockungen durchgeführt worden (1). Zusammen mit rund 350 Vorhaben im behördlichen Verfahren beträgt die Gesamtzahl der Aussiedlungen in Rheinland-Pfalz bis zum Jahre 1959 etwa 700 oder 2,5 vH aller Betriebe über 10 ha. Für 1960 sind weitere 40 Aussiedlungen und 100 Anliegersiedlungen geplant.

Der neue Standort der Aussiedlungsgehöfte ist in Rheinland-Pfalz vielfach in die Feldmark als Einzelhof, zum Teil auch in Form der Weilerbildung verlegt worden. In den Intensivgebieten, vor allen Dingen in Weinbaugemeinden, ist eine Verlegung in die Feldmark unzweckmäßig. Hier sind Ortsrandsiedlungen häufig. Außerdem sind Ortsrandsiedlungen in allen anderen Fällen zu bevorzugen, in denen aus Gründen der Größe und Gliederung der Feldmark eine Flursiedlung oder Weilerbildung nicht möglich ist. Diese Bedingungen dürften für die Mehrzahl derjenigen Betriebe gegeben sein, deren Aussiedlung für eine Auflockerung des Dorfkerns wünschenswert ist. Zusätzlich stehen zur Finanzierung von Aufstockung und Aussiedlung im Zinsverbilligungsprogramm des Bundesernährungsministeriums verbilligte lang- und mittelfristige Kredite zur Verfügung.

Bei der Aufstockung ist die durchschnittliche Betriebsgröße der Aufstockungsbetriebe um etwa 2 ha auf über 10 ha angehoben worden. Im Bundesdurchschnitt betrugen die Ausgangsflächen 10,6 ha, die Aufstockungsfläche 1,8 ha und die Betriebsfläche nach der Aufstockung 11,8 ha (2). Meist wurden be-

-
- (1) Förderung der bäuerlichen Selbsthilfe bei der Verbesserung der Agrarstruktur, Hrsg. Forschungsstelle für bäuerliche Familienwirtschaft, Frankfurt/M., Heft 3, 1959, S. 15 ff.
 - (2) ebendort, S. 39; einschließlich der im behördlichen Verfahren geförder-

reits pachtweise bewirtschaftete Flächen in Eigentum überführt. Infolgedessen wurde die bewirtschaftete Fläche im Gesamtdurchschnitt nur um rund 1 ha erhöht. Die Ergebnisse in den übrigen Bundesländern weichen mit Ausnahme von Schleswig-Holstein vom Bundesdurchschnitt nicht nennenswert ab.

Die Besitzfestigung, welche mit dieser Maßnahme erreicht wurde, ist für die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz besonders wertvoll. Es ist zu bedauern, daß die Förderung der Aufstockung im Grünen Plan 1958 verübergehend ausgesetzt worden ist. Eine Berücksichtigung unter besonderen, einschränkenden Bedingungen ist erst Ende 1959 im Grünen Plan wieder ermöglicht worden.

Die außerbehördliche Aufstockungstätigkeit, soweit sie im Zinsverbilligungsprogramm des Bundesernährungsministeriums gefördert wird, hat sich bereits im Jahre 1958 gegenüber dem Vorjahr verfünffacht (1). Die Entwicklung setzte sich im Jahre 1959 fort. Auch im Jahre 1960 kann mit einer zunehmenden Aufstockung im Zinsverbilligungsprogramm gerechnet werden.

Insgesamt lassen sich die im Zinsverbilligungsprogramm geförderten Aufstockungen in Rheinland-Pfalz von 1954 bis 1960 auf rund 3.300 Vorhaben schätzen (2). Dazu treten etwa 3.700 Aufstockungen im Siedlungsverfahren und 600 außerbehördliche Aufstockungen des Grünen Planes, so daß in Rheinland-Pfalz von 1949 bis 1960 insgesamt 7.600 Aufstockungen gezählt werden.

Diesen Aufstockungen stehen in der Fluktuation der Betriebsgrößen Abstockungen, Betriebsauflösungen, Betriebsverschmelzungen und Neubildungen gegenüber, welche insgesamt die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt und innerhalb der einzelnen Betriebsgrößenklassen verändern.

Eine Übersicht über die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche (nicht Betriebs-

ten Betriebsaufstockungen beträgt die Zunahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Bewirtschaftung von Betrieben der Größenklasse von 10 - 20 ha rund 25 vH gegenüber 1949 (Grüner Bericht 1959, BT-Drucks. 850, S. 89).

(1) BT-Drucks. 850/3. Wahlperiode, S. 15 (Grüner Plan 1959).

(2) Der Grüne Plan in Rheinland-Pfalz 1956 - 1958, Hrsg. MfLWF (1958), S. 66, ergänzt.

fläche (1)) im Jahre 1959 und die Veränderungen gegenüber dem Jahre 1949 enthält der Grüne Bericht 1960 (2):

Übersicht 8 Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen;
Rheinland-Pfalz, 1949 und 1959

Betriebs- größenklasse	1949 (Anzahl)	1959 (Anzahl)	Änderung (1949 = 100)	
			(Anzahl)	vH
0,5 - 5	152.478	124.890	- 27.588	- 18,2
5 - 10	42.240	38.020	- 4.220	- 10,0
10 - 20	13.795	17.283	+ 3.488	+ 25,3
20 - 100	2.439	3.127	+ 688	+ 28,3
über 100	65	50	- 15	- 23,1
Insgesamt	211.017	183.370	- 27.647	- 13,0

Die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche in Rheinland-Pfalz hat bis zum Jahre 1959 um 27.647 Betriebe oder um 13 vH gegenüber 1949 abgenommen, hauptsächlich zu Lasten der unteren Betriebsgrößenklasse. Die Zunahme der Zahl der Betriebe von 10 bis 20 ha um 3.488 (25,3 vH) und von 20 - 100 ha um 688 (28,3 vH), zusammen also 4.176 Betriebe, entspricht in etwa der Abnahme bei der Größenklasse 5 - 10 ha.

Unter der Annahme von 7.600 Betriebsaufstockungen im Berichtszeitraum sind demnach 3.424 Betriebsaufstockungen innerhalb der Betriebsgrößenklas-

- (1) Dieser Unterschied in der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstatistik ist bei der Auswertung und Beurteilung entsprechender Angaben zu beachten. Die Statistiken differieren in der Hauptsache um die forstlichen Flächenanteile bei den einzelnen Betrieben. In einer Größenstatistik nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche erscheinen alle Betriebe "etwas kleiner" als sie tatsächlich sind. Von 5 ha aufwärts verringern sich die Unterschiede.
- (2) BT-Drucks. 1.600/60 (3. Wahlperiode), S.98/99, zusammengefaßt.

se von 5 - 10 ha erfolgt. Tatsächlich ist hier eine merkbliche Erhöhung der durchschnittlichen Betriebsgröße eingetreten, wie nachstehende Übersicht (1) zeigt:

Übersicht 9 Durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebsgröße in den wichtigsten Betriebsgrößeklassen; Rheinland-Pfalz 1949 und 1959
- in ha LN -

Betriebs- größeklasse	1949	1959	Änderung (1949 = 100) vH
5 - 10	6,8	7,3	+ 7,5
10 - 20	13,1	13,2	+ 0
20 - 50	30,0	26,5	- 16,5
Insgesamt	4,1	4,7	+ 14,7

In der Betriebsgrößeklasse 5 - 10 ha landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) hat sich im Berichtszeitraum die durchschnittliche Betriebsgröße von 6,8 auf 7,3 ha LN oder um 7,5 vH erhöht. Eine nennenswerte Veränderung der mittleren Betriebsgröße von 13,1 ha in der Gruppe der Betriebe von 10 - 20 ha ist praktisch nicht eingetreten. Der Rückgang der durchschnittlichen Betriebsgröße in der Größeklasse von 20 - 50 ha von 30,0 ha auf 26,5 ha oder um 16,5 vH unterstreicht die Entwicklung zum mittelgroßen Betrieb. Dementsprechend ist auch die statistische Durchschnittsgröße aller Betriebe in Rheinland-Pfalz von 4,1 auf 4,7 ha oder um 14,7 vH gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg die durchschnittliche Betriebsgröße nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Bundesgebiet von 7,1 auf 7,7 ha LN oder um 8,5 vH. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist daher in Rheinland-Pfalz relativ stärker gestiegen als im Bundesgebiet.

Eine Weiterentwicklung in diesem Sinne ist davon abhängig, daß genügend Aufstockungsland zur Verfügung steht, das heißt, daß genügend abgabewillige Kleinlandwirte vorhanden sind. Hierfür ist Voraussetzung, daß außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigungsmöglichkeiten mit auskömmlichen Bezügen

(1) BT-Drucks. 1.600/60 (3. Wahlperiode), S.98/99, zusammengefaßt.

bestehen, so daß auf die Bewirtschaftung von Land - von größeren Hausgärten abgesehen - verzichtet werden kann.

Voraussetzung für eine durchgreifende Verbesserung der Agrarstruktur ist ferner eine ausreichende Versorgung der Betriebe mit Wasser und Elektrizität. Die ländliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden, wie schon gesagt, auch aus Bundesmitteln nachhaltig gefördert. Für den Wirtschaftswegebau werden im Grünen Plan jährlich steigende Beträge eingesetzt. Aus den Mitteln des Bundeswasserwirtschaftsfonds, der im Grünen Plan aufgestockt wird, werden größere wasserwirtschaftliche Vorhaben von überregionaler Bedeutung durchgeführt. Damit ist die Erschließung weiterer Erzeugungsreserven für einen längeren Zeitraum möglich. Mit den Maßnahmen wird angestrebt, den Wasservorrat bestmöglich und schonend zu nutzen und drohende wasserwirtschaftliche Gefahren abzuwenden.

Für den mit der Anwendung moderner Arbeitsverfahren steigenden Bedarf an elektrischer Energie, dem die bestehenden Ortsnetze nicht mehr gewachsen sind, werden im Grünen Plan Maßnahmen der ländlichen Elektrifizierung gefördert. Hierbei waren in den Jahren 1956 - 1959 insgesamt rund 7 Millionen DM Bundes- und Landesmittel sowie zusätzliche ERP-Kredite bereitgestellt. Im genannten Zeitraum sind fast 500 Anträge für den Neuanschluß bisher nicht stromversorgter landwirtschaftlicher Betriebe und nahezu 800 Anträge für Ortsnetzverstärkungen (1) dem einplanenden Landwirtschaftsministerium vorgelegt worden. Davon wurden bisher über 400 Neuanschlüsse landwirtschaftlicher Betriebe und rund 500 Netzverstärkungen für weitere 50.000 Landwirte mit rund 200.000 ha LN in meist kleinen, abgelegenen Landgemeinden berücksichtigt (2). Die Abwicklung der Maßnahme lag in Händen des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr. Bestehende Schwierigkeiten in der Stromversorgung, namentlich in den Zeiten des Spitzenbedarfs, sind in den dringenden Fällen behoben. Schätzungsweise 80 vH der ländlichen Gemeinden oder 85 vH aller landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über eine leistungsfähige Stromversorgung. Noch erforderliche Netzverstärkungen werden von den Elektrizitätswerken neben den notwendigen Instandsetzungen laufend durchgeführt. Die Förderung von Netzverstärkungen im Grünen Plan ist seit 1959 fortgefallen. Im Grünen Plan 1960 werden voraussichtlich 40 Neuanschlüsse vorgenommen.

(1) das entspricht etwa der Hälfte aller Gemeinden unter 500 Einwohnern.

(2) Der Grüne Plan in Rheinland-Pfalz 1956-1958, S.30, ergänzt.

Zur Verbesserung der ländlichen Arbeitsverhältnisse sind für die Selbsthaltung von Landarbeitern und für den Landarbeiterwohnungsbau zusätzlich Kredite im sozialen Wohnungsbau bereitgestellt (1).

Bei der geringen Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben mit Lohnarbeitskräften kommt dieser Maßnahme in Rheinland-Pfalz nur örtliche Bedeutung zu. Das Land ist über den sozialen Wohnungsbau an der Maßnahme beteiligt. Wichtiger ist die Beschaffung von betriebsnotwendigem Wohnraum, z.B. für den Anerben bei vorzeitiger Hofübergabe, bei Erbauseinandersetzungen oder bei der Gründung neuer bäuerlicher Existenzen außerhalb von Siedlungsverfahren. Diese Maßnahme kann aus den verfügbaren öffentlichen Quellen nur in begrenztem Umfang gefördert werden. Hierfür stehen in zunehmendem Umfang Mittel des freien Kapitalmarktes zur Verfügung - von Bausparkrediten abgesehen -, dessen Inanspruchnahme für die Errichtung von betriebsnotwendigem Wohnraum oder Wirtschaftsgebäuden durch Zinszuschüsse erleichtert wird. Die Wohnraumfrage ist in Rheinland-Pfalz eng mit dem Problem der Strukturverbesserung verknüpft und erfordert auch weiterhin gemeinsame Bemühungen der Betriebe und der öffentlichen Hand, damit die Verbesserung der ländlichen Arbeits- und Lebensbedingungen auch auf diesem Gebiet zügig fortgeführt werden kann.

b) Förderung von Erzeugung und Absatz

Trotz weitgehender Erzeugungsförderung durch protektionistische Mittel im letzten Jahrzehnt genügte der Erfolg des bäuerlichen Wirtschaftens in sehr vielen Fällen nicht, um ein ausreichendes Betriebseinkommen zu erzielen. Ein häufig bestehendes Mißverhältnis zwischen Ertrag und Aufwand hat zu einer Reihe bestimmter erzeugungs- und absatzfördernder Maßnahmen Anlaß gegeben(2).

In den Jahren 1951 bis 1953 wurde der deutsche Brotgetreidepreis an den steigenden Weltmarktpreis angeglichen. Um die Versorgung mit einem im Preis ermäßigten Brot ohne wirtschaftliche Nachteile für Brothersteller und Vorpro-

(1) Zweites Wohnungsbaugesetz vom 27. 6. 1956, BGBl. I, S. 523.

(2) vgl. hierzu Grüner Plan 1960 (BT-Drucks. 1. 600/3. Wahlperiode), Ergebnisse der Vergleichsrechnungen, S. 51 ff.; noch im Jahre 1959 ist bei den kleineren Getreide-Hackfrucht-, Getreide-Futterbau- und reinen Futterbauwirtschaften auf den geringeren Böden mit Einheitswerten bis 800,- DM/ha der Vergleichsaufwand nur zu etwa 70 - 80 vH durch den Betriebsertrag gedeckt.

duzenten zu ermöglichen, wurde anfangs für Getreide, später für bestimmte Mehle eine Preisbeihilfe gewährt. Der Verbraucher erhielt dadurch ein um etwa 17 Dpf/kg verbilligtes Konsumbrot. Rheinland-Pfalz hat von dieser Konsumbrotstützung rund 15 Millionen DM erhalten. Von 1956 bis 1959 wurden im Grünen Plan Subventionen zur Verbilligung des Handelsdüngers mit rund 54 Millionen DM und zur Verbesserung des Auszahlungspreises für an Molke-reien gelieferte Milch mit fast 40 Millionen DM gewährt. Allein aus diesen beiden letzteren Maßnahmen, die im Grünen Plan 1960 fortgeführt werden, sind der Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz, zusammen mit dem sogenannten Hygienepfennig, aus Landesmitteln rund 115 Millionen DM zugeflossen oder fast 600 DM je Betrieb bzw. 150 DM je Betrieb und Jahr. Bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 4,7 ha sind das etwa 30 DM je Hektar und Jahr (1). Man kann also nicht davon sprechen, daß die Globalmaßnahmen an der Kleinlandwirtschaft von Rheinland-Pfalz spurlos vorübergegangen seien. Vielmehr bedeuteten diese Mittel für manchen Betrieb eine wertvolle Liquiditätshilfe, die es ihm ermöglicht, schrittweise einer wirtschaftlichen Kostenkombination näher zu kommen.

Andere erzeugungsfördernde Maßnahmen des Grünen Planes sind auf bestimmte Betriebsgruppen und -systeme gerichtet. Hierzu gehört die Förderung von Einrichtungen des Gartenbaues sowie die Bereinigung von Obstgehölzen. Für die Errichtung von Glasanlagen, deren technische Einrichtungen und für die Rodung ungeeigneter Baumbestände werden Beihilfen gewährt. Dadurch wird der Unterglas-Gemüsebau sowie der Anbau leistungsfähiger Obstgehölze auf den gerodeten Flächen erheblich erleichtert.

Für die Förderung der Futterwirtschaft werden Zuschüsse zur Errichtung von Grünfuttersilos oder Unterdachtrocknungsanlagen gewährt. Gerade diese Maßnahme hat für die Landwirtschaft in den regenreichen Höhengebieten von Rheinland-Pfalz besonderen Wert. Bei vielen Betrieben werden dadurch die Voraussetzungen für eine verlustfreie Futterkonservierung geschaffen, die für weitere Intensivierungsmaßnahmen in der Futterwirtschaft unerlässlich sind.

Zur Verbesserung der Düngerwirtschaft ist die Förderung von Gülleanlagen wertvolle. Gülle ist das wasserreiche Gemisch aus Harn, Kot und Einstreu, der typische Wirtschaftsdünger niederschlagsreicher Standorte, dessen Sammlung und Ausbringung durch entsprechende Einrichtungen erleichtert wird. Sie eignet sich besonders zur Düngung von Dauergrünland. Von den im Grünen

(1) Der Grüne Plan in Rheinland-Pfalz 1956-1958, S. 67 ff.

Plan geförderten Anlagen in Rheinland-Pfalz erhalten die Landwirte manche Anregung. Auf diese Weise wird der Umstellungsprozeß in der Futter- und Düngewirtschaft beschleunigt. Für beide Maßnahmen zusammen hat die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz etwa 4 Millionen DM Bundes- und Landesmittel erhalten.

Für die Verbesserung der Erntebestellung und -bergung sind im Grünen Plan weiterhin fast 1 Million DM Zuschüsse zur Anschaffung größerer Maschinen durch Lohnunternehmen bereitgestellt worden (1). Dadurch sind die Kleinbetriebe der Sorge um einen aufwendigen Gerätepark enthoben und vor unwirtschaftlichen Inventarisierungen geschützt. In den Jahren von 1956 bis 1959 ist zum Beispiel die Anschaffung von 70 Mähdreschern, etwa 40 Traktoren und mehr als 20 Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsgeräten durch Beihilfen aus diesen Mitteln bis in Höhe von 20 vH der Anschaffungskosten gefördert worden.

Auch für die Absatzförderung sind gezielte Maßnahmen vorgesehen. Zur Gewinnung keimarmer Milch werden seit 1957 Zuschläge zum Milchauszahlungspreis aus Bundesmitteln gezahlt, mit denen gleichzeitig die Bekämpfung der Rindertuberkulose und des seuchenhaften Verkalbens der Rinder (Brucellose) unterstützt wird. Die Förderung ist solange berechtigt, als ein Aufgeld für diese besonderen Leistungen im Milchpreis nicht verlangt werden kann. Eine Preisdifferenzierung nach Unterschieden in der hygienischen Beschaffenheit der Milch ist in einer Marktwirtschaft nicht tragbar. Das Ziel einer Lieferung tbc-freier Trinkmilch für den Verbrauch ist im übrigen erreicht. Mit dem schrittweisen Abbau der Maßnahme muß gerechnet werden. Bereits seit 1959 werden Ausmerzungsbeihilfen für tbc-krankte Tiere nicht mehr gewährt.

Auf dem Gebiet der Molkereiwirtschaft sind rund 1 Million DM Zuschüsse für die Zusammenlegung unwirtschaftlich arbeitender Kleinmolkereien gewährt worden. Neben den Betriebszusammenlegungen können auch partielle Betriebsfusionen und Betriebsverlagerungen gefördert werden. Dadurch lassen sich wesentliche Vereinfachungen in der Produktion und der Geschäftsführung erreichen, so daß über Kostensenkungen eine Erhöhung des Molkereiauszahlungspreises möglich ist. Die Zahl der Vorhaben ist bei dem weiträumigen Molkereisystem in Rheinland-Pfalz, bei dem die Molkereien Einzugsgebiete von

(1) Der Grüne Plan von Rheinland-Pfalz 1956-1958, S. 67 ff.; für 1959 durch Vorschätzungen ergänzt.

Rheinland-Pfalz zählt etwa 400 derartige Lohnunternehmen.

durchschnittlich 115 qkm haben, begrenzt (1). Die wenigen Vorhaben, zum Beispiel die Betriebsfusion Völkeroth-Kastellaun oder die Koordinierung der Erzeugung zwischen den Molkereien Polch und Andernach, sind interessante Lösungen in der Strukturverbesserung der Molkereiwirtschaft, von denen Wirkungen auf die Praxis bei der Lösung ähnlicher Fälle erwartet werden können.

Auf dem Gebiet der Milchwirtschaft wird außerdem die Anschaffung von Kühl- und Melkeinrichtungen in Betrieben oder Milchsammelstellen gefördert (2). Für die Durchführung der Milchleistungsprüfungen werden aus Bundesmitteln Zuschüsse gewährt. Schließlich wird auch der Absatz von Trinkmilch durch Beihilfen zu Schulmilchspeisungen gefördert. In der Pfalz zum Beispiel ist jeder Landkreis an der Schulmilchspeisung beteiligt.

Der Absatz von Erzeugnissen des Land- und Gartenbaues wird durch Beihilfen für bestimmte Investitionen oder für bestimmte qualitätsverbessernde Maßnahmen gefördert. Voraussetzung für eine strenge Anwendung der Handelsklassenvorschriften ist ein umfassender Ausbau von Lager- und Sortiereinrichtungen für Obst, Gemüse und Kartoffeln in den Erzeugergebieten. Damit wird den bestehenden Marktorganisationen ein spürbarer Anreiz für größere Inventarisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen gegeben, die unter dem Einfluß der vom Markt ausgehenden Kräfte nicht in dem erwünschten Umfang und Tempo erfolgen würden. Gleichfalls wertvoll ist die Förderung der Qualitätskontrollen für Obst, Gemüse und Kartoffeln. Hierbei werden die Bezüge der angestellten Prüfer und Oberprüfer sowie für die nicht fest besoldeten Verladekontrolleure aus dem Grünen Plan bestritten.

Mit zunehmendem Mähdreschereinsatz wird für die Erntebergung zusätzlicher Lagerraum und vor allem ausreichende Trocknungskapazität benötigt. Für diesen Verwendungszweck sind im Grünen Plan bisher ungefähr 3 Millionen DM Zuschüsse bereitgestellt, die durch zinsverbilligte Kredite im Zinsverbilligungsprogramm ergänzt werden können. Mit diesen Mitteln sind in Rheinland-Pfalz bisher über 150 Projekte verwirklicht worden (3).

Neben diesen erzeugungs- und absatzfördernden Maßnahmen werden noch ei-

-
- (1) Zum Vergleich: Schleswig-Holstein etwa 22 qkm, Hessen 76 qkm; Bundesgebiet 42 qkm, aus Fr. Wilhelm, a. a. O., S. 148.
 - (2) Milchsammelstellen dienen bei der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur in Rheinland-Pfalz für die Erfassung der vielen einzelnen Milchlieferungen zu rationellen Transportmengen für die Molkerei.
 - (3) Der Grüne Plan in Rheinland-Pfalz 1956-1958, S. 54, ergänzt.

nige spezielle Teilbereiche gefördert, von denen jedoch nur einige in Rheinland-Pfalz Bedeutung haben. Auf die erstmals im Grünen Plan 1958 nachdrücklich geförderte Konzentration in der Weinwirtschaft wird später näher eingegangen (1). Auch die bereits laufenden Maßnahmen zur Zinsverbilligung bestimmter landwirtschaftlicher Kredite sowie zur Förderung unentwickelter Notstands- und Grenzgebiete werden im Zusammenhang mit den Bedingungen des Gemeinsamen Marktes näher betrachtet (2).

Zur Absatzförderung zählen noch überregionale Einrichtungen für die Markt- und Preisberichterstattung, Lebensmittelkonservierung und Ernährungswissenschaft. Ihre Ergebnisse kommen der Erzeugungs- und Absatzwirtschaft eines jeden Bundeslandes zugute.

Insgesamt sind in den Jahren 1949-1960 in Rheinland-Pfalz für die Förderung von Erzeugung und Absatz aus Bundesmitteln und Mitteln des Grünen Planes rund 774 Millionen DM eingesetzt worden. Das entspricht etwa 30 vH der gesamten Agrarförderung für Rheinland-Pfalz (3).

c) Förderung von Ausbildung, Beratung und Aufklärung

Forschung und Lehre und die daraus hervorgehende Ausbildung, Beratung und Aufklärung sind ein zentrales Anliegen der Agrarförderung, wenn auch ihre Dotierung in den Etats hinter anderen Maßnahmen erheblich zurückbleibt. Ein bedeutender Teil der für diesen Zweck bereitgestellten Mittel wird für die Unterhaltung der zahlreichen Bundes- und Bundesforschungsanstalten ausgegeben, deren Wirken für die gesamte Landwirtschaft von hohem Wert ist. Besonders große Bedeutung hat der Allgemeine Informationsdienst (AID), Bad Godesberg, der in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Forschung sammelt, auswertet und der Beratung sowie der Praxis zugänglich macht. Andere Körperschaften widmen sich den technischen und baulichen Fragen der Landwirtschaft, der Berufsausbildung und den agrarsozialen und agrarpolitischen Problemen. Die erst im Jahre 1957 gegründete Forschungsstelle für bäuerliche Familienwirtschaft dient der Erforschung moderner bäuerlicher Unternehmensformen und der Möglichkeit zur Verbesserung der Agrarstruktur. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in einer

(1) Kapitel IV, Abschnitt 4c.

(2) Kapitel IV, Abschnitt 1c.

(3) Gesamtsumme 2,49 Milliarden DM (für 1960 vorgeschätzt); s. Abschn. 5.

Schriftenreihe der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und tragen dazu bei, das Verständnis für notwendige Maßnahmen zu vertiefen.

Besondere Bedeutung kommt den Bundesforschungsanstalten für Landwirtschaft zu, die als wissenschaftliches Zentrum und als Bindeglied zur ausländischen Forschung bereits im Zuge des allgemeinen Wiederaufbaues 1947 gegründet wurden. Besonders die Forschungsgruppe Wirtschaftswissenschaften ist in jüngerer Zeit mit einer Reihe ökonomischer Grundsatzbetrachtungen im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt hervorgetreten.

Neben diesen allgemeinen Forschungs- und Aufklärungsaufgaben werden eine Anzahl von speziellen Ausbildungs- und Beratungsprogrammen gefördert und unter Beteiligung der Länder auf regionaler Ebene durchgeführt. Hierbei sind aus Bundesmitteln besoldete Spezialberater für die Beratung und Fachausbildung auf dem Lande, für besondere Gartenbauberatung und für die zusätzliche Umstellungsberatung in den Schwerpunktgebieten der Flurbereinigung eingesetzt. Die Umstellungsberatung ist für Rheinland-Pfalz besonders wertvoll, da in den Umstellungsgebieten die anfallenden Beratungsaufgaben über das Vermögen der zuständigen Landwirtschaftsschulen hinausgehen. Die Spezialberater wirken mit den Landwirtschaftsschulen zusammen. Außerdem sind Schulungstagungen für den Beratungsdienst eingerichtet für den notwendigen Erfahrungsaustausch und zur Koordinierung der Beratungsarbeit.

Bei der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur in Rheinland-Pfalz ist eine sachkundige, auf den Kleinbetrieb zugeschnittene Beratung für individuelle Leistungssteigerungen und Rationalisierungsmaßnahmen dringend erforderlich. Die besonders gelagerten Verhältnisse verlangen vom Berater Einfühlungsvermögen und vollen persönlichen Einsatz.

Auch die im hauswirtschaftlichen Beratungs- und Wanderberatungsdienst eingesetzten weiblichen Kräfte stehen vor schweren Aufgaben. Die Eigenart der meisten landwirtschaftlichen Haushaltungen in Rheinland-Pfalz, die in weitestärkerem Maße zugleich Betriebs- und Wohnstätten sind als das in großbäuerlichen Ländern der Fall ist, erfordert von den Beraterinnen umfassende Kenntnisse und Verständnis für die zahlreichen außerökonomischen Tatbestände in der hauswirtschaftlichen Sphäre.

In engem Zusammenhang mit der Erwachsenenbildung, der Förderung des Berufsbewußtseins und der fachlichen Leistung des Berufsstandes steht die vorbeberufliche Ausbildung der Jugendlichen. Im Rahmen des Bundesjugendplanes stehen für die Jugend im Landesjugendplan Mittel zur Verfügung, mit denen die besonderen Belange der Landjugend als soziale Gruppe gefördert werden.

Außerdem werden Zuschüsse für den Landjugendberatungsdienst gewährt, der die fachlichen Fragen der vorberuflichen Ausbildung vor allem in der Form von sogenannten Jugend-Arbeitsvorhaben fördert. Hierbei werden den Schülern und Schülerinnen der Fach-, Berufs- und Volksschulen mannigfaltige Aufgaben aus dem landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensbereich gestellt, die von diesen durch praktische Durchführung mit gleichzeitig schriftlicher Berichtsabgabe in einem bestimmten Zeitabschnitt gelöst werden. Im Jahre 1959 sind etwa 10.000 Arbeitsvorhaben in Rheinland-Pfalz durchgeführt worden. Das selbe Ergebnis kann für das Jahr 1960 angenommen werden. Das bedeutet, daß etwa jedes schulpflichtige Landkind sich mit einer derartigen Aufgabe beschäftigt hat (1). Vom Landjugendberatungsdienst werden auch die Aufgaben für die Orts-, Kreis- und Verbandsentscheide und für den Landesentscheid des Berufswettkampfes der deutschen Landjugend gestellt.

Insgesamt sind in Rheinland-Pfalz für die Förderung von Beratung, Ausbildung und Aufklärung aus Bundesmitteln bis jetzt 19 Millionen DM ausgegeben worden.

5. Die gesamte Agrarförderung in Rheinland-Pfalz 1949 - 1960

In den Jahren 1949 bis 1960 (2) erhielt die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz von Bund, Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden Hilfen durch Zuschüsse, Darlehensgewährung und steuerliche Vergünstigungen, soweit diese einer Schätzung zugänglich waren, in Höhe von insgesamt 2.491 Millionen DM. Das sind bei rund 200.000 landwirtschaftlichen Betrieben etwa 12.000,- DM pro Betrieb oder 1.000,- DM jährlich (3). Hiervon waren 1.521 Millionen DM Zuschüsse einschließlich Zinszuschüsse und Steuernachlässe und 970 Millionen DM Darlehen aus öffentlichen Mitteln oder durch öffentliche Hilfen verfügbar gemacht einschließlich ERP-Kredite sowie Kommunaldarlehen für landwirtschaftliche bzw. landwirtschaftsnahe Zwecke (Übersicht, Schaubild).

(1) Der Grüne Plan in Rheinland-Pfalz 1956-1958, S. 67 ff.

(2) für 1960 vorläufig.

(3) Bei 890.000 ha LN entfallen auf den Hektar rund 2.800 DM oder 230 DM jährlich.

Übersicht 10 Die Agrarförderung in Rheinland-Pfalz durch Bund, Land,
Gemeinden und Gemeindeverbände
Organisationen a) und Banken b)
1949 - 1960

- in Millionen DM -

Jahr	Zuschuß	Kredit	Gesamt
1949	37 c)	2	39
1950	30	4	34
1951	65 d)	24 d)	89
1952	76	29	105
1953	65	28	93
1954	83 e)	74 f)	157
1955	94	108	202
1956	154 g)	109	263
1957	209	156 h)	365
1958	219	149	368
1959	223	140	363
1960	266 i)	147	413
Insgesamt	1.521	970	2.491

- a) Landwirtschaftskammern und Bauernverbände
- b) durch Kreditbereitstellungen, vor allem im Rahmen von Kreditaktionen
- c) Wiederaufbau und Instandsetzungsmaßnahmen
- d) Konsumbrotstützung; Anlaufen der ERP-Kredithilfen
- e) Reburnstellung im Weinbau, Siedlungsförderung, Eingliederung Vertrie-
bener
- f) Beginn der Zinsverbilligungsaktion des Bundes
- g) Einsetzen des Grünen Planes
- h) Beginnende Verflüssigung am Kapitalmarkt, mehr Zinsverbilligungs-
kredite
- i) Verstärkte Förderung von Strukturmaßnahmen

Quelle: Haushaltsrechnungen Rheinland-Pfalz 1948-1958, Haushaltspläne
1959 und 1960; Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik Rhein-
land-Pfalz, Hrsg. Stat. Landesamt, Bad Ems, 1953-1959, fehlen-
de Angaben durch Schätzungen ergänzt; MinfLWF, Abt. VI, Kredit-
statistik 1950-1960.

Der Einsatz öffentlicher Mittel für die vielfältigen Zwecke zur Förderung der Landwirtschaft hat von 39 Millionen DM im Jahre 1949 auf 413 Millionen DM im Jahre 1960 oder um mehr als das Zehnfache zugenommen. Dabei stand nach der Währungsreform zunächst der Wiederaufbau der Betriebe und Versorgungseinrichtungen im Vordergrund der Maßnahmen, die in den Notstands- und Grenzgebieten durch ERP-Kredite und das Regionale Förderungsprogramm aus Bundesmitteln verstärkt gefördert wurden. Gleichzeitig wurde die Brotversorgung durch eine Stützungsaktion verbilligt, so daß die ersten Auswirkungen steigender Getreidepreise und Verarbeitungskosten für eine Übergangszeit zugunsten des Verbrauchers aufgefangen wurden.

Mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte begann im Jahre 1954 eine Reihe weiterer Förderungsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft, die bereits unter dem Eindruck der beginnenden Paritätsforderungen der Landwirtschaft gewährt wurden. Rheinland-Pfalz intensivierte ertragfördernde Maßnahmen im Weinbau wie Reblausbekämpfung und Wiederaufbau reblausverseuchter Weinberge durch Darlehen und Zuschüsse. Zur Beseitigung von Notständen als Folge der Ernte- und Unwetterschäden des Jahres 1954 erhielten die betroffenen Betriebe zinsbegünstigte Darlehen und Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln. Im gleichen Jahr setzte die Zinsverbilligungsaktion des Bundesernährungsministeriums ein, mit der für "vordringlich agrar- und ernährungswirtschaftliche Maßnahmen" (1) in der Landwirtschaft ein fühlbarer Anreiz geboten wird. Die Gemeinden griffen diese Gelegenheit auf und führten seit 1955 bestimmte wasserwirtschaftliche und wegebauliche Maßnahmen unter erheblichem Einsatz eigener Mittel in wachsendem Umfang durch.

Seit 1956 erfährt die Landwirtschaft über die herkömmliche Agrarförderung hinaus durch verstärkte Mittelbereitstellung im Grünen Plan zusätzliche Hilfen. Zur Verbesserung der Einkommenslage der Landwirtschaft sah der Grüne Plan umfangreiche Preisstützungen und Kostensenkungen aus Haushaltsmitteln sowie bedeutende Steuer- und Abgabennachlässe vor. Unter angemessener Beteiligung des Landes und der Gebietskörperschaften wurden Darlehen und Zuschüsse für Maßnahmen der Besitzfestigung, Wasserwirtschaft, Erzeugungs- und Absatzförderung sowie für die Ausbildung und Beratung gewährt. Die Beteiligung von Bund, Land und Gemeinden an der Landwirtschaftsförderung zeigt nachstehende Übersicht. In den Angaben ist die Förderung durch die Selbstverwaltungskörperschaften der Landwirtschaft (Landwirtschaftskammern) sowie

(1) Richtlinien für die Zinsverbilligung vom 10. 7. 1954, Bundesanzeiger Nr. 134 vom 16. 7. 1954.

durch die Bauernverbände enthalten. Die Förderung durch die am Agrarkredit beteiligten Banken ist neben der Bereitstellung der benötigten Kreditmittel zu tragbaren Bedingungen vor allem in der eingehenden, mit erheblichem Arbeitsaufwand verbundenen Betreuung bei Kreditanträgen für Darlehen aus Kreditaktionen zu sehen.

Übersicht 11 Die Agrarförderung in Rheinland-Pfalz durch Bund, Land, Gemeinden und Gemeindeverbände
Organisationen und Banken a)
1949 - 1960

- in Millionen DM -

Förderungsmaßnahmen	Bund b)	Land c)	Gemeinden d)	zusammen	vH
Besitzfestigung	103	4	-	107	4,3
Flurbereinigung	102	95	-	197	7,9
Siedlung	276	51	-	327	13,2
Wasserwirtschaft	166	97	337	600	24,1
Erzeugungsförderung	511	141	104	756	30,4
Absatzförderung	263	36	68	367	14,6
Ausbildung, Beratung	19	64	54	137	5,5
Insgesamt	1.440	488	563	2.491	100,0

- a) durch Kreditbereitstellungen vor allem im Rahmen von Kreditaktionen; in den nachstehenden Zahlen enthalten.
- b) einschl. überregionale Förderung und Vergünstigungen im Rahmen des Steuerrechts; Anteile für Rheinland-Pfalz z. T. geschätzt.
- c) einschl. Landwirtschaftskammern und Bauernverbände
- d) einschl. Ämter, Stadt- und Landkreise sowie Bezirksverband der Pfalz

Quelle: wie Übersicht 10.

An der gesamten Förderung der Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz im Berichtszeitraum in Höhe von 2.491 Millionen DM sind beteiligt: der Bund infolge der umfangreichen Subvention mit 1.440 Millionen DM (58 vH), das Land einschließlich der Organisationen mit 488 Millionen DM (20 vH) und die Gebietskörperschaften mit 563 Millionen DM (22 vH).

Die Förderung der heimischen Landwirtschaft durch Land und Gebietskörper-

schaften beträgt zusammen 1.051 Millionen DM oder 1,5 vH des Netto-Inlandsproduktes zu Faktorkosten des gleichen Zeitraumes (1) oder rund 5 vH der gesamten Ausgaben des Landes und der Gebietskörperschaften einschließlich der Organisationen (2).

Mit wachsender Kritik an den Subventionen des Grünen Planes setzte sich der Gedanke einer mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu vereinbarenden Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der ländlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse durch. Eine Beseitigung der historisch bedingten und mit zunehmender Wirtschaftsentwicklung stärker hervortretenden Strukturmängel bedeutet eine durchgreifende Verbesserung der Produktionsbedingungen und ermöglicht den Landwirten in den benachteiligten Gebieten, aus eigener Kraft ein ausreichendes Betriebseinkommen zu erwirtschaften. Flurbereinigung, Siedlung, Aufstockung und Aussiedlung in Verbindung mit einer Fortentwicklung der sogenannten Infrastruktur in den benachteiligten Gebieten rücken mehr und mehr in den Vordergrund der Agrarförderung. Zusätzliche Hilfen für eine beschleunigte Rationalisierung von Erzeugung und Absatz sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft unter den Bedingungen des Gemeinsamen Marktes stärken. Diese Änderung in der Aufgabenstellung und Zielsetzung der Agrarförderung zeichnet sich bereits in der Dotierung der Verwendungszwecke des Grünen Planes 1960 im Vergleich mit dem Grünen Plan 1956 deutlich ab (Übersicht 12):

-
- (1) Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 1959, S.255; fehlende Angaben geschätzt. Das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten im Berichtszeitraum kann auf rund 70 Milliarden DM geschätzt werden.
 - (2) ebendort, S.230; durch Schätzungen ergänzt; die gesamten Ausgaben des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Organisationen im Berichtszeitraum betragen demnach etwa 20 Milliarden DM.

Übersicht 12 Der Grüne Plan in Rheinland-Pfalz 1956 - 1960

Förderungszweck	in 1.000 DM		in vH	
	1956	1960	1956	1960
Erzeugungsförderung	26.774	55.224	44,9	33,5
Absatzförderung	17.502	28.013	29,3	17,3
Wasser- und Wegebau	11.210	22.800	18,8	13,8
Strukturmaßnahmen	2.993	56.325	4,8	34,1
Ausbildung, Beratung	1.358	2.278	2,2	1,3
Insgesamt	59.837	164.640	100,0	100,0

Quelle: MinfLWF, Übersicht VI A 5 - 49/60 - vom 2.4.1960, zusammengefaßt.

Die im Grünen Plan der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz von Bund und Land gewährten Hilfen sind von 59,8 Millionen DM im Jahre 1956 auf 164,6 Millionen DM im Jahre 1960 oder auf etwa das Dreifache gestiegen.

Im gesamten Förderungsprogramm haben die Mittel für Strukturmaßnahmen - Flurbereinigung, Siedlung, Besitzfestigung - von rund 3 Millionen DM auf 56 Millionen DM am stärksten zugenommen. Die Erzeugungsförderung, zu der auch die Handelsdüngersubvention, die Dieselmotortreibstoffverbilligung und der Umsatzsteuererfortfall als Kostenverbilligungen zählen, wurde von 26,8 Millionen DM auf 55,2 Millionen DM oder auf das Doppelte erhöht.

Für die übrigen Förderungsmaßnahmen sind die Mittelzuwendungen ebenfalls stark gestiegen. Die Förderung des Grünen Planes in den einzelnen Jahren zeigt nachstehendes Schaubild.

Der Anteil der Bundesmittel an der Förderung im Grünen Plan hat sich von 53 Millionen DM im Jahre 1956 auf 153 Millionen DM im Jahre 1960 oder auf das Dreifache erhöht. Gleichzeitig ist der Anteil der Landesmittel von 7 Millionen DM auf rund 30 Millionen DM oder auf mehr als das Vierfache gestiegen.

Die Landwirtschaftsförderung durch Bund und Land für Rheinland-Pfalz im Grünen Plan 1956 bis 1960 beträgt insgesamt 593 Millionen DM, darunter 473 Millionen DM Zuschüsse einschließlich Erlaß der Umsatzsteuer und 120 Millionen DM Kredite.

Von Gemeinden und Gemeindeverbänden sind weitere 74 Millionen DM bei Maßnahmen des Grünen Planes eingesetzt worden.

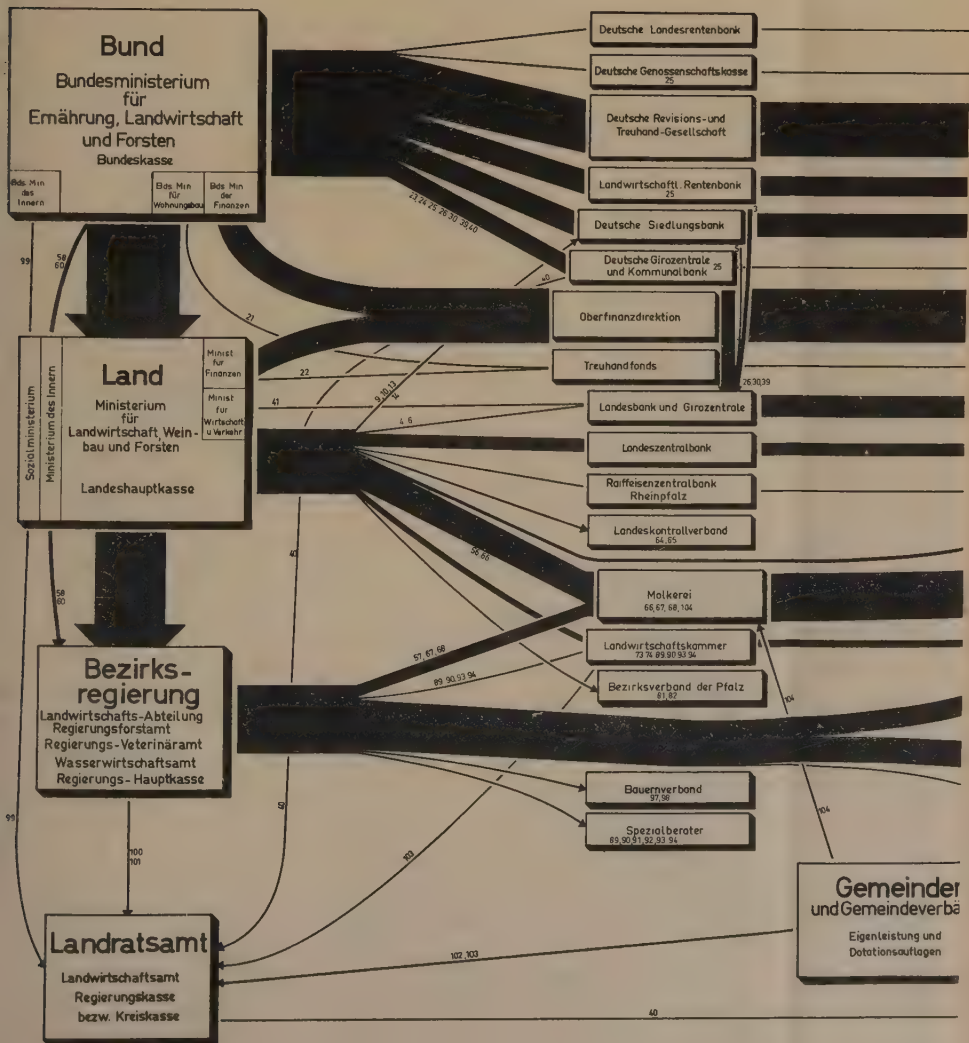
An der Bereitstellung und Weiterleitung der Förderungsmittel, Entgegennahme und Bearbeitung der Kredit- und Zuschußanträge, Aufstellung der Pläne und Betreuung der Maßnahmen sind etwa 100 Behörden der Allgemeinen Verwaltung und der Landwirtschaftsverwaltung, 90 Landwirtschaftsschulen und Beratungsstellen, Landeslehranstalten, Betreuungsgesellschaften und Buchstellen, 30 Spitzenverbände und andere zentrale Einrichtungen der Landwirtschaft, der Genossenschaften, des Kreditwesens und der übrigen Wirtschaft sowie schätzungsweise 2.000 Kreditinstitute und andere empfängernahe Stellen, z. B. 80 Molkereien, beteiligt. Einen Eindruck von der weitgehenden Verflechtung der mit der Landwirtschaftsförderung im Grünen Plan 1956 - 1958 befaßten Stellen vermittelt die folgende Übersicht.

Die Agrarförderung der zwölf Jahre von 1949 bis 1960 bedeutete für die heimische Landwirtschaft einen großen Schritt vorwärts in ihren Bemühungen, den Anschluß an die Entwicklung in der übrigen Wirtschaft zu erreichen und ihre Leistungsfähigkeit den Bedingungen des Gemeinsamen Marktes anzupassen. Aus den Ergebnissen ist zu erkennen, daß die gebotenen Hilfen die Eigeninitiative und die Selbsthilfe der Landwirte nachhaltig gefördert haben. Insoweit kann man die bisherige Agrarförderung als nachhaltig wirksame Starthilfe für den Eintritt der heimischen Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt bezeichnen.

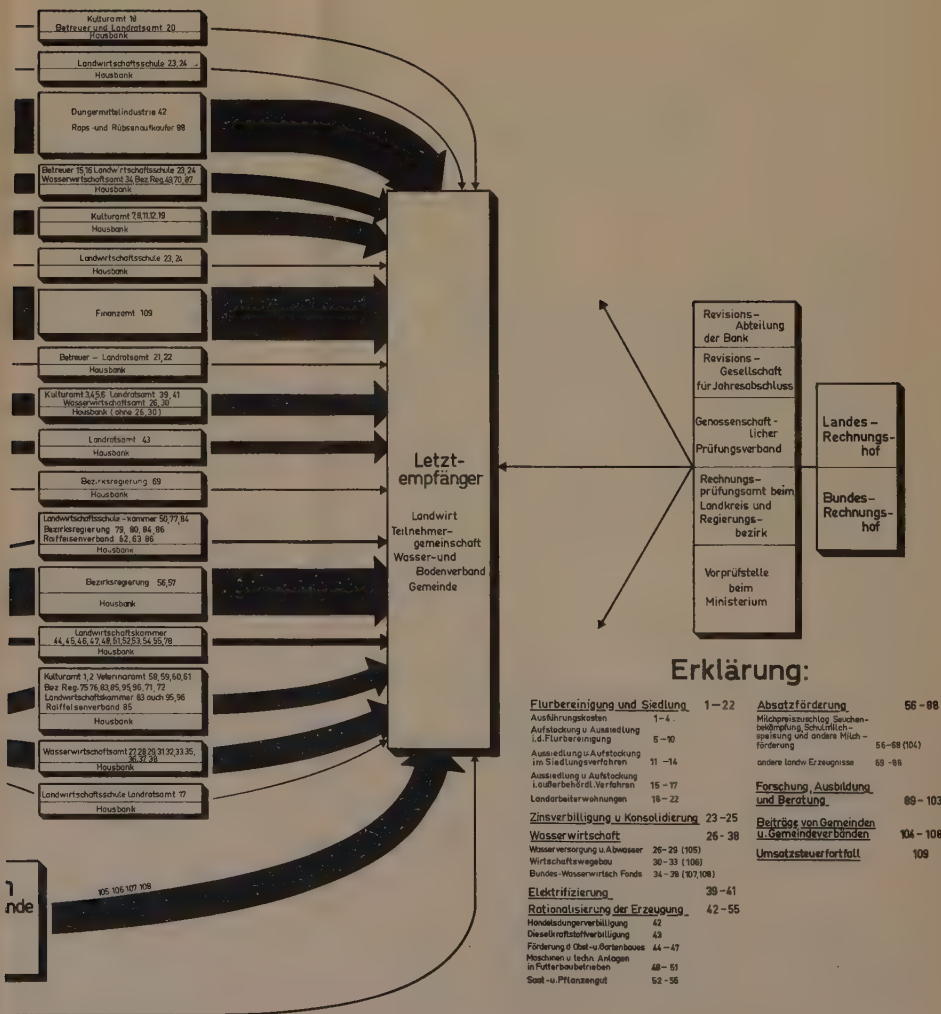


Die Finanzierungswege im „Grünen Pfalz“ RHEINLAND - PFALZ 1956 - 1958

VI 106/59



an"



III. DIE AGRARFÖRDERUNG UNTER DEN BEDINGUNGEN DES GEMEINSAMEN MARKTES

1. Die wirtschaftlichen Grunddaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

a) Markt und Kaufkraft

Im Vertrag zu Rom vom 25.3.1957, in Kraft seit dem 1.1.1958, sind die Länder Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und Holland übereingekommen, eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen. Sie bekunden in der Präambel zum Vertrag ihre Entschlossenheit, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern und eine stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben (1).

Der wirtschaftliche Zusammenschluß soll die Grundlage für einen immer engeren politischen Zusammenschluß der europäischen Völker schaffen.

Nach den Grundsätzen des Vertrages gehört es zu den wirtschaftlichen Aufgaben der Gemeinschaft, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung herbeizuführen. Bei der Förderung der harmonischen Entwicklung der beteiligten Volkswirtschaften soll gleichzeitig der Abstand zwischen einzelnen Gebieten und der Rückstand in weniger begünstigten Gebieten verringert werden (2).

Der Zusammenschluß der Partnerstaaten schafft einen Gemeinsamen Markt mit rund 165 Millionen Menschen auf einer Fläche von 1,16 Millionen Quadratkilometern. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 140 übertrifft zum Beispiel die der USA mit 22 Pers./qkm erheblich (3). Bei der Beurteilung seiner Zukunftsaussichten wird der Gemeinsame Markt mit seinen 165 Millionen Menschen gern in Vergleich gesetzt zu den USA mit 174 Millionen

(1) Präambel zum EWG-Vertrag; Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft. Vom 27. Juli 1957, BGBl. II, S. 753.

(2) EWG-Vertrag, I. Teil, Grundsätze (Artikel 2), a. a. O., S. 5.

(3) Statistisches Jahrbuch (BRD) 1959, S. 16 ff. der internationalen Übersichten.

Menschen. Wenn man von dem Unterschied in der Bevölkerungsdichte absieht, erscheint der Vergleich berechtigt. Dabei ist berücksichtigt, daß die EWG mit den angeschlossenen überseeischen Gebieten über ähnliche natürliche Produktionsbedingungen verfügt wie die USA. Hinzu kommt die Ähnlichkeit der Wirtschaftsform. Voraussetzung für eine analoge Entwicklung ist aber eine mindestens zwei Jahrzehnte dauernde Friedensperiode; die Bevölkerung der Vereinigten Staaten sah seit 1865 keinen Krieg im eigenen Land. Außerdem muß die gemeinsame Wirtschaftspolitik in dem erforderlichen Zeitraum die Bedingungen für eine anhaltende Wirtschaftsexpansion schaffen.

Der folgenden Analyse liegt diese Hypothese zugrunde. Die künftige Wirtschaftsentwicklung in der EWG ist weitgehend abhängig von dem Altersaufbau der Bevölkerung und dem jährlichen Zuwachs. Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersgruppen zeigt folgende Übersicht:

Übersicht 13 Altersaufbau der Bevölkerung in der EWG

Altersgruppe	EWG vH	USA vH
Jugendliche bis 15 J.	24	30
Erwachsene v. 15 - 65 J.	66	61
Erwachsene über 65 J.	10	9

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1959, S. 21 (Intern. Übersichten).

Im Vergleich zu den USA überwiegen in der EWG gegenwärtig noch die Erwachsenen und die Alten. Wie der Sozialbericht der EWG (1) erläutert, ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung durch Geburtenüberschuß bei manchen Mitgliedsländern, zum Beispiel Deutschland, durch Zuwanderung überlagert. In allen EWG-Ländern findet jedoch ein natürlicher Zuwachs statt. Mit rund 18 Geburten und 11 Sterbefällen je 1.000 Einwohner sowie bei steigender Tendenz der Geburten ist ein stetiges Wachstum der Bevölkerung zu erwarten. Eine Überalterung mit ihren nachteiligen Folgen für die Träger der sozialen Lasten ist somit trotz der durchweg höheren Lebenserwartung in den Ländern der EWG zusammengenommen nicht zu befürchten.

(1) Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in der EWG, Brüssel, Nr. 2241/1/59/5, S. 18.

Von den 107 Millionen Erwachsenen sind über 72 Millionen Personen, darunter 21 Millionen Frauen, erwerbstätig. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung beträgt 44 vH (1).

Mit zunehmendem Wohlstand dürfte der im Vergleich zu den USA hohe Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung zurückgehen. Ein Rückgang der Frauenarbeit, die gegenwärtig in manchen Ländern wie zum Beispiel in Italien vordringt, wird allerdings erst später nach Erreichen einer gewissen Wohlstandsstufe einsetzen.

Die Lage am Arbeitsmarkt kann bei steigender Beschäftigung, mit der auch weiterhin zu rechnen ist, durch Rationalisierung oder Automation elastisch gehalten werden (2). Im übrigen sind die vorhandenen Arbeitsreserven, zum Beispiel in den entlegenen Gegenden, kaum in Anspruch genommen, so daß Spannungen im Lohngefüge vorerst zum großen Teil noch behoben werden können.

Nach Erwerbsgruppen gegliedert ergibt sich folgende Aufteilung der Beschäftigten:

Übersicht 14

Erwerbsgruppe	EWG	USA
Bergbau, verarbeitende Industrie, Baugewerbe, Versorgungsbetriebe	42	38
Dienstleistungsgewerbe einschl. Handel und Verkehr	35	50
Landwirtschaft	23	12

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1959, S.34 (Intern. Übersichten).

Im Vergleich zu den USA sind in der Landwirtschaft der EWG noch sehr viele Personen beschäftigt. Das ist vor allem auf den hohen landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteil in Frankreich und Italien zurückzuführen. Am Sozialprodukt ist die Landwirtschaft in der EWG mit etwa 13 vH beteiligt. Das Mißverhältnis zwischen dem Anteil an der Zahl der Erwerbstätigen und dem An-

(1) Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in der EWG, Nr.2241/1/59/5, S.19.

(2) ebendort, S.10.

teil am Sozialprodukt ist in den einzelnen Mitgliedsländern unterschiedlich ausgeprägt, zum Beispiel wurden in der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1957 von 24,3 Millionen Erwerbstätigen 4,1 Millionen Einwohner in der Landwirtschaft gezählt oder 16,8 vH. Der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt beträgt 8,5 vH., in Holland sind die entsprechenden Zahlen 19 vH bzw. 11,5 vH (1).

Ausdruck der volkswirtschaftlichen Leistung ist das Sozialprodukt. Es stieg in den Jahren 1954 bis 1957 wie folgt:

Übersicht 15 Entwicklung des Bruttosozialproduktes der EWG 1954 bis 1957 in Preisen von 1954 (1950 = 100)

Land	Stand		Zuwachs	jährlicher Zuwachs (i. Ø)
	1954	1957		
Bundesrepublik Deutschland	138	172	34	11
Belgien	112	124	12	4
Frankreich	117	138	21	7
Italien	125	147	22	7
Luxemburg	100	111	11	4
Niederlande	123	139	16	5
Zum Vergleich:				
Großbritannien	111	119	8	3
USA	115	128	13	4

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1959, S. 125 (Intern. Übersichten).

Die Wachstumsrate von insgesamt 25 vH oder 5 vH jährlich ist größer als zum Beispiel in den USA (4 vH) oder Großbritannien (3 vH). Entscheidend hierfür ist der Zuwachs des westdeutschen Sozialprodukts von fast 30 vH im gleichen Zeitraum. Es ist anzunehmen, daß die Entwicklung der Zuwachsraten in der EWG anhält. Für die Orientierung der gemeinsamen Agrarpolitik ist die Kenntnis der weiteren Aufnahmefähigkeit der Märkte von dringendem Interesse. Eine Zunahme der Massenkaufkraft kann als sicher gelten und sollte schon jetzt bei den Dispositionen der Erzeuger berücksichtigt werden. Auch

(1) Statistisches Jahrbuch für die BRD 1959, S. 34 u. 127 (Intern. Übers.).

Hanau und Krohn gehen in ihrer Untersuchung von dieser Annahme aus(1).

An der Entstehung des Sozialprodukts in der EWG sind die Wirtschaftszweige, nach Hauptgruppen zusammengefaßt, wie folgt beteiligt:

Übersicht 16 Entstehung des Sozialprodukts in der EWG und den USA, 1957

- in vH -

Wirtschaftsgruppe	EWG	USA
Bergbau, verarbeitende Industrie, Baugewerbe, Versorgungsbetriebe	46	40
Dienstleistungsgewerbe einschl. Handel und Verkehr	41	56
Landwirtschaft	13	4

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1959, S. 129 (Intern. Übersichten)

Im Vergleich zu den USA haben Industrie und Landwirtschaft in der EWG einen höheren Anteil am Sozialprodukt, während das Dienstleistungsgewerbe zurücksteht. Daraus läßt sich schließen, daß Industrie und Landwirtschaft in der EWG relativ zu teuer arbeiten, während das Dienstleistungsgewerbe zur Zeit noch unterbewertet wird. Langfristig gesehen wird also die Preisentwicklung im Bereich von Bergbau, Industrie und Baugewerbe sowie in der Landwirtschaft verhaltener sein als im Dienstleistungsgewerbe. Wahrscheinlich wird zunächst mit einer Angleichung der Preisspiegel in den einzelnen Mitgliedsländern nach dem jeweils höchsten Stand zu rechnen sein. Das kann in erster Linie für die Höhe der Löhne und lohngleichen Vergünstigungen erwartet werden. Erst wenn sich hier ein Gleichgewicht eingestellt hat, ist damit zu rechnen, daß Rationalisierungserfolge oder Produktivitätsvorteile der Wirtschaft in Form von mindestens stabilen Preisen oder gar Preisermäßigungen an den Verbraucher weitergegeben werden.

Die gegenwärtige Verwendung des Sozialprodukts zeigt nachstehender Übersicht 17:

-
- (1) A. Hanau und H. B. Krohn, Die langfristigen Absatzaussichten der west-deutschen Landwirtschaft bis 1965, Agrarwirtschaft, 1956, Heft 9 und 10.

Übersicht 17 Verwendung des Sozialprodukts in der EWG und den USA,
1957

- in vH -

Verwendungsgruppe	EWG	USA
Privater Verbrauch	62	64
Staatsverbrauch für zivile und militärische Zwecke	13	18
Investitionen	23	17
Außenbeitrag (Überschuß der Ausfuhr von Gütern und Diensten über deren Einfuhr)	2	1

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1959, S. 129 (Intern. Übersichten)

Im Vergleich zu den konsumstarken USA hinken die privaten Ausgaben in der EWG zur Zeit noch nach. Das kommt zum Teil daher, daß der Wiederaufbau nach dem Kriege einen großen Teil des Sozialproduktes in Anspruch nahm. Dagegen nehmen in den USA die Staatsausgaben einen bemerkenswert hohen Anteil ein, der in erster Linie auf den militärischen Bedürfnissen der Verteidigungsbereitschaft beruht. Es ist damit zu rechnen, daß sich der Staatsverbrauch, vor allem für militärische Zwecke, in der EWG allmählich erhöht. Der "Außenbeitrag" ist anteilig etwa gleich und dürfte kaum nennenswert größer werden.

Vergleicht man die wichtigsten Elemente des Sozialprodukts auf der Basis europäischer Preise - was nur innerhalb weiter Fehlergrenzen möglich ist -, so erreicht die EWG je Kopf der Bevölkerung etwa 40 vH des Sozialprodukts der USA (1). Daraus ergeben sich noch weitere Möglichkeiten für die künftige Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung innerhalb der EWG.

b) Struktur der gewerblichen Wirtschaft

Zur Beurteilung der künftigen Wirtschaftsentwicklung in der EWG ist die Kenntnis der Rohstoffquellen und Energievorräte sowie der Kapazitätsumfang der

(1) Statistische Grundzahlen für zwölf europäische Länder, Hrsg. Europäische Gemeinschaft, Abteilung Veröffentlichungen, Brüssel, Nr. 2023/1/58/1, S. 26.

wichtigsten Industrien von Interesse.

Im Bereich der verarbeitenden Industrie der EWG überwiegt die Metallverarbeitung mit etwa 33 vH am Umsatz, gefolgt von der chemischen Industrie mit 16 vH. Einschließlich der Eisen- und Metallerzeugung nimmt die Schwerindustrie am Umsatz der Wirtschaft der EWG mit 40 vH den Hauptteil ein. Unter den Primärenergien fehlen Rohöl und Erdgas fast vollständig. Dafür ist die Braunkohlenerzeugung mit 100.000 t beachtlich. Die Gewinnung von Steinkohle in der EWG erreicht mit 250 Millionen Tonnen etwa die Förderung von Großbritannien. Von der Kohlegewinnung entfällt auf die Bundesrepublik Deutschland der bei weitem größere Teil. Auf dem Gebiet der Elektrizitätserzeugung verfügt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft über ein leistungsfähiges Potential und große Reserven. Sekundärenergien stehen in Form von Koks und thermischer Elektrizität in Kraftwerken ausreichend zur Verfügung.

Von geringerer Bedeutung ist in der EWG die Mineralölerzeugung. In den assoziierten Ländern der Französischen Union wird unter erheblichem Einsatz von EWG-Kapital die Erdölgewinnung verstärkt betrieben. Energiequellen für eine expandierende Wirtschaft sind somit reichlich vorhanden. Trotzdem besteht noch genügend Raum für Kohleeinfuhren, die zumindest in Küstennähe die EWG-Kohle trotz günstiger Bahntarife wettbewerbsmäßig übertreffen. Auch die Öleinfuhr wird in größerem Umfang anhalten.

In der Stahlerzeugung nimmt die EWG mit rund 60 Millionen Tonnen eine Mittelstellung zwischen den USA mit rund 100 Millionen Tonnen und der UdSSR mit rund 50 Millionen Tonnen ein. Die EWG ist somit der bedeutendste europäische Stahlerzeuger und England mit 22 Millionen Tonnen weitaus überlegen. Das trifft auch weitgehend für die verarbeitende Industrie zu und gab England Veranlassung, nach "großeuropäischen" Integrationslösungen zu suchen, bei denen der Zugang zum kontinentaleuropäischen Markt erhalten bleibt.

Nichteisenmetalle werden in den Ländern der EWG kaum gewonnen. Dagegen steht der Aluminiumgewinnung mit 1,7 Millionen Tonnen Rohgewicht kaum weniger Ausgangsmaterial zur Verfügung als zum Beispiel in den USA. Bei der Suche nach abbaufähigen Bauxitlagern in den assoziierten Ländern der Französischen Union ist in starkem Maße amerikanisches Kapital beteiligt.

Insgesamt gesehen verfügt die EWG über eine ausgedehnte und leistungsfähige Industrie, die für ergänzende Einfuhren auf den Halbzeug- und Fertigwaren-

märkten wenig Raum läßt. Die meisten Erzeugnisse sind dagegen auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig, so daß für einen zunehmenden Export nach dritten Ländern große Chancen bestehen. Für einen weiteren Ausbau der EWG-Kapazität sind somit weite Möglichkeiten gegeben (1).

Natürlich können über die künftige Entwicklung der industriellen Produktion schlüssige Prognosen nicht gestellt werden, doch ist soviel sicher, daß bei der Schaffung von Kaufkraft in den europäischen unentwickelten Gebieten in der EWG neben dem Exportgeschäft auch noch ein aufnahmefähiger zusätzlicher Binnenmarkt entstehen kann.

c) Landwirtschaft und Ernährung

Von der Gesamtfläche der Länder der EWG sind 78,5 Millionen Hektar oder 67,4 vH landwirtschaftlich genutzt. Etwa 50 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfallen auf Ackerland, 40 vH auf Dauergrünland und 10 vH auf zeitweiliges Weideland. Der Anteil des Grünlandes ist in den Küsten- und Höhengebieten besonders stark. Italien ist ausgesprochen grünlandarm.

Entsprechend ihren natürlichen Voraussetzungen und historischen Gegebenheiten hat sich die Landwirtschaft in den EWG-Ländern unterschiedlich entwickelt. Neben hochintensiven Landwirtschaften in Holland, Belgien, Teilen von Frankreich, Westdeutschland und Norditalien finden sich Zonen geringer Intensität in Höhenlagen oder marktfernen Gegenden, wo Bergbauernwirtschaften oder Kleinbauernbetriebe in vielfach parzellierter Flur den Typus der Landwirtschaft bestimmen.

Die beiden Agrarländer Westdeutschland und Frankreich haben bezüglich der agrarischen Integration die gleichen Probleme. In beiden Ländern gibt es leistungsfähiges Mittelbauerntum neben Kleinbauernwirtschaften und Parzellenbetrieben. Gleichfalls weisen beide Länder in den niederschlagsreichen Gegenden intensive Weise- und Viehwirtschaften auf, während auf den Böden des europäischen Lößgürtels und seiner Absprenglinge alle Formen des Übergangs bis zu intensiven Hackfrucht-, meist Zuckerrübenbetrieben anzutreffen sind.

-
- (1) Neunter Bericht der OEEC "Zehn Jahre Zusammenarbeit, Ergebnisse und Ausblick", Hrsg. für die deutsche Übertragung: Bundesministerium für Wirtschaft, 1958; auch "Bulletin" der EWG, Hrsg. Europäische Gemeinschaften Brüssel, Jahrg. 3, Nr. 3, Sept. 1959.

Die holländische Landwirtschaft hat eine hohe Bodenproduktivität entwickelt, die ihren Erzeugnissen erhebliche Vorteile auf den europäischen Märkten verschafft. In ihren Niederungsgebieten ist sie der friesischen und oldenburgischen Landwirtschaft nahe verwandt, während auf ihren sandigen Lehmen im Süden der Obst-, Gemüse- und Gartenbau mit ausgedehnten Glaskulturen entwickelt ist.

Belgiens Agrarwirtschaft nimmt eine Mittelstellung ein, ist aber eher als intensiv zu bezeichnen, wozu der erzeugungsnahe Markt der industriellen Ballungsräume wesentlich beiträgt. Außerdem zieht sich der europäische Lößstreifen durch Belgien, so daß auch hier intensive Ackerbaubetriebe zahlreich vertreten sind.

Das Land der landwirtschaftlichen Gegensätze ist Italien, dessen hochintensive Reis- und Gartenbauwirtschaften in der lombardischen Ebene seltsam kontrastieren mit den gleichsam ausgedörrten Hochflächen des Apennin und der südlichen Provinzen. Hier überwiegen, begünstigt durch eine feudale Agrarverfassung mit riesigem Latifundienbesitz, extensive Formen der Landnutzung, bei denen hochentwickelte Olivenkulturen mit weiten Zonen dürrtiger Futterflächen abwechseln, auf denen Schafhaltung die einzig rentable Form der Landnutzung ist. An besonders günstigen Standorten findet sich ein ausgedehnter Weinbau, der einen aufnahmefähigen, erzeugungsnahe Markt hat.

Mit der regionalen Abstufung der landwirtschaftlichen Intensität sind gleichzeitig die Entwicklungsmöglichkeiten für die europäische Landwirtschaft aufgezeigt. Bei den vorwiegend intensiven Agrarwirtschaften des Nordwestens und in den anderen begünstigten Gebieten liegen die Bedingungen des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag eher vor als bei den extensiven Wirtschaften der abgelegenen Gegenden (1). Trotzdem lassen sich im Hinblick auf die breite Streuung der Intensitätsformen innerhalb einer Intensitätszone auch in den fortschrittlichen Landwirtschaftsgebieten Intensitätssteigerungen und Produktivitätsfortschritte erzielen. Tatsächlich hat die Landwirtschaft in der EWG bereits im Jahre 1957 den Vorkriegsstand ihrer Produktion um nahezu 25 vH überschritten, gemessen in gleichbleibenden Preisen und unter Ausschaltung von Doppelzählungen (2). Besonders bemerkenswert ist hierbei die Leistungssteigerung in der italienischen Landwirtschaft.

(1) vgl. A. Montaner, Artikel "Ertragsgesetze" in Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., 1956, Band I, Spalte 1689.

(2) Statistische Grundzahlen der EWG, a. a. O., S. 30.

Im Vergleich zu der Produktionssteigerung der USA mit 50 vH gegenüber der Vorkriegszeit ist der europäische landwirtschaftliche Produktionszuwachs scheinbar gering. Man muß aber bei den USA die kriegsbedingte Produktionszunahme berücksichtigen, die gegenwärtig, ebenso wie in England, durch sehr aufwendige Förderungsmaßnahmen aufrechterhalten wird, ohne daß Aussicht besteht, die Überschüsse bei den gegebenen Preisen abzusetzen.

Für die Deckung des Nahrungsmittelbedarfs reicht die gegenwärtige Agrarproduktion in den Ländern der EWG noch nicht aus. Hauptsächlich bei Getreide mit einer durchschnittlichen Ernte von 46 Millionen Tonnen müssen noch etwa 8 Millionen Tonnen, darunter rund 5 Millionen Tonnen Futtergetreide, eingeführt werden. Es ist fraglich, ob dieser Mehrbedarf, der noch steigen wird, durch eigene Mehrerzeugung gedeckt werden kann.

Ein Einfuhrbedarf besteht auf dem Gebiet der Fleischerzeugung (Übersicht S. 75) in erster Linie für Rindfleisch, der zur Zeit mit etwa 100.000 Tonnen angegeben wird. Das gleiche gilt für Eier, Öle und Fette (etwa 50 vH), Südfrüchte, Fische und zum Teil auch für Südweine.

Ausreichende Versorgung ist lediglich für Butter, Käse sowie für Frischobst und Gemüse gegeben. Überschüsse sind bisher nur bei Kondensmilch und Milchpulver aufgetreten, die zum Teil für den Export bestimmt sind. Gelegentliche Überschüsse treten bei Kartoffeln, Schweinefleisch, Zucker und Gemüse auf. Der geringfügige Überschuß bei Käse und Butter besteht in dem Exportanteil Hollands nach England.

Versorgungsbilanz der Länder des Gemeinsamen Marktes im Durchschnitt der
Jahre 1953/54 bis 1955/56 (1)

Warenarten	Erzeugung 1.000 t	Einfuhr- Ausfuhr- überschuß		Selbstver- sorgung vH
		1.000 t	1.000 t	
Getreide a)	46.898	7.949	-	87
Brotgetreide	27.859	3.242	-	92
Futtergetreide	18.301	4.713	-	80
Kartoffeln	49.824	-	1.188	103
Zucker b)	4.293	-	144	107
Gemüse	17.020	-	218	101
Obst c)	9.914	1.534	-	87
Fruchtofst 2)	8.371	267	-	97
Öle u. Fette d)	1.851	1.676	-	52
Fleisch insges.	7.338	92	-	99
Rind- u. Kalbfleisch	2.862	72	-	98
Schweinefleisch	2.766	-	52	102
Eier e)	1.457	98	-	94
Milch 3)	15.572	-	-	100
Butter (Reinfett) 3)	721	-	2	100
Käse f) 3)	963	-	5	100
Kondensmilch 3)	658	-	244	157
Milchpulver	342	-	9	103
Wein g) 4)	12.196	1.437	-	88

a) einschl. Reis; b) in Weißzuckerwerten; c) Frisch- u. Trockenobst, Südfrüchte, Nüsse und Fruchtsäfte; d) Reinfett; e) einschl. Eiprodukte; f) einschl. Quark; g) außer Algerien hauptsächlich Spanien, Portugal, Jugoslawien, Griechenland (Südwein).

Quelle:

- zu 1) Zur Nahrungsmittelversorgung der Europ. Wirtschaftsgemeinschaft, Hrsg. BML, Bonn 1957, S.33; vereinfacht.
- zu 2) Zahlenmaterial über Obst- und Südfrüchte in der EWG, Hrsg. BML, Bonn 1959, S.196.
- zu 3) Zahlenmaterial über die Milchwirtschaft in der EWG, Hrsg. BML, Bonn 1959, S.34 ff., teilweise errechnet.
- zu 4) Zahlenmaterial über die Weinwirtschaft in der EWG, Hrs. BML, Bonn 1958, S.8 ff., errechnet.

Im Verhältnis zu dritten Ländern ist demnach mit Störungen von Produktion und Absatz innerhalb der EWG nicht zu rechnen. Der hohe Selbstversorgungsgrad erfordert jedoch sorgfältige Überlegungen, in welchem Umfang bei der künftigen gemeinsamen Agrarpolitik durch Preismaßnahmen Produktionsanreize gegeben werden sollen. Eine Steigerung der Produktion ist nur solange sinnvoll, wie die Mehrerzeugung durch die Wachstumsrate der Volkswirtschaft absorbiert werden kann (1). Für die Landwirtschaft noch wichtiger ist die ungefähre Kenntnis des künftigen Nahrungsmittelverbrauches, damit sich die Landwirte bei ihren Dispositionen darauf einstellen können.

2. Die Entwicklung des Nahrungsmittelverbrauches in der EWG und ihre Auswirkungen auf die heimische Produktion

a) Langfristige Entwicklung des Nahrungsverbrauches je Kopf der Bevölkerung

Eines der Kennzeichen für die Wohlstandsentwicklung ist die Entwicklung des Nahrungsverbrauches je Kopf der Bevölkerung. Für die Beurteilung der künftigen Produktion ist die Kenntnis der Verbrauchstendenz von entscheidender Bedeutung.

Zur Kennzeichnung der langfristigen Entwicklung des Pro-Kopf-Verbrauchs hat Thiede in einer aufschlußreichen Studie (2) wirtschaftlich ausgeglichene Zeiträume vor dem ersten und zweiten Weltkrieg sowie nach 1952 zusammengefaßt und mit den Voraussetzungen von Hanau für 1964/65 verglichen (3). Für die zum Vergleich ebenfalls herangezogenen USA hat Thiede entsprechende Angaben aus Veröffentlichungen des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums, für die nordwesteuropäischen Länder aus OEEC- und FAO-Berichten entnommen.

Von wesentlichem Einfluß auf die Entwicklung des Pro-Kopf-Verbrauchs in der

- (1) R. Plate, Derzeitiger Stand und voraussichtliche Entwicklung des Agrarmarktes der westeuropäischen Landwirtschaft am Vorabend des Gemeinsamen Marktes, Vortrag in Wiesbaden am 14.1.1959, Schriftenreihe der DLG, Frankfurt/M., Heft 10.
- (2) G. Thiede, Zur langfristigen Entwicklung des Nahrungsverbrauches je Kopf, Berichte über Landwirtschaft, Hamburg-Berlin 1957, Heft 1, S. 87 ff.
- (3) A. Hanau u. H. B. Krohn, Die langfristigen Absatzaussichten, Agrarwirtschaft 1956, Heft 9 u. 10.

EWG sind die unterschiedlichen Bestimmungsgründe bei den einzelnen Volkswirtschaften. Klimatische Einflüsse und örtliche Gegebenheiten bestimmen die Verzehrsgewohnheiten in gleichem Maße wie nationale Eigenarten und Traditionen. Außerdem ist der Kalorienbedarf in den kälteren Zonen höher als in wärmeren Gegenden.

Unter den ökonomischen Gründen spielen Einkommenshöhe, Elastizitäten und Preisrelationen eine große Rolle. Dabei entscheiden die Einkommenshöhe und die Streuung der Einkommen über Umfang und Qualität der nachgefragten Nahrungsmittel. Mit steigendem Einkommen und damit einhergehender Verstärkung der Lebensformen erfolgt ein deutlicher Übergang von zellulosehaltiger, ballastreicher Nahrung zur verfeinerten, vorbehandelten und verbesserten Ernährung, die bei hohem Nährwert den Organismus wenig belastet.

Für die künftige Entwicklung des Nahrungsmittelverbrauchs ist daher bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln auch weiterhin mit einem Zurücktreten kalorienreicher und kohlehydrathaltiger Produkte zugunsten leichtverdaulicher Vitaminträger zu rechnen. So ist bereits in der langfristigen Entwicklung ein Rückgang bei Getreide und Getreideerzeugnissen zu erkennen. In den USA ist diese Entwicklung durch die seit dem ersten Weltkrieg stärker gestiegenen Einkommen begünstigt worden und deswegen mehr ausgeprägt als bei uns. Auch Kartoffeln werden sowohl hier wie dort tendenziell weniger nachgefragt. Demgegenüber konnte der dritte Kohlehydratträger Zucker mit seinen Sekundärerzeugnissen Honig und Syrup beträchtlichen Raum gewinnen. Die Tendenz zur Aufnahme verfeinerter und vorbehandelter Nahrungsmittel ist an diesem Beispiel besonders deutlich zu erkennen. Das gilt auch für Feingemüse, frisches Obst und Obstkonserven.

Bei den tierischen Erzeugnissen ist eine ähnliche, wenn auch nicht ganz so einheitliche Tendenz erkennbar. Der Fleischverbrauch reagiert auf Kaufkraftänderungen sehr stark und zeigte in der Vergangenheit viele Tiefpunkte. Bei anhaltendem Wachstum dürfte mit einer Ausweitung des Fleischverbrauchs, insbesondere magerer Fleischsorten, sicher zu rechnen sein (1). Der Unterschied im gegenwärtigen jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch in den USA mit über 80 kg und in Nordwesteuropa mit 55 kg gegenüber nur 45 kg in Westdeutschland berechtigen zu dieser Erwartung.

In der Struktur des Fleischverbrauches vergrößert sich ständig der Anteil des

(1) Weber, A., Struktur und Dynamik des Fleischverbrauchs in den Ländern der EWG, Agrarwirtschaft 1961, Sonderheft 11/12.

Geflügels. Auch beim Eierverbrauch sind gemessen an den Verhältnissen in den USA sowohl in Nordwesteuropa als auch in Westdeutschland noch große Verbrauchsreserven erkennbar. Die Verbrauchszunahme bei Fisch wird nicht ganz so günstig beurteilt, obwohl auch hier die Tendenz eines langfristigen Anstieges ist.

Bei Milch und Milcherzeugnissen sind die Verhältnisse ziemlich uneinheitlich. Während in den Vergleichsgebieten der Trinkmilchverbrauch teilweise merklich gestiegen ist, vornehmlich in Nordwesteuropa, hat der Trinkmilchverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht wieder die Vorkriegshöhe erreicht. Der Verbrauch von Käse und Quark dagegen nimmt zu. Unter den Käsesorten steigt der Verbrauch von Quark und Käsezubereitungen stärker als der von Hart-, Schnitt- oder Weichkäse. Hier wiederum werden fettreiche Sorten bevorzugt.

Bei der Betrachtung von sogenannten "sichtbaren Fetten" kommt Thiede (1) zu der Feststellung, daß trotz allgemein steigender Tendenz der Verbrauch in Westdeutschland und in Nordwesteuropa stärker vorangeschritten ist als in den USA. Das wird auf den in den USA erhöhten Verzehr von Fleisch, Fleischwaren und Käse zurückgeführt, wobei in größerem Maße als bei uns eine Aufnahme von "unsichtbaren" Fetten erfolgt. Daher kommt es auch, daß der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von Butter in den USA gegenwärtig bei 3,2 kg Reinfett liegt im Gegensatz zu Nordwesteuropa mit 6,3 kg und Westdeutschland mit knapp 6 kg. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß der in den USA ungleich höhere Sahneverbrauch in Form von Schlagrahm und Eiscreme in dem angegebenen Verbrauch von reinem Butterfett nicht enthalten ist.

Der künftige Butterverbrauch in Westdeutschland wird unterschiedlich beurteilt. Im Gegensatz zu den Erwartungen von Thiede, der sich weitgehend auf Hanau und Krohn stützt, wird in dieser Arbeit der Standpunkt vertreten, daß bei den derzeitigen Preis-Einkommensrelationen mit einer wesentlichen Steigerung des Butterverbrauchs nicht zu rechnen ist. Die bisherige Praxis, eine mit der Kaufkraftentwicklung steigende Butternachfrage zu steigenden Preisen zu bedienen, dürfte mit Erfolg kaum noch länger geübt werden. Die zweifellos vorhandenen Verbrauchsreserven lassen sich in größerem Umfang nur durch Preissenkungen mobilisieren. Das ist nach verbreiteter Ansicht aber gleichbedeutend mit Ertragseinbußen, so daß man eher zu einer künstlichen Verknappung des derzeit reichlichen Angebots durch Produktionseinschränkungen neigt.

(1) vgl. Thiede, a.a.O., S. 89.

Beider marktpolitisch im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik angestrebten Preisanpassung für die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse - für Deutschland gleichbedeutend mit sinkenden Preisen bei voraussichtlich weiter steigenden Löhnen und allenfalls gleichbleibenden Preisen der Produktionsmittel - wird die arbeitsaufwendige Milchgewinnung betriebsökonomisch mehr und mehr unergiebig. Hinzu kommt der Rentabilitätsvorsprung der Rindermast und der zu erwartende Fortfall der Milchsubvention. Wenn die Milcherzeugung nicht in gleichem Umfang ansteigt wie bisher, könnte der Druck der Werkmilch auf den Buttermarkt allmählich nachlassen. Das Ziel der Agrarförderung auf dem Gebiet der Milchwirtschaft, die Versorgung mit tbc-freier Milch zu gewährleisten, ist ohnehin erreicht.

b) Der künftige Nahrungsverbrauch in Rheinland-Pfalz

Wie im vorstehenden gezeigt wurde, ist für viele Nahrungsmittel ein eindeutiger Trend in der langfristigen Entwicklung des Pro-Kopf-Verbrauches zu erkennen, welcher der allgemeinen Einkommensentwicklung folgt. Man kann daher sagen, daß die bisherige Verbrauchsentwicklung in den USA, die der unsrigen gleichsm um einige Längen voraus ist, bei vielen Erzeugnissen mit verhältnismäßig großer Wahrscheinlichkeit als Richtschnur für die künftige Verbrauchsentwicklung angesehen werden kann (1).

Demnach kann in Zukunft mit einem weiteren Abnehmen des Getreide- und Kartoffelverbrauchs gerechnet werden, dessen Umfang jedoch nicht genau geschätzt werden kann. In Rheinland-Pfalz, von dessen Bevölkerung etwa ein Drittel auf dem Lande wohnt, dürfte der Rückgang des Kartoffelverbrauchs zunächst kaum spürbar sein. Demgegenüber ist aber mit einer Zunahme des Zuckerverbrauchs zu rechnen. Für Obst und Südfrüchte besteht gleichfalls steigender Bedarf. Gerade beim Obst weist Thiede auf eine erhebliche Zuwachsrates des Bedarfs hin aufgrund von Annahmen aus dem Jahre 1956, die durch die derzeitige Entwicklung (1960) durchaus bestätigt werde. Aber auch für den Verbrauch von Gemüsekonserven und Obstkonfitüren bestehen günstige Entwicklungsaussichten.

Für tierische Erzeugnisse und besonders Fleisch und Eier kann man in Rheinland-Pfalz mit einer kräftigen Verbrauchssteigerung rechnen. Bei Käse sind Schätzungen bei dem gegenwärtigen hohen Verbrauchsstand schwierig. Eine

(1) vgl. Thiede, a.a.O., S.100.

günstige Verbrauchsentwicklung zeichnet sich seit 1954 bei Frischkäse und Quark ab.

Der Trinkmilchverbrauch zeigt seit 1956 keine fühlbare Steigerung mehr. Dagegen nimmt der Verbrauch von Kondensmilch, Sahne und anderen flüssigen Milcherzeugnissen sichtlich zu. Hierdurch kann eine allmähliche Entlastung des Buttermarktes herbeigeführt werden, so daß der zu erwartende Verbrauchsrückgang bei den "sichtbaren Fetten" über einen steigenden Verzehr von Milchderivaten kompensiert werden kann. Diese Entwicklung kann durch den in Rheinland-Pfalz mit seinen unentwickelten Räumen für später zu erwartenden höheren Kaufkraftzuwachs verstärkt werden.

Insgesamt gesehen ergibt sich für die Beurteilung des künftigen Nahrungsmittelverbrauchs in Rheinland-Pfalz als Orientierung für eine gezielte Agrarförderung, daß ein Großteil der Nachfrage auf Veredlungserzeugnisse gerichtet sein wird. Außerdem dürften innerhalb der hier erörterten Warengruppen zum Teil beträchtliche Verbrauchsverschiebungen eintreten. Diese Entwicklung wird unterstützt durch eine verstärkte Nachfrage nach Qualitätserzeugnissen und damit verbundenen Dienstleistungen. Für die künftige Absatzförderung sind somit Qualitätsverbesserungen, Vorbehandlung, Aufmachung, Darbietung sowie Erschließung neuer Absatzwege besonders wichtig. Änderungen der Einkaufs- und Verbrauchsgewohnheiten werden um so nachhaltiger sein, je mehr das Angebot in seinen vielfachen Erscheinungsformen den mit der Wohlstandsentwicklung sich wandelnden oder neu entstandenen Bedürfnissen entspricht.

Besonders stark dürfte der Verbrauchsanstieg bei Veredlungserzeugnissen des gehobenen Bedarfs, den sogenannten Spezialerzeugnissen sein. Hierunter fallen besonders Obst- und Gemüsekonserven, namentlich Tiefgefrorenes und Säfte, ferner Geflügelfleisch, kondensierte und pulverisierte Milcherzeugnisse und schließlich Eiscreme. Gerade auf diesen Gebieten des Nahrungsmittelverbrauchs bestehen noch bedeutende Intensivierungsreserven. Für die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz mit ihren ausgedehnten Spezialkulturen ist diese Entwicklung innerhalb des Gemeinsamen Marktes vielversprechend.

c) Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion in Rheinland-Pfalz

Aus der Entwicklung des künftigen Nahrungsmittelverbrauchs in Westdeutschland lassen sich unter den Bedingungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die heimische Landwirtschaft ganz bestimmte Auswirkungen erkennen.

Für die Getreideerzeugung ergeben sich keine Störungen, da der Verkaufsrückgang für Getreideerzeugnisse langfristig und eine Bedarfsdeckung im westeuropäischen Raum aus eigener Produktion ohnehin nicht möglich ist. Der Klimaeinfluß wird auch bei verstärktem Anbau von Weizen die Erntemengen an back- und mühlenfähigen Sorten in Grenzen halten. Gelegentliche französische Weizenüberschüsse, die man dort gern am westdeutschen Markt aufgenommen sehen möchte, treten nur bei Rekordernten auf und sind in der Qualität nicht immer ausgeglichen. Sie bedeuten keine Gefahr für den heimischen Weizenanbau. Zudem gleichen sich die Preise für Weizen in Frankreich und Deutschland, so daß für uns nachteilige Preisanpassungen nicht zu befürchten sind.

Anders verhält es sich beim Roggen, der in Deutschland zum Brotgetreide gezählt wird und für den - gemessen am westdeutschen Preisniveau - bisher ein Spitzenpreis gezahlt wurde. In den übrigen Ländern der EWG gilt Roggen als Futtergetreide. Preisanpassungen werden nicht zu umgehen sein. Die hierdurch bedingten Erlösschmälerungen sollten jedoch nicht unterschätzt werden, da Roggen schon seit längerem an der Preisuntergrenze notiert.

Die Auswirkungen einer Preisanpassung des Futtergetreides an den gegenwärtigen europäischen Durchschnittspreis für Futtergerste hat Plate in einer ausführlichen Studie eingehend untersucht (1). Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß das von der Preisanpassung betroffene Verkaufsquantum Futtergerste viel zu klein ist, um überhaupt für eine Erlösschmälerung wirksam zu werden. Die in Verbindung mit dem Futtergerstenpreis gleichfalls sinkenden Preise für Industrie- und Braugerste zeigen keine durchschlagende Wirkung. Ein Teil der errechenbaren Ertragseinbußen wird im übrigen durch Produktionsverbilligungen und Umsatzsteigerungen bei Schweinen und Geflügel wieder ausgeglichen.

Sofern künftig der Zuckerrübenpreis einen angemessenen Abstand zum Weizenpreis (etwa 16 - 18 vH) behält, werden Verschiebungen im Anbauverhältnis nur insoweit erfolgen, als steigende Löhne und Betriebsmittelkosten den Zuckerrübenbau auf schweren Böden allmählich zurücktreten lassen. In den meist

(1) R. Plate und D. Grupe, Auswirkungen einer Senkung der Futtergetreidepreise, Agrarwirtschaft, Heft 10, 1958; Plate bedauert jedoch, daß im Rahmen der EWG Ermäßigungen der landwirtschaftlichen Betriebskosten nicht mit der gleichen Deutlichkeit erkennbar sind, wie durch die voraussichtlichen Preisanpassungen die Ermäßigungen der Verkaufserlöse.

kleinbäuerlichen Betrieben von Rheinland-Pfalz spielt der Zuckerrübenbau nur eine untergeordnete Rolle und wird seine Stellung nach Maßgabe der vorhandenen Arbeitskapazität im großen und ganzen behaupten. Eventuelle Ertrags-einbußen durch Preissenkung können durch verbesserte Verwertung des Rübenblattes - z. B. bei Milcherzeugung in Verbindung mit Rindermast - aufgehoben werden.

Schwerwiegender dürfte sich die europäische Integration für den Frühkartoffelbau in Rheinland-Pfalz auswirken. Dem Wettbewerbsvorsprung der Frühkartoffelstandorte in den südlichen Gebieten der EWG ist der zwar noch relativ begünstigte, aber zeitlich doch benachteiligte Frühkartoffelanbau der Pfalz - von anderen Anbaugebieten in Rheinland-Pfalz abgesehen - nicht gewachsen. Mit dem Abbau der zur Zeit bestehenden zeitlichen Einfuhrbegrenzungen im Frühjahr, die dem heimischen Frühkartoffelabsatz den Zugang zum Markt freihielten, muß gerechnet werden.

Um so mehr müssen sich die Anstrengungen der Landwirtschaft auf eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit im Speise- und Futterkartoffelbau richten. Der Speisekartoffelanbau steht seit Jahren unter dem Eindruck einer langfristigen Verbrauchsabnahme.

Bei reichlichen Ernten ist der als Speisekartoffeln nicht abzusetzende Ernteüberschuß, der sogenannte Futterrest, erfahrungsgemäß recht hoch und drückt nachhaltig auf den Speisekartoffelpreis. Eine Entlastung des Speisekartoffelmarktes bei gegebener Anbaufläche erscheint besonders vielversprechend, wenn es gelingt, durch Sortenwahl, fortschrittliche Anbaumethoden, höhere Qualität und verbesserte Technik des Absatzes die Märkte für Futter- und Speisekartoffeln stärker voneinander zu trennen, wie das bereits in Holland in weitgehendem Maße gelungen ist (1). Außerdem bestehen über Sekundärprodukte wie Kartoffelmehl und Kartoffelflocken weitere Möglichkeiten, langfristige Absatzschrumpfungen in gewissem Umfang aufzufangen. Ob eine verstärkte Verwertung von Kartoffeln durch Brennereien möglich ist, erscheint im Hinblick auf den großen Umfang der französischen Alkoholerzeugung fraglich.

Für die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz ist die Lage am Futterkartoffelmarkt besonders wichtig. Diese wird durch die Verwertung der Kartoffeln bei der Schweinemast entscheidend bestimmt und steht

(1) E. Woermann, Probleme der Betriebsorganisation im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt, Agrarwirtschaft, 1960, Heft 3.

damit in enger Beziehung zum Futtergetreidepreis. Schweinepreis und Futtergetreidepreis stehen langfristig im Verhältnis von 6 : 1; das gleiche Verhältnis gilt auch in den übrigen EWG-Ländern (1). Mit der zu erwartenden Senkung des deutschen Futtergetreidepreises im Zuge der gemeinsamen Agrarpolitik bei sonst gleichbleibenden Veredlungskosten wird eine Ermäßigung des Schweinepreises verbunden sein. Wieweit davon auch der Preis für Futterkartoffeln betroffen wird, hängt daran, ob nach Maßgabe des Stärkegehaltes der Futterkartoffeln etwa 400 kg oder 500 kg Kartoffeln dem Nährwert von 100 kg Gerste entsprechen. Es ist daher sehr zu empfehlen, daß auch der bäuerliche Futterkartoffelbau sich noch mehr als bisher stärkereichen Sorten zuwendet.

Durch die Festsetzung des Futtergetreidepreises als Eckpreis kann über die Schweinehaltung die Rentabilität für etwa zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe gewährleistet werden, da die Preise sich langfristig nach den Kosten richten. Andererseits sind die Lebendvieh- und Fleischpreise Wettbewerbspreise, so daß die Erzeugungskosten unter ständigem Druck stehen, dem auf die Dauer auch die Futtergetreidepreise nachgeben müssen. Hinzu kommt, daß die Schweinefleischerzeugung bei den gegenwärtigen Preisen zur Bedarfsdeckung ausreicht. Für die Schweineerzeugung sind die Chancen daher weniger günstig als für die Rindermast. Diese hat aber zur Zeit in Rheinland-Pfalz nur untergeordnete Bedeutung. Es ist jedoch möglich, daß man kurzfristig verstärkt zur Kälbermast übergeht, womit unter Umständen auch eine günstige Verwertung der verfütterten Vollmilch erzielt werden kann.

Daß die EWG-Integration auf den Milchmarkt keinen nennenswerten Einfluß ausübt, wurde schon gesagt. Die Lage am Milchmarkt ist von der langfristigen Nahrungsbedarfsentwicklung stärker bestimmt als von den Integrationsfolgen. Wenn dennoch Trinkmilchabsatz und Butterverkauf stagnieren, wird es darauf ankommen, über Sekundärerzeugnisse einen erweiterten Absatz zu erreichen.

Bei der zu erwartenden Wohlstandsentwicklung wird sich die Lage für den heimischen Obst- und Gemüsebau eher verbessern als verschlechtern.

Auch für den heimischen Weinbau sind ernste Gefahren nicht zu erkennen. Daß im Wettbewerb des Gemeinsamen Marktes ausgesprochen geringe Weine unterliegen, ist unbestritten. Die Mehrzahl der kleinen Weine kann jedoch durch geeignete Methoden der Kellerbehandlung konsumreif gemacht werden.

(1) E. Engel, Die Agrarwirtschaft im Gemeinsamen Markt, Hamburg/Berlin 1957, S. 124.

Ob der deutsche Rotweinbau dem Wettbewerb anderer Rotweinanbaugebiete erfolgreich standhalten kann, hängt wesentlich davon ab, daß die Erzeugung billiger und ertragreicher gestaltet werden kann und noch mehr als bisher vom Absatz aus gesehen wird (1). Bekannte deutsche Rotweinsorten hingegen dürften sicher ihren bisherigen Marktanteil behaupten. Im übrigen besteht für deutsche Weine auf dem deutschen Getränkemarkt und auch auf dem Gemeinsamen Markt noch Aufnahmefähigkeit, die sich mit steigender Wohlstandsentwicklung wahrscheinlich verstärkt.

3. Die marktwirtschaftlichen Zielsetzungen der EWG und ihre Anwendung auf die Landwirtschaft

a) Abbau der Binnenhandelsbeschränkungen - Errichtung eines Gemeinsamen Außenzolltarifs

Nach Artikel 9 des EWG-Vertrages ist die Grundlage der Gemeinschaft eine Zollunion, die sich auf den gesamten Warenaustausch erstreckt. Der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist hiervon nicht grundsätzlich ausgenommen. Die Sondervorschriften für die Landwirtschaft der Artikel 39 bis 46 zielen auf eine gesonderte Markt- und Preispolitik im Rahmen einer gemeinsamen Agrarpolitik der Mitgliedstaaten. Der Zoll- und Kontingentsabbau innerhalb der EWG erfolgt auch für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Zur allmählichen Beseitigung der bestehenden Handelshemmnisse werden schrittweise innerhalb von zwölf Jahren (bis 1969) die Binnenzölle abgebaut und die internen Kontingente aufgestockt. Die ersten Zollherabsetzungen um 10 vH für alle Waren ohne Ausnahme sind am 1.1.1959 und 1.7.1960 erfolgt. Eine weitere Ermäßigung tritt am 1.1.1961 ein. Die Binnenzölle für Industrieerzeugnisse sind damit um 30 vH, für nichtliberalisierte landwirtschaftliche Erzeugnisse um 25 vH gegenüber 1957 gesenkt worden (2).

Auch die Erweiterung der internen Einfuhrkontingente um jährlich 10 vH gemäß Artikel 33 schreitet planmäßig voran. Bei bisher nicht liberalisierten Waren - z.B. bei Frühkartoffeln - sind am 1.1.1959 erstmals Globalkontin-

(1) W. Kühbort, Gegenwartsprobleme des deutschen Rotweinbaues, staatswiss. Diss., Mainz 1957, S. 95 ff.

(2) Europäische Gemeinschaft, Informationsblatt, Hrsg. Verbindungsbüro der Europäischen Gemeinschaften, Bonn, Nr. 55/III vom 31.12.1960, S. 3.

gente von 3 vH der Einfuhr freigegeben worden, die von Jahr zu Jahr aufgestockt werden.

Gleichzeitig wird ein gemeinsamer Außenzolltarif aus dem einfachen Mittel der in den vier Zollgebieten der Gemeinschaft am 1.1.1957 angewandten Zollsätze nach den Bedingungen des Artikels 19 gebildet. Für die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist der gemeinsame Außenzolltarif als Wertzoll in Liste F des Vertrages festgelegt. Er beträgt z. B. bei Butter 24 vH, Getreide 16 vH, Frühkartoffeln in der Zeit von Anfang Januar bis Mitte Mai 15 vH, danach bis Ende Juni 21 vH. Für Traubenmost ist eine Zollbelastung von 40 vH und für Zucker von 80 vH vorgesehen. Der Zollsatz für Wein (Liste G des Vertrages) bleibt späteren Verhandlungen vorbehalten.

Im wesentlichen entspricht der gemeinsame Außenzolltarif für landwirtschaftliche Erzeugnisse der gegenwärtigen Zollbelastung in Deutschland und in etwa auch in Frankreich und Italien. Für Holland und Belgien bedeutet jedoch vor allem der Einfuhrzoll für Getreide bei bislang liberalisierter Einfuhr eine empfindliche Verteuerung der dortigen Veredlungsproduktion. Da der zu erwartende Preisanstieg für Veredlungsprodukte - insbesondere nach Fortfall der Binnenzölle und Einfuhrkontingente - den dortigen Erzeugern uneingeschränkt zugute kommt, kann man annehmen, daß die Belastung durch den Außenzoll für Importgetreide von den Gewinnmargen bei Veredlungsprodukten weitgehend aufgefangen wird.

Um eine Vertiefung der Gegensätze zwischen der EWG und der Freihandelszone sowie den Mitgliedsländern des GATT zu vermeiden, wird der gemeinsame Außenzoll um 20 vH gesenkt. Eine erste Anpassung an diesen ermäßigten gemeinsamen Außenzolltarif erfolgte durch den Beschluß des Ministerrats der EWG vom 20.12.1960 zum 1.1.1961 (1).

In dem Bericht der Kommission über die Gemeinsame Agrarpolitik (2) wurde vorgeschlagen, im Hinblick auf ein gemeinsames Agrarpreisniveau, welches vom 1.1.1960 innerhalb von sechs Jahren - also bis zum Ablauf des Jahres 1965 - erreicht werden soll (3), auch die Binnenhandelsbeschränkungen in entsprechend verkürzten Fristen abzubauen. Die Übergangszeit würde somit

(1) Europäische Gemeinschaft, a. a. O., S. 3.

(2) Entwurf der Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik gemäß Art. 43 EWG-Vertrag; EWG-Drucksache VI/Kom (59) 140 vom 2.11.1959, Teil II (Grundsätze der gemeinsamen Agrarpolitik).

(3) für Rindfleisch 3 bis 4 Jahre, für Wein etwa 9 Jahre.

bereits 1965 anstatt 1969 enden. Auf der Sitzung des Ministerrats der EWG am 20.12.1960 in Brüssel ist die beschleunigte Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes beschlossen worden (1).

Mit dieser Regelung wird erreicht, daß in den bestehenden Relationen zwischen den meist gesetzlich festgelegten Preisen für landwirtschaftliche Grunderzeugnisse und den Preisen für darauf aufbauende landwirtschaftliche bzw. industrielle Veredlungserzeugnisse, die am 1.1.1961 einer dritten Zollherabsetzung und Kontingenterweiterung unterliegen, keine fühlbaren wettbewerbsschädlichen Spannungen eintreten, solange der gemeinsame Außenzolltarif noch nicht voll in Kraft ist.

Für die Landwirtschaft in der EWG, vor allem in der Bundesrepublik bedeutet die Abkürzung der Übergangszeit, daß Rohstoffe und Veredlungserzeugnisse einem - wie es heißt - gemeinsamen "Régime" unterworfen werden. Dadurch kann der "Konstruktionsfehler des Vertrages", den Abbau der Handelsbeschränkungen für Grundstoffe der politischen Verhandlungstaktik zu überlassen, während für die Enderzeugnisse der Vertrags-Automatismus wirksam wird, kurzfristig behoben und der Anpassungsprozeß wirksam "synchronisiert" werden (2).

Eine drängende Problematik wie bei den Zollmaßnahmen ist bei dem Abbau der übrigen Handelsbeschränkungen gegenwärtig nicht zu beobachten.

Die Vorschriften für den Zollabbau innerhalb der EWG gelten auch für Finanzzölle, die aber durch inländische Abgaben soweit ergänzt werden können, als das auch bei anderen Mitgliedsländern üblich ist. Bei Kaffee ist zum Beispiel nach der ersten Zollsenkung Anfang 1960 eine solche Abgabe eingeführt worden. Es ist fraglich, ob der Fiskus bei den nicht lebensnotwendigen Waren und Genußmitteln, den sogenannten "Non-essentials", die eine ergiebige Finanzquelle sind, von einer Zollbelastung oder einer entsprechenden Abgabe zugunsten eines lastenfreien Konsums absehen wird.

In den Vorschriften des Vertrages über den freien Warenverkehr wird ferner gefordert, daß die staatlichen Handelsmonopole derart ungewandelt werden sollen, daß eine gegenseitige Diskriminierung der Mitgliedstaaten in den Versorgungs- und Absatzbedingungen unterbleibt (Artikel 36). Von dieser Bestimmung

(1) FAZ vom 24.12.1960, S. 7.

(2) H. Niehaus, Offene Fragen der Agrarpolitik in der EWG, Agrarwirtschaft 1960, Heft 3.

werden alle Einrichtungen betroffen, durch die der Staat die Warenbewegungen zwischen den Mitgliedern rechtlich oder tatsächlich kontrolliert, lenkt oder beeinflußt. Das gilt auch für vom Staat auf andere Rechtsträger übertragene Monopole. Ist mit dem staatlichen Handelsmonopol eine Erleichterung des Absatzes oder der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbunden, so sollen bei der Anwendung dieser Vorschrift gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betroffenen Erzeuger gewährleistet werden.

Von der Vorschrift des Artikels 36 wird in Deutschland hauptsächlich das staatliche Spritmonopol getroffen, da die anderen landwirtschaftlichen Monopole durch die Marktordnungsvorschriften der gemeinsamen Agrarpolitik den Zielsetzungen des Vertrages angepaßt werden. Es ist jedoch vorgesehen, daß rein fiskalische Monopole - wie eben das Branntweinmonopol - auf überstaatlicher Basis weitergeführt werden, so daß den Länderhaushalten die bisherigen Monopoleinnahmen in nichtdiskriminierender Form auch weiterhin zufließen.

b) Freizügigkeit und Verkehr

Zu den Grundlagen der Gemeinschaft gehören neben dem freien Warenverkehr die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die Niederlassungsfreiheit, der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie gemeinsame Regelungen auf dem Gebiete des Verkehrs (EWG-Vertrag, Teil II).

Volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer muß bis spätestens zum Ende der Übergangszeit hergestellt und die einheitliche Behandlung in bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen gewährleistet sein. Dabei wird für die soziale Sicherheit ein System entwickelt, wonach die Berechtigten auch bei Tätigkeiten in anderen Ländern der EWG weitgehend in den Genuß der Leistungen gelangen, die ihnen im Heimatlande zustehen.

Auch kaufmännische, gewerbliche und andere Tätigkeiten sollen im Rahmen der Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs von Beschränkungen allmählich befreit werden. Das hierzu erforderliche Programm wird vor dem Ende der ersten Stufe - voraussichtlich 1961 - vom Rat auf Vorschlag der Kommission auf Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Versammlung aufgestellt.

In der Übergangszeit werden gleichfalls alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs aufgehoben, sofern die Berechtigten in den Mitgliedstaaten ansässig sind. Bei der Erteilung von noch erforderlichen devisenrechtlichen Genehmigungen

gungen soll möglichst großzügig verfahren werden (1). Anleihen zur mittelbaren oder unmittelbaren Finanzierung eines Mitgliedstaates oder seiner Gebietskörperschaften dürfen nur im gegenseitigen Einvernehmen der beteiligten Staaten aufgelegt werden. Diese Bestimmung gilt nicht für Emissionen der Investitionsbank (Art. 22 des Protokolls zum Verträge über die Investitionsbank).

Eine gemeinsame Politik ist auch auf dem Gebiet des gesamten Verkehrs vorgesehen. Entsprechende Regeln werden vom Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie der Versammlung nach den Vorschriften des Art. 75 EWG-Vertrag aufgestellt. Nach Beginn der zweiten Stufe 1962 dürfen Besonderheiten bei Frachten oder Beförderungsbedingungen zum Schutz oder zur Unterstützung bestimmter Unternehmungen oder Industrien nicht mehr eingeräumt werden, sofern sie nicht von der Kommission ausdrücklich genehmigt sind.

Für die Landwirtschaft der Bundesrepublik und damit auch für Rheinland-Pfalz ist die künftige Gestaltung des Verkehrstarifwesens von besonderer Bedeutung, da die meisten deutschen Landwirtschaftsgebiete mit übergebietlicher Marktleistung an der Peripherie des Bundesgebietes und des Gemeinsamen Marktes liegen. Rheinland-Pfalz hat bisher auf den Märkten seiner hochwertigen Sonderkulturen verhältnismäßig zentral gelegen. Bei Beseitigung des bisherigen Tarifbruchs an der deutschen Grenze und der Einführung einheitlicher Tarife im Gemeinsamen Markt werden andere Erzeugungsgebiete näher an das westdeutsche Verbrauchszentrum herangeführt als Rheinland-Pfalz und erhalten dadurch günstigere Absatzbedingungen als zuvor. Diesen Umständen sollte die künftige gemeinsame Verkehrspolitik Rechnung tragen, damit notwendige Anpassungen allmählich ohne fühlbare Benachteiligungen von den Betroffenen durchgeführt werden können. Einen gewissen Ausgleich wird Rheinland-Pfalz in dem seit 1959 freien Zugang zum Saargebiet finden können.

In der Landwirtschaft der Bundesrepublik finden Arbeitskräfte aus anderen Teilen der EWG reichlich Beschäftigung. Für die Familienbetriebe sowie für die

(1) Mit dem Inkrafttreten des europäischen Währungsabkommens aus dem Jahre 1955 zum 1.1.1959 werden die devisaenrechtlichen Vorschriften des EWG-Vertrages weitgehend gegenstandslos. Da auch Frankreich die volle Konvertibilität des Franken eingeführt hat, steht einem ungehinderten Devisenverkehr nichts mehr im Wege; vgl. FAZ vom 29.12.1958 und "Blick durch die Wirtschaft" vom gleichen Tage.

kleineren Betriebe in Rheinland-Pfalz stellt sich das Arbeitskräfteproblem nicht im gleichen Maße. Eine Ausnahme bilden größere Betriebe mit Sonderkulturen, deren bisherige Erfahrungen mit Arbeitern aus anderen Gebieten der EWG eine intensivierte Freizügigkeit erwünscht erscheinen lassen.

c) Wettbewerbsregeln im Gemeinsamen Markt

Wie es in der Präambel zum EWG-Vertrag heißt, soll ein redlicher Wettbewerb im Wege des einverständlichen Vorgehens gewährleistet werden (1). Vor Verfälschungen ist der Wettbewerb innerhalb des Gemeinsamen Marktes zu schützen (2).

Aus diesen Grundsätzen ist zu erkennen, daß im Gemeinsamen Markt ausschließlich dem Preis die entscheidende Lenkungsfunktion vorbehalten bleiben soll. Es wird angestrebt, daß an der Belieferung der Märkte vorrangig die von der Natur oder durch ihre wirtschaftliche bzw. Verkehrslage begünstigten Produktionsstandorte teilnehmen und die weniger begünstigten Standorte nur insoweit, als ihr Beitrag bei gegebenen Preisen von der Nachfrage nach aufgenommen wird. Dadurch kann eine Versorgung zu billigstem Preis erfolgen. Bisher durch Maßnahmen der Handelspolitik geschützte Grenzproduktionen werden in der Mehrzahl kaum einträglich fortgeführt werden können. Für notwendige Betriebsumstellung, Produktionsänderungen oder Standortverschiebungen sieht der EWG-Vertrag bestimmte Erleichterungen vor.

Die Mehrzahl der bisher in der Wirtschaft gebräuchlichen Maßnahmen zur Beeinflussung oder Begrenzung des Wettbewerbs sind indessen verboten.

Mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmern, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen sowie aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen den Mitgliedern beeinträchtigen können und die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des Gemeinsamen Marktes herbeiführen (3). Dazu gehören die Festsetzung von Preisen und

(1) Präambel zum EWG-Vertrag, BGBl. II, S. 753.

(2) EWG-Vertrag, Erster Teil, Grundsätze, aaO., S. 5.

(3) vgl. hierzu die deutsche höchstrichterliche Rechtsprechung im Urteil des Bundesgerichtshofes vom 14.1.1960, KRB 12/59, nach der bereits Preisempfehlungen eine Umgehung des Kartellverbots der §§ 1 und 18 I 1 GWB darstellen, sofern dadurch ein gleichförmiges Marktverhalten der Empfänger ermöglicht wird.

Geschäftsbedingungen, Einschränkung und Kontrolle der Erzeugung und des Absatzes sowie der Investitionen, Aufteilung von Märkten, Anwendung unterschiedlicher Handelsbedingungen sowie Kombinationsgeschäfte (Art. 85).

Grundsätzlich verboten ist auch jede Art von mißbräuchlicher Ausnutzung der Marktmacht. Darunter ist insbesondere die Festsetzung von Kampfpreisen, künstliche Warenverknappung zum Schaden der Verbraucher sowie die Anwendung unterschiedlicher Geschäftsbedingungen zu verstehen. Zweckdienliche Vorschriften für die Durchsetzung der Wettbewerbsgrundsätze erläßt der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Anhören der Versammlung. Hierbei ist an die Erhebung von Bußgeldern, Anwendung wirksamer Kontrollen und eine Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Vertrages gedacht.

Die Kommission achtet darauf, ob die Grundsätze eines geordneten Wettbewerbs eingehalten werden. Öffentlich-rechtliche Unternehmungen oder andere, mit besonderen Rechten versehene Unternehmungen sollen von den Mitgliedstaaten nicht abweichend hiervon behandelt werden.

Mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, die durch Begünstigung von Unternehmen oder Wirtschaftszweigen den Wettbewerb verfälschen. Zulässig sind Sozialbeihilfen an einzelne Personen ohne Diskriminierung einzelner Waren, Schadensbeseitigung bei Naturkatastrophen sowie Beihilfen für deutsche Zonenrandgebiete. Als mit dem Vertrag vereinbar können angesehen werden Beihilfen zur wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung besonders niedrig ist oder erhebliche Unterbeschäftigung herrscht; ferner Beihilfen für Maßnahmen im gesamteuropäischen Interesse oder zur Behebung von beträchtlichen Störungen im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaates. Unter diese Vorschriften fallen auch Beihilfen zur Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit dadurch die Handelsbedingungen nicht dem allgemeinen Interesse entgegen verändert werden. Diese Ausnahmeregelung dürfte die weitere Durchführung der für Rheinland-Pfalz wichtigen regionalen Förderungsprogramme ermöglichen. Auch der Grüne Plan wird aufgrund dieser Vorschrift in gewissem Umfang fortgeführt werden können, daß heißt ohne die Preissubventionen, mit deren allmählichem Abbau gerechnet werden muß.

Die Beihilferegulungen werden von der Kommission im Benehmen mit den Mitgliedsländern laufend überprüft. Bei mißbräuchlicher Gewährung von Beihilfen können von der Kommission die vorgesehenen Rechtsmittel eingelegt werden. In besonders gelagerten Fällen kann der Rat Beihilfen als mit den Grundsätzen des Gemeinsamen Marktes vereinbar erklären, wenn außergewöhn-

liche Umstände dies rechtfertigen. Im übrigen werden vom Rat die entsprechenden Durchführungsverordnungen über das Beihilfewesen erlassen, die gemäß Art. 189 EWG-Vertrag in jedem Mitgliedstaat unmittelbar geltendes Recht sind.

Auf steuerlichem Gebiet ist die Erhebung von Abgaben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten verboten, soweit sie die von inländischen Waren getragenen Abgaben überschreiten. Dasselbe gilt sinngemäß für Rückvergütungen bei der Ausfuhr. Die Rechtsvorschriften für Umsatzsteuer, Verbrauchsabgaben und sonstige indirekte Steuern einschließlich der Ausgleichsabgaben für den Handelsverkehr werden vom Rat laufend auf die Möglichkeiten einer weitgehenden Harmonisierung geprüft. Daneben werden weiterhin diejenigen Rechtsvorschriften geprüft, die sich unmittelbar auf Errichtung und Funktion des Gemeinsamen Marktes auswirken. Für die erforderliche Angleichung werden vom Rat unter Mitwirkung der im Vertrag vorgesehenen Stellen gemeinsame Richtlinien erlassen.

Zu der umstrittenen Auslegung der Wettbewerbsbestimmungen des EWG-Vertrages (Art. 85 ff.) hat die Kommission in ihrem Gesamtbericht vom ersten Halbjahr ihrer Tätigkeit Stellung genommen. Sie erklärt darin, daß nach ihrer Untersuchung und Prüfung der Rechtswirksamkeit von Art. 85 ff. die darin enthaltenen Vorschriften bereits jetzt anwendbares Recht sind. Die Kommission lehnt ausdrücklich die Auffassung ab, wonach die Artikel 85 und 86 nur Grundsätze enthalten, die erst noch entwickelt werden müßten, bevor sie praktische Bedeutung haben. Nach Ansicht der Kommission bietet der Vertrag bereits jetzt schon die Handhabe dafür, gegen Kartelle und Mißbräuche wirtschaftlicher Macht vorzugehen (1).

Aus dieser grundsätzlichen Entscheidung ergibt sich, daß Exportkartelle, soweit sie unter Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften eine Ausnahme von den Kartellverbotsbestimmungen erfahren haben, nicht länger freigestellt werden können.

Wie weit diese Bestimmungen auf landwirtschaftlichem Gebiet Anwendung finden können, ist im Hinblick auf die unterschiedliche Beurteilung des Genossenschaftswesens nicht zu übersehen. Soweit es sich um marktbeeinflussende genossenschaftliche Institutionen handelt, dürfte deren kartellähnliche Verhaltensweise beim Export unbestritten und damit unzulässig sein. Daraus

(1) EWG-Kommission: Wettbewerbsvorschriften anwendbares Recht?, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Heft 18/58; gegenteilige Ansicht F. U. Fack, Gemeinsamer Markt oder Kartelleuropa, FAZ v. 28. 6. 60, Nr. 148, S. 13.

ergibt sich ein weitgehender Fortfall bisheriger Exportbegünstigungen von landwirtschaftlichen Waren aus manchen EWG-Ländern nach Deutschland. Aber auch in Deutschland wird eine Überprüfung vieler Kartelle, zum Beispiel in der Düngemittelwirtschaft, hinsichtlich der Vereinbarkeit mit Art. 85 EWG-Vertrag notwendig werden. Eine Überprüfung des Beihilfewesens und der Subventionen gemäß Art. 93 ist ebenfalls vorgesehen. Dazu sollen die Mitgliedsländer im einzelnen berichten. Für die Agrarförderung ergeben sich daraus mit Notwendigkeit Änderungen und Umgestaltungen, auf die noch einzugehen sein wird.

d) Ausnahmeregelungen für die Landwirtschaft

Grundsätzlich umfaßt der Gemeinsame Markt gemäß Artikel 38 EWG-Vertrag auch die Landwirtschaft und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Daher finden die Vorschriften des Vertrages auf die Landwirtschaft Anwendung, soweit nicht in den Artikeln 39 - 46 etwas anderes bestimmt ist.

Die Erzeugnisse, für welche die Sonderbestimmungen der Artikel 39 - 46 gelten, sind in einer Liste als Anhang II zum Vertrag aufgeführt. Es handelt sich praktisch um alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, z. B. :

Getreide
Vieh und Fleisch
Milch, Milcherzeugnisse und Eier
Öle und Fette
Obst, Gemüse und Zierpflanzen
Rüben- und Rohrzucker und
Wein

Es ist vorgesehen, im Rahmen einer künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (Artikel 39) den Markt für jedes in der Liste genannte Erzeugnis in bestimmter Weise zu regulieren. Hierfür kann

1. die Anwendung gemeinsamer Wettbewerbsregeln,
2. eine bindende Koordinierung bestehender einzelstaatlicher Marktordnungen,
3. eine Europäische Marktordnung

vereinbart werden.

Die Ordnung der Märkte hat jede Diskriminierung zwischen Erzeugern oder Verbrauchern innerhalb der Gemeinschaft auszuschließen. Durch diese Vorschrift wird die weitgehende Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze bei der Ordnung der Agrarmärkte zwingend gefordert.

Zwar kann die Marktorganisation Preisregelungen treffen und an den Märkten intervenieren. Sie muß sich dabei aber an die Grundsätze des Vertrages und die besonderen Ziele des Artikels 39 halten. Zu diesen zählt auch die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen. Dieses wohlverstandene Verbrauchsinteresse muß eine künftige gemeinsame Agrarpolitik beachten.

Die Vorschriften über Wettbewerbsregeln finden gemäß Artikel 42 nur insoweit Anwendung, als der Rat dies unter Beachtung der Ziele des Artikels 39 im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik bestimmt. Insbesondere kann der Rat Beihilfen zulassen für Betriebe, die durch strukturelle oder naturgegebene Bedingungen benachteiligt sind.

Daraus ergibt sich, daß die Landwirtschaft vom Wettbewerb grundsätzlich nicht ausgeschlossen sein soll. Die Einordnung der Landwirtschaft in den freien Gemeinsamen Markt unter Anwendung marktwirtschaftlicher Grundsätze soll jedoch nur schrittweise erfolgen. Die bisher von den Mitgliedstaaten praktizierte Agrarförderung durch markt-, preis- und handelspolitische Maßnahmen hat den Wettbewerb weitgehend ausgeschlossen, so daß ein stufenloser Übergang in einen freien Markt ohne Schädigung für sehr viele Betriebe nicht möglich wäre, sondern zu einer politischen Belastung der Regierungen der Mitgliedsländer führen würde.

4. Gegenwärtige wettbewerbsbeeinflussende Agrarförderung bei den Mitgliedsländern

a) Subventionen und Preisstützungen (1)

In der Agrarpolitik der letzten 25 Jahre haben sich, vor allem nach dem zweiten Weltkrieg, unter dem Druck hoher Welterzeugung viele zentralverwaltungswirtschaftliche Elemente durchgesetzt. Seit alters her "haben die öffentlichen Gewalten in das Marktgeschehen eingegriffen und durch zunächst vereinzelte, allmählich sich mehrende und besser aufeinander abgestimmte Maßnahmen auf die Preise und über sie - oder auch ohne sie - auf die Mengen des Marktes einzuwirken" versucht (2).

(1) Die nachstehenden Ausführungen folgen, soweit nicht anders vermerkt, im wesentlichen dem Bericht der OEEC über die landwirtschaftliche Preis- und Einkommenspolitik in Europa und Nordamerika, Hrsg. der deutschen Fassung: Bundesminister für Wirtschaft, Bonn 1958.

(2) W. Abel, Artikel "Agrarpolitik I", Hdw.d. Sozialwiss., Bd. I, S. 85; Abel

Dadurch ist die Agrarförderung allmählich von ihren eigentlichen Zielen einer weitsichtigen Pflege und Entwicklung der Landwirtschaft abgekommen und hat einer Politik der kleinen Mittel Platz machen müssen, in deren Handhabung sich die gestaltenden und richtungsgebenden Kräfte verzettelten und erschöpften. Unter den als Politik der Einkommens- und Preisstützung bekannt gewordenen Maßnahmen nehmen globale Hilfen einen besonderen Platz ein. Diese sind darauf gerichtet, den Erzeugern die Differenz zwischen den tatsächlich erzielten Preisen und einem kostendeckenden Preis zu ersetzen oder aber auf eine nachhaltige Verbilligung der Produktionskosten durch Zuschüsse zu den Preisen bestimmter Produktionsmittel (1).

Wie schon erwähnt, sind in Westdeutschland seit 1957 die Erzeugererlöse für Milch durch Preisbeihilfen erhöht worden, die bei Einhaltung gewisser Qualitätsvorschriften als sogenannter Förderungszuschlag gewährt werden. Ferner erhalten die Eierzeuger eine Subvention als Ausgleich für den hohen Futtergetreidepreis. Die Preise für Hanf und Flachs, seit 1958 auch für Wolle sowie Magermilchpulver, werden unter bestimmten Voraussetzungen durch Subventionen gestützt. Die als Subvention aufzufassende Roggenlieferprämie ist im neuen Getreidepreisgesetz fortgefallen. Für Hartweizen zur Teigwarenherstellung wird gleichfalls eine Subvention gezahlt.

Subventionen, Qualitätszuschläge oder Ausfuhrhilfen sind in den Ländern der EWG weit verbreitet. In Belgien obliegt dem sogenannten Landwirtschaftsfonds, einer vom Staatshaushalt getragenen Einrichtung, die Subventionierung gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Betriebsmittel, aber auch von Konsumbrot und anderem.

Auch in Frankreich spielen Subventionen und Ausfuhrhilfen eine bedeutende Rolle unter den gegenwärtigen Förderungsmaßnahmen. Für die Senkung des

führt an anderer Stelle noch aus: "Der Agrarpolitik der westlichen Länder lassen sich einige Züge abgewinnen, die allgemeinere Bedeutung haben ... Sie umspannt alle nur denkbaren Formen der Aktivität; Von den Maßnahmen der Bodenerhaltung und -verbesserung, der Beteiligung an Forschung, Bildung und Beratung bis hin zur Kontrolle und Beeinflussung der Preise, Einkommen, Ernährungssitten und Erzeugungsformen (ebendort, S. 79). Vergleiche ferner hierzu: National Progress in Food and Agriculture Programs, Untersuchung der FAO, Vereinte Nationen, 1948.

(1) W. Abel, Artikel "Agrarpolitik I", Hdw. d. Sozialwiss., Bd. I, S. 85.

Brotpreises und Stützung des Getreidepreises sind jährlich Millionenbeträge vorgesehen. Für Zucker wird eine Absatzgarantie beim Export, hauptsächlich in den Kolonien gewährt. Geringere Subventionsleistungen sind in Form von Förderungszuschlägen und Marktstützungen für die Fleisch- und Milchwirtschaft bestimmt. Besonders hohe Subventionen in Form von Prämien und Ausfuhrbeihilfen werden in der französischen Weinwirtschaft gezahlt. Mit dem Fonds für gegenseitige Garantie interveniert man auf den Märkten für Erzeugnisse, die keine eigene Marktorganisation haben, mit geringeren Subventionen für mancherlei Zwecke, hauptsächlich aber als Ausfuhrhilfen.

Auf dem Gebiet der Produktionsmittel, des ländlichen Sozialwesens und anderer Maßnahmen werden in Frankreich gleichfalls Subventionen gezahlt. Erwähnenswert sind ferner Entschädigungen für Weinbergsrodungen und Prämien für Kulturartenänderungen sowie Beihilfen in bemerkenswerter Höhe für landeskulturelle Maßnahmen, insbesondere für den Ausbau der ländlichen Trinkwasserversorgung.

Auch Luxemburg und Holland gewähren Subventionen. Besonders für die holländische Milchwirtschaft werden Preisunterstützungen und Exporthilfen gewährt, um die Spanne zwischen garantiertem Erzeuger- und Verbraucherpreis zu schließen und um den Exporteuren von Molkereierzeugnissen, vor allem von Butter, Käse und Kondensmilch, auf dem europäischen Markt Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Lediglich Italien gewährt keine Subventionen.

Der Fortfall der Subventionen als wettbewerbsverfälschende Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsablauf ist ein Hauptanliegen des EWG-Vertrages. Grundsätzlich sind nach Art. 92 Beihilfen gleich welcher Art verboten, soweit damit eine Begünstigung bestimmter Unternehmergruppen und eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs verbunden ist. Gemäß Art. 42 finden die Vorschriften über den Wettbewerb nur insoweit Anwendung, als der Europäische Rat, wie sich die Kommission seit 1958 nennt, dies unter Berücksichtigung der für die Landwirtschaft aufgestellten Ziele im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik bestimmt. Insbesondere kann der Rat genehmigen, daß Beihilfen für den Schutz von Betrieben gewährt werden, die durch strukturelle oder naturgegebene Bedingungen beeinträchtigt sind, oder aber im Rahmen von wirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen.

Danach scheint es, daß eine Reihe der vorgenannten Subventionen zunächst weitergezahlt werden. Die Subventionen werden meistens aus Steuermitteln

genommen, seltener von den Abgaben aus dem Handelsverkehr; sie stellen in der Regel preispolitische Kompromißlösungen dar. Zu ihrer Bewilligung bedarf es in allen Ländern einer Mehrheit in den Parlamenten und Ausschüssen. Es ist nicht anzunehmen, daß im Zuge einer allgemeinen Abkehr von Einkommensübertragungen, für die der Begünstigte keine Gegenleistung erbringen muß, bei den Parlamenten auch weiterhin noch die Neigung besteht, Kompromißlösungen zugunsten der Landwirtschaft in der bisherigen Form durchzusetzen. Vielmehr dürfte der Gedanke einer Starthilfe Platz greifen und die bisher gewährten staatlichen Hilfen ohne Gegenleistung verdrängen.

b) Marktordnungen

Marktordnungen jüngerer Zeit entstammen in ihren Grundzügen meistens der Periode nach dem ersten Weltkrieg, vor allem der Weltwirtschaftskrise. Sie haben sich vielfach bis heute erhalten. Die Bildung von Marktorganisationen vollzog sich beispielhaft in England und in den Dominien, wo genossenschaftliches Gedankengut und demokratische Grundhaltung zu Formen des Zusammenschlusses führten, die Machtstellungen einzelner wirksam verhinderten. In Anlehnung an das Beispiel von Queensland (Australien) wurde für die Organisation des britischen Milchmarktes im Jahre 1930 das Landwirtschaftliche Marktgesetz geschaffen, das mit einigen Ergänzungen und Abänderungen auch heute noch in Kraft ist (1).

Der erste deutsche Versuch einer umfassenden Marktordnung für Trinkmilch erfolgte aufgrund des Milchgesetzes von 1930 (2). Der Zusammenschluß von Erzeugern, Molkereien und Milchhandel zu einem geschlossenen System wurde in § 38 gesetzlich vorgeschrieben (3).

Mit den Marktgesetzen von 1951 (4) wurde unter anderem die im Milchgesetz

-
- (1) M. Digby, Sh. Gorst, *Agricultural Co-operation in the United Kingdom*, Oxford 1957, S. 30.
 - (2) ergänzt 1933, RGBl. I, S. 527.
 - (3) H. Haushofer, *Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik*, Bd. II, München 1958, S. 216; danach sind die italienischen Korporationen Vorbild für den § 38 des Milchgesetzes.
 - (4) Gesetz über den Verkehr mit Zucker (Zuckergesetz) vom 5.1.1951, BGBl. I, S. 47; Gesetz über den Verkehr mit Vieh und Fleisch (Vieh- und Fleischgesetz) vom 25.4.1951, BGBl. I, S. 272; Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln (Getreidegesetz) vom 24.11.1951, BGBl. I, S. 901;

geschaffene Marktordnung sanktioniert und es wurden kriegswirtschaftliche Regelungen für andere Erzeugnisse den inzwischen geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt. Aufgabe dieser Marktregelungen ist es, die einheitliche Preishöhe durch Manipulierung des Angebots zu stabilisieren. Einfuhren sollen nur insoweit erfolgen, als der Bedarf in der vorgesehenen Preishöhe nicht gedeckt werden kann und nach bestehenden handelspolitischen Verpflichtungen erforderlich sind. Einfuhr- und Vorratsstellen besorgen die notwendigen Maßnahmen und beeinflussen damit rund 75 vH der landwirtschaftlichen Erzeugung (1).

Neben der Vorrathaltung und den Preisausgleichsmaßnahmen beim Außenhandelsgeschäft werden außerdem unmittelbare Preisfestsetzungen ausgeübt. Dies geschieht ebenfalls vor allem bei Getreide, Zucker, Raps und Rüben sowie bei Trinkmilch. Infolge der allgemeinen Interdependenz der Preise wirkt die Festsetzung für Brot- und Futtergetreide nachhaltig auf das gesamte Agrarpreisniveau.

Zur Sicherung einer ausreichenden Versorgung wird ferner für Getreideeinfuhren alljährlich ein Plan zugrunde gelegt. Einem ähnlichen Versorgungsplan folgt auch die Zuckerwirtschaft; die von der Einfuhrstelle freigegebenen Verbrauchsmengen werden in regelmäßigen Zwischenräumen bekanntgegeben.

Für Obst und Gemüse sind Marktregelungen nicht vorgesehen. Als Schutz für die inländische Produktion werden Wertzölle mit spezifischen Mindestzöllen so kombiniert, daß insbesondere ein jahreszeitlich wirksamer Schutz gewährleistet ist. Die für Frischobst und Gemüse übliche Sperrfrist für Einfuhren ist durch Mindestpreise ersetzt. Die Einfuhren, vor allem aus Holland und Italien, werden dann suspendiert, wenn der Einfuhrpreis unter den festgelegten

Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) in der Fassung vom 10.12.1952, BGBl. I, S. 811 und 4.8.1960, BGBl. I, S. 649.

- (1) OEEC-Bericht, Landwirtschaftliche Preis- und Einkommenspolitik, a.a.O., S. 123 ff; vgl. auch W. Boerckel, Einfuhr- und Vorratsstellen als Mittel der Agrarpolitik, u. a. staatswiss. Diss., Mainz 1958. Boerckel errechnet eine Belastung der Verbrauchsausgaben im Jahre 1956 durch das Preisgefälle zwischen Inlands- und Einfuhrpreisen in Höhe von DM 3,5 Mrd. Eine entsprechende Verminderung der Preise würde das Realeinkommen um 2,7 vH erhöhen. Die Auswirkungen auf die Nachfrage nach Marktordnungsprodukten wäre jedoch bei den gegebenen Elastizitäten gering (S. 78-79).

Inlandspreis sinkt. Außerdem sind mit den meisten Einfuhrländern Kontingente in einer Größe ausgehandelt, daß Importe praktisch als liberalisiert bezeichnet werden können.

Eine Marktregelung durch Einfuhrlicenzen aufgrund von Versorgungsplänen und Lagerhaltung der Einfuhr- und Vorratsstellen gibt es sodann noch bei Vieh und Fleisch.

In den anderen Ländern der EWG außer Italien sind gleichfalls Marktordnungen und Marktregelungen entwickelt. Belgien kennt Preisfestsetzungen für Weizen, Milch, Butter, Schweinefleisch und Eier; auch der Einzelhandelspreis für Konsumbrot ist festgelegt. Für die Einfuhr von Weizen werden Lizenzen auch an größere Mühlenbetriebe vergeben. Der Zuckermarkt ist durch einen langfristigen Vertrag zwischen Staat, Anbauern und Zuckerindustrie geordnet. Dabei ist freie Preisbildung vorgesehen, sofern der Einzelhandelspreis einen Höchstwert nicht überschreitet. Bei Obst und Gemüse bestehen Sperrfristen und Mindestpreissysteme. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Märkten ist eine Reihe staatlicher und halbstaatlicher Organisationen vorgesehen, die in den Marktablauf eingreifen können, um eine gewisse Ausgeglichenheit der Preise zu erreichen.

Besonders umfassend entwickelt ist die Organisation der Märkte in Frankreich, bei der nach einem für einen langen Zeitraum gültigen Richtpreissystem die Festsetzung von Interventionsrichtpreisen für jedes Produktionsjahr bestimmt wird. Damit werden im wesentlichen gesicherte Preise und Absatzmöglichkeiten für die heimische Produktion erreicht und Einfluß auf Produktionsrichtung und Produktivität gewonnen. Vorgesehen ist eine Ausdehnung der französischen Produktion in den Jahren 1957 bis 1961 um rund 20 vH (1). Durch besondere Maßnahmen und Stützungen sollen die realen Preise auf gleicher Höhe gehalten werden wie die Interventionspreise. Garantiefonds und Interventionsgesellschaften sind für die Unterstützung und Ergänzung dieser Maßnahmen errichtet. Besonderer Wert wird in jüngerer Zeit auf verstärkte Koordinierung der Marktorganisationen gelegt, damit Fehldispositionen vermieden werden und eine größere Wirkung erzielt wird.

Demgegenüber verfügt Italien über keine nennenswerte Marktregelung, wenn man davon absieht, daß für einen Teil der Weizenernte aus Versorgungsgründen eine Ablieferungspflicht besteht. Auch Reis, der jedoch nur 1,4 vH der

(1) OEEC-Bericht, a.a.O., S.85.

Gesamterzeugung ausmacht, ist in den staatlichen Erfassungsplan mit einbezogen.

Luxemburg hat für die meisten Marktprodukte Festpreise, Mindestpreise, Sperrfristen oder Preisausgleichsmaßnahmen vorgesehen, die im Benehmen mit der Bauernzentrale festgelegt werden. Dadurch soll der Landwirtschaft ein angemessenes Einkommen gesichert werden, ohne daß dadurch die gesamten Lebenshaltungskosten im Lande und die Exportpreise der Industrie beeinträchtigt würden.

In den Niederlanden sind größtenteils noch Marktregelungen aus der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise wirksam, die den Verhältnissen entsprechend ausgebaut worden sind. Unter den marktregelnden Maßnahmen sind auch hier Preisfestsetzungen und Mindestpreissysteme vorherrschend. Die Durchführung der Marktordnung obliegt Marktwirtschaftsverbänden mit weitgehenden Befugnissen von der Regelung der Produktion über Absatz und Verarbeitung bis zur Ein- und Ausfuhr. Handelsfunktionen werden von diesen Verbänden nicht ausgeführt. Das ist, wie in allen anderen Ländern, Sache der Regierung, welche dies durch die Zentraleinkaufs- und -verkaufsstellen besorgen läßt. Daneben bestehen noch zahlreiche Preisstabilisierungskassen mit ihrem Spitzeninstitut, der landwirtschaftlichen Ausgleichskasse, welche die für die Stützungs- und Förderungsmaßnahmen erforderlichen Zahlungen leistet.

5. Die Gemeinsame Agrarpolitik und ihre Aufgaben für die künftige Agrarförderung

a) Die Grundsätze der Gemeinsamen Agrarpolitik

In Artikel 38 des EWG-Vertrages ist vorgeschrieben, daß mit der allmählichen Errichtung des Gemeinsamen Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse eine gemeinsame Agrarpolitik zu entwickeln ist, mit dem Ziel, die Produktivität der Landwirtschaft und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskraft, zu fördern. Auf diese Weise soll in Verbindung mit einer Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen über preispolitische Maßnahmen ein angemessener Lebensunterhalt gewährleistet werden. Gleichzeitig sollen die Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse stabilisiert und damit eine gleichmäßige und gesicherte Versorgung erreicht werden. Die Belieferung der Verbraucher hat zu angemessenen Preisen zu erfolgen (Art. 39, Abs. 1).

Bei der Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik und der dabei anzuwendenden Methoden ist zu berücksichtigen, daß die Landwirtschaft mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochten ist und daß die besondere Eigenart der Landwirtschaft sowie die bestehenden Ungleichheiten aus strukturellen oder natürlichen Gründen eine Anpassung in Stufen notwendig werden lassen (Art. 39, Abs. 2).

Die Vorschläge der Kommission für die Gestaltung und Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik (1) gehen davon aus, daß die Landwirtschaft ein integrierender Bestandteil der Volkswirtschaft ist und daß für die angestrebte Wirtschaftsentwicklung in der Gemeinschaft eine befriedigende Lösung der besonders schwerwiegenden Probleme, die sich der Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt stellen, im Interesse aller Teile der Wirtschaft liegt (Teil II, Ziffer 5).

Der Bericht der Kommission hebt hervor, daß die Landwirtschaft ein wesentlicher Faktor des sozialen Lebens und mitbestimmend ist für die Eigenart der Zivilisation in den Ländern Europas. Damit wird ein Bekenntnis abgelegt für die abendländische Gesellschaftsordnung als das tragende Fundament unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, deren Bedeutung angesichts der radikalen Kollektivierungsmaßnahmen in der sowjetisch besetzten Zone stärker ins allgemeine Bewußtsein gerückt wird.

Die ländliche Bevölkerung in den Dörfern und kleinen Städten, deren Mitglieder sich in ihrer Wirtschaftstätigkeit ergänzen, bildet ein geschlossenes Ganzes. Bei der engen Verflechtung der Wirtschaftsbereiche wirken sich Spannungen in der sozialen Lage eines Teiles der Wirtschaft auch nachteilig auf die anderen Wirtschaftsbereiche aus; umgekehrt kann eine günstige Entwicklung in anderen Bereichen der Wirtschaft dazu beitragen, die Lösung drängender Strukturprobleme in der Landwirtschaft zu lösen.

Der Bericht betont, es sei besonders wichtig, daß eine derartige Entwicklung in den ländlichen Gebieten selbst stattfindet (II/8). Dadurch erhält die Strukturpolitik unbestritten das Primat vor den anderen Zweigen der Gemeinsamen Agrarpolitik, so daß Befürchtungen hinsichtlich einer unerwünschten zentralverwaltungswirtschaftlichen Ausrichtung der Landwirtschaft und ihrer Märkte weitgehend an Gewicht verlieren.

(1) Entwurf der Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik gemäß Artikel 43 des EWG-Vertrages; EWG-Drucksache VI/Kom (59) 140 vom 2.11.1959.

Der Erfolg der Gemeinsamen Agrarpolitik ist nach Ansicht der Kommission in hohem Maße davon abhängig, ob und in welchem Umfang sie von der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten (1) und von einer regionalen Entwicklungspolitik unterstützt wird. Zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gemeinschaft ist es erforderlich, die Beiträge, die sich die Landwirtschaft und die anderen Wirtschaftsbereiche gegenseitig leisten, unter für beide Seiten gerechten Bedingungen zu steigern (Teil II, Ziffer 8, Absatz 2).

b) Grundsätze und Maßnahmen der Gemeinsamen Strukturpolitik

In der Europäischen Gemeinschaft bestehen hinsichtlich der Wirtschaftskraft der einzelnen Gebiete außerordentlich große Unterschiede. Sehr oft steht die unbefriedigende Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Bevölkerung in erkennbarem Zusammenhang mit deutlichen Mängeln der Agrarstruktur. Kennzeichnend für diese Mängel ist ein Mißverhältnis zwischen der Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen und den vorhandenen landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen sowie ein hoher Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen insgesamt und eine geringe Mobilität der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen. Die Möglichkeiten, am landbautechnischen Fortschritt teilzunehmen und ein höheres Einkommen zu erzielen, können infolge dieser Umstände nicht voll ausgenutzt werden (Kapitel II, Ziffer 14).

Wohl mit Recht befürchtet die Kommission, daß das beschleunigte wirtschaft-

- (1) Eine in allen Einzelheiten einheitliche Wirtschaftspolitik ist im Verträge nicht vorgesehen. Angestrebt wird lediglich eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik durch Zusammenarbeit der zuständigen Verwaltungsstellen und der Zentralbanken (Art. 105). Auch die Devisenpolitik soll koordiniert werden (Art. 70). Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse sind die Konjunkturpolitik (Art. 103) und die Politik auf dem Gebiet der Wechselkurse (Art. 107). Nach jeweils einheitlichen Grundsätzen erfolgt eine Gemeinsame Agrarpolitik (Art. 40), Gemeinsame Verkehrspolitik (Art. 74) und eine Gemeinsame Handelspolitik (Art. 110). Den Handelsverkehr in der EWG betreffende steuerrechtliche Vorschriften sowie diejenigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die sich auf den Gemeinsamen Markt auswirken, sollen harmonisiert werden (Art. 99 u. 100). Eine Angleichung der Sozialordnungen soll durch die Kräfte des Marktes erfolgen. Außer der Harmonisierung einschlägiger Rechts- und Verwaltungsvorschriften ist eine gemeinsame Sozialpolitik nicht vorgesehen (Art. 117 ff.).

liche Wachstum in der EWG sich ausschließlich in den großen Zentren der gewerblichen Wirtschaft auswirkt, ohne daß die wirtschaftlich schwachen Gebiete davon einen Nutzen haben. Daher müsse die Politik der Gemeinschaft darauf gerichtet sein, die unbefriedigende Einkommenssituation großer Teile der Agrarbevölkerung nicht als Symptom zu bekämpfen, sondern die Ursachen zu beseitigen (II/16).

Für eine erfolgreiche Strukturpolitik ist nach Ansicht der Kommission erforderlich, daß die Wirtschaft in den ländlichen Gebieten als Ganzes entwickelt wird. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur müssen daher mit den Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, soweit diese auf eine regionale Entwicklung gerichtet sind, abgestimmt sein. Dadurch kann erreicht werden, daß die nicht oder nicht ausreichend beschäftigten Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung an ihrem bisherigen Wohnsitz oder in der Nähe eine andere einträgliche Tätigkeit aufnehmen können, ohne abwandern zu müssen. Gleichzeitig schafft die Bildung gewerblicher Schwerpunkte in überwiegend landwirtschaftlichen Gebieten regionale Märkte, die zu einer raschen Zunahme des landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommens führen können (II/17).

Die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen "Infrastruktur" erfordert eine Verkehrspolitik, die der regionalen Entwicklung Rechnung trägt. Außerdem muß das berufliche Schul- und Bildungswesen intensiviert werden, um eine bessere Ausnutzung der durch die Freizügigkeit und das freie Niederlassungsrecht innerhalb der Gemeinschaft eröffnete Möglichkeiten zu gewährleisten. Die gesamte Bevölkerung sollte auf die Auswirkungen der bevorstehenden Entwicklung aktiv vorbereitet werden (II/18).

Sofern die Errichtung leistungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe durch die Ungunst von Boden und Klima nicht möglich ist, kann die Aufforstung von landwirtschaftlichen Flächen mit ungenügenden Erträgen zweckmäßig sein. Es sollte angestrebt werden, solche Maßnahmen zusammen mit der Wiederaufforstung zur Erhaltung des Wasserhaushalts der Böden vorzunehmen. Eine gemeinsame Forstpolitik muß sich daher in die eigentliche Gemeinsame Agrarpolitik einfügen (II/22).

Zu den besonderen Zielen der Agrarstrukturpolitik zählt der Bericht die Förderung des bäuerlichen Familienbetriebes mit 2 - 3 Arbeitskräften im Wechsel der Generationen als wesentlicher Teil des selbständigen Unternehmertums. Wirtschaftliche Dispositionsfreiheit und rechtliche Sicherung des Besitzes sind dafür unerläßliche Bedingung. Eine geographische und wirtschaftliche Spezialisierung erfolgt durch die vom Markt ausgehenden Kräfte nach Maßgabe der

Betriebsgröße, der vorhandenen Arbeitskapazität und der Risikobereitschaft des Landwirts.

Als besonders geeignete Strukturverbesserungsmaßnahmen in den benachteiligten Gebieten nennt der Bericht Flurbereinigung, Aussiedlung, Dorfauflockerung und die Schaffung ausreichender Betriebsgrößen durch Aufstockung (II/27).

Zur Durchführung der Maßnahmen ist die verstärkte Bereitstellung von Kapitalmitteln erforderlich. Die Kommission schlägt vor, einen Europäischen Fonds zur Verbesserung der Agrarstruktur vorzusehen, der entsprechend den Zielen der Gemeinsamen Agrarpolitik die Anpassung der Agrarstruktur in den einzelnen Staaten der EWG fördern soll (Teil III, Ziffer 7). Gedacht ist an die Gewährung von Zuschüssen für die Senkung des Zinssatzes oder Verlängerung der Tilgungsdauer für Darlehen, die entweder von der Europäischen Investitionsbank oder von einzelstaatlichen bzw. regionalen öffentlichen oder privaten Kreditinstituten gewährt werden.

Voraussetzung für die Gewährung dieser Finanzierungshilfe ist, daß das Vorhaben Teil eines staatlichen oder sonstigen Förderungsprogrammes ist, welches mit den Leitgedanken der Gemeinsamen Agrarpolitik in Einklang steht und gleichzeitig im Rahmen eines umfassenden "synchronisierten" Aktionsprogrammes erfolgt. Rechts- und Verwaltungsvorschriften müssen gewährleisten, daß die errungenen Erfolge von Dauer sind (III/18 B).

Der Fonds wird aus Mitteln der Gemeinschaft und des Europäischen Landwirtschaftlichen Ausrichtungs- und Garantiefonds gebildet. Vorgesehen ist eine jährliche Kreditaufnahme von 500 Millionen DM für entsprechende Investitionen durch eine Zinsverbilligung um 4% zu fördern. Dafür wären im ersten Jahr rund 20 Millionen DM erforderlich (1).

Die Mitgliedsländer sind gehalten, ihrerseits durch verstärkten Mitteleinsatz (2) verantwortlich dafür zu sorgen, daß die lokalen oder regionalen Pro-

-
- (1) Die Zinsverbilligungsaktion des BML erfordert bei einem jährlichen Darlehenszuwachs von fast 750-800 Millionen, einer mittleren Darlehenslaufzeit von etwa 10 Jahren und einer Zinsverbilligung um 2% nach nunmehr 7 Jahren Dauer einen jährlichen Zinszuschuß von rund 100 Millionen DM. Nominal sind bis zum 31.12.1959 rund 3,4 Milliarden DM berücksichtigt worden.
 - (2) Das Strukturprogramm Eifel-Westpfalz im Grünen Plan 1960 ist als Voraus-Beitrag in diesem Sinne gedacht.

bleme der Agrarstruktur einer Lösung im Sinne der Gemeinsamen Agrarpolitik zugeführt werden.

Die Gemeinschaft kann nach Ansicht der Kommission nicht darauf verzichten, die Maßnahmen der Mitgliedstaaten in wirksamer Weise zu koordinieren. Es muß sichergestellt sein, daß die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie im Sinne des Gemeinsamen Marktes notwendig sind. Zu diesem Zweck soll die Kommission dem Rat jährlich über die Ergebnisse der Koordinierung der Agrarstrukturpolitik berichten (III/10).

Soweit bislang übersehen werden kann, sind **agrарische Förderungsgebiete** in der EWG vor allem der **deutsche und holländische Teil des Emslandes, das Ardennen-Eifel-Sauerland-Rhön-Gebiet sowie die Notstandsgebiete Apulien-Calabrien in Süditalien.**

Für Rheinland-Pfalz ergibt sich die Notwendigkeit, seine bisherigen Maßnahmen, deren Fortführung beabsichtigt ist, und die angewandten Methoden mit denen von Nordrhein-Westfalen, Hessen, Belgien und gegebenenfalls Nordfrankreich zu koordinieren. Zweifellos werden die umfangreichen Erfahrungen von Rheinland-Pfalz bei der Koordinierung der Agrarstrukturpolitik nutzbringend verwendet werden können.

c) Die gemeinsame Markt- und Handelspolitik

Bei dem hohen Selbstversorgungsgrad der EWG mit den meisten landwirtschaftlichen Erzeugnissen besteht leicht die Gefahr einer Überproduktion, sofern die Anpassung der Preise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Rahmen der vorgesehenen Marktregelungen die Produktion stärker anregt, als der Nachfrage entspricht. Die Vorschläge der Kommission weisen der Marktpolitik die heikle Aufgabe zu, diesen möglichen Schwierigkeiten dadurch zu begegnen, daß sie ein Gleichgewicht zwischen der Produktion und den Absatzmöglichkeiten anstrebt. Dabei soll die Entwicklung der Produktion und der Nachfrage in den assoziierten Ländern und Hoheitsgebieten sowie die Einfuhren und Ausfuhren berücksichtigt werden, die sich aus dem Außenhandel der Gemeinschaft mit dritten Ländern ergeben (Teil II, Ziffer 32).

Gleichzeitig soll die Marktpolitik bei möglichst stabilen Agrarmärkten den landwirtschaftlichen Erzeugnissen eine Bewertung sichern, die dazu beiträgt, daß der landwirtschaftlichen Tätigkeit eine Entlohnung zufließt, die sich derjenigen in anderen Wirtschaftsbereichen annähert (II/33). Wirtschaftliche Risiken dürfen jedoch nicht ausgeschaltet und eine notwendige Anpassung an

Veränderungen der Nachfrage nicht verzögert werden (II/33).

Die Festsetzung der Agrarpreise erfolgt, soweit dies bisher im Rahmen nationaler Marktordnungen oder anderer Marktregelungen geschah, von einer der gemeinsamen Organisationen gemäß Artikel 40 des EWG-Vertrages. Dabei soll sich eine regionale Differenzierung der Preise nach den Unterschieden in der Absatzgestaltung entwickeln können.

Um Spannungen zwischen dem Bereich der landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse und den davon abhängenden Wirtschaftsbereichen zu vermeiden, hält es die Kommission für wünschenswert, daß das gemeinsame Preisniveau für landwirtschaftliche Grunderzeugnisse innerhalb von sechs Jahren durch schrittweise Anpassung bis Ende 1965 erreicht wird (II/37) (1). Die Kommission glaubt, daß die künftigen Preise für die landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse auf einem höheren Niveau stabilisiert werden, als es zur Zeit auf dem Weltmarkt besteht, da die Produktionsbedingungen in den wichtigsten Agrarexportländern nicht die gleichen sind wie innerhalb der Länder der Gemeinschaft und die Weltmarktpreise überdies häufig durch künstliche Maßnahmen verfälscht sind. Es sollen jedoch alle Anstrengungen unternommen werden, um die Produktionsbedingungen und die Produktivität der Landwirtschaft in der EWG zu verbessern, um dazu beizutragen, daß die Bedingungen des Weltmarktes normalisiert werden (II/38).

Mit Nachdruck fordert der Bericht, daß schon während der sechs Jahre dauernden Vorbereitungszeit eine Synchronisierung der Maßnahmen zur Preisanpassung, Beseitigung der Binnenhandelschranken, Festlegung von Wettbewerbsregeln und Errichtung des gemeinsamen Außenregimes erfolgen soll (II/40) (2).

Zur Unterstützung der Preispolitik im Rahmen der jeweiligen Marktorganisation muß insoweit auch eine gemeinsame Handelspolitik betrieben werden.

-
- (1) Offenbar erhofft sich die Kommission mit dieser Regelung, daß die in Artikel 44-46 EWG-Vertrag vorgesehene Übergangsregelungen (Mindestpreise, langfristige Abkommen und Verträge sowie Ausgleichsabgaben) nicht zu dauernden bilateralen Einrichtungen entwickelt werden, die eine multilaterale Ordnung des Gemeinsamen Marktes im Laufe der ursprünglich möglichen Übergangszeit von maximal 15 Jahren erschweren.
 - (2) Nur dadurch können Spannungen zwischen den Wirtschaftsbereichen während der Anlaufzeit wirksam verhindert werden.

Diese Handelspolitik mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen darf nicht allein auf die agrarpolitischen Ziele der Gemeinschaft abgestellt sein, sondern muß auch den allgemeinen Zielen des Vertrages Rechnung tragen. Zu diesen gehört die Mitwirkung bei der harmonischen Entwicklung des Welthandels und die schrittweise Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr (1). Da die Mitgliedstaaten der EWG gleichzeitig Mitglieder der OEEC, des GATT und der FAO sind, gelten die Zielsetzungen dieser Organisationen grundsätzlich auch für die Gemeinschaft und ihre Politik einschließlich der Agrarpolitik (II/47).

Die gemeinsame Handelspolitik mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen muß außerdem die teilweise bilateralen und meist traditionellen Handelsvertragsbeziehungen zu dritten Ländern berücksichtigen. Eine günstige gesamtwirtschaftliche Konjunktur hängt weitgehend von dem Umfang und der Entwicklung des Industriexportes ab. Sie ist gleichbedeutend mit kaufkräftiger Nachfrage für landwirtschaftliche Erzeugnisse. An der Beibehaltung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Bindungen mit dritten Ländern besteht somit ein dringendes Interesse. Industrielle und landwirtschaftliche Ausfuhren aus der Gemeinschaft stehen somit landwirtschaftlichen und industriellen Einfuhren von dritten Ländern gegenüber.

Die gemeinsame Handelspolitik mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird sich nach Auffassung der Kommission bei ihren Entscheidungen nicht einer Formel bedienen können, sondern wird ständig nach einer Synthese aus den jeweiligen handelspolitischen und agrarpolitischen Notwendigkeiten der Gemeinschaft suchen müssen. Dabei werden einerseits die handelspolitischen Belange der Gemeinschaft nicht die lebensnotwendigen Interessen der Landwirtschaft gefährden können, andererseits wird die Landwirtschaft den unverzichtbaren Außeninteressen der Gemeinschaft Rechnung tragen müssen (II/52).

d) Die gemeinsame Organisation auf den Agrarmärkten

Die Zielsetzungen der gemeinsamen Markt- und Preispolitik erfahren ihre Verwirklichung in der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte, ihren Einrichtungen und regelnden Maßnahmen.

Im Hinblick auf die entscheidende Rolle des Getreides innerhalb der landwirt-

(1) Artikel 110 des EWG-Vertrages; BR-Drucksache 146/57, Anlage 2, S.47 (Kapitel 3, die Handelspolitik).

schaftlichen Erzeugung hat der Getreidemarkt die stärkste Regulierung in einer Gemeinsamen Marktordnung erfahren. Bei Weizen sind für die Großhandelsstufe regional und saisonal gestaffelte Richtpreise vorgesehen, deren Festsetzung durch das Europäische Getreideamt erfolgt (1).

Die Richtpreise können über- oder unterschritten werden. Bei Überschreiten der Richtpreise kann die Einfuhr verstärkt werden durch zusätzliche Lizenzerteilung an die Importeure. Wenn der Getreidepreis den Richtpreis um 5 - 10 vH unterschreitet, greift das Getreideamt durch Stützungskäufe ein. Die aufgekauften Mengen werden entweder eingelagert oder in andere Länder ausgeführt. Gegen Ende des Erntejahres nimmt das Getreideamt noch vorhandene Weizenmengen zum letzten Monatsrichtpreis auf. Je nach Absatzlage kann das Getreideamt durch Kommissionsbeschluß zur Übernahme verpflichtet werden.

Die Kosten der Stützungskäufe und der Lagerhaltung werden aus einem Stabilisierungsfonds (2) gedeckt, dem die Mittel aus der Abschöpfung der Preisdifferenz zum Weltmarktpreis sowie aus Beiträgen der Weizenerzeuger zufließen (3).

Die Regelung des Futtergetreidemarktes entspricht im wesentlichen der Marktordnung für Weizen. Von diesen hier in verkürzter Form wiedergegebenen Regelungen des Getreidemarktes erhofft die Kommission, daß sie ausreichen, um in Verbindung mit der gemeinsamen Preispolitik einen Ausgleich zwischen Erzeugung und Absatz bei stabilen Marktverhältnissen, angemessenen Endpreisen und auskömmlichen Erzeugerpreisen zu ermöglichen. Nach An-

-
- (1) Kommissionsvorschläge, a. a. O., Teil III, Kapitel Getreide; Richtpreise sind als Anhalt für die Preisbildung auf der Großhandelsstufe gedacht und gelten als "angemessen" (Teil III, Anhang, Preisbegriffe).
 - (2) Dieser Fonds ist ein Zweig des "Europäischen Ausrichtung- und Garantiefonds" gemäß Artikel 40 Abs. 4 EWG-Vertrag. Solche Fonds zur Stabilisierung der Preise haben sich in den angelsächsischen Ländern bewährt, vor allem bei solchen Grunderzeugnissen, die nach den Erfahrungen der letzten hundert Jahre erheblichen Preisschwankungen ausgesetzt waren.
 - (3) Es ist nicht klar erkennbar, ob dieser Beitrag als zusätzliches Regulativ für den Weizenanbau neben dem Preis ausbaufähig ist.

sicht von Plate (1) ist die Preisabschöpfung geeignet, die bisherigen mengenmäßigen Beschränkungen der Einfuhr entbehrlich zu machen. Die vorgesehene Bindung der Lizenzerteilung für die Importeure an einen europäischen Versorgungsplan birgt die Gefahr, daß für Weichweizen keine und für Qualitätsweizen nur begrenzte Einfuhrmöglichkeiten eröffnet werden. Dadurch kann es zu Schwierigkeiten mit den bisherigen Handelspartnern und dem GATT kommen (1).

Für die auf Getreide aufbauenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse glaubt der Bericht mit Recht auf einschneidende Marktordnungsvorschriften verzichten zu können. Auf dem Binnenmarkt sollen sich die Preise für Schweinefleisch, Rindfleisch, Geflügel und Eier frei bilden. Interventionen durch Lagerhaltung sind nur für Rind- und Schweinefleisch vorgesehen. Bei der Einfuhr in die EWG wird eine Ausgleichsabgabe erhoben, die sich nach dem Produktionsaufwand an Getreide und dem Abschöpfungsbetrag für Futtergetreide richtet. Außerdem wird zum Schutz des Veredlungsvorganges ein Zoll erhoben. Die Ausgleichsabgabe soll erhöht werden, wenn der Einfuhrpreis unter eine vom Rat zu beschließende Mindesthöhe absinkt. Bei der Ausfuhr wird die Kostenvorbelastung durch eine Rückzahlung ausgeglichen werden.

Den in allen Ländern der EWG chronisch zur Schwäche neigenden Milchmarkt will man durch Richtpreise für an Molkereien angelieferte Milch (also keine Verbraucherpreise) und durch Interventionen am Buttermarkt stabil halten. Das Europäische Milchamt als zentrale Marktbehörde soll dann preisstützend Butter zur Einlagerung aufkaufen, wenn der Erlös für die zur Butterherstellung verwendete Milchmenge den Richtpreis für Milch um 15 vH unterschreitet. Durch diese Maßnahme wird die Butter aus der scharfen Konkurrenz der Pflanzenfette herausgehalten, ohne daß der Fettmarkt selbst durch staatliche Eingriffe berührt wird. Außerdem ist es über die Lagerhaltung eher möglich, einen jahreszeitlichen Ausgleich der Angebotsschwankungen zu erreichen und den Landwirten einen höheren Gesamterlös zu ermöglichen (2). Einfuhren von Milcherzeugnissen auf der Grundlage von festgesetzten Einschleuspreisen ergänzen die markt- und preisstützenden Maßnahmen auf dem

(1) R. Plate, W. Busch und Mitarbeiter, Die Vorschläge der EWG-Kommission zur Regulierung der Agrarmärkte, Agrarwirtschaft 1960, Heft 3, S. 88.

(2) vgl. hierzu H. Gollnick, Demand Structure and Interventions on the Butter Market; in "Econometrica" Vol. 25 (1957), S. 393 ff.

Binnenmarkt. Hierzu schließen die Importeure Lizenzverträge mit dem Milchamt.

Die Trinkmilchmärkte sollen nicht zentral, sondern in den Mitgliedsländern im Rahmen von Marktordnungen geregelt werden. Dabei hat sich der Molkerei-Abgabepreis für Trinkmilch nach dem vom Europäischen Milchamt festgelegten Grundpreis zu richten. Vorschriften der Länder über Qualität und Fettgehalt der Trinkmilch und der Milcherzeugnisse sowie absatzfördernde Maßnahmen der Länder werden von der Kommission koordiniert.

Für die Durchführung der Marktordnung verfügt das Europäische Milchamt über einen Stabilisierungsfonds, der unter anderem auch aus Erzeugerbeiträgen finanziert wird. Diese Maßnahme ähnelt dem gegenwärtigen deutschen Ausgleichs- und Stützungssystem für Milch und Milcherzeugnisse. Eine straff und zentral geregelt Marktordnung wird in dem Kommissionsbericht außerdem für Zucker vorgeschlagen. Vor allem ist ein starker Außenhandelschutz vorgesehen, da in keinem der EWG-Länder die Rübenzuckerproduktion mit der tropischen Rohrzuckerproduktion wettbewerbsfähig ist. Auf die vorgesehenen Maßnahmen, mit denen die Produktion in den gegenwärtigen Zuckerrüben-Aubaugebieten nach Möglichkeit aufrechterhalten werden soll, wird im Hinblick auf die geringfügigen Auswirkungen der Zuckermarktordnung für die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz nicht weiter eingegangen.

Die Märkte für Obst und Gemüse haben sich bisher in allen Mitgliedsstaaten der EWG einer straffen Lenkung als unzugänglich erwiesen. Außerdem sind sie vorwiegend Regionalmärkte. Auch die Kommissionsvorschläge vermitteln kein klares Bild über die beabsichtigten Maßnahmen. Für den Binnenmarkt wird die obligatorische Anwendung von Qualitätsnormen für den Großhandel mit Obst und Gemüse vorgeschlagen. Die erforderlichen Kontrollen sollen durch nationale Stellen am Versandort erfolgen. Die Kommission verspricht sich von dieser Regelung einen positiven Einfluß auf die Preisgestaltung und die Konsumausweitung.

Zur Regelung des Handelsverkehrs mit Obst und Gemüse werden gemeinsame Wettbewerbsregeln und einheitliche Handelsbräuche angestrebt. Angebot und Nachfrage sollen auf zentrale Großmärkte nach dem Typ der bewährten holländischen Auktionsmärkte (Veilingen) konzentriert werden (1). Zur Verbes-

(1) In Teil III, Kapitel Obst und Gemüse, Ziffer 11 der Kommissionsvorschläge heißt es, daß die Marktorganisationen dem Handel ... die Möglichkeit geben, ihre Aufgabe in vollem Umfang ... zu erfüllen. Das erscheint über zentrale Auktionsmärkte am besten möglich.

serung der Markttransparenz wird der Ausbau der Markt- und Preisberichterstattung vorgeschlagen.

Für die Einfuhr aus dritten Ländern ist mit Rücksicht auf erweiterungsfähige Ausfuhrmöglichkeiten besonders in Holland und Italien auf eine mengenmäßige Begrenzung verzichtet worden. Der gemeinsame Zolltarif wird wirksam, sobald ein Erzeugnis den für die Einfuhr festgelegten Qualitäts- und Verpackungsvorschriften genügt und zur Einfuhr freigegeben wird. Zur nachhaltigen Förderung der Ausfuhr sollen Maßnahmen der Handelspolitik beitragen. Dadurch wird erreicht, daß die holländischen und italienischen Absatzmärkte außerhalb der EWG erhalten bleiben und die Aufnahmefähigkeit des Gemeinsamen Marktes nicht überfordert wird, wenn der Absatz dieser Länder voll auf diesen umgelenkt würde.

Die Vorschläge zur Regelung des gemeinsamen Weinmarktes stehen unter dem Eindruck einer dem Verbrauch vorseilenden Weinerzeugung in allen EWG-Ländern, vor allem in Italien, und einem hohen Anteil der EWG-Länder an der Weltweinausfuhr (1). Hinzu kommt, daß der Weinbau und die Weinerzeugung in Frankreich besonders eingehend geregelt sind, in Italien sich dagegen frei entwickeln können.

Die Maßnahmen der Gemeinsamen Marktorganisation sollen daher die Erzeugung dem Bedarf unter Berücksichtigung der bisherigen Handelsbeziehungen zu dritten Ländern anpassen. Dabei sollen die Weinpreise dem Erzeuger zwar einen angemessenen Wirtschaftsertrag ermöglichen, nicht aber zu einer weiteren Ausdehnung des Weinbaues führen. Innerhalb der EWG besteht freier Warenverkehr für Wein. Einfuhren unterliegen den Bestimmungen des gemeinsamen Außentarifes gemäß Liste G des EWG-Vertrages.

Im Vordergrund der Kommissionsvorschläge steht die Weiterentwicklung der kontrollierten Herkunftsbezeichnung zur Verbesserung des Absatzes und einer auf die anerkannten Weinbaugebiete abgestellten gemeinsamen Politik. Es ist vorgesehen, die Rebsorten zu klassifizieren und nicht anerkannte Reben zu roden. Klassifizierte Weine können vom Zeitpunkt der Entscheidung durch den Rat zollfrei innerhalb der Gemeinschaft gehandelt werden. Bei der Neuanpflanzung kann der Übergang auf andere Sorten oder auf Sorten zur Erzeugung von Tafeltrauben bzw. Traubenmost gewählt werden. Für die Umstellung werden aus dem Stabilisierungsfonds, der von einer Umsatzabgabe vom Erzeuger gebildet wird, Hilfen gewährt. Etwaige Ernteüberschüsse können der

(1) Teil III, Kapitel Wein, Ziffer 3; Anteil für 1956 fast 55 vH.

Destillation zugeführt werden, wobei der erzeugte Alkohol zum Weltmarktpreis abgesetzt werden muß.

Für die Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen schlägt die Kommission vor, die bestehenden Marktorganisationen zu koordinieren und die Berufsverbände heranzuziehen. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Weinamt sollen gemeinsame Begriffsbestimmungen für Wein sowie einheitliche Methoden der Analysen eingeführt werden.

Soweit bisher zu übersehen ist, sind keine Maßnahmen geplant, die im deutschen Weinbau unbekannt sind und nicht schon jetzt angewandt oder angestrebt werden. Entscheidend für die künftige Lage am Binnenmarkt ist die Entwicklung der Preise für die heimischen Weine mit fortschreitendem Abbau der Zölle und Kontingente. Im Hinblick auf die große Bedeutung der Lagerhaltung bei der Preispolitik am Weinmarkt verdient der Vorschlag der Kommission, den Ausbau der bestehenden Lagerkapazität verstärkt zu fördern, besondere Beachtung.

Bei einer zusammenfassenden Beurteilung der Kommissionsvorschläge für die Organisation der Agrarmärkte kann man Plate darin beipflichten, daß die Regelungen eine Abkehr von unnötigem Dirigismus zeigen und die Interventionen des Staates auf den notwendigen Umfang beschränken. Die Rückwirkungen von preispolitischen Maßnahmen auf Produktion und Marktentwicklung sowie die Interdependenz der Preise sind weit stärker berücksichtigt als bisher bei den nationalen Marktordnungen und -regelungen (1).

Mit Niehaus wird man anerkennen, daß die vorgeschlagenen Marktregelungen und das ihnen innewohnende Maß an Dirigismus und Intervention von den einzelnen Mitgliedsländern entsprechend den gegenwärtigen Formen ihrer Marktordnungen unterschiedlich beurteilt werden müssen. Wichtiger für die Beurteilung der Marktordnungen ist nach Niehaus die alsbaldige Kenntnis des gemeinsamen Agrarpreisniveaus, da Umfang und Funktion der Interventionen von der Höhe des Preisniveaus abhängen. Bei einem niedrigen Agrarpreisniveau sind viele Interventionen entbehrlich, da die Kräfte des Marktes stärker zur Auswirkung kommen. Außerdem wird der Außenhandel mit dritten Ländern erleichtert. Allerdings verschiebt ein vom Weltmarktpreis nur geringfügig abweichendes europäisches Preisniveau die marktordnenden Maßnahmen mehr in Richtung auf Einkommenssubventionen, da der Umfang der

(1) R. Plate, W. Busch und Mitarbeiter, Die Vorschläge der EWG-Kommission zur Regulierung der Agrarmärkte, Agrarwirtschaft 1960, Heft 3, S. 103.

notleidenden Gebiete dann größer ist. Bei hohen Agrarpreisen wird dagegen eine intensive Marktbeeinflussung erforderlich sein, und die laufenden Marktinterventionen werden hohe Anforderungen an die Stabilisierungsfonds stellen. Zur Einziehung der Erzeugerbeiträge für die Fonds sowie zur Produktionskontrolle bei einer den Verbrauch übersteigenden Erzeugung wird ein zusätzlicher umfangreicher Verwaltungsapparat erforderlich sein (1).

Niehaus räumt jedoch ein, daß die Kommission sich dieser Konsequenzen bewußt ist, wie aus Textziffer II/37 der Kommissionsvorschläge hervorgeht. Hier heißt es, daß "das endgültig zu erreichende ... Preisniveau unter Berücksichtigung der Auswirkungen der vorausgegangenen Schritte der Preisanäherung ... bestimmt wird". Diese Regelung ist das sogenannte "pragmatische" Verfahren, mit dem eine zu Fehlentwicklungen führende, vorzeitige dogmatische Festlegung vermieden wird. Niehaus meint, jede pragmatische Methode habe auch einen Anfang, aber gerade daran mangelt es noch.

Den Ausführungen von Mansholt kann entnommen werden, daß die gegenwärtig hohen Agrarpreise herunter- und die niedrigen heraufgesetzt werden müssen (2). Ein mittleres europäisches Agrarpreinsniveau hat sowohl Plate bei seinen grundlegenden Betrachtungen über die möglichen Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes auf die westdeutsche Landwirtschaft zugrunde gelegt (3) als auch Woermann bei einer Untersuchung der betriebswirtschaftlichen Folgen der Kommissionsvorlage (4). Beide haben schwerwiegende Nachteile für die deutsche Landwirtschaft nicht feststellen können.

Man kann also annehmen, daß ein mittleres Agrarpreisniveau angestrebt wird, das im Hinblick auf die Bereitschaft der EWG, zu einer Normalisierung des Weltmarktes beizutragen, vermutlich sogar niedriger gehalten wird als der Mittelwert. Voraussetzung ist jedoch, daß die bisher geübte Exportverbilligung in den Hauptexportländern - hauptsächlich für Getreide - von diesen

-
- (1) H. Niehaus, Offene Fragen der Agrarpolitik in der EWG, Agrarwirtschaft, 1960, Heft 3, S. 74 ff.
 - (2) S. L. Mansholt, Die Möglichkeiten einer gemeinsamen Agrarpolitik in der EWG, Agrarwirtschaft 1960, Heft 3, S. 70 ff.
 - (3) R. Plate, Auswirkungen einer Senkung der Futtergetreidepreise auf die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft, Agrarwirtschaft 1958, Heft 10.
 - (4) E. Woermann, Probleme der Betriebsorganisation im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt, Agrarwirtschaft 1960, Heft 3.

allmählich aufgegeben wird, so daß sich das Agrarpreisniveau des Gemeinsamen Marktes einem echten kostenbestimmten Weltmarktpreis anschließen kann (1). Voraussetzung ist ferner, daß die Preisentwicklung im Bereich der gewerblichen Wirtschaft in der EWG den Agrarpreisen folgt, so daß eine Preisscherenwirkung bei abweichender Preisentwicklung für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel vermieden wird (2).

Bildet sich auf diese Weise ein niedriges Agrarpreisniveau, so kann die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte nach Art und Umfang ihrer Tätigkeit auf einen kleinen Apparat beschränkt werden. Bis dahin bedarf der Agrarmarkt in der EWG noch regelnder Eingriffe, damit Anpassungsschäden vermieden werden. Es ist zu hoffen, daß die derzeitig notwendigen Dirigismen und Interventionen bei den vorgesehenen Marktordnungen mit zunehmender Anpassung an den Weltmarkt mehr und mehr entbehrlich werden.

6. Kritik der bestehenden Agrarförderungsmaßnahmen

Eine kritische Würdigung der bestehenden Agrarförderungsmaßnahmen des Staates in der Gesamtheit seiner Erscheinungsformen erfordert im Rahmen dieser Arbeit eine Beschränkung auf funktional gleichartige Maßnahmengruppen.

Ebenso wie die Preise greifen auch die Wirkungen der Maßnahmen ineinander. Eine Analyse zur Beurteilung ihrer volkswirtschaftlichen Tragbarkeit wird dadurch erheblich erschwert. Hinzu kommt, daß Zwecksetzung, Ein-

-
- (1) Das würde bedeuten, daß die Weltmarktpreise z.B. für Weizen langfristig etwas anziehen, während z.B. die Preisstützungen für Weizen in den USA allmählich abgebaut werden müssen. Der Abschluß des Weltweizenabkommens 1959 und die Einrichtung eines Exportrates lassen erkennen, daß die Hauptexportländer an einer stetigen Preisentwicklung für Weizen auf dem Weltmarkt interessiert sind und ein scharfer Preiskampf nicht beabsichtigt ist.
 - (2) vgl. hier A. Montaner, Was ist unter der "Preisschere" zwischen Industrie- und Agrarprodukten zu verstehen? Pfälzisches Industrie- und Handelsblatt, 1956, Heft 19. Der Begriff der Preisschere hat sich in Anlehnung an die graphische Darstellung sich schneidender Kurven für Preisindizes gebildet. Man spricht von einer Preisschere, wenn der Index der Betriebsmittelpreise stärker steigt als der Index der Erzeugerpreise.

satzort und Wirkungen der Maßnahmen auf Gebieten liegen können, die von dem der Agrarpolitik verschieden sind. Es kann nicht Zweck dieser Betrachtung sein, eine vollständige Analyse der staatlichen Eingriffsmaßnahmen zu geben (1).

Eine Kritik wird daher zweckmäßig bei der Frage ansetzen, ob und wie weit die Elemente des Marktes beeinflusst werden oder die Entscheidungsfreiheit des Landwirts beeinträchtigt wird.

Mit Rücksicht auf die angestrebte Marktwirtschaft als wünschenswerte Ordnungsform auch in der Landwirtschaft sind alle Maßnahmen als ungeeignet abzulehnen, welche eine Änderung der Marktdaten mittels staatlicher Eingriffe bezwecken. Hierzu gehören vor allem Preisfestsetzungen sowie Preisstützungen durch Subventionen sowohl für die Erlöspreise als auch für die Kostenpreise (2). Dabei ist es unerheblich, ob die Maßnahme auf dem Verordnungswege getroffen wird oder von einer staatlichen wie privaten Monopolstelle ausgeht.

Die Ausschaltung des Wettbewerbs durch staatliche Bildung oder Begünstigung von Monopolen auf der Angebotsseite ist ebenfalls abzulehnen. Bestehende Marktordnungen sind mit den Grundsätzen einer Marktwirtschaft unvereinbar, soweit damit eine Einschränkung des Wettbewerbs verbunden ist. Solche Maßnahmen sollten zeitlich begrenzt werden, bis die Bedingungen eines freien Marktes und einer geregelten, ausgeglichenen Versorgung bei angemessenen Erzeugereinkommen gegeben sind. Der EWG-Vertrag weist der gemeinsamen Agrarpolitik diese Aufgabe ausdrücklich zu.

Die Veränderung von Marktdaten, vornehmlich der Preise, zugunsten der Erzeugereinkommen stellt in der Regel eine Privilegierung, eine Berücksichtigung wirksam verretener Gruppeninteressen bzw. eine nicht durch Leistung im Wettbewerb verdiente Begünstigung einzelner Teile der Wirtschaft dar (3). Sie sind in einer durch Leistungswettbewerb gekennzeichneten Marktwirtschaft fehl am Platze.

-
- (1) vgl. hierzu C. Bresciani-Turroni, Einführung in die Wirtschaftspolitik (deutsche Übertragung), Bern 1948, S. 17 ff.
 - (2) vgl. hierzu auch W. Abel, Agrarpolitik, Göttingen 1951, S. 379; der in Erzeuger- und Verbraucherpreis gespaltene Preis (des unbehinderten Marktes) wird durch Subventionen einseitig verändert, so daß der Aufwand der einen Marktpartei vom Erlös der anderen Partei abweicht. Der be- oder entlastete Preis gibt nicht mehr das Gleichgewichtsverhältnis von Angebot und Nachfrage wieder.
 - (3) vgl. hierzu U. Teichmann, Die Politik der Agrarpreisstützungen, Köln-Deutz 1955, S. 33 ff.

Die Mehrzahl der handelspolitischen Maßnahmen, mit denen eine Markteinflussung erreicht werden soll, ist ebenfalls mit einer freien Marktwirtschaft nicht vereinbar. Zölle schließen zwar den Wettbewerb nicht aus, heben aber den Inlandspreis im Vergleich zum niedrigeren Weltmarktpreis an und sind meistens an den Kosten der Grenzproduzenten orientiert. Dadurch erfolgt eine Versorgung im Inland zu relativ hohem Preis, wie er bei voller Wirksamkeit der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und den Auswirkungen der begünstigten Standorte nicht gegeben sein würde. Im Inland werden unergiebige oder wenig rationelle Produktionen geschützt und der volkswirtschaftlich erwünschte und notwendige Anpassungsprozeß sowie die erforderlichen Betriebsumstellungen verzögert.

Sofern bei rasch steigendem Angebot auf dem Weltmarkt und damit verbundene Preisfall der notwendige Umstellungsprozeß im Inland beschleunigt werden soll, kann mit einem "Erziehungszoll" für einen begrenzten Zeitraum wirksam geholfen werden. Nach den bisherigen Erfahrungen haben sich aber auch Erziehungszölle als recht langlebig erwiesen. Ihr Abbau wird in der EWG eingeleitet.

Zu den wesentlichen Mitteln der Handelspolitik gehören Einfuhrkontingente. Diese verhindern, daß das ausländische Warenangebot einen eigenen Markteinfluß ausübt. Neben dem Schutz der inländischen Produktion, der mit diesem Einfuhrkontingent erreicht werden soll, entsteht aber eine Kontingentsrente, "in die sich der gesamte Handel (Importeure, sonstige Besitzer von Einfuhrlizenzen, ausländische Exporteure) teilen" (1). Der Abbau der Kontingente in der EWG hat inzwischen begonnen.

Mit dem Fortfall der Zölle und Kontingente auf dem Gemeinsamen Markt treten Anpassungs- und Umstellungsprobleme für die Landwirtschaft auf, welche bisher durch die protektionistischen Maßnahmen verzögert worden waren. Eine Vielzahl der gegenwärtigen Agrarförderungsmaßnahmen ist daher darauf gerichtet, den erforderlichen Anpassungsprozeß der Landwirtschaft an die Bedingungen eines größeren Marktes innerhalb der vorgesehenen Übergangszeit zu erleichtern.

Hierzu zählen in Rheinland-Pfalz vor allem die Flurbereinigung, die Aussiedlung aus enger Dorflage und die Aufstockung der meist kleinbäuerlichen Betriebe zu leistungsfähigen Betriebsgrößen. Gleichzeitig muß für viele Betriebe

(1) H. Weise, Der deutsche Weinbau im europäischen Markt, Kieler Studien, Band 46, Kiel 1958, S. 21.

die Voraussetzung für eine Abstockung geschaffen werden, damit für die verbleibenden Landwirte Aufstockungsland zur Vergrößerung ihrer Betriebe bis zur Größe eines leistungsfähigen Familienbetriebes verfügbar ist. Das bedeutet andererseits die Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen auf dem Lande, damit die angestammte Heimstätte nicht verlassen zu werden braucht und einer kommunalwirtschaftlich unerwünschten Vergrößerung der bestehenden Ballungszentren durch weitere Zuwanderung vom Lande vorgebeugt wird.

Das für diesen Strukturwandel erforderliche Kapital kann den landwirtschaftlichen Betrieben durch Zinszuschüsse unabhängig von der Lage am Kapitalmarkt zugänglich gemacht werden. Diese gezielte Förderungsmaßnahme ist auf einen bestimmten Kreis der Begünstigten begrenzt und beschleunigt die Beseitigung bestehender Strukturmängel in Gebieten, welche bislang an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung wenig teilgenommen haben. Eine Veränderung der Marktdaten wird dadurch nicht herbeigeführt. Jedoch erfährt der Wettbewerb eine gewisse Veränderung, indem bisher wettbewerbsferne Standorte und Betriebe mit bereits im Wettbewerb befindlichen Betrieben um den Anteil am Markt konkurrieren. Diese rein größenmäßigen Veränderungen in der Angebotsseite stehen jedoch den Grundsätzen einer Marktwirtschaft nicht entgegen.

Daneben kann eine durch staatliche Zuschüsse intensivierte Beratung Wesentliches leisten, damit die Landwirte im Zuge der Anpassung zu einer betriebswirtschaftlich günstigen Kombination von Bodennutzungs- und Veredelungszweigen gelangen und ihr Einkommen durch rationelles Wirtschaften verbessern.

Eine wertvolle Ergänzung der Agrarstrukturverbesserungsmaßnahmen bildet die Förderung der ländlichen Wasserwirtschaft, d.h. die Trinkwasserversorgung und die damit notwendig verbundene Abwasserfortleitung und -behandlung. Dadurch werden die Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft nachhaltig verbessert, ohne daß die Marktdaten wesentlich verändert werden. Zwar wird auch die Höhe der Produktion durch solche produktionstechnischen Maßnahmen gesteigert; wesentlich ist aber, daß die Produktivität der Betriebe durchgreifend verbessert wird. Damit wird gleichzeitig zu einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen unter Verzicht auf globale interventionistische Maßnahmen beigetragen.

Qualitätserzeugung, Behandlung der Erzeugnisse im Sinne einer größeren Konsumreife, sowie Reorganisationsmaßnahmen aller Art in der Absatzwirtschaft

helfen im übrigen, die Absatzwege zu verkürzen oder neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen, ohne daß das freie Spiel der Kräfte am Markt gestört wird.

Die vom Landwirtschaftsgesetz angestrebte Anpassung der Einkommen der Landwirte an die Einkommen der vergleichbaren Wirtschaftsbereiche, verbunden mit einer "wünschenswerten Stabilität der Agrarmärkte ist in einer modernen Industriegesellschaft nur durch den Wachstumsprozeß der gewerblichen Wirtschaft und eine darauf abgestellte Konjunkturpolitik gewährleistet. Nur dann fließt dem Angebot ein ausreichender Betrag an Konsumenteneinkommen ständig zu" (1).

Eine gute Wirtschaftspolitik ist demnach die beste Agrarpolitik. Das schließt nicht aus, daß eine Reihe von landwirtschaftlichen Problemen im engeren Bereich der Agrarpolitik gelöst werden müssen. Hierzu gehört insbesondere die Vielzahl der Maßnahmen, mit denen in einem von der wirtschaftlichen Entwicklung weniger begünstigten Raum wie Rheinland-Pfalz die überkommenen Nachteile vor allem der Agrarstruktur schrittweise und nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen im Sinne des EWG-Vertrages ausgeglichen werden.

Davon handeln die folgenden Absätze.

IV. DIE BESONDEREN MÖGLICHKEITEN FÜR EINE MARKTWIRTSCHAFTLICHEN GRUNDSÄTZEN ENTSPRECHENDE AGRARFÖRDERUNG IN RHEINLAND-PFALZ

1. Verbesserung der Agrarstruktur

a) Flurbereinigung und Siedlung

Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft sind Betriebsgrößen, die eine betriebswirtschaftlich günstige Kombination der Produktionsfaktoren und den rationellen Einsatz der Betriebsmittel ermöglichen. Voraussetzung sind weiterhin genügend arrundierte Betriebsflächen in einer wirtschaftlich tragbaren Entfernung zum Hof. Die Betriebsstätten sollen zur Anwendung neuzeitlicher Methoden der Hofwirtschaft geeignet sein und genügend Raum für die Aufnahme von Vieh, Vorräten und Gerätschaften bieten. Unter die-

(1) H. Niehaus, Artikel "Agrarpolitik II", Handw. d. Sozialwiss., Band I, Göttingen 1956, S. 88.

sen Bedingungen können Erträge erwirtschaftet werden, die den Betriebsinhabern und ihren Familien ein ausreichendes Einkommen gewährleisten.

An der Beseitigung der bestehenden Strukturmängel durch geeignete Maßnahmen der Landeskultur, vor allem durch Flurbereinigung, wird seit geraumer Zeit gearbeitet. Wie schon ausgeführt, sind von der 980.000 ha (1) großen landwirtschaftlichen Nutzfläche in Rheinland-Pfalz etwa 550.000 ha bereinigungsbedürftig. Anhängig sind Flurbereinigungsverfahren für 400.000 ha; davon ist für die Hälfte der Besitzübergang bereits erfolgt. Die jährlichen Leistungen der Flurbereinigung betragen fast 40.000 Hektar, darin etwa 25.000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LN) im klassischen Flurbereinigungsverfahren und 15.000 ha LN im beschleunigten Umlegungsverfahren (2). Bis zum Ablauf der Übergangszeit des EWG-Vertrages 1970 könnten die größten Schäden der Flurzersplitterung beseitigt sein. Bei der Behebung der Strukturmängel im beschleunigten Umlegungsverfahren unter Beibehaltung des Wegenetzes und unter Verzicht auf größere Meliorationen ist später die Durchführung des klassischen Verfahrens erforderlich.

Nicht berücksichtigt in diesen Leistungsangaben sind die notwendigen Zweiteilungen in Gemarkungen, in denen früher eine Flurbereinigung durchgeführt wurde, deren Zusammenlegungsgrad heute nicht mehr befriedigt oder bei denen neue Zersplitterungsschäden aufgetreten sind. Auch die in Rheinland-Pfalz nicht minder notwendige Flurbereinigung im Walde, die für etwa 15 vH der gesamten Waldfläche - hauptsächlich Privatwald - dringlich ist, wurde hierbei nicht angeführt. Der Anteil des Weinbaues an der Flurbereinigung ist mit jährlich 1.000 Hektar noch unbefriedigend; man kann davon ausgehen, daß nahezu das gesamte Rebland flurbereinigungsbedürftig ist. Die Anlage von Wirtschaftswegen in den hängigen Reblagen sowie die Zusammenlegung von Parzellen mit stark unterschiedlichen Werten bereiten der Flurbereinigung im Weinbau besondere Schwierigkeiten.

Im Hinblick auf die Anforderungen des Gemeinsamen Marktes muß die Flurbereinigung beschleunigt und verstärkt fortgeführt werden. Auch für die Siedlung müssen weiterhin erhebliche Mittel bereitstehen, damit sie mit den Erfolgen der Flurbereinigung Schritt halten kann. Zu ihren vornehmlichen Auf-

-
- (1) einschließlich der in "Betrieben" unter 0,5 ha bewirtschafteten oder sonst landwirtschaftlich genutzten Fläche.
 - (2) J. Gries, Verstärkte Förderung der beschleunigten Zusammenlegung, Staatszeitung Nr. 25, 1959, S. 2:

gaben gehören hierbei die Schaffung neuer Betriebsstätten in der Feldmark oder bei der Dorfsanierung sowie die Lösung des Betriebsgrößenproblems durch die Anliegersiedlung.

Bei den gegebenen Strukturverhältnissen steht die Siedlung, insbesondere die Anliegersiedlung, vor erheblichen Schwierigkeiten. Meist deckt sich das zersplitterte Landangebot in Rheinland-Pfalz nicht mit der örtlichen Landnachfrage für Betriebsaufstockungen. Die im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittlich dichte ländliche Besiedlung mit einem engmaschigen Netz von Gemeinden und meist engbegrenzter Gemarkung schränkt die Möglichkeiten von Weilersiedlungen weitgehend ein. Rodungsfähiges Land ist kaum vorhanden, so daß Rodungssiedlungen in Rheinland-Pfalz selten sind (1). Als bedeutendes Beispiel hierfür verdient die Rodungssiedlung Göllheim/Pfalz Erwähnung, bei der unter kirchlicher Mitwirkung für 17 Jungbauern Betriebe mit je etwa 16 ha geschaffen wurden.

Bei der herrschenden Besiedlungsdichte in Rheinland-Pfalz und der Flurbereinigung kommt der Aussiedlung von Betrieben besondere Bedeutung zu (2). Die in den engen Dorfkernen verschachtelten Hofstellen sind längst nicht mehr den Anforderungen an neuzeitliche Bewirtschaftungsmethoden gewachsen. Die frühere Etagenstaffelung der Wirtschaftsgebäude mit Keller, Scheune und Speicher weicht mehr und mehr der hofebenen Bauweise. Bei der arbeitsparenden Zuordnung von Vieh- und Futterräumlichkeiten und der Vermeidung überhöhter Stapelung ist eine rationelle Hofwirtschaft möglich; gleichzeitig wächst aber auch der Bedarf an Grundfläche.

Das Erfordernis nach Dorfauflockerung und Betriebsstättenvergrößerung wächst von Jahr zu Jahr mit fortschreitender Mechanisierung. Bevor Flurbereinigung und Umlegung mit ihren auf völlige Neuordnung der Gemarkung ausgerichteten Methoden eine befriedigende Sanierung der Agrarstruktur erreicht haben, vergehen Jahrzehnte. Es ist nicht vertretbar, bis dahin die unternehmerische

- (1) H. Wagner, Die Eingliederung der Flüchtlinge in die rheinland-pfälzische Wirtschaft, staatsw. Diss., Mainz 1956, S. 87 ff.
- (2) vgl. "Förderung der bäuerlichen Selbsthilfe", Schriftenreihe des Forschungsinstituts für bäuerliche Familienwirtschaft, 1958-1960. Das Institut wertet die Anträge für Darlehen und Zuschüsse des Grünen Planes zur Aussiedlung und Aufstockung für das Bundesgebiet zentral aus. Aus den mitgeteilten Ergebnissen zeigt sich eine überdurchschnittliche Inanspruchnahme dieser Förderung in Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg.

Initiative der Bauern für die Ausnutzung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Hoflage und der Betriebe brachliegen zu lassen. Jede Möglichkeit zur partiellen Steigerung der Produktivität muß ausgenutzt werden. Daher verdient das freie Verfahren bei der Aussiedlung und Aufstockung auch weiterhin Förderung. Ergänzende Maßnahmen zur Dorfauflockerung (Althofsanierung), des freiwilligen Landtausches sowie des Besitzerwerbs sind bereits im Grünen Plan 1959 eingeleitet.

b) Ländliche Industrieansiedlung

Die notwendige und unaufschiebbare Wandlung der Agrarstruktur läßt sich nur erreichen, wenn gleichzeitig mit einer durchgreifenden Verkehrserschließung die Industrieansiedlung in sogenannten agrarischen Passivräumen wesentlich verstärkt wird (1) (2).

Hierbei handelt es sich nicht darum, "Industrie aufs Land" zu bringen, sondern durch die Ansiedlung leistungsfähiger Industriebetriebe die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Raumes zu heben und die Arbeitskraftreserve agrarstrukturellen Ursprungs aufzunehmen (3). Diese Entwicklung wird dazu führen, daß die Bevölkerung aus nichtentwicklungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben sich auf andere Arbeitsmöglichkeiten umstellen kann, ohne daß dieser Prozeß als Bruch empfunden wird und zu einer Abwanderung führt, welche die kulturelle und soziale Struktur auf dem Lande gefährdet (4). Mit dem Angebot an industriellen Arbeitsplätzen erhält die Kleinbauernbevölke-

-
- (1) K. Schneider, Agrarreform durch regionale Wirtschaftspolitik, Sonderdruck des Instituts für Raumforschung, Bad Godesberg, 1959, Heft 9.
 - (2) vgl. hierzu auch E. Hebel, Möglichkeiten industrieller Neuansiedlungen in der Pfalz, staatsw. Diss., Mainz 1953. Die Notwendigkeit ländlicher Industrialis. ergibt sich n. Hebel vor allem aus der geringen Mobilität der Arbeit im Sinne einer dauernden Veränderung der Arbeitsstätte verbunden mit Wohnortwechsel (S.45).
 - (3) G. Isbary, Gedanken zur Raumordnung im deutsch-niederländischen Grenzgebiet an der Ems, Mitteilungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde, Sonderdruck, Köln 1959, S.101. Die Arbeitskraftreserve agrarstrukturellen Ursprungs ist in dem kleinbäuerlichen Rheinland-Pfalz besonders groß.
 - (4) Vorschläge der EWG-Kommission zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik gemäß Art.43 EWG-Vertrag, EWG-Drucksache VI/Kom (59) 140 vom 2.11.1959, Teil II.

rung hinsichtlich der Einkommensmöglichkeiten Alternativen, so daß sie selbst frei wählen kann (1). Vor allem können die jungen Leute in die Industrie gehen, ohne die Heimat verlassen zu müssen (2). Auch braucht nicht befürchtet zu werden, daß die Agrarstrukturmaßnahmen unser Gebiet zu einem menschenarmen Gebiet wohlhabender Landwirte machen (3).

Diese "Passivräume" sind standortmäßig infolge ihrer Bevölkerungsdichte und des Überschusses landwirtschaftlicher Arbeitskraft für arbeitsintensive Industrie- und Handwerksbetriebe besonders geeignet. Zur Zeit bedingen unzureichende Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft für den agrarischen Bevölkerungsüberhang der rein ländlichen Gemeinden vielerorts eine starke Pendelwanderung mit allen Nachteilen für Gesundheit und Spannkraft der Arbeitnehmer (4).

Für eine Industrieansiedlung scheinen eisenverarbeitende, feinmechanische, optische und holzverarbeitende Betriebe besonders geeignet. Bei ihnen sind Massen- und Großgütertransporte selten, so daß die Transportkosten nur einen geringen Teil des Endpreises einnehmen. Daneben vermag aber auch die Dezentralisierung von Großbetrieben bei der Strukturverbesserung agrarischer Räume fruchtbar mitzuwirken. Insbesondere können Betriebe, an denen Bund oder Land maßgeblich beteiligt sind, in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden. Daran anknüpfend ist der Vorschlag gemacht worden (5), in dem verkehrsgünstig gelegenen Oberwesterwaldgebiet Eisenbahnwerkstätten, Lehrlingswerkstätten sowie Spezialwerkstätten zu errichten als Grundlage für eine wirk-same Verbesserung der Agrarstruktur dieses Gebietes. Vom Batelle-Institut, Frankfurt, sind 1959 im Auftrage des hiesigen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr Untersuchungen über die Ansiedlung von gewerblichen Unternehmen in den zentralen Orten Marienberg (Westerwald), Wittlich-Wengerohr (Eifel) und Simmern (Hunsrück) angestellt worden. Der Bericht kommt zu dem Er-

-
- (1) H. Niehaus, Offene Fragen der Agrarpolitik in der EWG, Agrarwirtschaft 1960, Heft 3.
 - (2) L. S. Mansholt, Die Möglichkeiten einer gemeinsamen Agrarpolitik in der EWG, Agrarwirtschaft 1960, Heft 3.
 - (3) Jahresbericht 1959 der Industrie- und Handelskammer Trier, S. 3.
 - (4) R. Sartorius, Die arbeitspolitische Problematik des saisonabhängigen Berufs unter besonderer Berücksichtigung der Größenordnungen in Rheinland-Pfalz, staatswiss. Diss., Mainz 1956. Sartorius weist besonders auf den mit der Pendelwanderung verbundenen Produktivitäts- und Leistungsschwund hin (S. 94).
 - (5) Das Notstandsgebiet Oberwesterwald, Denkschrift des Ministeriums für

gebnis, daß mit 52 anzusiedelnden Betrieben rund 10.000 Arbeitsplätze bei einer Gesamtinvestition von rund 200 Millionen DM geschaffen werden könnten (1). Als besonders geeignete Industrien werden genannt: Maschinenbau, Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie, feinmechanische und optische Industrie, kunststoffverarbeitende Industrie sowie Nahrungs- und Genußmittel-industrie.

Schon W. Bosch hat 1956 in einer grundlegenden Studie die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Intensivierung in Eifel - Hunsrück - Oberwesterwald untersucht. Trotz des Holzreichtums des von ihm ausführlich behandelten Eifel-Hunsrück-Gebietes mit einer Forstfläche von über 320.000 ha sieht Bosch für die holzverarbeitende Industrie keine günstigen Aussichten, da die Kapazität dieses Betriebszweiges übersetzt ist und Möbelgut noch transportempfindlicher ist als Holz (2). Auch die Ansiedlung von Zellstoff- und Papierbetrieben ist wegen ihres hohen Wasserverbrauchs in den Höhengebieten wenig zweckmäßig. Die Errichtung rohstoffverarbeitender Industrien in Eifel und Hunsrück entfällt wegen Mangel an abbaufähigen Bodenschätzen. Ebenfalls ungeeignet ist die Ansiedlung von kapitalintensiven Betrieben, da die erforderlichen Investitionen meist nicht im Verhältnis zur Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze stehen.

Arbeitsintensive Betriebe der Eisen- und Metallverarbeitung finden als Hilfs-arbeiter und -arbeiterinnen zunächst einzusetzende Arbeitskräfte in genügender Zahl. Hier bestehen arbeitswirtschaftliche Schwierigkeiten in der weitge-

Landwirtschaft, Weinbau und Forsten und der Landesplanungsbehörde Rheinland-Pfalz 1956, Teil III, S.93 ff.

- (1) Batelle-Institut, Frankfurt, Bericht über eine Untersuchung der Möglichkeit der Aussiedlung gewerblicher Unternehmen in den ausgewählten zentralen Orten Marienberg (Westerwald), Wittlich-Wengerohr (Eifel) und Simmern (Hunsrück) in Rheinland-Pfalz für das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz im Oktober 1959; aus den angegebenen Zahlen ergibt sich eine durchschnittliche Investition von 20.000 DM pro Arbeitsplatz ohne Wohnstätten. Eine landwirtschaftliche Neusiedlung als Arbeitsplatz für 3 Arbeitskräfte kostet einschließlich moderner Wohnstätte rund 120.000 DM. Unter Einschluß der Baukosten für ein Familien-Eigenheim sind die Kosten für den Industrie-Arbeitsplatz annähernd gleich den Kosten für einen neuen Arbeitsplatz in der Landwirtschaft.
- (2) W. Bosch, Eifel, Hunsrück und Oberwesterwald, Studie des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik der Universität Mainz, 1956, S. 79.

henden Nivellierung der Ortsklassenunterschiede in den Lohntarifverträgen (1). Das frühere Lohngefälle zwischen Stadt und Land ist auf zwei Stufen angehört worden. Dadurch verwischen sich die vordem günstigen Standortbedingungen auf dem Lande zugunsten der Stadt. Es erscheint jedoch fraglich, ob sich das alte Lohngefälle wieder einführen lassen wird. Zweifellos werden Vorteile bei den Kommunalsteuern und die ländliche Mentalität und Arbeitsmoral der Arbeitnehmer die Verringerung des lohn tariflichen Vorteils aufheben.

Das gilt auch für die Textil- und Bekleidungsindustrie, deren Kapazität namentlich in der Wirkwarenindustrie weitgehend überbesetzt ist (2). Neugründungen treten hier hinter Betriebsverlagerungen zurück. Für diese besteht in dem Lohngefälle gegenüber der Eisen- und Metallindustrie ein gewisser Anreiz, in Gebiete mit niedrigem Besatz an Metallindustrie auszuweichen.

Zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Ansiedlung von Industrien in ländlichen Räumen im Sinne einer umfassenden Agrarförderung sind vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums grundlegende Gedanken geäußert worden (3). Ausgehend von der Tatsache, daß Wirtschaftspolitik grundsätzlich nur auf das Gesamtgebiet der Bundesrepublik mit seinen wirtschaftlichen Schwerpunkten ausgerichtet sein kann, ist regionale Wirtschaftspolitik als autonomes System abzulehnen. Dadurch werden im großen und ganzen richtige Entschlüsse erzielt, die im einzelnen vielleicht, aber nicht immer, zu einer wünschenswerten Standortverteilung führen. Somit wird die Notwendigkeit anzuerkennen sein, wirtschaftspolitische Entscheidungen durch regionale Maßnahmen zu korrigieren, um unterentwickelte Gebietsteile an ein höheres Niveau heranzuführen. Im übrigen ist es bei der herrschenden Konjunktur an der Zeit, die Reserven an Menschen und Raum zu mobilisieren und vor allem die aus den Reserveräumen in den Wirtschaftsprozess einbezogenen Menschen von der Last langer Anmarschwege zu befreien und die Arbeit an den Menschen heranzubringen, um eine weitere Hypertrophie der Ballungsräume zu verhindern (4).

(1) W. Bosch, a. a. O., S. 83.

(2) ders., a. a. O., S. 86

(3) Bericht über die 35. Tagung des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums am 6., 7. und 23. 1. 1955.

(4) E. Dombrowski, in FAZ vom 9. 8. 1958 ("Kreislaufstörungen der Großstädte"), S. 1.

Zusammen mit Isbary wird der Auffassung beigegeben, daß die "Ballung" eine der modernen Industriegesellschaft entsprechende notwendige ökonomische Siedlungsform ist mit einem Höchstmaß an wirtschaftlicher Effizienz. In einem bisher inaktiven Raum muß daher in großzügiger Weise ein Ballungsprozeß eingeleitet werden, um das Überschreiten der "Initialschwelle industriellen Wachstums" in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu ermöglichen (1). Durch die Ballungen werden zudem regionale Märkte geschaffen, welche die Einkommenslage der umliegenden Landwirtschaft wesentlich verbessern.

Unter den wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Förderung der Industrieansiedlung, deren Standortmöglichkeiten in eingehenden Untersuchungen geprüft sind (2), sind finanzielle Erleichterungen oder Zuschüsse während der Anlaufzeit sowie Investitionen der öffentlichen Hand zur Verbesserung der Verkehrswege sowie der Wasser- und Energieversorgung besonders geeignet. Die Einführung von Sondertarifen für den Güterverkehr von und nach Notstandsgebieten als Hilfsmaßnahme erscheint zweckmäßig. Erlass oder Ermäßigung von kommunalen Steuern und Abgaben bilden oftmals den entscheidenden Anreiz gegenüber den Risiken der Industrieansiedlung. Bisher bei der ländlichen Industrieansiedlung beobachtete Fehlentwicklungen trotz weitgehenden Entgegenkommens der öffentlichen Hand sollten nicht Anlaß zur Skepsis sein, sondern die öffentlichen Maßnahmen noch stärker als bisher auf eine sorgfältige Auswahl der siedlungswilligen Betriebe und ihrer Unternehmerpersönlichkeiten richten.

Im wesentlichen wird sich die ländliche Industrieansiedlung zunächst auf die Erweiterung ansässiger Unternehmungen oder die Einrichtung von Zweigniederlassungen ortsfremder Großbetriebe erstrecken. Andere selbständige Unternehmen werden folgen. Im Zuge der Freizügigkeit in der EWG ist die Niederlassung von Industrieunternehmen aus den anderen Mitgliedsländern nicht ausgeschlossen. Die öffentliche Hand sollte mit ihren Betrieben beispielgebend vorgehen.

Auch kann daran gedacht werden, daß öffentliche Großaufträge an geeignete Industrien mit der Auflage erteilt werden, Nebenbetriebe oder Zulieferbetriebe in den agrarischen Passivräumen zu errichten, sofern nicht schwerwiegende betriebswirtschaftliche Gründe entgegenstehen.

(1) G. Isbary, a. a. O., S. 101.

(2) Standortmöglichkeiten für Industrieniederlassungen, Hrsg. Landesplanung Rheinland-Pfalz, Mainz 1958.

Die Ansiedlung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben verspricht einen weitgehenden Ausgleich zwischen den Vor- und Nachteilen der einzelnen Betriebsgrößen auf die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse. Von den Gemeinden bzw. Landkreisen können Vorbereitungen für die Schaffung von Industrieanlagen unter einheitlichen Merkmalen getroffen werden, die von einer zweckmäßigen Industrierwerbung und der Bereitstellung ausreichender Finanzierungsmittel und Kreditsicherungen begleitet sein müssen (1).

c) Kredithilfen und Förderungsprogramme

Zur Beschleunigung des Strukturwandels und als wirksame Agrarförderung im Sinne der Bestimmungen des EWG-Vertrages und der Kommissionsvorschläge ist die Fortsetzung der bisherigen umfangreichen Kreditförderung dringend geboten. Wie schon der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums betonte, ist eine angemessene Kreditbereitstellung im Rahmen einer elastischen Wirtschaftspolitik unerläßliches Erfordernis für die Durchführung der zur Umstellung und Anpassung notwendigen Investitionen in den Betrieben und deren Absatzeinrichtungen.

Die Zinsempfindlichkeit der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Investitionen (2) und die weitgehende Unmöglichkeit der Finanzierung über den Preis haben bisher die Bereitstellung zinsgünstiger Haushaltskredite, zum Beispiel für Flurbereinigung, Siedlung und Wohnbau erforderlich gemacht. Nach dem Kriege hatten zunächst ERP-Kredite die Kapitalarmut im Lande beheben helfen; auch jetzt werden im ERP-Wirtschaftsprogramm alljährlich zahlreiche Maßnahmen in verschiedenen Wirtschaftszweigen durch ERP-Kredite gefördert.

In jüngerer Zeit wird der ERP-Kredit in der Landwirtschaft mehr und mehr von Kapitalmarktkrediten auf Emissionsbasis mit längerer Laufzeit verdrängt. Für bestimmte agrar- und ernährungswirtschaftliche Vorhaben wird eine Verbilligung der Zinsen durch öffentliche Zuschüsse gewährt. Dadurch ist eine Kapitallenkung an die Stellen des besonders förderungswürdigen Bedarfs möglich.

-
- (1) BT-Drucksache 3 201/2. Wahlperiode; Grüner Bericht 1957, S. 11; bereits 1957 standen aus verschiedenen Quellen etwa 20 Millionen DM für die ländliche Industrieansiedlung zur Verfügung.
 - (2) W. Abel, Agrarpolitik, Göttingen 1951, S. 252; durch die geringe Umschlagsgeschwindigkeit des Agrarkapitals muß das Verkaufsprodukt eine höhere Zinslast tragen.

Im Vordergrund der Zinsverbilligungsaktion stehen die Erbgangsfinanzierung sowie der Landzukauf zur Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und die Aussiedlung ganzer Betriebe. Die ebenfalls geförderten landwirtschaftlichen Baumaßnahmen auf den Höfen ermöglichen es, in der Mehrzahl der Fälle erforderliche Renovationen und Neubauten zu beschleunigen.

Neben diesen Maßnahmen werden Lager-, Kühl-, Sortierungs- und andere Absatzeinrichtungen in der Obst- und Gemüsegewirtschaft berücksichtigt. Für Rationalisierungsmaßnahmen in der Molkereiwirtschaft werden ebenfalls Zinsverbilligungen gewährt (1). Seit 1958 ist auch die Weinwirtschaft in das Programm mit einbezogen. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen, vornehmlich Wasserversorgungs- und Abwasserführungsanlagen sowie der Wirtschaftswegebau sind ebenfalls der Aktion angeschlossen. Ferner können Zinsverbilligungen für die Errichtung von Gemeinschaftseinrichtungen gewährt werden (2).

Seit 1957 werden dabei auch Trocknungs- und Lagereinrichtungen bei der ersten getreideaufnehmenden Hand berücksichtigt. Diese Maßnahme ermöglicht eine allmähliche Erweiterung der Lagerkapazität und der Trocknungsmöglichkeiten, um den stoßartig einsetzenden Getreideanfall beim Mähdrusch ohne Wertverluste aufzunehmen.

Insgesamt sind bis Ende 1960 in Rheinland-Pfalz rund 250 Millionen DM zinsverbilligter Kapitalmarktkredite eingesetzt worden (3). Aus dem zügigen Fortschreiten dieser Aktion erweist sich die Notwendigkeit der Förderung. Hierbei handelt es sich weniger um eine staatlich gelenkte Investition als vielmehr um die staatliche Initiation der bäuerlichen Selbsthilfe mit kräftigen Anreizen.

Unter den weiteren Kreditprogrammen in Rheinland-Pfalz hat die Gewährung von zinsgünstigen Krediten aus dem Zweckvermögen bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt a. M., für die Förderung des geschlossenen Hofüberganges ergänzend zum Zinsverbilligungsprogramm ganz besondere Bedeutung. Das Zweckvermögen wird aus den noch laufend eingehenden Tilgungen der landwirtschaftlichen Entschuldung nach 1934 gebildet und gelangt ausschließlich zur Verhinderung einer unwirtschaftlichen Besitzzersplitterung

-
- (1) Eine Berücksichtigung dieser Verwendungszwecke ist im Hinblick auf das Zinsniveau im Jahre 1959 vorübergehend ausgesetzt worden (ZV-Richtlinien in Bundesanzeiger Nr. 117/59).
 - (2) ebenso.
 - (3) Der Grüne Plan von Rheinland-Pfalz 1956 - 1958, S. 65, für 1960 vorgeschätzt.

zum Einsatz. Rheinland-Pfalz hat bisher über 8 Millionen DM hiervon erhalten, die durch die Agrarkreditausschüsse des Landes für Erbgangsfinanzierungen in förderungswürdigen Fällen bewilligt worden sind.

Aus Emissionserlösen oder anderen Quellen stellt die Landwirtschaftliche Rentenbank zins- und konditionsbegünstigte Mittel für solche landwirtschaftlichen Vorhaben bereit, die durch Kreditprogramme nicht gefördert werden. Besondere Möglichkeiten ergeben sich für kombinierte Aktionen der Landwirtschaftlichen Rentenbank und der Europäischen Investitionsbank bei der Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung von solchen Räumen, die wie weite Teile von Rheinland-Pfalz an der allgemeinen Entwicklung nicht in vollem Umfang haben teilnehmen können.

Als wirksames Mittel zur Verhinderung einer weiteren Besitzzersplitterung als Folge der Realteilung ist in Rheinland-Pfalz eine Höfeordnung eingeführt worden (1). Die Eintragung in die Höferolle ist freiwillig. Bis Ende 1960 sind schätzungsweise 3.500 Betriebe in die Höferolle eingetragen oder haben die Eintragung beantragt. Damit ist bei fast 30 vH der früheren Erbhöfe die geschlossene Vererbung gesichert.

Gemäß § 12 der Höfeordnung wird der Hof dem besonderen Schutz des Staates unterstellt. Dieser Programmsatz wird durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung ausgefüllt. Gleichzeitig sind damit die staatlichen Organe verpflichtet, im Rahmen der Verwaltungstätigkeit die Interessen der Höfe besonders zur berücksichtigen. Zu den im Gesetz aufgeführten Maßnahmen gehören ein Vollstreckungsschutz, die Befreiung von der Grunderwerbsteuer und die Bereitstellung zinsgünstiger Kredite einschließlich der Leistung von Bürgschaften für die Aufrundung ausbaufähiger Höfe und die Abfindung weichender Erben.

Im Zuge dieser Förderung ist eine Zinsverbilligung aus Landesmitteln geschaffen worden, mit denen besitzfestigende Darlehen für die Höfe versehen werden können. Bisher sind den eingetragenen Höfen über 30 Millionen DM zinsverbilligte Kredite gewährt worden. Für die Liquidität der Betriebe bedeutet diese Landesförderung eine wesentliche Entlastung, so daß mit der Besitzfestigung verbundene Folgemaßnahmen auch außerhalb von Förderungsprogrammen von den Betrieben finanziert werden können.

(1) Landesgesetz über die Einführung einer Höfeordnung von Rheinland-Pfalz (Höfeordnung), vom 7.10.1953, GVBl., S.101.

Der Grüne Plan hat sich mehr und mehr zum entscheidenden Förderungsinstrument entwickelt. In etwa 60 Maßnahmen mit einem Aufwand von über 1,9 Milliarden DM im Jahre 1961 - davon rund 140 Millionen für Rheinland-Pfalz - wird auf die Landwirtschaft und ihre verschiedenen Bereiche ein nachhaltiger Einfluß ausgeübt.

Die anfänglich im Vordergrund stehende Gewährung von Subventionen für die Erzeugungs- und Absatzförderung tritt allmählich hinter die Gewährung von Strukturhilfen zurück. Maßnahmen zur Rationalisierung der Erzeugung, zur Qualitätsverbesserung und zur Reorganisation des Absatzwesens werden auch künftig weiter gefördert.

Für Rheinland-Pfalz ist auch eine Fortführung der bisherigen Sanierungs- und regionalen Förderungsprogramme von großer Bedeutung. Diese Maßnahmen waren 1951 zur Beseitigung von Notständen durch Kriegsschäden in den Gebieten der ehemaligen Grünen und Roten Zone und zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftskraft unter Beteiligung von Bundes- und Landesregierung begonnen worden. Allein im Bereich der Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz sind bis zum Jahre 1960 nahezu 70 Millionen DM öffentliche Mittel, davon die Hälfte als Darlehen, eingesetzt worden, um die Wirtschaftskraft in den anerkannten Notstandsgebieten zu heben und die Produktivität der Betriebe zu fördern. In den "Regionalen Förderungsprogrammen" werden die staatlichen Maßnahmen der an der Wirtschaftsentwicklung regionaler Räume beteiligten Ressorts koordiniert und ein einheitliches Vorgehen der Verwaltungen gewährleistet. Auch die übrigen Förderungsmaßnahmen werden in Rheinland-Pfalz mehr und mehr den Grundsätzen einer regionalen Wirtschaftsentwicklung vornehmlich agrarischer Passivräume angepaßt.

Besondere Berücksichtigung erfahren im Regionalen Förderungsprogramm ländeskulturelle und wasserwirtschaftliche Maßnahmen mit etwa einem Drittel der ausgegebenen Mittel. Das Schwergewicht lag bisher mit zwei Dritteln bei betriebsverbessernden und produktivitätsfördernden Maßnahmen. Hierzu gehören vor allem Auf- und Ausbau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Wiederbeschaffung und Ergänzung von Vieh- und Geräteinventar, Errichtung land- und hauswirtschaftlicher Gemeinschaftseinrichtungen sowie die Förderung der Weide- und Grünlandwirtschaft. Besondere Mittel waren außerdem für die Förderung des Pflanzkartoffelbaus in den Höhengebieten bereitgestellt.

Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Winzergenossenschaften wurde durch den Einsatz namhafter Beträge der Ausbau und die Modernisierung der Kellereinrichtungen gefördert. Diese Maßnahme wird gleichzeitig im Zins-

verbilligungsprogramm und im Grünen Plan ausgeführt. Auch der Molkereiwirtschaft in den Grenz- und Sanierungsgebieten sind wesentliche Hilfen gewährt worden.

Bei dem Wiederaufbau von Spezialkulturen wurden Rebumstellungen vorrangig berücksichtigt. Auch für die Wiederaufforstung sowie die Umwandlung von Niederwald in leistungsfähigen Hochwald sind erhebliche Mittel bereitgestellt worden.

Als verstärkte Entwicklungshilfen für die Gebiete Eifel - Westpfalz und Oberwesterwald sind im Grünen Plan 1960 für Rheinland-Pfalz zusätzlich 10 Millionen DM Bundeszuschüsse für landeskulturelle, wasserwirtschaftliche und forstliche Maßnahmen eingesetzt worden.

Aufgrund der Vorschläge der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Teil III - Gemeinsame Agrarstrukturpolitik - kann mit gerechnet werden, daß aus Mitteln des Europäischen Fonds zur Verbesserung der Agrarstruktur ebenfalls Zuschüsse für die Zinsverbilligung von Investitionskrediten gewährt werden. Durch diese Hilfen soll der wirtschaftliche Rückstand in bestimmten Gebieten aufgeholt werden, wo eine Hilfe sowohl aus sozialwirtschaftlichen Erwägungen wie im Interesse der gemeinsamen Agrarpolitik in der EWG gerechtfertigt ist. Voraussetzung ist, daß die Maßnahme im Rahmen eines Förderungsprogrammes durchgeführt wird, welches seinerseits Teil eines koordinierten regionalen Entwicklungsprogrammes ist. Diese Voraussetzungen sind in Rheinland-Pfalz bereits seit dem Einsetzen der Regionalen Förderungsprogramme im Jahre 1951 in besonderer Weise gegeben.

Die Auswirkungen der bisherigen Maßnahmen lassen schon jetzt deutliche Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung der ländlichen Förderungsgebiete erkennen.

2. Rationalisierung und Qualitätsverbesserung in der Erzeugung

a) Verbesserung der innerbetrieblichen Organisation

Die bisherige planmäßige Förderung der Erzeugung durch die Landwirtschaftsverwaltung wurde im Grünen Plan seit 1956 durch eine Reihe von Maßnahmen ergänzt, die eine Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaftsweise zum Ziel haben und auf diesem Wege zur Hebung der bäuerlichen Einkommen beitra-

gen. Neben einer allgemeinen Verbilligung der Kosten wird eine weitere Steigerung der Flächen- und Arbeitsproduktivität angestrebt.

Im Vergleich zur Vorkriegszeit sind bis zum Jahre 1960 die Hektarerträge von Getreide um 24 vH und von Kartoffeln um 31 vH gestiegen. Ursache hierfür sind ein verstärkter Einsatz von Handelsdünger und die Verwendung ertragsreicher Sorten. Der schon vor dem Krieg sehr intensive Zucker- und Futterrübenbau ist mengenmäßig nicht weiter steigerungsfähig. Die Flächenleistungen des Futterbaues sind den Witterungsverhältnissen stärker unterworfen und noch nicht so stark intensiviert wie bei den anderen Früchten. Hier liegen noch erhebliche Intensivierungsreserven, deren arbeitsmäßige Bewältigung durch Rationalisierungen im Betriebsablauf erreicht werden kann.

Auch die Erträge der Nutztviehhaltung sind stark gestiegen. So hat zum Beispiel die Milchleistung der Kühe in Rheinland-Pfalz mit 2.458 kg im Jahre 1958 die Vorkriegsleistung aus dem Jahre 1937 mit 1.933 kg um 27 vH überschritten. Das ist sowohl auf den Fortschritt in der Landestierzucht als auch auf den sinkenden Anteil von Arbeitskühen im Milchkuhbestand zurückzuführen.

In der Schweinehaltung und auch in der Rinderhaltung sind die Fleischleistungen in Verbindung mit einem beschleunigten Umtrieb gestiegen (1).

Auf der Aufwandseite sind gleichfalls erhebliche Veränderungen eingetreten. Der Düngemittelaufwand ist in den Jahren 1955/56 bis 1958/59 jährlich um 9 vH gestiegen (2). Der Bestand an Arbeitspferden und vor allem die Zahl zur Arbeit herangezogener Milchkühe gehen laufend zurück. Dadurch werden Futterflächen für die Marktproduktion freigesetzt. Als Zugkraft findet der Schlepper mehr und mehr Verwendung. Außerdem hat sich im Zuge der Mechanisierung die Zahl der Mähdrescher und der Melkmaschinen erheblich erhöht.

Die Substitution von Arbeit durch Kapital schreitet in den Betrieben voran, wengleich ihr durch Betriebsgröße und Familienarbeitsverfassung Grenzen gesetzt sind. Der Vorgang wird zudem begünstigt, da die Tauschkraft, d.h. das Wertverhältnis landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegenüber den Löhnen und gleichzusetzenden Lohnansprüchen der Familienarbeitskräfte ständig wei-

(1) Die Viehwirtschaft in Rheinland-Pfalz, Hrsg. Statistisches Landesamt, Band 74, 1959.

(2) Der Grüne Plan in Rheinland-Pfalz, 1956-1958, S.38, für 1959 ergänzt.

ter sinkt. Weitere Lohnerhöhungen werden erwartet, so daß die Austauschrelation zunehmend ungünstig wird. Die Notwendigkeit einer Steigerung der Betriebsproduktivität durch betriebsorganisatorische Maßnahmen und Einsatz technischer Hilfsmittel wird immer dringender. Hierfür bestehen gegenwärtig günstige Voraussetzungen, da gegenüber manchen anderen landwirtschaftlichen Kosten, zum Beispiel 1.000 Schlepperstunden, die Tauschkraft landwirtschaftlicher Erzeugnisse etwa gleichgeblieben ist (1).

Eine Grenze findet die Substitution von Arbeit durch Kapital dort, wo die Minimalkostenkombination verlassen wird, das heißt, wenn zum Beispiel für den Maschinenpark die notwendigen Einsatzstunden nicht erreicht werden. In solchen Fällen ermöglicht die gemeinschaftliche Maschinenhaltung eine Verteilung der fixen Kosten auf eine größere Fläche und auf eine größere Zahl von Erzeugungseinheiten.

Mit fortschreitender Technisierung gelingt es allmählich, höhere Flächenproduktivität mit höherer Arbeitsproduktivität zu verbinden. Bei der Gruppe der Hackfruchtbetriebe scheint diese Anpassung schon erreicht (2); bei ihnen ist der Aufwand so bemessen, daß Grenzertrag und Grenzaufwand sich decken. Außerdem ist in diesen Fällen, wie sich aus den Buchführungsergebnissen des Grünen Berichts ergibt, die Minimalkostenkombination erreicht, das heißt, der Aufwand ist so zusammengesetzt, daß der Produktionsertrag mit keiner andersgearteten Zusammensetzung billiger gewonnen werden kann. Schließlich sind auch noch die Bedingungen der Verbundproduktion insoweit erreicht, daß die Grenzerträge der einzelnen Teilproduktionen einander fast gleich sind.

Für die Mehrzahl der Betriebe sind aber die Möglichkeiten der Ertragssteigerung durch Betriebsverbesserungen, Rationalisierungsmaßnahmen und Kosteneinsparungen noch nicht ausgeschöpft. Bei den gegenwärtigen Subventionen sind günstige Voraussetzungen für eine hohe Flächenproduktivität gegeben, die von den Betrieben auch genutzt werden sollten, sofern dies nicht schon der Fall ist. So hat zum Beispiel die Tauschkraft des Getreides gegenüber einer Volldüngungseinheit einen selten hohen Stand erreicht (3). Das gilt im gewissen Umfang auch für Pflanzenschutzmittel. In der Ausnutzung dieser

(1) E. Woermann, Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfe in der Landwirtschaft, Flugschrift der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Band 25, Frankfurt 1957.

(2) vgl. Grüner Bericht 1959, BT-Drucksache 850/59.

(3) E. Woermann, a.a.O., S. 7.

Möglichkeiten zusammen mit einem stärkeren Saatgutwechsel kommt die aktive Mitwirkung der Landwirtschaft bei den gegenwärtigen Förderungen zum Ausdruck.

In der Organisation der Düngewirtschaft kann es zweckmäßig sein, bei der Ergänzung des Mineraldüngers durch organische Düngergaben die arbeitsaufwendige Stallmistgewinnung und -düngung zum Teil durch verstärkte Gründüngungen zu ersetzen. Die Unterbringung des beim Mähdrusch anfallenden gehäckselten Strohes zur Verstärkung der organischen Substanz des Bodens ist ebenfalls arbeitssparend.

In der Futterwirtschaft kommt es gleichfalls darauf an, den Gesamtanfall von Futterstoffen aus der jeweils günstigsten Kombination von Hauptfutterbau, Zwischenfruchtbau und Kraftfutterzukauf zu erzielen. Dabei ist aber zu bedenken, daß sich wirtschaftseigene Futterstoffe und Kraftfutter nur innerhalb gewisser Grenzen gegenseitig vertreten können und daß bei steigenden Leistungen ein engeres Eiweiß-Stärke-Verhältnis und eine höhere Nährstoffkonzentration in der täglichen Futtergabe erforderlich ist.

Bei den Bemühungen der Betriebe um eine verbesserte Produktivität werden Änderungen in der Organisation der Bodennutzung und der Fruchtfolge notwendig sein. Der Anbau arbeitsintensiver Kulturen, die der Mechanisierung weniger zugänglich sind, verliert an Aussichten. Unter bestimmten Umständen kann eine Intensivierung des bäuerlichen Waldbaues oder die Aufforstung von Grenzböden ein wertvoller Ausweg sein.

Unter den Bedingungen eines ermäßigten europäischen Preisniveaus für die landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse, weiter steigenden Löhnen und einer fortschreitenden Technisierung ist eine stärkere Anpassung der Bodennutzung an die spezifische Ertragsfähigkeit der verschiedenen Bodenarten erforderlich. Dabei ist ein bodenbiologisch vertretbares Anbau- und Fruchtfolgesystem anzustreben, das im Verhältnis zum erzielbaren Geldrohertrag einen möglichst geringen Bestand an ständigen Arbeitskräften zuläßt und einen hohen Technisierungseffekt gewährleistet. Bei dem hohen Anteil der festen Kosten an den Gesamtkosten des Maschineneinsatzes ist in einer weitgehend kleinbäuerlichen Landwirtschaft ein verstärkter überbetrieblicher Maschineneinsatz zweckmäßig(1).

Auf die Notwendigkeit einer verstärkten Betriebsanpassung an die gegebenen

(1) E. Woermann, Probleme der Betriebsorganisation im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt, Agrarwirtschaft 1960, Heft 3.

Standortverhältnisse und an eine weitgehende Betriebsvereinfachung, d.h. Verminderung der Betriebszweige in Verbindung mit einer organisatorischen Rationalisierung des Betriebs- und Arbeitsablaufs hat 1960 der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Schwarz, hingewiesen (1). Nur auf diesem Wege könne eine radikale Verbilligung der Erzeugung erreicht werden, da eine Kostensenkung für Produktionsmittel keine echten Chancen erkennen läßt (2).

Die verschiedenen Folgerungen hieraus für die Änderung und Verbesserung der innerbetrieblichen Organisation sollten durch eine intensivierte Wirtschaftsberatung allen Landwirten nahegebracht werden, damit die Vorteile des Standortes in der Erzeugung voll zur Auswirkung gelangen und die Betriebe sich auf die Erfordernisse des Marktes einstellen können.

b) Qualitätsverbesserung in der Veredlungsproduktion

Auch in der Veredlungswirtschaft wird unter dem Eindruck wechselnder Preise und Kostenrelationen eine stärkere Bewegung erwartet werden können.

Die mit steigender Wohlstandsentwicklung erkennbare Tendenz zum Verbrauch hochwertiger eiweißreicher Nahrungsmittel rückt Maßnahmen (3) zur Verbesserung der Qualität von Vieh, Fleisch, Milch und anderen tierischen Erzeugnissen in den Vordergrund der Förderung. Damit ist eine Intensivierung der Tierzucht verbunden, deren Anstrengungen auf eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit des heimischen Tierbestandes und auf seine Anpassung an rationelle, elastische Verwertungsmöglichkeiten ausgerichtet sind. Hierzu zählt in erster Linie die Züchtung eines Rindertyps, der sowohl eine günstige Milch- als auch Fleischleistung ermöglicht. Bei beschleunigtem Untrieb des Viehbestandes läßt sich eine bessere Durchschnittsverwertung erzielen als bisher.

Außerdem sinken die festen Kosten je Leistungseinheit. Ferner ist zu berücksichtigen, daß mit dem gleichen Nährstoffaufwand, mit dem bei einer leistungsfähigen Kuh 6 - 7 Liter Milch erzeugt werden, bei der Mast von jungen Rindern auch ein Kilogramm Fleisch erzeugt werden kann. Es besteht somit

(1) Rheinische Bauernzeitung Nr.22 vom 28.5.1960, S.3.

(2) W. Nellessen, Landwirtschaft in Bewegung, Staatszeitung Rheinland-Pfalz Nr.22 vom 29.5.1960.

(3) zum Beispiel Qualitätsvorschriften (Handelsklassen), Qualitätskontrollen, Milchleistungsprüfungen, Tbc-Bekämpfung, Qualitätsprämierungen, Körordnungen, Leistungswettbewerbe und vieles andere mehr.

Kostengleichgewicht bei den Produktionsmitteln für entsprechende Leistungseinheiten von Milch und Rindfleisch. Die Bevorzugung von fettarmen Fleischqualitäten im Konsum hat bereits jetzt zu einer relativen Verbesserung der Preise für Mastkälber und für die hochwertigen Schlachtrinderklassen geführt. Dadurch sind die Preisrelationen zwischen Milch und Fleisch zugunsten des Fleisches verschoben. Hinzu kommt, daß die Milcherzeugung gegenüber der Mast einen wesentlich höheren Arbeitsaufwand erfordert. In der Rendite ist also die Mast, insbesondere von jungen Rindern, der Milcherzeugung überlegen. Dieser Rentabilitätsvorsprung dürfte bei der zu erwartenden Verbrauchsentwicklung anhalten.

Auch die Kälbermast ist im Hinblick auf die Nachfrage nach fettarmem Fleisch besonders aussichtsreich. Ausgemästete Schlachttiere der Schlachtwertklasse A erzielen gute Preise und lassen eine kombinierte Vollmilch-Magermilchmast zweckmäßig erscheinen. In gewissen Fällen kann auch Jungbullenmast lohnend sein, da sie an Grundfutter sehr spart und während der Mastzeit hochwertiges Silofutter gut verwerten läßt. Für die Jungrindermast ist im übrigen weniger Rauhfutter erforderlich, so daß im Prinzip hierbei die arbeitsaufwendige Heugewinnung eingeschränkt werden kann (1).

Für die Tierzucht ergeben sich daraus vielfältige Aufgaben bei der Bereitstellung von geeignetem Zuchtmaterial für die in den einzelnen Landesteilen vorherrschenden Rinderrassen. Zum raschen Aufbau eines leistungsfähigen und gesunden Rinderbestandes kann die erweiterte Anwendung der künstlichen Besamung zweckmäßig sein. Außerdem trägt die Anpassung der Körordnung an die veränderten Zucht- und Haltungsbedingungen wesentlich zu einer nachhaltigen Leistungssteigerung bei. Auch die eingehende Rampenkontrolle der angelieferten Milch bei den Molkereien leistet hierbei nützliche Dienste, ebenso wie eine intensivierte Milchkontrolle und tierärztliche Beratung in den landwirtschaftlichen Betrieben.

Die Schafhaltung tritt ganz allgemein in der modernen flächenintensiven Landwirtschaft hinter die Rinderhaltung zurück. Auch in Rheinland-Pfalz hat die Schafhaltung viel von ihrer früheren Bedeutung verloren. Bei den wenigen verbliebenen Schafherden und der Masse der Einzelschafhaltungen bestimmt die Fleischerzeugung, insbesondere die Gewinnung von magerem Hammelfleisch, die Produktionsrichtung. Zur Erleichterung der Umstellung von Woll- auf Fleischerzeugung bei gleichbleibender Wollqualität wird den Schafhal-

(1) E. Woermann, Probleme der Betriebsorganisation..., a.a.O., S.114.

tern im Grünen Plan seit 1958 ein Qualitätszuschlag für Wolle gewährt.

Besonders förderungswürdig ist die Eier- und Geflügelerzeugung. Bei der anhaltenden Nachfrage nach Eiern und der oben erwähnten Umschichtung der Fleischnachfrage nach Geflügel bestehen für die Geflügelhaltung günstige Aussichten. Viele Landwirte und gewerbliche Geflügelhalter machen sich diese Marktchancen zunutze. Begünstigt wird diese Entwicklung gegenwärtig durch Ausgleichsbeträge in Höhe von 2 Dpfg. für jedes von einer Kennzeichnungsstelle erfaßte Ei (1). Dadurch soll die Kostendifferenz zwischen dem Inlandsfuttergetreidepreis und dem Weltmarktpreis ausgeglichen werden. Ob dieser Kostenzuschuß im Rahmen des Gemeinsamen Marktes weiter gewährt wird, ist fraglich. Eine gemeinsame Anwendung von Handelsklassenvorschriften wird aber auch im Gemeinsamen Markt dem frischen Qualitätsei günstige Wettbewerbsaussichten sichern, so daß eine Vertiefung des Qualitätsgedankens und die Einführung moderner Haltungsformen in der Geflügelwirtschaft zu den vorrangigen Aufgaben der Agrarförderung gehört.

Weitere Anstrengungen sind noch zur Gewinnung und Lieferung von einwandfreier Milch erforderlich. Das Schwergewicht der Maßnahmen liegt gegenwärtig bei der Haltbarmachung der Milch auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher. Mehr und mehr werden von den Haushaltungen durch private Initiative Kühlschränke angeschafft. Dadurch wird die Kühlkette soweit ausgebaut, daß die technischen Voraussetzungen für die verbesserte Haltbarkeit der Trinkmilch gegeben sind. Neben den Bemühungen der Landwirte um Gewinnung einer keimarmen Milch wird die Kühllhaltung der Milch bei der Zustellung an die Haushaltungen vom Milchhandel noch mehr beachtet werden müssen.

c) Ausbildung und Beratung

Seitdem der Bauer seiner patriarchalischen Bindungen ledig und auf sich selbst gestellt als Unternehmer tätig wurde, hat sich aus zunächst vereinzelt und mehr provisorischen Anfängen ein umfangreiches Schulungs- und Beratungswesen entwickelt. Nach besonders starken Impulsen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und einer intensiveren Förderung durch den Staat seit etwa 1950 hat es seine heutige Form erhalten. Landwirtschaftskammern, Landwirtschaftsschulen und Wirtschaftsberatungsstellen, Buch-

(1) Gesetz zur Förderung der deutschen Eierwirtschaft vom 31.3.1956, BGBl. I, S. 239.

stellen, Spezialberater und Hauswirtschaftsberatungen stehen als engmaschiges Beratungsnetz der Landwirtschaft zur Verfügung.

Bei der Fülle der Beratungsaufgaben und der weitgehenden Überschneidung aller Beratungsdienste ergeben sich bisweilen für die ausübende Beratung gewisse Schwierigkeiten. Auch für die Beratenen ist die Zielsetzung bei der Verschiedenartigkeit der Ansatzpunkte nicht immer klar erkennbar. Zudem ist die Mehrzahl der Beratungen als öffentlich-rechtliche Einrichtung pflichtgemäß auf Produktionssteigerung gerichtet und findet sich dabei unterstützt durch die Maßnahmen der Agrarpolitik und des Grünen Planes, dessen Schwergewicht unverkennbar bei der Erzeugungsförderung lag.

Hinzu kommt, daß als fachliches Bildungsideal die praktische Könnerschaft vorherrscht. Im übrigen ist die Ökonomik als echtes geisteswissenschaftliches Bildungselement der anschaulichen Wissensvermittlung weitgehend entzogen und somit für praktische Bildungs- und Beratungsaufgaben wenig geeignet. Zudem werden von einfach denkenden Menschen Züchtungs- oder Anbauerfolge anders beurteilt als Wirtschaftserfolge, die gern dem Zufall oder der Spekulation zugeschrieben und meist als suspekt empfunden werden.

Im Hinblick auf die steigende Produktion in der EWG und in den überseeischen Erzeugungsländern sollte die Beratung dahin wirken, daß eine Steigerung der Produktion im Einzelfall mit einer echten Steigerung der Produktivität verbunden ist. Das Erreichen des Betriebsoptimums durch den tüchtigen Wirtschaftler gehört zu den Hauptaufgaben der Beratung. Von der landwirtschaftlichen Beratung war diese Aufgabe bereits erkannt worden. Es fehlte nur noch der Anstoß durch die offizielle Agrarpolitik, deren Wendung von dem Generalsekretär des deutschen Bauernverbandes Hummel (1) auf einer Tagung in Remscheid bekanntgegeben wurde und große Beachtung fand. Der Grüne Plan als Motor ist dieser Wendung bereits gefolgt.

Nachdem Bundesfinanzminister Etzel (2) eine Überprüfung der Subventionen angekündigt hat, kann mit einem allmählichen Fortfall der globalen Produktionsförderung gerechnet werden. Gleichzeitig sollen in verstärktem Maße Mittel für eine umfassende Strukturverbesserung eingesetzt werden. Damit würde der Weg frei für eine Agrarpolitik, die gleichzeitig auch "ländliche

(1) J. Hummel, Agrarpolitik an der Wende, Vortrag auf der Bauernversammlung zu Remscheid, "Die Welt" vom 11.12.1958.

(2) F. Etzel, Wir halten am Subventionsabbau fest, Agrardienst, Informationsblatt des Deutschen Bauernverbandes, Bonn, Heft 97/XII/59.

Sozialpolitik" ist, wie es Riemann (1) ausgedrückt hat. Mit Recht fordert dieser eine Umschaltung der bisherigen preispolitischen Maßnahmen zugunsten einer umfassenden "Landentwicklung", damit eine subventionierte Produktion nicht mit weiteren öffentlichen Geldern wieder unschädlich gemacht werden muß.

Die Methoden einer auf die Belange des Einzelfalles gerichteten Produktionsförderung müssen aber von Schulung und Beratung aufgegriffen und vermittelt werden. Dazu muß namentlich die Beratung noch stärker als bisher betriebswirtschaftlich arbeiten. Von den Organisationen und Berufsvertretungen sollte die Beratung hierbei unterstützt werden. Außerdem ist zu fordern, daß die Ausbildung in den Landwirtschaftsschulen mehr als bisher auf die künftigen Aufgaben als Betriebsleiter gerichtet ist, da Elementarwissen und elementares Fachwissen bereits auf den Berufs- und Berufsfachschulen vermittelt werden kann.

Ganz besondere Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß die Beratung einerseits retardierend wirken soll, andererseits aber zur Mehrproduktion anregen muß, wenn dies betriebswirtschaftlich geboten erscheint. Hier muß die Beratung den geeigneten Weg finden, dem Beratenen und seinem Nachbarn das scheinbar Widersprüchliche seines Ratschlages klarzumachen.

Unter den Bedingungen des Gemeinsamen Marktes muß die Beratung besonders auf die notwendigen organisatorischen Anpassungen hinwirken, damit die Landwirte ein den sich ändernden ökonomischen Bedingungen entsprechendes betriebswirtschaftliches Optimum erreichen können. Hierbei kann die Entwicklung von betriebswirtschaftlichen Leitbildern für die einzelnen Betriebstypen verschiedener Betriebsgrößenklassen durch erfahrene Wirtschaftsberater den Landwirten wertvolle Hilfe leisten (2).

Für die zweckmäßige Durchführung der Beratung ist die Bildung von Beratungsringen durch mehrere Landwirte dringend erwünscht. Die Einheitlichkeit der Wirtschafts- und Spezialberatungen ist dabei durch staatliche Aufsicht zu gewährleisten. Außerdem erweist sich eine stärkere Einschaltung von Test- und Richtbetrieben in die Beratungsarbeit besonders nützlich. Organisationen und Verbände können durch geeignete Einflußnahme die Bereitschaft für Empfehlungen der Beratung unter den Landwirten fördern. Auf diese Weise tragen

(1) F. Riemann, Agrarpolitik als ländliche Sozialpolitik, "Der Volkswirt", Wirtschaftszeitung, Frankfurt 1959, Heft 1.

(2) E. Woermann, Problem der Betriebsorganisation, a. a. O., S. 110.

Ausbildung und Beratung wesentlich zu einer Vertiefung und Verbreiterung der Fachkenntnisse sowie zu einer weitgehenden Aufgeschlossenheit für die besonderen Aufgaben der Landwirtschaft innerhalb der Gesamtwirtschaft und im Rahmen des Gemeinsamen Marktes bei.

3. Verbesserung der Absatzorganisation und -werbung

a) Molkereiwirtschaft

Auf der Gebietsfläche von Rheinland-Pfalz mit mehr als 19.800 Quadratkilometern wird die Milch von rund 165.000 landwirtschaftlichen Betrieben mit Kuhhaltung von 78 Molkereien erfaßt. Im Vergleich dazu zählen die etwa gleichgroßen Länder Schleswig-Holstein rund 500 und Hessen rund 120 Molkereien. Die durchschnittliche Größe der Molkereieinzugsgebiete von Rheinland-Pfalz von rund 250 qkm Gesamtfläche wird von keinem anderen Bundesland erreicht. Nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind es 115 qkm.

Neben weiträumigen Einzugsgebieten, vor allem in der Pfalz und im Trierer Raum, gibt es Gegenden mit mehreren Molkereien in enger Nachbarschaft, z. B. in Rheinhessen und Rheinland-Nassau. Historisch gesehen erstreckt sich der Aufbau des heimischen Molkereiwesens von der ersten Gründung im Jahre 1880 (Völkeroth) bis zum endgültigen Ausbau in den späteren dreißiger Jahren über ein halbes Jahrhundert. Insofern finden sich alte und älteste Molkereien neben neuzeitlichen Betrieben auf engem Raum.

Das Besondere am Molkereisystem in Rheinland-Pfalz sind die in den südlichen Landesteilen eingerichteten genossenschaftlichen Milchsammelstellen zur Erfassung des weitgehend zersplitterten Rohmilchangebots. Dadurch werden die Vielzahl der täglichen kleinen Milchmengen zu transportablen Größen zusammengestellt und kostenwirtschaftlich rationell den Molkereien zugeführt. Gleichzeitig erfolgt in den Milchsammelstellen die Reinigung der Milchkannen, so daß einer Reinfektion gesunder Tierbestände über Rücklieferung von Magermilch in verschmutzten Kannen wirksam vorgebeugt wird.

Bedingt durch die besonders nachhaltige Förderung erfuhr die Milchlieferung von 319.000 t im Jahre 1950 eine beträchtliche Steigerung auf rund 579.000 t im Jahre 1959 oder um rund 82 vH (1).

(1) Mitteilungen des Statistischen Landesamtes, Milcherzeugung und Milchverwertung, 1950 - 1959.

Vielfach stehen die Molkereien vor ernsthaften Kapazitätsproblemen, die entweder durch Betriebserweiterungen oder durch Betriebszusammenlegungen mit benachbarten Betrieben behoben werden können. Für letztere Maßnahme, d.h. zur Verbesserung der Molkereistruktur, stehen im Grünen Plan seit 1956 beträchtliche Zuschüsse zur Verfügung. Dadurch soll der seit Jahrzehnten unter dem Einfluß des Marktes stattfindende Konzentrationsprozeß beschleunigt werden (1).

Für eine durchgreifende räumliche Umbildung des bestehenden Molkereisystems besteht bei der großräumigen Molkereistruktur von Rheinland-Pfalz kaum Notwendigkeit. Auch für Spezialisierungsvorhaben sind keine nennenswerten Möglichkeiten erkennbar. Trotzdem werden die wenigen Strukturverbesserungsvorhaben dazu beitragen, die Milchauszahlungen zu verbessern.

Die Lösung des drängenden Kapazitätsproblems liegt vornehmlich in einer Anpassung der bestehenden Anlagen an die vergrößerte Anlieferung. Dabei wird der Anwendung neuzeitlicher Be- und Verarbeitungsverfahren weitgehend Rechnung getragen. Entsprechende Investitionen werden im Zinsverbilligungsprogramm der Bundesregierung durch Zinszuschüsse zu Kapitalmarktkrediten gefördert (2). Auf diese Weise ist auch eine Anpassung der Produktionsprogramme an die veränderten Absatzverhältnisse möglich. Für die jüngere Entwicklung ist die Tatsache kennzeichnend, daß sich der frühere marktferne Buttereibetrieb, zum Beispiel in Hunsrück und Eifel, mehr und mehr zum Gemischtbetrieb entwickelt, da er mit zunehmender Verkehrserschließung größere Marktnähe erhält.

Bei der gegenwärtig steigenden Milchanlieferung und sonst gleichbleibendem Trinkmilchabsatz nimmt die Buttererzeugung überproportional zu. Dadurch fällt in einem Umfang Magermilch an, die nicht mehr wie bisher reibungslos als Rücklieferung beim Erzeuger untergebracht werden kann. Sie gewinnt eine rentable Gesamtverwertung der Milch bei den Molkereien. Soweit diese mit Restmilch bezeichneten Überschüsse nicht in einer verstärkten Futterpulverherstellung abgefangen werden können, werden besondere Anstrengungen nötig sein, die Landwirtschaft zur verstärkten Magermilchrücknahme zu bewegen. Durch die steigenden Verwertungsmöglichkeiten in der bäuerlichen

(1) vgl. hierzu auch Fr. Wilhelm, Abriß der milchwirtschaftlichen Marktordnung, Hildesheim 1956.

(2) vorübergehend ab 1959 suspendiert (Richtlinien in Bundesanzeiger 117/59).

Veredlungswirtschaft im Gemeinsamen Markt sollte das auch allmählich erreicht werden.

b) Übrige Absatzwirtschaft

Bei der Spitzenstellung des Obst- und Gemüsebaues in der heimischen Landwirtschaft erfordern die Absatzprobleme besonders eingehende Betrachtung. Keine landwirtschaftliche Produktion ist so sehr marktorientiert wie der Obst- und Gemüsebau. Ähnlich wie beim Weinbau erschwert auch dem Gemüsebauern eine unzureichende Markttransparenz die Ausnützung von Marktchancen. Als Folge davon vermochte sich die Handelsstufe in relativ starkem Umfang zu entwickeln. Für den Gemüseerzeuger verstärken die hohe Preis- und Einkommenselastizität der Gemüsenachfrage, das Auf und Ab der Ernten sowie die geringe Lagerfähigkeit der meisten gartenbaulichen Erzeugnisse das Anbau- und Absatzrisiko ganz erheblich. Daher hat sich hier ein sehr bewegliches bäuerliches Unternehmertum entwickelt.

Der Hauptabsatz der heimischen Erzeugung erfolgt auf den überwiegend genossenschaftlich organisierten Großmärkten. Daneben hat sich aber auch ein leistungsfähiger Privathandel entwickelt, der vor allem die Belieferung der entfernten Konsumgebiete übernimmt. Richtungsweisend für die Absatzwirtschaft sind die Bestimmungen des Handelsklassengesetzes (1) und der dazu ergangenen Handelsklassenverordnung (2). Grundsätzlich soll nur noch sortierte Ware zum Markt kommen. Nach dem Gesetz zur Änderung des Handelsklassengesetzes (3) gelten bei sortierter Ware die den Handelsklassen entsprechenden Eigenschaften als zugesichert. Damit wird ein ganz besonderes Element der Stabilität und Sicherheit in das Obst- und Gemüsegeschäft hineingetragen. Für die Qualitätserzeugung und die Lieferung qualitätsverbürgter einheitlicher Ware ist ein weiterer Schritt vorwärts getan. Mängelrügen und andere Maßnahmen haben ihre gesetzliche Grundlage. Außerdem sind Erzeuger und Handel gehalten, sortierte Ware auch einwandfrei anzubieten.

Die seit 1956 im Grünen Plan gewährte Förderung für den Bau von Lager- und Kühlhallen für Obst, Gemüse und Kartoffeln sowie für entsprechende Sortier-

(1) vom 17.12.1951, BGBl. I, S. 970 in der Fassung vom 8.6.1955, BGBl. I, S. 266

(2) für frisches Obst und Gemüse vom 3.7.1955, Bundesanzeiger Nr. 127/55 sowie für Speisekartoffeln und Speisefrühhkartoffeln vom 20.10.1960, Bundesanzeiger Nr. 207/60.

(3) vom 8.6.1955, BGBl. I, S. 266.

einrichtungen sollte verstärkt fortgesetzt werden. Auch die Fortführung der von den Landwirtschaftskammern durchgeführten Qualitätskontrollen mit Unterstützung des Grünen Planes ist dringend notwendig. Es ist anzustreben, das regionale Angebot auf einige leistungsfähige Obst- und Gemüsegroßmärkte zu konzentrieren.

Im Gegensatz zu der stark genossenschaftlich organisierten Absatzwirtschaft im Obst-, Gemüse- und Gartenbau sowie in der Milchwirtschaft ist auf dem Gebiet des Getreides und der Viehwirtschaft in erheblichem Umfang der Privathandel beteiligt.

Die "erste getreideaufnehmende Hand" besteht aus Handelsfirmen, die meistens mit den großen Lager- und Speditionsfirmen am Rhein und den größeren Mühlen in enger Geschäftsverbindung stehen. Auch die Mälzereien sind zum Teil Erstaufnehmer.

Zur Behebung des Lagermangels und für eine rasche Aufnahme des Getreides beim Mähdrusch werden Getreidesilobauten und die Errichtung von Getreidetrocknungsanlagen im Grünen Plan seit 1957 gefördert. Auf diese Weise ist eine zentrale Lagerung und Behandlung des Getreides in den Hauptanbaugebieten wesentlich erleichtert. Für die überwiegend klein- und mittelbäuerlichen Betriebe entfällt dadurch die Notwendigkeit der Trocknung des Getreides auf dem Hofe und der Lagerhaltung. Außerdem werden die Gesamtkosten der Getreideerzeugung für die Erzeugung niedrig gehalten und Mängel der Lagerung ausgeschaltet. Für größere Betriebe wurden praktische Verfahren entwickelt, die eine Trocknung und Lagerung auf dem Hofe ermöglichen (1).

Besondere Förderung verdient auch weiterhin der Ausbau von Lager- und Tankeinrichtungen für Süßmostereien. Für diesen Verwendungszweck sind im Zinsverbilligungsprogramm der Bundesregierung Zuschüsse für die Verbilligung entsprechender Investitionskredite vorgesehen. Die Erweiterung von Tankraum für die Süßmostherstellung ist für die Aufnahme der heimischen Mostobsternte unerlässlich. Außerdem ist ein gleichmäßiger und in der Qualität verbesserter Absatz gewährleistet.

Auch in der Geflügel- und Eierwirtschaft sind weiterhin Förderungsmaßnahmen für eine Verbesserung der Absatzorganisation erforderlich. Mit der Förderung von Mustergeflügelstallungen als Beispielsanlagen auf dem Lande ge-

(1) C. H. Dencker, Getreidelagerung und -trocknung auf dem Hofe, Frankfurt/M. 1958, Hrsg. Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft.

hen verstärkte Bemühungen um Standardisierung der Eier einher. Es wird weiterer Anstrengungen bedürfen, bis der Qualitätsgedanke beim Verbraucher die traditionellen Vorstellungen vom frischen Landei verdrängt hat.

Zur Ausnutzung der betriebswirtschaftlichen Vorteile eines erhöhten Umtriebs wird die Errichtung von Geflügelschlachthanlagen nachhaltig gefördert. Diese Einrichtungen führen aus dem näheren Umkreis abgetriebenes Geflügel einer sofortigen Verwertung zu. Durch Vereinbarungen mit den Anlieferungsbetrieben kann der Typ der Ware genormt werden, so daß wesentliche Absatzverbesserungen möglich sind. Die Anwendung von Tiefkühlverfahren verlängert die Haltbarkeit und gestattet die Ausnutzung besonderer Marktlagen oder eine gewisse Vorratshaltung.

Für die heimische Tabakerzeugung ist die Förderung des Tabaktrockenschuppenbaues wertvoll. Damit wird die Herstellung von einwandfreien Rohtabaken gewährleistet, für deren Absatz bei der zu beobachtenden Nachfrage nach Naturtabaken recht günstige Voraussetzungen gegeben sind.

Auf dem Gebiet der Vieh- und Fleischwirtschaft wird der Ausbau der Viehversteigerungshallen als zentrale Umschlagsplätze fortgeführt. Die vielfach im Eigentum der regionalen Züchtervereinigungen stehenden Auktionshallen bieten geeignete Möglichkeiten für eine gegenseitige Einflußnahme der Marktpartner und für eine angemessene Preisbildung. Bei den Neubauten und beim Wiederaufbau kriegszerstörter Auktionshallen sind die Grundsätze sparsamer Bauausführung mit der Möglichkeit anderweitiger Benutzung zweckmäßig kombiniert. Dadurch ist eine kostenwirtschaftlich rationelle Ausnutzung der gegebenen Anlagen möglich.

Neben dem Hallenwesen kommt der modernen Absatzwirtschaft durch Marktbeobachtung hohe Bedeutung zu. Die erforderlichen Unterlagen werden von den Märkten, den sonst beteiligten landwirtschaftlichen Stellen, Verbänden, Firmen und Genossenschaften zusammengetragen. Wöchentlich werden an die zentrale Markt- und Preisberichtsstelle der deutschen Landwirtschaft in Bonn Berichte zur bundesgebietlichen Auswertung gegeben. Außerdem berichten die Landwirtschaftskammern über die Marktlage im allgemeinen und im engeren Bereich über ein Versandsystem oder durch die Fachpresse. Tägliche Meldungen werden auch über Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt. Hinzu kommen die Vorausschau der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Braunschweig-Völkenrode.

Für den aufgeschlossenen Landwirt ergeben sich aus diesen Marktbeobachtungen und -empfehlungen gute Möglichkeiten, sein Marktverhalten nach den

jeweiligen Gegebenheiten zu richten. Außerdem wird die Umstellung auf Konsumgewohnheiten, wie sie im Gemeinsamen Markt zu gewärtigen sind, erleichtert. Viele Landwirte reagieren jedoch auf Marktnachrichten nur sehr verzögert (1). Hier bietet sich für eine intensive Aufklärung durch die Verbände und den Beratungsdienst ein lohnendes Feld.

c) Absatzwerbung

Bei den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Trinkmilch-Markt als dem entscheidenden Markt innerhalb der Milchwirtschaft kommt einer verstärkten Werbung vorrangige Bedeutung zu. Diese hat in erster Linie die Verbrauchswünsche zu wecken. Die ständige Einflußnahme vertieft bestehende Beziehungen und verbreitert das Interesse. Dabei kommt es nicht nur darauf an, das Projekt selbst dem Konsumenten nahezubringen, sondern die Verbrauchswünsche zu Verbrauchsgewohnheiten zu entwickeln.

Der Milchverkauf an Haushalte ist und bleibt die vornehmlichste Absatzform in der Milchwirtschaft. Als weiteres Ziel praktischer Milchwerbung ist die Erschließung neuer Verbrauchsstätten außerhalb der Haushalte für den Milchverbrauch von Wichtigkeit. Hierbei spielt das Angebot von Frühstücksmilch in Betrieben und Schulen eine besondere Rolle. Weiterhin sollte auch der Milchverzehr in Gaststätten, Kantinen, Milchbars sowie an "Milchpilzen" oder ambulanten Schankstellen bei Massenveranstaltungen in der warmen Jahreszeit ausgebaut werden. Hauptsache ist hierbei, die durch Werbung hervorgerufenen Verbrauchswünsche über ein zweckmäßig aufgemachtes Angebot unmittelbar zu befriedigen.

Über allem steht die optische und akustische Milchwerbung unter Inanspruchnahme der modernen Kommunikationsmittel. Plakat, Inserat, Trickfilm, Werbefernsehen, Tonwerbung und andere Mittel sollten nach Möglichkeit intensiviert werden. Zur Förderung dieser als Einheitswerbung durchzuführenden Maßnahmen stehen namentlich aus der Umlage nach dem Milch- und

-
- (1) Hierzu wird auf die Erscheinung des Schweinezyklus verwiesen. Auf steigende Preise reagieren die Landwirte durch vermehrte Sauenzulassungen, wodurch in zeitlichem Abstand das Angebot steigt und dementsprechend die Preise nachgeben. Danach sinkt allmählich das Angebot, bis es die Nachfrage unterschreitet und der Preisanreiz zu einem neuen Zyklus führt. Vgl. hierzu A. Hanau, Die Prognose der Schweinepreise, Sonderhefte des Instituts für Konjunkturforschung, Nr. 18, Berlin 1930.

Fettgesetz ausreichende Mittel zur Verfügung. Mit diesen Mitteln kann auch die Arbeit des Landeswerbeausschusses verstärkt werden. Außerdem sollte die Tätigkeit des Vereins zur Förderung des Trinkmilchverbrauchs als Bundesorgan zur Verbesserung der Absatzverhältnisse der Trinkmilch stärker hervortreten.

Unter den Bedingungen des Gemeinsamen Marktes und stetig steigender Milcherzeugung ist ein verstärkter Trinkmilchabsatz zur Entlastung der Buttermärkte und zur Förderung einer hohen Milchverwertung wichtig.

Auch für den Wein, der noch eingehend betrachtet wird, ist die Werbung ein wesentlicher Faktor für künftige Absatzsteigerungen. Bei der geringen Markttransparenz auf dem Weinmarkt muß der Konsument mit seinem Nachfragegut bekanntgemacht und über die vielen Varianten zutreffend unterrichtet werden (1).

Um dem Verbraucher die Auswahl der Weine zu erleichtern, muß vornehmlich optische Werbung gezielt eingesetzt werden. Sie muß stärker als zum Beispiel bei der Milch informative und beratende Gestaltungselemente enthalten, da der Charakter des deutschen Weines erheblich differenziert und vom ausländischen Wein deutlich unterschieden ist. Neben der Gemeinschaftswerbung hat die Firmenwerbung einen maßgeblichen Platz. Sie baut auf dem Fundament der Gemeinschaftswerbung auf und dient somit als "Mittel des Wettbewerbs zwischen den Anbietenden um die Nachfrage" (2).

Beide Arten der Werbung sind mit Kosten verbunden, die bei dem gegenwärtigen Stand der allgemeinen Werbepaxis nur aus umfangreichen Mitteln bestreiten werden können. Für die bis jetzt geübten Finanzierungsmethoden der deutschen Weinwerbung bedeutet das einen grundlegenden Wandel, wenn die deutsche Weinwirtschaft bei den überlegenen Werbemethoden und Mitteln der ausländischen Weinwirtschaft und der sonstigen Getränkeindustrie nicht an Boden verlieren will. Zwar ist es denkbar, daß im Rahmen einer einheitlichen europäischen Weinwirtschaftspolitik gemeinsame Richtlinien für eine umfassende Weinwerbung unter Berücksichtigung der Besonderheiten einzelner Anbaubereiche festgelegt werden. Gegenüber der übrigen Getränkeindustrie und ihrem Werbeaufwand sollte jedoch eine den Verbraucher direkt ansprechende Werbung nicht vernachlässigt werden.

-
- (1) A. Gutowski, Der deutsche Weinbau, Manuskript einer im Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz entstandenen Arbeit, 1955, S. 160 ff.; die Veröffentlichung ist vorgesehen.
 - (2) W. Röpke, Maß und Mitte, Zürich 1950, S. 208.

Auch für die übrige Absatzwerbung gilt, daß der Landwirtschaft ein angemessener Anteil an der Verbraucherkaufkraft im Gemeinsamen Markt gesichert wird (1). Das ist der Landwirtschaft allein nicht möglich. Es ist Aufgabe einer wirkungsvollen Werbung, den Lebensmittelkonsum in geeigneter Form zu beeinflussen und damit für einen zügigen Absatz günstige Voraussetzungen zu schaffen. Wenn beim Absatz des Originalprodukts Absatzausweitungen nicht mehr möglich scheinen, muß versucht werden, über Sekundärprodukte den fehlenden Primärabsatz auszugleichen.

Verbraucheraufklärung ist ein besonderes Anliegen für zahlreiche Verbraucherorganisationen und Beratungsdienste. Hier wird vor allem auf Ausstellungen, Hausfrauentagungen, Pressekonferenzen und ähnlichen Veranstaltungen vorzügliche Breitenarbeit geleistet und den Verbrauchern die Eigenschaften und Qualitätselemente der Hauptnahrungsgüter nähergebracht. Diese Kenntnisse gehen dem modernen Menschen, namentlich der in die eigenverantwortliche Hauswirtschaft hereinwachsenden Generation mehr und mehr verloren.

Gerade im Gemeinsamen Markt werden Verbraucheraufklärung und Absatzförderung verstärkt darauf gerichtet sein müssen, die Bemühungen des Handels beim Absatz von rund 2 Milliarden DM deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Sekundärprodukte nachhaltig zu unterstützen.

4. Reorganisation in der Weinwirtschaft

a) Förderung des Deutschen Weincharakters

Seit längerem bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, welchem Weingeschmack die Weinerzeugung grundsätzlich folgen soll. Insbesondere hat die Einführung moderner Kellerei- und Behandlungsverfahren dieser Kontroverse neuen Auftrieb gegeben. Durch geeignete Methoden des Weinverschnitts und der Erhaltung von Restsüße während des Gärprozesses ist es möglich, den Geschmack des Weines zu beeinflussen. Behandelte Weine sind im Geschmack von einem naturreinen, durchgegorenen Wein grundverschieden. Die gegensätzliche Beurteilung behandelter und durchgezogener Weine beruht daher auf sehr realer Grundlage.

(1) im gleichen Sinne "Intensivierung ernährungswirtschaftlicher Absatzwerbung", in: Ernährungswirtschaft, Zeitschrift der deutschen Ernährungsindustrie, 1958, Heft 12, S.257.

Absatzwirtschaftlich gesehen bieten beide Weine gleiche Möglichkeiten. Der Naturwein findet seinen Absatz bei einem großen Kreis von Verbrauchern, die dem unverfälschten Charakter des Naturprodukts den Vorzug vor behandelten Weinen geben. Andererseits besteht eine starke Nachfrage nach lieblichen und süßen Weinen. Die Nähe zum Erzeugungsort spielt dabei keine Rolle, da sich beide Konsumentengruppen nah und fern von Anbaugebieten befinden. Zahlenmäßig überwiegt ohne Zweifel die Gruppe derjenigen Personen, die den mildgehaltenen Wein bevorzugen. Dieser Personenkreis ist gleichfalls für französische Weißweine aufgeschlossen. Der Konsum von Süd- und Dessertweinen beeinträchtigt den Weiß- und Rotweinverbrauch insofern nicht, als es sich nicht um Wein im landläufigen Sinne handelt, sondern um Süßgetränke, die im Typ den Spirituosen nahekommen. Sie haben nur Anteil am allgemeinen Konsum und nehmen dabei nur eine untergeordnete Stellung ein. Der nach dem Kriege und auch noch Jahre später beobachtete Konsum des Wermutweins beruhte auf seinem unvergleichlichen Wettbewerbsvorsprung hinsichtlich der Preiswürdigkeit und dem Fehlen deutscher Weine zu annehmbaren Preisen. Mit zunehmender deutscher Produktion, wie zum Beispiel 1959, und erleichteter Einfuhr französischer Weißweine dürfte sich der Wermutkonsum normalisieren.

Unter den Weinen bestehen, wie gesagt, Annäherungen im Typ zwischen französischen süßen Weißweinen und dem deutschen behandelten Weißwein. Im Gegensatz dazu nimmt der naturreine deutsche Wein eine Sonderstellung ein. Für den Absatz deutscher naturreiner Weine, vor allem aus guten Lagen, sind weder in Deutschland noch in den Ländern der EWG Schwierigkeiten zu erkennen. Der behandelte deutsche Wein wird sich in zunehmendem Maße namentlich der Konkurrenz der französischen Weißweine gegenübersehen. Es kommt nun darauf an, durch Erhaltung des deutschen Weincharakters ein Unterscheidungsmerkmal zu schaffen, wodurch die Position des deutschen behandelten Weines auf dem Weinmarkt gestärkt wird und die Voraussetzungen für einen umfassenden Absatz geschaffen werden (1).

Bei diesen Bemühungen wird davon ausgegangen, daß der nach dem Kriege eingetretene Geschmackswandel nunmehr beendet ist. Das heißt jedoch nicht,

-
- (1) Die Kommission der EWG führt in ihren Vorschlägen für die gemeinsame Agrarpolitik hierzu aus, daß die in Deutschland und Luxemburg gewonnenen Weine im wesentlichen Weißweine sind, die es in dieser Art in den übrigen Ländern praktisch nicht gibt (EWG-Drucksache VI/Kom (59) 140, Teil III, Kap. Wein).

daß sich für die Mehrzahl der deutschen Weine in Zukunft größere Absatzchancen bieten als bisher. Fast 80 vH der deutschen Weine haben keinen ausreichenden Zuckergehalt, dafür aber viel Säure, die einen Konsum unmöglich macht. Der hohe Zuckergehalt der Weinernte 1959 ist eine Ausnahme. Für einen befriedigenden Absatz ist also die Kellerbehandlung unbedingt erforderlich. Wichtig ist hierbei, eine Annäherung an ausländische süße Weine zu vermeiden. Der dem deutschen Wein eigene Charakter sollte auch durch die Kellerbehandlung unverändert erhalten bleiben. Dann ist es auch möglich, daß deutscher und ausländischer Weißwein als im ökonomischen Sinne verschiedene Güter aufgefaßt werden und daß ein Preisunterschied zwischen beiden als selbstverständlich angesehen wird. Damit ist nicht dem Naturwein schlechthin das Wort geredet. Nur der reife Naturwein wird vom Markt aufgenommen, alle anderen Weine sollten geschmacklich abgerundet werden.

Die Arterhaltung bei gleichzeitiger Ausnutzung der technischen Möglichkeiten zur Geschmacksverbesserung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Weines auf dem Gemeinsamen Markt (1). Die Bemühungen des Berufsstandes und der Weinwirtschaft verdienen in dieser Hinsicht Förderung.

b) Vereinheitlichung der Weinsorten

Unter den besonders förderungswürdigen Maßnahmen sollte eine zusammenfassende und vereinheitlichende Bezeichnungsweise vorrangig Berücksichtigung finden. Die Namengebung der Weine in Deutschland stammt überwiegend aus dem Mittelalter und erklärt sich aus den unterschiedlichen Wachstumsbedingungen der einzelnen Lagen und dem Bedürfnis des konsumnahen Marktes nach präziser Information. In der Regel wird der Wein im Erzeugungsgebiet verzehrt, und nur ein Bruchteil wird nach entfernten Gegenden in Verkehr gebracht. Der ortsnahe Verbraucher ist aber an einer genauen Lagebezeichnung weit stärker interessiert als der Normalverbraucher im erzeugungsfernen Absatzgebiet. Für die Absatzwerbung im lokalen Bereich hat die Lagebezeichnung oftmals entscheidende Bedeutung. Demgegenüber spielt die Lagebezeichnung bei der Absatzwerbung im entfernten Konsumgebiet nur eine untergeordnete Rolle.

Es ergibt sich also die Frage, ob es zweckmäßig ist, die etwa 12.000 gegenwärtig noch registrierten Lagennamen auch weiterhin bezubehalten. Häu-

(1) A. Gutowski, a.a.O., S. 114.

fig wird von der im Weingesetz (1) vorgeschriebenen Ausnahme Gebrauch gemacht und zur Anwendung von Sammelgemarkungs- und Sammelagennamen übergegangen. Gemäß § 2 WeinG kann der Name einer Lage, die zu zwei Gemarkungen gehört, auch für Weine benachbarter oder nahegelegener Lagen verwendet werden, wenn diese Weine dem Typus der namengebenden Lage gleichartig oder gleichwertig sind. Als nahegelegenen werden dabei alle Lagen im Umkreis von 12 Kilometern angesehen. Von solchen Sammel- oder Gattungslagen werden bereits weit über 100 gezählt. Das Bedürfnis nach räumlich umfassenden Bezeichnungen als Lagennamen ist also unverkennbar. Ihm kann aber durch den Gattungsnamen nicht voll entsprochen werden, da in der Bezeichnung meistens ein bestimmter Ortsname für Erzeugnisse aus Lagen im sehr weiten Umkreis herangezogen wird. Mit Recht spricht Gutowski von einer legalisierten Vorspiegelung falscher Tatsachen (2).

Auch Sammelgemarkungsnamen mit der Bezeichnung des nach Menge und Güte des Gewächses als Zentrum anzusprechenden Ortes entsprechen nicht der Bezeichnungswahrheit und genügen nicht den Anforderungen, die an eine ordnungsgemäße und zutreffende Bezeichnungsform zu stellen sind.

Es sind Beispiele bekannt, in denen Weinbaugemeinden auf der Grundlage der Ortssatzung zu Bezeichnungsvereinfachungen geschritten sind, bei denen die Zahl der früheren Lagennamen um mehr als die Hälfte verringert wurde. In dieser Zusammenlegung von Lagen ist eine der wesentlichsten Möglichkeiten zu sehen, die Zahl der Weinbezeichnungen zu begrenzen. Für eine erfolgreiche Weinwerbung als Voraussetzung für einen vorteilhaften Weinabsatz im In- und Ausland sind diese Maßnahmen gleichermaßen wichtig. Von dieser Vereinfachung werden die Namen der alten, eingeführten Qualitätslagen nicht berührt.

Von der Möglichkeit der Zusammenlegung von Lagen und der Vereinheitlichung der Lagennamen wird in den deutschen Weinbaugebieten bisher noch zu wenig Gebrauch gemacht, während sie in anderen Weinbauländern schon lange durchgeführt ist. Gegenüber den Sammelgemarkungsnamen sind die Großlagennamen hinsichtlich der umfassenden Bezeichnungsweise unterlegen.

Als Zwischenlösung vermochte der von manchen Gemeinden eingeführte Gemarkungseinheitsname ebenfalls nicht zu befriedigen. Gedacht ist hier an das

(1) Weingesetz vom 25. 7. 1930, RGBI. I, S. 356, mehrfach geändert, zuletzt am 4. 6. 1957, BGBl. I, S. 595.

(2) A. Gutowski, a. a. O., S. 148.

Beispiel von Traben-Trarbach, das bei gegebenem Anlaß allen Winzern und Weinhändlern gestattet, Weine aus der Gemarkung Traben-Trarbach mit einem einheitlichen Namen zu bezeichnen.

Mit Recht wird vorgeschlagen, einheitliche Namen für geschlossene Weinbaubezirke und -gebiete zu schaffen. Die Verwendung solcher Namen erleichtert den Absatz von behandelten Weinen und ermöglicht es den Erzeugern, gute Naturweine wie bisher mit dem Lagenamen zu versehen. Gerade für den Export würde die Anwendung einheitlicher Gebietsnamen zweckmäßig sein.

Auch gegenüber Phantasienamen hat der Bezirks- oder Gebietsname den Vorsprung größerer Wahrheit. Phantasiebezeichnungen sind nach dem Weingesetz nicht unzulässig, soweit eine geographische Herkunftsbezeichnung unterbleibt. Gelegentlich sind Phantasienamen absatzpsychologisch wirksam und haben bedeutende Umsatzsteigerungen erzielen können. Trotzdem ist aus grundsätzlichen Erwägungen der Phantasienamen insoweit abzulehnen, als er besser durch ursprungswahre Bezirks- oder Gebietsnamen ersetzt werden kann.

Besonders förderungswürdig erscheint die Einführung von Bezirks- und Gebietsnamen im Zusammenhang mit der Schaffung von Gebietswinzergenossenschaften, für deren Gründung und Ausbau gegenwärtig im Grünen Plan bedeutende Mittel bereitgestellt werden. Mit der Verwendung umfassender Bezeichnungen kann außerdem ein wesentlicher Beitrag zur Sortenvereinheitlichung und Standardisierung der Weine geleistet werden. Dadurch ist eine Festigung des deutschen Weinabsatzes unter den Bedingungen des Gemeinsamen Marktes besonders gut zu erreichen.

c) Verbesserung der Absatzorganisation

Zu den wesentlichsten Maßnahmen für eine durchgreifende Rationalisierung und Kostensenkung in der Weinwirtschaft gehört die Verbesserung der Absatzorganisation. Insbesondere bedürfen Zahl und Umfang der bisherigen Handelsfunktionen einer eingehenden Überprüfung (1).

Die Funktion der Raumüberbrückung ist vom Handel nicht zu trennen. Andererseits kann dem Konsumenten das Recht des Direktkaufs beim Erzeuger nicht genommen werden. Ohne Zweifel ergeben sich für Erzeuger und Abnehmer aus dem Direktverkauf gewisse Vorteile, die vom Handel nicht überschätzt werden sollten. Der größte Teil des außerhalb des Konsumgebietes in Ver-

(1) A. Gutowski, a. a. O., S. 117.

kehr gebrachten Weines findet seinen Weg über Privat- oder Genossenschaftshandel. Hierbei sind Sortimentierung und Markterschließung Aufgaben, die nur durch einen leistungsfähigen Handel bewältigt werden können. Wirksame Unterstützung bieten dabei geeignete Maßnahmen der Werbung, von denen schon gesprochen worden ist.

Eine Rationalisierung beim Weinabsatz hat zweckmäßig mit einer Vereinfachung in der Lagerhaltung, das heißt beim Sortiment, zu beginnen. Voraussetzung hierfür ist eine Vereinfachung der Weinnamen, die oben schon nachdrücklich gefordert war. Eine Begrenzung der Lagerhaltung durch Vereinfachung der Sorten trägt wesentlich zu einer Beschleunigung der Umsatzgeschwindigkeit und damit zu einer Verbesserung der Umsatzgewinne bei. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit sollte die Lagerhaltung auf den Großhandel beschränkt bleiben. Für die Verteilerstufe und für die Abnehmer wird dadurch eine umfangreiche Kapitalbindung auf längere Zeit vermieden. Das schließt aber eine Einlagerung bei leistungsfähigen Betrieben zur Ausnutzung künftiger Gewinne nicht aus. Für die Masse der Konsumweine dürften derartige Gesichtspunkte jedoch entfallen. Ferner ist zu bedenken, daß eine Vereinheitlichung der Lagebezeichnungen und eine Vereinfachung der Lagerhaltung die Risiken des Weinhandels und das Einkaufsrisiko des Verbrauchers wesentlich herabsetzen. Entsprechende Maßnahmen verdienen daher vorrangige Berücksichtigung bei der Förderung des Weinabsatzes.

Auch innerhalb der Handelsstufen sind durchgreifende Rationalisierungsmaßnahmen möglich. Für den Erzeuger wird in Anbetracht der kapitalintensiven Kellereimethoden Lagerung und Behandlung von Wein in Zukunft weitgehend unmöglich sein. Diese Aufgaben werden mehr und mehr von den Gebietswinzergenossenschaften übernommen, da auch die örtlichen Winzergenossenschaften kaum dazu in der Lage sind. Soweit im Erzeugergebiet Weinhandel ansässig ist, steht dieser im Wettbewerb mit den Genossenschaften. Vielfach stehen die Weinhändler im Erzeugergebiet in engen Geschäftsbeziehungen zu Weinhandelsfirmen im Verbrauchergebiet. Diese meist alteingesessenen und kapitalstarken Handelsfirmen sind vielfach auch im Exportgeschäft tätig und haben ihre Organisation weitgehend den neuzeitlichen Bedürfnissen angepaßt. Ihre Kellerei-, Lager- und Absatzeinrichtungen entsprechen meistens den gestiegenen Anforderungen.

Die Erzeugerschaft und ihr verlängerter Arm, die Genossenschaften, haben an dieser Entwicklung nicht in gleichem Umfang teilgenommen. Ihnen fehlt, von den begrenzten Absatzmöglichkeiten zu Großabsatzgenossenschaften abge-

sehen, ein eigenes Absatzgebiet. Für Bezirks- oder Gebietswinzergenossenschaften sind diese Möglichkeiten eher gegeben.

Es ist daher nicht von ungefähr, daß im Grünen Plan 1958 erstmals in erheblichem Umfang Mittel für die Förderung und für den Ausbau von Gebietswinzergenossenschaften vergeben worden sind. Nach den Richtlinien (1) sollen die Zuschüsse dazu beitragen, die Kellerwirtschaft der Weinbaubetriebe zu fördern. Mit den geplanten Maßnahmen muß eine Senkung der Produktionskosten verbunden sein. Gleichzeitig soll eine Verbesserung der Weinqualität erreicht werden. Als besonders förderungswürdig werden anerkannt die Gründung, Erweiterung und Zusammenlegung bestehender Winzer- und Gebietswinzergenossenschaften sowie die Verbesserung und Erweiterung bestehender Kellereieinrichtungen bei diesen Genossenschaften. Voraussetzung für die Zuschußgewährung ist die Wirtschaftlichkeit der geplanten Investitionen. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist von der Kapazitätserweiterung und den von den Winzern vertraglich abzunehmenden Erntemengen nach Rebfläche, Trauben und Most auszugehen.

Mit diesen Maßnahmen wird die seit längerem als notwendig empfundene Konzentration auf der unteren Absatzstufe nachhaltig gefördert. Für die Masse der Erzeuger sind diese Vorhaben äußerst wertvoll. Auch für den Absatz ergeben sich vermehrte Möglichkeiten, wobei die Vereinheitlichung der Sorten mit dieser Maßnahme zweckmäßig kombiniert werden kann. Außerdem wird damit auch eine Verkürzung der Handelswege und Senkung der Handlungskosten erreicht werden. Weitere Kostensenkungen durch Rationalisierung der Absatzwege können erwartet werden, wenn eine Markttransparenz erzielt wird, welche dem Konsumenten die Auswahl bei Wettbewerbspreisen und unterschiedlichen Güteklassen ermöglicht. Dabei erfüllt der Preis noch mehr seine selektive Funktion als bisher, so daß unwirtschaftliche und verteuernde Handelswege fortfallen. Der Aufschlag im Dienstleistungsgewerbe wird davon nicht berührt.

Die mit der Rationalisierung in der Weinwirtschaft verbundene Kostensenkung wird dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Weinbaues im Gemeinsamen Markt zu erhöhen. Eine Förderung der Maßnahmen in der vorbezeichneten Weise steht erkennbar nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Vertrages, so daß einer einstweiligen Fortsetzung nichts im Wege steht. Insbesondere wird die eigene Initiative und die Selbsthilfe der Weinwirtschaft wesentlich unterstützt, so daß die Förderung sichtbar den Charakter einer **Starthilfe** erhält.

(1) Der Grüne Plan 1958, Hrsg. Bundesernährungsministerium, S. 299.

ZUSAMMENFASSUNG

Agrarförderung gehört von jeher zu den wesentlichen Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik. Im reinen Agrarstaat war sie zentrale Aufgabe der staatlichen Wirtschaftsförderung. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Verlauf des 19. Jahrhunderts hat die Agrarförderung zunehmend im Rahmen der Außenhandelspolitik an Bedeutung gewonnen. Sie dient hier dem Schutz der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Agrarerzeugung gegenüber den landwirtschaftlichen Ausfuhrländern, die durch Standortsvorteile oder besonders fortgeschrittene Landwirtschaftstechnik den Wettbewerb am Markt sehr verschärft haben.

Nach dem zweiten Weltkrieg war die Agrarförderung zunächst auf die Beseitigung der Kriegsschäden in der Landwirtschaft und auf eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion gerichtet. Das Landwirtschaftsgesetz von 1955 verpflichtet die Bundesregierung zur schrittweisen Beseitigung der Disparität des Einkommens in der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftszweigen. Der Grüne Plan ergänzt mit seinen gezielten Maßnahmen die herkömmliche Agrarförderung im Rahmen der Aufgaben von Bund, Land und Gemeinden. Die Haushaltspositionen, in denen die erforderlichen Förderungsmittel bereitgestellt werden, haben sich im letzten Jahrzehnt zu einem kaum überschaubaren Wirkungszusammenhang verdichtet. Dasselbe gilt für die geldwerten Vergünstigungen, zum Beispiel im Steuerrecht.

Allein im Bundeshaushalt 1959 werden die zur Förderung der Wirtschaft eingesetzten finanziellen Leistungen und geldwerten Vergünstigungen vom Bundesministerium für Finanzen mit rund 5 Milliarden DM oder einem Achtel des gesamten Bundeshaushalts beziffert. Nicht erfaßt ist ein Teil der sogenannten unsichtbaren Subventionen, wie zum Beispiel Schutzzölle oder Abschöpfungsbeträge bei der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die der Schätzung weitgehend entzogen sind und nur nach umfangreichen Sondererhebungen ermittelt werden können.

Die Landwirtschaft im Bundesgebiet ist an dieser Förderung mit 2,5 Milliarden DM beteiligt; darin sind 1,9 Mrd. DM sichtbare Leistungen enthalten. Auf Rheinland-Pfalz entfallen schätzungsweise 7 vH oder rund 140 Millionen DM.

Zu diesen Leistungen treten die Ausgaben des Landes im Rahmen der regionalen Wirtschaftspolitik und der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die besonderen Verhältnisse von Rheinland-Pfalz stellen Parlament und Verwaltung vor umfangreiche und schwierige Aufgaben. Während im Bundesgebiet rund 14,7 vH

der Berufszugehörigen der Land- und Forstwirtschaft angehören, beträgt dieser Anteil in Rheinland-Pfalz etwa 30 vH. Der Anteil der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz am Nettoinlandsprodukt ist von 16 vH im Jahre 1950 bis auf 12 vH im Jahre 1958 abgesunken.

Das Zurückbleiben der Landwirtschaft an der Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz ist durch die natürlichen Grenzen der landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten und die kleinbäuerliche Besitzstruktur mit weitgehender Flurzersplitterung bedingt. Die durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebsgröße in Rheinland-Pfalz erreicht mit 4 Hektar knapp die Hälfte des Bundesdurchschnitts. Dabei besteht der Betrieb aus durchschnittlich dreißig Teilstücken. Eine Steigerung der Produktionsleistung zur Verbesserung der Produktivität ist unter diesen Umständen kaum möglich.

Die Anstrengungen von Bund, Land und Gemeinden sind nach Beseitigung der größten Kriegsschäden seit etwa 1954 darauf gerichtet, die Mängel der Agrarstruktur in Rheinland-Pfalz durch Flurbereinigung, Siedlung und andere ländeskulturelle Maßnahmen zu beseitigen. Im Vordergrund wasserwirtschaftlicher Maßnahmen steht die Versorgung der ländlichen Gemeinden mit fließendem Wasser, die Abführung und Behandlung der Abwässer sowie der dringend notwendige Wirtschaftswegebau. Die Bemühungen der Landwirtschaft bei der Rationalisierung von Erzeugung und Absatz sowie zur Verbesserung von Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden durch die Agrarförderung nachhaltig unterstützt. Eine intensive Ausbildung und Beratung soll den allgemeinen Bildungsstand heben und das Fachwissen vertiefen. Für den Ausbau der ländlichen Stromversorgung, für landwirtschaftliche Baumaßnahmen und für den Landarbeiterwohnungsbau werden in großem Umfang Zuschüsse und zinsgünstige Kredite gewährt. Eine umfassende Altershilfe für Landwirte sowie eine intensiv geförderte soziale Betreuung auf dem Lande tragen wesentlich zur Verbesserung der ländlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse bei. Besondere Anstrengungen des Landes sind darauf gerichtet, die Besitzfestigung der landwirtschaftlichen Betriebe durch den geschlossenen Hofübergang im Rahmen der Höfeordnung des Landes zu fördern.

In dieser konzentrierten Agrarförderung hat die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz in dem Jahrzehnt von 1949 bis 1960 durch Bund, Land, Kreise, Gemeinden und Organisationen rund 2,5 Milliarden DM erhalten. Davon entfallen 1,5 Milliarden DM auf Zuschüsse und rund 1 Milliarde DM auf Kredite.

Besonders hervorzuheben sind die Leistungen der Gemeinden bei der Durchführung wasserwirtschaftlicher und wegebaulicher Maßnahmen. Von den Land-

kreisen ist vor allem das landwirtschaftliche Fachschul- und Berufsfachschulwesen gefördert worden. Die Landwirtschaftskammern haben besonders bei produktionsfördernden Maßnahmen mitgewirkt. Auf dem Gebiet von Aufklärung und Beratung ist die aktive Beteiligung der Berufsverbände hervorzuheben. Als besondere Leistung der am Agrarkredit beteiligten Banken findet die Tatsache Anerkennung, daß nahezu die Hälfte der mit öffentlichen Hilfen verfügbar gemachten Kredite von den Agrarkreditinstituten des Landes bereitgestellt worden ist.

Von der gesamten Agrarförderung in Rheinland-Pfalz während der Jahre 1949 bis 1960 entfallen auf:

Erzeugungsförderung	30,4 vH
Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur (Flurbereinigung, Siedlung, Besitzfestigung usw)	25,3 vH
Wasserwirtschaftliche und Wegebau- maßnahmen	24,1 vH
Absatzförderung	14,6 vH
Ausbildung und Beratung	5,5 vH

In dieser Förderung beträgt der Einsatz öffentlicher Mittel im Grünen Plan für Rheinland-Pfalz:

1956	60 Millionen DM
1957	113 " "
1958	127 " "
1959	128 " "
1960	165 " "

Der Gemeinsame Markt stellt die Agrarförderung vor neue Aufgaben. Durch die Niederlegung der Handelsschranken unter den sechs Mitgliedstaaten nach den Vorschriften des Vertrages über die EWG von 1957 wird in Westeuropa ein einheitlicher Markt für 165 Millionen Menschen geschaffen. Rohstoffvorkommen und natürliche Energiequellen in Westeuropa und den assoziierten Gebieten begünstigen eine verarbeitungsintensive Wirtschaftsstruktur. Eine Reihe leistungsfähiger Industrien arbeitet für den Export. Die Nahrungsmittelversorgung durch die Landwirtschaft der EWG ist auf einigen Märkten ausreichend, läßt aber vor allem für Getreide, Öle und Fette, Zucker und Südfrüchte Raum für Einfuhren. Eine Autarkie wird nicht angestrebt. Für die traditionellen Handelsverbindungen bestehen somit keine wesentlichen Gefahren. Im übrigen zeigt die Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten ein stetiges natürliches

Wachstum bei einer jährlichen Zunahme von etwa 1 vH. Außerdem schafft die Erschließung wirtschaftlich unentwickelter Gebiete innerhalb der EWG zusätzlich Kaufkraft, so daß auf längere Sicht mit einer anhaltenden Wirtschaftsexpansion bei Zuwachsraten von etwa 4 - 6 vH gerechnet werden kann.

Diese Entwicklung läßt erwarten, daß die landwirtschaftliche Erzeugung mit jährlichen Zuwachsraten von etwa 2 - 3 vH im langfristigen Durchschnitt mühelos vom Markt aufgenommen wird. Voraussetzung ist eine gemeinsame landwirtschaftliche Markt- und Preispolitik, die eine Überproduktion wirksam verhindert.

Aus dem Vergleich mit dem Nahrungsmittelverbrauch je Kopf in den USA, dem unser Nahrungsmittelverbrauch langfristig zustrebt, lassen sich erhebliche Marktreserven, vor allem für mageres Fleisch, Geflügel, Feingemüse und Milchderivate erkennen. Besondere Aussichten haben alle Nahrungsmittel des gehobenen Bedarfs, wenn zum Beispiel darin Dienstleistungen eingebunden sind, die den Erzeugnissen eine große Konsumreife verleihen.

Für die Landwirtschaft ergeben sich daraus eine Reihe wichtiger Konsequenzen. Die Zeit autonomer nationaler Agrarpolitik ist vorbei. Künftige Zielsetzungen werden gemeinsam von den Mitgliedstaaten getroffen. Vornehmstes Anliegen der gemeinsamen Agrarpolitik wird es sein, das Agrarpreisniveau in der EWG durch eine behutsame Preispolitik schrittweise einem Gleichgewicht zuzuführen, so daß die Landwirtschaft ein angemessenes Einkommen erhält und vor ungesunden Erschütterungen bewahrt bleibt. Gemeinsame Marktordnungen, langfristige Anbau- und Lieferverträge sowie eine Angleichung der einschlägigen Rechtsvorschriften erleichtern den allmählichen Übergang zur Ordnung durch Wettbewerb. Ergänzende Maßnahmen in den einzelnen Ländern unterstützen den Anpassungsprozeß der Landwirtschaft an die Bedingungen des Gemeinsamen Marktes. Die angestrebte Verkürzung der Übergangszeit für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist besonders geeignet, Wettbewerbsverschiebungen bei der auf landwirtschaftlichen Erzeugnissen aufbauenden Ernährungsindustrie durch Synchronisierung von Außenzoll-Aufbau und Binnenzoll-Abbau zu verhindern.

Neben markt- und preispolitischen Maßnahmen kommt der Entwicklung agrarischer Passivräume durch Maßnahmen zur Verbesserung der bestehenden Agrarstruktur in Verbindung mit einer koordinierten regionalen Wirtschaftspolitik besondere Bedeutung zu. Auf diese Weise können regionale Disparitäten zwischen landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Einkommen wirksam beseitigt werden.

In Rheinland-Pfalz steht allen Maßnahmen voran die Flurbereinigung und die beschleunigte Zusammenlegung. Es wird angestrebt, während der im EWG-Vertrag vorgesehenen Übergangszeit bis etwa 1970 rund 300.000 ha umlegungsbedürftige Fläche so zu sanieren, daß leistungsfähige Betriebseinheiten auf weitgehend arrondierten Flächen entstehen. Dazu muß die jährliche Leistung der Flurbereinigung auf etwa 40.000 ha gesteigert werden.

Der einsetzende Strukturwandel in Rheinland-Pfalz stellt rund 150.000 landwirtschaftliche Kleinbetriebe vor die Lösung der Betriebsgrößenfrage. Die anzustrebende Betriebsgröße von etwa 15 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche kann allenfalls von einem Viertel der Betriebe erreicht werden. Für die bei diesem Umstellungsprozeß freiwerdenden Arbeitskräfte müssen durch eine sinnvolle Industrieansiedlung auf dem Lande lohnende und möglichst wohnsitznahe Arbeitsplätze geschaffen werden. Dadurch könnte die angestammte Heimstatt in vielen Fällen beibehalten werden und eine weitere unerwünschte Abwanderung in die industriellen Ballungszentren unterbleiben.

Eine Förderung strukturalphabetischer Maßnahmen durch die EWG ist an die Voraussetzung gebunden, daß das Vorhaben Teil eines umfassenden Sanierungsprogrammes ist, welches seinerseits abgestimmt sein muß mit einer intensiven Industrie- und Verkehrsförderung im Rahmen einer koordinierten regionalen Wirtschaftspolitik. An der Fortführung der Regionalen Förderungsprogramme, die seit 1951 unter Einsatz von bisher rund 100 Millionen DM Bundes- und Landesmitteln zur Entwicklung der Wirtschaftskraft in den Grenz- und Notstandsgebieten von Rheinland-Pfalz beigetragen haben, besteht daher ein dringendes Interesse.

Die bereits seit 1956 im Grünen Plan geförderte Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe außerhalb der Flurbereinigung in die Feldmark zur Auflockerung der Ortskerne und Ausdehnung der Althofstellen im Dorf wird verstärkt fortgesetzt. Die eigenen Anstrengungen der Landwirte für eine Strukturverbesserung werden durch die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen zum Beispiel für Aufstockungen, freiwilligen Landtausch, Aufforstung von Grenzböden und Baumaßnahmen auf Altstellen wirksam unterstützt. Für die Wirtschaftsberatung stellt sich die Aufgabe, bei den notwendigen Umstellungen in der Betriebsorganisation darauf hinzuwirken, daß die natürlichen Standortvorteile in der Erzeugung voll zur Auswirkung gelangen und daß die Veredlungswirtschaft planmäßig auf die Anforderungen des Gemeinsamen Marktes eingerichtet wird.

Rund 50.000 Weinbaubetriebe und etwa 20.000 Betriebe des Obst-, Gemüse- und Gartenbaues sowie mit Sonderkulturen sind im Gemeinsamen Markt einem

verstärkten Wettbewerb ausgesetzt. Für diese Betriebe ist die Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse nach Standards und Güteklassen Voraussetzung für ihr Verbleiben im Markt. Die Agrarförderung wird entsprechende Maßnahmen, besonders eine Konzentration des Angebots in einigen wenigen leistungsfähigen Großmärkten, wirksam unterstützen.

Im Weinbau ist eine durchgreifende Reorganisation unerlässlich. Der Sortenwirrwar muß einigen marktsicheren Standardsorten weichen. Daneben bleibt für Spitzenweine aller Geschmacksrichtungen ausreichender Entfaltungsspielraum. Auch der Weinhandel und die Weinwerbung werden sich auf die veränderten Verhältnisse einstellen.

Besondere Anstrengungen der Agrarförderung werden auf eine gezielte Verbraucheraufklärung und Verbraucherwerbung gerichtet sein, um dem Absatz der heimischen Landwirtschaft in der Größenordnung von schätzungsweise 2 Milliarden DM und mit einer Fülle hochwertiger Spezialerzeugnisse bei dem verschärften Wettbewerb des Gemeinsamen Marktes einen angemessenen Marktanteil zu sichern.

In der zurückliegenden Zeit haben sich die bäuerliche Selbsthilfe und der feste Wille zur eigenen Leistung immer wieder als tragende Kraft der Agrarförderung erwiesen. Das gilt besonders im Bereich der bäuerlichen Familienbetriebe, die das Fundament unserer Landwirtschaft sind. Zu den wesentlichen Zielen der Agrarförderung wird es daher stets gehören, die im Bauerntum ruhenden eigenen Kräfte zu fördern und zu pflegen.

Dank der vielseitigen Produktionsmöglichkeiten der heimischen Landwirtschaft und der erkennbaren Bereitschaft zur Leistung wird es den Betrieben unter dem Einfluß einer nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichteten Agrarförderung möglich sein, die gegenwärtigen Strukturprobleme zu meistern, ihre Wettbewerbsfähigkeit im Gemeinsamen Markt zu verbessern und erfolgreich an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung teilzunehmen.

LITERATURVERZEICHNIS

A. Monographien und Lehrbücher

- Abel, W. Agrarpolitik, Grundriß der Sozialwissenschaften, Band 11, Göttingen 1951
- Abel, W. Agrarkrisen, Landwirtschaftlicher Forschungsdienst, Sonderheft 16, Berlin 1942
- Achter, H. Wirtschaftliche und soziale Probleme eines Dauer-
notstandsgebietes im westlichen Hunsrück, landw.
Diss. Bonn 1952
- Albrecht, G. Sozialpolitik, Göttingen 1955
- Armbruster, H. Wandlungen des Reichshaushaltsrechts, Stuttgart 1939
- Armbruster, H.,
Engel, E. Handbuch der Montanunion, Frankfurt 1953
- Baade, Fr. Brot für ganz Europa, Hamburg 1952
- Baade, Fr. Die deutsche Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt,
Baden-Baden 1958
- Boerckel, W. Einfuhr- und Vorratsstellen als Mittel der Agrarpoli-
tik, staatsw. Diss. Mainz 1958
- Bosch, W. Rheinland-Pfalz, Eine Analyse seiner wirtschaftlichen
Struktur, Band I und II, Untersuchung des Forschungs-
instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz,
1957
- Bosch, W. Eifel, Hunsrück und Oberwesterwald, Studie des For-
schungsinstituts für Wirtschaftspolitik der Universität
Mainz, 1956
- Bresciani-Turroni, C. Einführung in die Wirtschaftspolitik, Bern 1948
- Brinkmann, Th. Die Ökonomik des landwirtschaftlichen Betriebes,
Grundriß der Sozialökonomie, Abt. VII, Tübingen
1922
- Buchenberger, A. Agrarwesen und Agrarpolitik, Leipzig 1893
- Buchenberger, A. Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung zur
Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes, Schriften
des Vereins für Sozialpolitik, Band 27, 1884, S. 30 ff.
- v. Cypriacy-Wantrup, S. Agrarkrisen und Stockungsspannungen, Berichte über
Landwirtschaft, Sonderheft 122, Berlin 1936
- Dams, Th. Industrieansiedlung in ländlichen Entwicklungsräumen,
Berichte über Landwirtschaft, XXXV, Hamburg 1957,
Heft 1

- Dencker, C. H. Getreidetrocknung und Lagerung auf dem Hof, Hrsg. Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, Frankfurt 1958
- Digby, M. and Agricultural Co-operation in the United Kingdom, Gorst, Sh. Oxford 1957
- Emmerich, W. Die Welthandels-Charta, Hamburg 1950
- Eucken, W. Die Grundlagen der Nationalökonomie, Bad Godesberg 1950
- Eucken, W. Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hrsg. von E. Eucken-Erdsiek und K. P. Hensel, Tübingen 1952
- v. Frauendorfer, S. Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und der Agrarpolitik, München 1957, Band I (Frauendorfer); Band II, München 1958 (Haushofer)
- Gutenberg, E. Grundlage der Betriebswirtschaftslehre, Band I, 5. Aufl. 1960; Band II, 3. Aufl. 1959; Göttingen/Heidelberg
- Gutowski, A. Der deutsche Weinbau, Manuskript einer im Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz entstandenen Arbeit, 1955; zur Veröffentlichung vorgesehen
- Haever, L. Die Absatzmärkte für Milch und flüssige Milcherzeugnisse und die Möglichkeiten zur Absatzsteigerung in Deutschland; Diss. Graz 1958
- Hartmann, Rüd. Höfeordnung in Rheinland-Pfalz, Kommentar, Mainz 1954
- Hebel, E. Möglichkeiten industrieller Neuansiedlungen in der Pfalz, staatsw. Diss. Mainz 1953
- Herzog, G. Die deutschen Sektkellereien, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung für den deutschen Weinbau, staatsw. Diss. Mainz 1954
- Henzler, R. Genossenschaftswesen, Hamburg 1953
- Huber, E. R. Wirtschaftsverwaltungsrecht, Düsseldorf 1953
- Imhoff, L. P. GATT, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Kommentar, 1952, München-Berlin
- Isbary, G. Gedanken zur Raumordnung im deutsch-niederländischen Grenzgebiet an der Ems, in: Mitteilungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde, Sonderdruck, Köln 1959

- Jöhr, W. W. Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Band 1, Die Argumente der Wirtschaftsfreiheit - Das Modell der vollkommenen Konkurrenz und seine Annäherung an die Wirklichkeit, St. Gallen 1943
- Kalveram, W. Industriebetriebslehre, Die Handelshochschule, Wiesbaden 1950
- Kalveram, W. Banketriebslehre, Die Handelshochschule, Wiesbaden 1950
- Keynes, J. M. Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München/Leipzig 1936
- Kraus, D. H. Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft und die Frage einer Arbeitszeitverkürzung unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Rheinhessen, staatsw. Diss. Mainz 1959
- Kühborth, W. Gegenwartsproblem des deutschen Rotweinbaues, staatsw. Diss. Mainz 1957
- Lütge, F. Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin/Göttingen 1952
- Mellerowicz, K. Kosten und Kostenrechnung, Bd. I, 3. Aufl. 1959
- Mellerowicz, K. Der Wert der Unternehmung als Ganzes, Essen 1952
- Metzdorf, H. J. Bestimmungsgründe des Trinkmilchverbrauchs, Hamburg 1951
- Miksch, L. Wettbewerb als Aufgabe, Bad Godesberg 1947
- Münstermann, H. Wirtschaftsstruktur der Räume Worms, Pirmasens, Idar-Oberstein, Ludwigshafen und Möglichkeiten ihrer wirtschaftlichen Auflockerung, Mainz 1956
- Niehaus, H. Leitbilder der Wirtschafts- und Agrarpolitik in der modernen Gesellschaft, Stuttgart 1957
- Nöll v. d. Nahmer, R. Vom Werden des neuen Zeitalters, Heidelberg 1957
- Nöll v. d. Nahmer, R. Außenwirtschaft, Heidelberg 1959
- Otremba, E. Allgemeine Agrar- und Industriegeographie, Stuttgart 1953
- Paulsen, A. Neue Wirtschaftslehre, Eine Einführung in die Theorie von J. M. Keynes, Berlin/Frankfurt 1950
- Pütz, Th. Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung, Wien 1948
- Puvogel, C. Der Weg zum Landwirtschaftsgesetz, Bonn 1957
- Reis, N. J. Probleme der Agrarstruktur und des ländlichen Arbeitseinsatzes in Rheinland-Pfalz, staatsw. Diss. Mainz 1956

- Röpke, W. Die Lehre von der Wirtschaft, Zürich 1954
- Röpke, W. Gemeinsamer Markt und Freihandelszone, Vortrag auf der 9. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, 1957
- Röpke, W. Maß und Mitte, Zürich 1950
- Samuelson, P. Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Köln 1948
- Sartorius, R. Die arbeitspolitische Problematik des saisonabhängigen Berufes unter besonderer Berücksichtigung der Größenordnungen in Rheinland-Pfalz, staatsw. Diss. Mainz 1956
- Sartorius, von Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815 - 1914, Jena 1923
- Waltershausen, A. Seraphim, H. J. Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955
- Seyffert, R. Wirtschaftslehre des Handels, Köln 1951
- Seyffert, R. Wirtschaftswerbung, Die Handelshochschule, Wiesbaden 1950
- Schmalenbach, E. Die Finanzierung der Betriebe, Band 1: Kapital - Kredit und Zins, Köln 1951
- Schmalenbach, E. Dynamische Bilanz, 4. Aufl., Köln 1956
- Schmölders, G. Konjunkturen um Krisen, Hamburg 1955
- Schneider, E. Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil I, 8. Aufl. 1960, Teil II, 6. Aufl. 1960, Teil III, 5. Aufl. 1959; Tübingen
- Schneider, K. Deutschlands Gemüseversorgung mit Kopfkohl und Sauerkraut, Berlin 1933
- Schneider, K. Agrarreform durch regionale Wirtschaftspolitik, Sonderdruck des Instituts für Raumforschung, Bad Godesberg 1959, Heft 9.
- v. Stackelberg, H. Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1948
- Tauscher, A. Staatswirtschaftslehre des Kammeralismus, Bern 1957
- Teichmann, U. Die Politik der Agrarpreisstützung, Köln 1955
- Vetter, E. G. Möglichkeiten und Grenzen unmittelbarer staatlicher Investitionslenkung, staatsw. Diss. Mainz 1954
- Vierling, H. H. Die Zinsleistungsfähigkeit der westdeutschen Landwirtschaft, landw. Diss. Bonn 1953
- Wagner, H. Die Eingliederung der Flüchtlinge in die Wirtschaft von Rheinland-Pfalz, staatsw. Diss. Mainz 1956

- Weber, A. Geld, Banken, Börsen, München 1955
- Weber, A., Meinhold, W. Agrarpolitik, Berlin 1951
- Weber, A. Struktur und Dynamik des Fleischverbrauchs in den Ländern der EWG, Agrarwirtschaft, Hannover 1961, Sonderheft 11/12
- Weber, H. Die Landwirtschaft in der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Eine Betrachtung über Beschäftigung und Einkommen, Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, 161. Sonderheft, Hamburg und Berlin 1955
- Weise, H. Der deutsche Weinbau im europäischen Markt, Kieler Studien, Heft 46, Kiel 1958
- Welter, E. Falsch und richtig planen, Heidelberg 1954
- Welter, E. Die wirtschaftspolitische Bildungsaufgabe, Wirtschaft ohne Wunder, Zürich 1953
- Wilhelm, Fr. Abriß der milchwirtschaftlichen Marktordnung, Hildesheim 1956
- Woermann, E. Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfe in der Landwirtschaft, Schriftenreihe der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Band 25, Frankfurt 1957

B. Artikel und Aufsätze in Nachschlagewerken und Zeitschriften

- Abel, W. Artikel "Agrarpolitik I", Handwörterbuch der Sozialwissenschaft, Band I, Göttingen 1956, S. 75 ff.
- Böhm, F. Die Idee des Ordo im Denken Walter Euckens, Ordo, Band 3, Düsseldorf/München 1950
- Gollnick, H. Demand Structure and Inventions on the Butter Market, Econometrica, Vol. 25, 1957
- Hanau, A. Die Prognose der Schweinepreise, Sonderhefte des Instituts für Konjunkturforschung, Nr. 18, Berlin 1930
- Hanau, A. und Krohn, H. B. Die langfristigen Absatzaussichten der westdeutschen Landwirtschaft bis 1965, Agrarwirtschaft, Hannover 1956, Heft 9 und 10
- v. Hayek, F. A. Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik, Band 6, Düsseldorf/München 1951
- Mansholt, L. S. Die Agrar- und Ernährungswirtschaft im Gemeinsamen Markt, Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer am 11.4.1958, Hamburg

- Mansholt, L. S. Die Möglichkeiten einer gemeinsamen Agrarpolitik in der EWG, Agrarwirtschaft, Hannover 1960, Heft 3
- Montaner, A. Artikel "Ertragsgesetze" in Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl. 1956, Stuttgart
- Neuling, W. Artikel "Agrarzölle", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Göttingen 1956, S. 114 ff.
- Niehaus, H. Die Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt und in der Freihandelszone, Vortrag auf der 10. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft; Ludwigsburg 1958
- Niehaus, H. Grundlinien agrarpolitischer Entwicklung und Anschauungen, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jena 1935, Band 141, S. 75 ff.
- Niehaus, H. Artikel "Agrarpolitik II" in Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band I, Göttingen 1956, S. 85 ff.
- Niehaus, H. Offene Fragen der Agrarpolitik in der EWG, Agrarwirtschaft, Hannover 1960, Heft 3
- Plate, R. Marktstellung der Landwirtschaft und Disparität, Vortrag auf der 10. Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft "Hilfe zur Selbsthilfe für die Landwirtschaft" am 24.1.1958
- Plate, R. und Busch, W. Die Vorschläge der EWG-Kommission zur Regulierung der Agrarmärkte, zusammen mit D. Grupe, Agrarwirtschaft 1960, Heft 3
- Plate, R. Auswirkungen einer Senkung der Futtergetreidepreise auf die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft, zusammen mit D. Grupe, Agrarwirtschaft 1958, Heft 10
- Plate, R. Derzeitiger Stand und voraussichtliche Entwicklung des Agrarmarktes der westeuropäischen Landwirtschaft am Vorabend des Gemeinsamen Marktes, Vortrag auf der Wintertagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft 1959, Flugschrift der DLG, Frankfurt 1959
- Thiede, G. Zur langfristigen Entwicklung des Nahrungsverbrauchs je Kopf, Berichte über Landwirtschaft, Hamburg/Berlin, 1957, Heft 1
- Woermann, E. Probleme der Betriebsorganisation im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt, Agrarwirtschaft, Hannover 1960, Heft 3

Agrarpolitik in Europa und Nordamerika, Hrsg. Ministerausschuß für Landwirtschaft und Ernährung im Europäischen Wirtschaftsrat, OEEC; Deutsche Fassung: Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, Bonn 1957

Die Agrarwirtschaft im Gemeinsamen Markt, Hrsg. E. Engel, Hamburg/Berlin 1957

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokolle im Verlag M. Hoch, Ludwigsburg, 1954 - 1960

Batelle Institut, Frankfurt, Bericht über eine Untersuchung der Möglichkeiten der Ansiedlung gewerblicher Unternehmen in den ausgewählten zentralen Orten Marienberg (OWW), Wittlich-Wengerohr (Eifel) und Simmern (Hunsrück) in Rheinland-Pfalz für das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz, Oktober 1956

Economic Expansion and its Problems, Seventh Report of the OEEC, February 1956, Paris

Das Notstandsgebiet Oberwesterwald, Denkschrift des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten und der Staatskanzlei - Landesplanung - Mainz 1956

Haushaltsrechnungen des Landes Rheinland-Pfalz 1950 - 1959

Statistik von Rheinland-Pfalz, Hrsg. Statistisches Landesamt Bad Ems, Band 16, 21, 27, 40, 43, 44, 47, 54, 55, 58, 59, 60, 61, 62 und 64 aus den Jahren 1951 bis 1959

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jahrg. 12, 1959, Hrsg. Statistisches Landesamt Bad Ems

Statistische Berichte 1956 - 1960, Hrsg. Statistisches Landesamt Bad Ems

Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz, Hrsg. Statistisches Landesamt, Bad Ems, 1959 -

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik in Rheinland-Pfalz, Hrsg. Statistisches Landesamt, Jahrgang 1 - 7, 1953 bis 1959

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1959

European Payments Union, Eighth Annual Report, Financial Year 1957/58, Paris 1958

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl - Hohe Behörde - Sechster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, Band I und II, Luxemburg 1958

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft - Kommission - Erster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, Brüssel 1958

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Bericht über die soziale Lage in der EWG, Brüssel 1959

EWG-Kommission - Entwurf der Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik gemäß Art. 43 EWG-Vertrag; EWG-Drucksache VI/Kom (59) 140 vom 2.11.1959

Europa heute und 1960, Band II, Hrsg. Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1957

Entwicklung und Förderung des Gartenbaues in Rheinland-Pfalz, Mehrjahresplan 1959 - 1968, Hrsg. Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Mainz 1958

Förderung Bäuerlicher Selbsthilfe bei der Verbesserung der Agrarstruktur, Hrsg. Forschungsstelle für bäuerliche Familienwirtschaft, Frankfurt, 1957 bis 1959, Heft 1, 2 und 3

Die gewerbliche Wirtschaft in Rheinland-Pfalz, Hrsg. Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Mainz 1956

Der Grüne Plan in Rheinland-Pfalz 1956 - 1958, Hrsg. Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Mainz 1959

Der Grüne Plan 1956, 1957, 1958 und 1959, Hrsg. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn/München

Gutachten zu Fragen einer Europäischen Agrargemeinschaft, Hrsg. Auswärtiges Amt, Bonn 1953

Landwirtschaftliche Preis- und Einkommenspolitik in Europa und Nordamerika, OEEC, Bonn 1958

Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft, Hrsg. Bundesernährungsministerium, Bonn 1952

Notstandsgebiete in Rheinland-Pfalz, Denkschrift, Hrsg. Ministerium für Inneres und Wirtschaft in Verbindung mit dem Landwirtschaftsministerium, Mainz 1950

Probleme des Gemeinsamen Agrarmarktes in deutscher Sicht, Hrsg. Bundesernährungsministerium, in Schriftenreihe Landwirtschaft angewandte Wissenschaft, Nr. 90, Hiltrup/W 1958

Report of the ILF Conference concerning the European Common Market and the Integration of Agriculture, International Landworkers Federation, Utrecht 1957

Wirtschaft und Statistik, Jahrg. 8-11, 1956-1959, Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Statistische Berichte, Jahrg. 1956-1959, Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Landwirtschaftslexikon, Hrsg. L. W. Ries, Hamburg 1956

Wörterbuch der Agrarpolitik, Hamburg 1959

Rheinland-Pfalz, Der Fremdenverkehr, Hrsg. Landesplanung Rheinland-Pfalz, Mainz 1958

Rheinland-Pfalz, Grundlagen für Raumplanung, Hrsg. Landesplanung Rheinland-Pfalz, Mainz 1954

Rheinland-Pfalz in seiner Gliederung nach zentralörtlichen Bereichen, Bundesanstalt für Landeskunde, Remagen 1957

Rheinland-Pfalz, Land der Reben und Wälder, Hrsg. Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Mainz 1952

Standortmöglichkeiten für Industrieniederlassungen, Hrsg. Landesplanung Rheinland-Pfalz, Mainz 1958

Statistische Grundzahlen für zwölf europäische Länder, Hrsg. Europäische Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel 1958

Zehn Jahre Zusammenarbeit, Ergebnisse und Ausblick; neunter Bericht der OEEC, Hrsg. der deutschen Übersetzung: Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn 1958

Agrarstruktur und Agrarförderung in Rheinland-Pfalz, Denkschrift zur Förderung regionaler Wirtschaftspolitik, Hrsg. Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Mainz 1961; zur Veröffentlichung vorgesehen

C. Aufsätze in Tages- und Wirtschaftszeitungen

- Dombrowski, E. Kreislaufstörungen der Großstädte, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.8.1958
- Etzel, F. Etatrede zur Vorlage des Bundeshaushaltsplanes 1959 im Deutschen Bundestag, Sitzungsberichte 3. Wahlperiode, Nr.52, S.2882
- Etzel, F. Wir halten am Subventionsabbau fest, Agrardienst - Informationsblatt - Heft 97/XII/59
- Fack, F. U. Gemeinsamer Markt oder Kartelleuropa, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr.148/60, S.13
- Grüneberger, G. Der Subventionsaufwand des Bundes, Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung, Nr.33/1958
- Gries, I. Verstärkte Förderung der beschleunigten Zusammenlegung, Staatszeitung Rheinland-Pfalz, Nr.25, 1959
- Hartmann, Rob. Landwirtschaftliche Überproduktion ein Problem?, Staatszeitung Rheinland-Pfalz, Nr.32/1958
- Hummel, J. Agrarpolitik an der Wende, Vortrag auf der Bauernversammlung zu Remscheid vom 10.12.1958, Die Welt vom 11.12.1958
- Montaner, A. Was ist unter der "Preisschere" zwischen Industrie- und Agrarprodukten zu verstehen?, Pfälzisches Industrie- und Handelsblatt, Ludwigshafen, Heft 19/1956
- Nellessen, W. Landwirtschaft in Bewegung, Staatszeitung Rheinland-Pfalz Nr.22/1960
- Riemann, F. Agrarpolitik als ländliche Sozialpolitik, Der Volkswirt, Frankfurt, 1959/1
- Rosenstiel, Fr. 30 Jahre nach dem großen Börsenkrach, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr.247/1959
- Roeper, H. Wohin führt der Hallstein-Plan?, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr.78/1960 und Für und wider den Hallstein-Plan, FAZ, Nr.82/1960
- Schneider, K. Zehn Jahre Agrarförderung in Rheinland-Pfalz, Staatszeitung Rheinland-Pfalz, Nr.51/1958
- Welter, E. Wer ernährt das deutsche Volk?, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.10.1952
- Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Trier 1959 - Sonderheft der Mitteilungen der IHK Trier

Gesetze:

Landwirtschaftsgesetz vom 5.9.1955, BGBl. I, S. 565

Landesgesetz über die Neuordnung des Sparkassenwesens vom 12.3.1958,
GVBl. Rh-Pf., S. 47

Pachtkreditgesetz vom 5.8.1951, BGBl. I, S. 494

Landesgesetz zur Regelung des Finanzausgleiches zwischen Land und Gemein-
den in der Fassung vom 1.7.1953, GVBl. Rh-Pf., S. 72

Fleischbeschaugesetz vom 29.10.1940, RGBl. I, S. 1463

Selbstverwaltungsgesetz für Rh-Pf. vom 27.9.1948, GVBl. Rh-Pf., S. 355

Flurbereinigungsgesetz vom 14.7.1953, BGBl. I, S. 591

Reichsumlegungsordnung vom 16.6.1937, RGBl. I, S. 629

Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundes-
vertriebenengesetz) vom 19.5.1953, BGBl. I, S. 201, in der Fassung vom
14.8.1957, BGBl. I, S. 1215

Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung (Siedlungsförderungs-
gesetz) vom 15.5.1953, BGBl. I, S. 224

Reichssiedlungsgesetz vom 11.8.1919, RGBl. I, S. 1429, mit Änderungsgesetzen

Landesgesetz zur Bodenreform vom 16.10.1948, GVBl. Rh-Pf., S. 385

Landesgesetz zur Vereinheitlichung siedlungsrechtlicher Bestimmungen vom
14.3.1955, GVBl. Rh-Pf., S. 23 ff.

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27.7.1957, BGBl. I, S. 1110,
dazu Landeswassergesetz vom 1.8.1960, GVBl. Rh-Pf., S. 153

Gesetz über die Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz) vom
10.2.1937, RGBl. I, S. 188

Wasserverband-Verordnung vom 3.9.1937, RGBl. I, S. 933

Landesverordnung zur Bekämpfung der Rinder-Tuberkulose vom 28.10.1950,
GVBl. Rh-Pf., S. 291

Zweites Wohnungsbaugesetz vom 27.6.1956, BGBl. I, S. 523

Richtlinien für die Zinsverbilligung vom 10.7.1954, Bundesanzeiger Nr. 134
vom 16.7.1954

Gesetz zu den Verträgen vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vom 27.7.1957, BGBl. II, S. 753

Gesetz über den Verkehr mit Zucker (Zuckergesetz) vom 5.1.1951, BGBl. I, S. 47

Gesetz über den Verkehr mit Vieh und Fleisch (Vieh- und Fleischgesetz) vom 25.4.1951, BGBl. I, S. 272

Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln (Getreidegesetz) vom 24.11.1951, BGBl. I, S. 901

Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) vom 10.12.1952, BGBl. I, S. 811, in der Fassung vom 4.8.1960, BGBl. I, S. 649

Landesgesetz über die Einführung einer Höfeordnung in Rheinland-Pfalz (Höfeordnung) vom 7.10.1953, GVBl. Rh-Pf., S. 101

Gesetz zur Förderung der deutschen Eierwirtschaft vom 31.3.1956, BGBl. I, S. 239

Gesetz über gesetzliche Handelsklassen für Erzeugnisse der Landwirtschaft und Fischerei vom 17.12.1951, BGBl. I, S. 970, in der Fassung vom 8.6.1955, BGBl. I, S. 266

Verordnung über gesetzliche Handelsklassen für frisches Obst und Gemüse vom 3.7.1955, Bundesanzeiger Nr. 127/55

Verordnung über gesetzliche Handelsklassen für Speisekartoffeln und Speisefrühhkartoffeln vom 20.10.1960, Bundesanzeiger Nr. 207/60

Weingesetz vom 25.7.1930, RGBl. I, S. 356, mehrfach geändert, zuletzt am 4.6.1957, BGBl. I, S. 595

LEBENS LAUF

Am 9.1.1920 wurde ich als Sohn des Bankdirektors Hans Vierling und seiner Ehefrau Lucia, geb. Witzel, in Artern/Kyffh., Krs. Sangershausen, geboren. Konfession katholisch.

Der Schulgang begann 1926 mit dem Besuch einer Volksschule in Duisburg und endete nach Schulwechseln in Iserlohn/Westf. und Erfurt/Thür. mit dem Abiturientenexamen zu Ostern 1938 an der Kirschner-Oberrealschule und Reformrealgymnasium in Berlin.

Nach halbjähriger Dienstzeit im Reichsarbeitsdienst stand ich anschließend bis 1945 als Unteroffizier im technischen Dienst (Funkmeßwesen) der Kriegsmarine.

Die landwirtschaftliche Lehrzeit erfolgte auf einem 60 ha großen Marschhof an der Elbe von 1945 bis 1947 mit Abschlußprüfung als Landwirtschaftsgehilfe. Daran schloß sich das ordentliche Studium der Landwirtschaft an der Universität Göttingen an; Diplomprüfung im Februar 1950. Promotion 1953 an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn mit einer am Institut für Agrarpolitik und Marktforschung - Direktor Prof. Dr. H. Niehaus - gefertigten Dissertation über die Zinsleistungsfähigkeit der westdeutschen Landwirtschaft.

Zwischenzeitlich Volontariate bei Agrarkreditinstituten, Genossenschaftsverbänden und Landwirtschaftskammern. Auslandsaufenthalte in England und Frankreich; wissenschaftliche Mitarbeit, später Mitinhaber, in einer Treuhandgesellschaft.

Seit 1955 Referent für Agrarkredit am Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz in Mainz. Nach zwischenzeitlich absolvierten Pflichtsemestern Promotion an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Landesuniversität im Februar 1961 mit vorstehender Arbeit.

